

Gaupe

<36622282160017

<36622282160017

Bayer. Staatsbibliothek

DAS
ALLGEMEINE RECHT

IM
VERHÆLTNISSE
ZU
DER SITTENLEHRE

BETRACHTET

VON

G. C. GAUPP,

DER PHILOSOPHIE UND DER RECHTE DOCTOR UND K. WÜRTTEMBERGISCHEN
CONSISTORIAL-ASSESSOR.

STUTTGART,
IM VERLAGE DER J. B. METZLER'SCHEN BUCHHANDLUNG.

1829.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

VORREDE.

Unter vorstehendem Titel übergebe ich dem Publikum einen neuen Versuch, dasjenige Rechtssystem, auf welches sich praktische, wie theoretische Rechtslehrer zu berufen pflegen, aus seinen Elementen zu entwickeln, und insbesondere die Ursache von der Erzwingbarkeit der Rechtspflichten in unläugbaren, keine weitere Begründung zulassender Thatsachen des Bewußtseyns nachzuweisen. Mag auch der Werth solcher Untersuchungen, weil die Rechte der Staatsbürger größtentheils durch positive Gesetze bestimmt werden, mithin die Kenntniß der Letztern zum Broderwerb hinreicht, in neuern Zeiten eben so sehr herabgesetzt werden, als er vor 30 Jahren überschätzt wurde, so kann doch die Rechtswissenschaft einer philosophischen Grundlage nicht entbehren, und ihr solche nur durch richtige Erörterung ihrer Verbindung mit der Sittenlehre und ihres Unterschieds von derselben werden. Dem denkenden Rechtsgelehrten genügt nicht die historische Kenntniß der im Staate geltenden Gesetze; er muß auch ihre Gründe kennen, um

sie in einzelnen Fällen richtig anwenden zu können, und sich Rechenschaft zu geben wissen von ihrer Zweckmäßigkeit zur Sicherung der Rechte der Einzelnen, die ihnen durch diese Gesetze nicht erst gegeben wurden, sondern vor jeder Gesetzgebung in und außer dem Staate zustehen, und von den Ursachen, aus denen den Menschen Rechte von Natur zukommen.

An Versuchen, diese Ursachen von der Natur des Menschen herzuleiten, hat es seit dem Wiederaufbau der Wissenschaften in Europa, insbesondere aber seit dem letzten Jahrhunderte nicht gefehlt. Wie wenig sie aber befriedigen, ist daraus ersichtlich, daß im Jahr 1813 die norische Akademie der Wissenschaften in Drontheim einen Preis auf die Beantwortung der Frage setzte: ob es ein von der Sittenlehre unterschiedenes allgemeines Recht gebe, das mit Recht für eine auf ihren eigenthümlichen Grundsätzen beruhende Wissenschaft gehalten werden könne. „Die Wissenschaft des Naturrechts,“ äußerte vor vier Jahren ein berühmter Rechtsphilosoph, „befindet sich, ob sie gleich auf allen Universitäten gelehrt wird, einen bestimmten Kreis von Begriffen hat, einer logischen Bearbeitung fähig, und ihr Object, die Rechtsidee, unzweifelhaft ist, noch in einem schwankenden Zustande, und die Lehrer derselben sind nicht einig über ihren Begriff

und ihren Namen, nicht über ihren Umfang und ihre Grenzen, nicht über ihre Grundlage und ihren Anfangspunkt, nicht über den obersten Grundsatz oder das Rechtsprincip, nicht über die Anordnung und Ableitung der dem Ganzen zugehörigen Theile, nicht über die Haltbarkeit oder Unhaltbarkeit einzelner Lehren."

Diese große Meinungsverschiedenheit dürfte wohl vorzüglich daher rühren, daß keine der bis jetzt aufgestellten Rechtstheorien dasjenige Rechtssystem, das den besten Gesetzgebungen und den alltäglichen Urtheilen der Menschen über Recht und Unrecht zu Grund liegt, seinem Ursprunge und seiner wahren Beschaffenheit nach entdeckt, und klar und überzeugend entwickelt hat. Ein neuer Versuch, die in dieser Wissenschaft herrschenden Dunkelheiten zu zerstreuen, scheint daher nicht unnöthig zu seyn, würde aber ebenso wenig, als seine Vorgänger die Wissenschaft weiter befördern, wenn nicht zuvor die Mängel derselben, um sie zu vermeiden, und ihre Ursachen untersucht, und die Irrthümer, auf denen sie beruhen, aufgedeckt würden. Deswegen ist der folgenden Untersuchung eine kurze Geschichte der Rechtsphilosophie und eine freimüthige Beurtheilung der vorzüglichsten Rechtstheorien vorangeschickt worden, welche bis jetzt in einer zahllosen Menge von Lehrbüchern des Natur-

rechts ausgeführt worden sind. Die berühmte Abhandlung des Hrn. v. Raumer: „Geschichtliche Entwicklung der Begriffe von Recht, Staat und Politik 1826“ überhob mich dieser Arbeit nicht, weil in derselben nur wenige Rechtstheorien beurtheilt, die wichtigste, nämlich die Kantische, übergangen, und die Prüfung nach Grundsätzen derjenigen philosophischen Schule angestellt worden ist, welche durch Aufhebung aller Unterscheidungen alle auf solchen beruhende Deutlichkeit der Begriffe zu vernichten sich gefällt. Ueberdies überzeugte mich diese Arbeit von der Nothwendigkeit, den neuen Versuch mit der Zergliederung des Rechtsbegriffs und mit der Betrachtung seiner Beziehung auf verschiedenartige Gesetze zu beginnen, und die Untersuchung des Unterschieds zwischen Tugend- und Rechtsgesetzen in Hinsicht auf ihren Inhalt zum Hauptgegenstande der folgenden Abhandlung zu machen. Sollte ich hiebei die einzelnen Punkte nicht in der zweckmässigsten Ordnung aufgeführt haben, so hoffe ich, in der Schwierigkeit der Aufgabe, den zweien Welten, der physischen und der sittlichen, angehörigen Rechtsbegriff in seine Bestandtheile aufzulösen, und seine Entstehung zu erforschen, einige Entschuldigung zu finden.

STUTTGART, den 1. Mai 1829.

I N H A L T.

GESCHICHTE DER RECHTSPHILOSOPHIE.

	SEITE
ERSTE PERIODE. Bis zur Ausbreitung des Christenthums .	1
Theokratische, despotische Reiche. Freistaaten.	
Phönicier, Griechen, Römer	4
Socrates	7
Platon	8
Aristoteles	9
Cicero	10
Römische Juristen	12
ZWEITE PERIODE. Von der Ausbreitung des Christenthums	
bis zur Kirchen-Reformation	13
Christliche Kirche	16
Germanisches Lehenssystem	18
Scholastiker	20
Canonisches Recht	21
Dritte PERIODE. Von der Kirchen-Reformation bis auf un-	
sere Zeiten	23
Wiederaufleben der Wissenschaften	23
Römisches Recht	24
Macchiavelli	25
Kirchenreformation	26

	SEITE
Das Naturrecht eine besondere Wissenschaft	28
Oldendorp, Hemming, Winkler, Selden	29
Rechtstheorien	29
I. Hugo Grotius, Samuel v. Pfaffendorf	30
II. Thomas Hobbes	33
III. Benedikt Spinoza	36
IV. Loke. J. J. Rousseau	41
V. Montaigne, Klaproth, Schmaufs	47
Shaftesbury, Hutcheson, David Hume, Ad. Smith, Fer- guson, Crusius	48
VI. Christian Thomasius, Gerhard, Gundling, Köhler, Heinr. u. Samuel Cocceji; Freiherr v. Wolf, Meister	53
VII. Helvetius, de la Mettrie. Th. Paine, Sieyes, Bent- ham. Feder, Schlettwein, Höpfner	59
VIII. Kant	67
IX. Brückner, Feuerbach, Maafs	87
Hofbauer, Weifs	91
Welker, Sam. Beck	93
X. G. H. Schulze	97
XI. Fichte, Schelling, Schleiermacher, Hegel, Troxler	104
XII. L. v. Dresch	110
XIII. Hugo. Warnkönig	116
Uebersicht dieser Theorieen	122

VON DEM VERHÄLTNISSE DES ALLGEMEINEN RECHTS ZUR SITTELEHRE.

EINLEITUNG.

VERHÄLTNISS DES RECHTSBEGRIFFS ZUM GESETZE.

Begriff und Gegenstand eines Rechts §. 1, 2	128
Voraussetzungen desselben §. 3, 4, 5	130

Verhältniß eines Rechts zu Gesetzen u. zur Freiheit §. 6—8 132

Unterschied von allgemeinen und besondern Rechtsge-
setzen §. 9—12. 135

ERSTE ABTHEILUNG. VON DEN SITTENGESETZEN.

ERSTES KAPITEL. Von dem Vermögen, Gesetze zu erkennen.

Unterschied von Natur- und Sittengesetzen §. 13—14 . 140

Erkenntnißkräfte. Verstand, Vernunft, Gewissen §. 15—19 141

Ursachen der Verschiedenheit in den Urtheilen der Men-
schen §. 20 143

ZWEITES KAPITEL. Von der beschränkten Willensfreiheit des Menschen.

Unterwerfung des Menschen unter die Naturgesetze §. 21—24 144

Durch die Erkenntniß derselben wird er erst freiheits-
fähig §. 25—27 147

Einschränkungen seiner Freiheit §. 27—30. 148

Er muß die Fähigkeit, frei zu handeln, stets erringen
§. 31—36 149

DRITTES KAPITEL. Von den verschiedenen Sittengesetzen.

Beschaffenheit der Sittengesetze u. ihr Ursprung §. 37—40 155

Pflichten gegen sich selbst und Andere §. 41—47 . . . 157

Begrenzung der Pflichten gegen sich selbst durch die Pflich-
ten gegen Andere und umgekehrt §. 48—52 . . . 162

Unterschied unter den Pflichten der Gerechtigkeit und der
Güte §. 53—56 165

VIERTES KAPITEL. Unterschied der Pflichten in Hinsicht auf Vollkommenheit und Stärke.

Beziehung der Sittengesetze auf die Naturgesetze §. 57—61 169

Vollkommene Pflichten gegen sich selbst §. 62, 63 . . 172

Vollkommene Pflicht der Gerechtigkeit §. 64—68 . . . 174

Verpflichtungsgründe zu Liebes- u. Rechtspflichten §. 69—71 178

	SEITE
Verhältniß der vollkommenen und der unvollkommenen Pflichten zu einander §. 72—76	180
FÜNFTES KAPITEL. Von der Beziehung der Pflichten auf den freien Willen.	
Die Erwerbung eines freien Wirkungskreises ist Pflicht eines Jeden gegen sich selbst §. 77—82	185
Die Erfüllung der Pflichten gegen Andere ist eine Nicht-erweiterung oder Verengung des eigenen freien Wirkungskreises §. 83, 84	191
Erzwingbarkeit der Rechtspflichten, nicht der Tugendpflichten §. 85, 86	192
Das Rechtsprincip ist ein absolutes sittliches Princip §. 87—90	194
Beweggrund zur Beobachtung der Pflichten gegen Andere §. 91, 92	199
Unterschied zwischen der sittlichen und rechtlichen Beurtheilung der Handlungen in Hinsicht auf die Gesinnung, von der sie zeugen, auf das Interesse Anderer an ihnen und die Folgen des Urtheils §. 93—102	201
ZWEITE ABTHEILUNG. VON DEN ALLGEMEINEN RECHTSPFLICHTEN.	
ERSTES KAPITEL. Entwicklung des Rechtsgesetzes aus dem Rechtsbegriffe.	
Verhältniß des Rechts zur Rechtspflicht §. 103—105	210
Der Rechtsbegriff bezieht sich auf Handlungen des Einen gegen den Andern §. 106—107	211
Zwangsbefugniß ein Bestandtheil des Rechts §. 108—110	215
Es muß aus einem Allen bekannten Gesetze entspringen §. 111—113	214
Das negativ seyn muß §. 114, 115	216
Das höchste Rechtsgesetz ist ein reines Tugendgesetz §. 116—118	218

INHALT.

XI
SEITE

Alle Pflichtgebote sind wegen der Abhängigkeit des Menschen von der Natur auf Bedingungen eingeschränkt	
§. 119—122	223
Alle Pflichten sind in den Augen Anderer bloße Rechte	
§. 123—125	227
Beziehung des Rechtsbegriffs auf die Form und die Materie der Handlungen §. 126, 127	231
Materie und Form der Rechtsgesetze §. 128, 129	232
ZWEITES KAPITEL. Unmittelbare Anwendung des höchsten Rechtsgesetzes.	
Ein Recht zu allen Andern nicht nachtheiligen Handlungen §. 130, 131	233
Personen — Sachenrecht. Unrecht §. 132, 133	235
Rechtlich möglich ist die Erwerbung jeder herrenlosen Sache §. 134	236
Unrechtlich sind nur die Andern unmittelbar schädlichen Handlungen §. 135	242
Ein Zwangsrecht findet nur zur Unterlassung von Rechtsverletzungen statt §. 136—139	243
Es ist auf das Bedürfnis zu beschränken §. 140—142	245
Pflicht der Uebertragung des Zwangsrechts an Andere §. 143—147	248
DRITTES KAPITEL. Von den bedingten Rechtsgesetzen.	
Entstehungsart bedingter Rechtspflichten §. 148—152	252
A) Aus unrechtmäßigen Handlungen entspringende Rechtspflichten.	
Recht der Vindikation und der Ersatzforderung §. 153, 154	254
Recht, Sicherheit zu fordern, §. 155, 156	257
Zweck und rechtliche Möglichkeit der Strafen §. 157—162	262
B) Aus rechtmäßigen Handlungen entspringende Rechtspflichten.	

	SEITE
Entstehungsart derselben §. 163, 164	274
a) Wegen der verderblichen Folgen der Handlungen für Andere.	
Beispiele §. 165	275
Rechtspflicht, die eigenen Kinder zu erziehen §. 166—168	276
b) Wegen rechtmäßiger Bestimmung des Willens Anderer.	
1) Der Vertrag.	
Grund seiner Verpflichtungskraft §. 169, 170	286
Bedingungen seiner Gültigkeit §. 171—175	291
2) Das willkührliche Gesetz einer Gesellschaft.	
Rechtliche Bildungsart von Gesellschaften, und des Staats §. 176—178	298
Entstehung, Unentbehrlichkeit, Rechtskraft positiver Ge- setze §. 179—181	308
Uebersicht der Erwerbungsarten von Rechten §. 182, 183.	319
VIERTES KAPITEL. Von dem Widerstreite der Rechte und Rechtspflichten.	
Begriff des Widerstreits von Rechten §. 184—186	322
Nur gleichartige Rechte können einander widerstreiten §. 187.	329
Entstehung und Auflösung des Widerstreits dinglicher Rechte §. 188—190	330
Widerstreit persönlicher Rechte §. 191—194	335
Entstehung eines unauflöslichen Widerstreits §. 195	337

GESCHICHTE DER RECHTSPHILOSOPHIE.

Ihre Vorstellungen von dem Rechte, als auf Handlungen sich beziehende (praktische) Begriffe, haben die Menschen zuerst in Sitten, Gewohnheiten und Anstalten zu gemeinschaftlichen Zwecken, besonders ihrer Sicherheit, geäußert, ehe Einzelne den Grund desselben zu erforschen versuchten. Es könnte von einem allgemeinen Rechte gar nicht die Rede seyn, wenn nicht von allen Völkern zu allen Zeiten gewisse Grundsätze, deren Entwicklung und Begründung die Aufgabe der Rechtsphilosophie ist, als nothwendig zu befolgende Lebensregeln anerkannt, und zu ihrer Verwirklichung mehr oder weniger zweckmäßige Anordnungen getroffen worden wären. Die Geschichte der Rechtsphilosophie steht daher in genauer Verbindung mit der Geschichte des öffentlichen Rechts, und da auf das letztere die moralischen Umwälzungen des menschlichen Geschlechts den größten Einfluß hatten, so dürfte es zweckmäßig seyn, die Geschichte der Rechtsphilosophie nach den zwei Hauptursachen derselben, der Ausbreitung des Christenthums und der Reformation der christlichen Kirche, in drei Perioden zu theilen.

ERSTE PERIODE

BIS ZUR AUSBREITUNG DES CHRISTENTHUMS.

Die sittliche Grundlage des Rechts und die Nothwendigkeit, den zur Sicherung desselben getroffenen

Anstalten durch Religion Festigkeit zu geben, ist der Weltgeschichte zufolge von den Völkern des Alterthums nicht mißkannt worden. Die ersten bekannten Staaten waren theokratisch; die Meisten leiteten ihren Ursprung von einer göttlichen Anordnung her; in Allen war den Dienern der Religion ein mehr oder minder bedeutender Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Staats eingeräumt, und selbst in der zweiten Hauptperiode der Weltgeschichte sind aus der christlichen und der mahomedanischen Religion mächtige Theokratien hervorgegangen. So mild auch die Gründer von Staaten regieren mochten, so konnten sie sich doch nicht verbergen, daß sie ihre eigene, wie die Rechte ihrer Unterthanen nur mit Gewalt schützen, nur durch willkührliche Anordnungen sichern, und Gehorsam gegen ihre Gebote am besten von ihnen erlangen können, wenn sie dieselben für unmittelbare Belehrungen der Gottheit und sich für näher mit ihr verbundene Werkzeuge derselben ausgeben.

Eine andere Gestalt bekam das öffentliche Recht, nachdem die Herrscher durch Unterjochung mehrerer Völker große Reiche gestiftet, ihre Gewalt befestigt, und die Völker an den Gehorsam gegen ihre Befehle gewöhnt hatten. Weder die herrschend gewordenen Vorstellungen von Gott, welcher Menschen ähnlich und als der besondere Schutzgott des Volks, das ihn verehrte, angesehen wurde, noch die Furcht vor gewaltsamer Gegenwehr der Unterthanen konnte den Beherrscher großer Reiche bewegen, seine Leidenschaften aus Achtung vor Menschenrechten zu bezähmen. Sein unumschränkter Wille ward Gesetz; die Gewalt bestimmte das Recht, und Tugend bestand jetzt ganz allein in der Beobachtung der willkührlichen Gebote des Regenten, zumal in den großen despotisch regierten Reichen des Orients. wo die

Wirkung des Clima's die Mäßigung der Leidenschaften und die Ermannung zur Tugend und Tapferkeit, den einzigen Schutzmitteln gegen Sklaverei, beinahe unmöglich macht.

Die Erfahrung von den Drangsalen der Unterdrückung, welche die Bewohner dieser Reiche erduldeten, und insbesondere die unrichtigen Vorstellungen von Gott, welche keine Beweggründe zur Selbstbeschränkung darboten, waren ohne Zweifel die Ursachen von der in der alten Welt allgemein herrschenden Meinung, daß Schutz vor Sklaverei nur in solchen Freistaaten gefunden werden könne, in welchen alle Bürger an der Staatsregierung Antheil haben, und der Staatsgewalt alle denkbare Rechte zustehen, welche daher nur in einzelnen Städten errichtet werden konnten, und die Bewohner des platten Lands sich unterwarfen, auch durch Bekriegung anderer Städte ihre Macht zu vergrößern und hierdurch ihre Unabhängigkeit und Freiheit zu befestigen suchten, wesswegen die Staatswissenschaft Politik genannt wurde (von πόλις, Stadt). Nach den Begriffen der Alten war ausser dem Staate keine Tugend noch Glückseligkeit möglich, und ohne persönlichen Antheil an der Gesetzgebung und Staatsverwaltung keine Freiheit. Nur der Staat hatte Werth in ihren Augen; der Mensch nicht, als sofern er Antheil am Ganzen hatte. Nur der Staat hatte Rechte; der Einzelne nicht, ausser denen, welche ihm der Staat gewährte; in Freistaaten das gesamte Volk, welches die Staatsregierung und die Rechtspflege unmittelbar ausübte, in monarchischen Staaten der Despot. Der Staat durfte daher in die persönlichen Verhältnisse der Bürger, so tief er wollte, eingreifen, eine National-Erziehung anordnen, die Religion und den Gottesdienst der Bürger bestimmen, anders Denkende verfolgen, die verdientesten Bürger, wenn es dem

Volke zuträglich schien, verbannen; denn alle Rechte der Einzelnen wurden erst erfunden und durch den Willen des Machthabers eingeführt. Daher die Eifersucht auf die Behauptung der Unabhängigkeit des Staats, die strenge Absonderung von andern Völkern, die feindselige Behandlung der Ausländer, das harte und willkührliche Verfahren in den Gerichten und der Verwaltung, die unverhältnißmäßigen Strafen, die häufigen Veränderungen im Besitzstand der Bürger, die zahlreichen Wechsel der Beamten, sie mochten durch das Loos oder die Wahl des Volks ihr Amt erhalten. Das Bedürfnis der Freiheit führte die Alten zur Demokratie, in welcher die bürgerliche Freiheit der politischen, der Mensch dem Bürger, die Privatrechte dem Staate aufgeopfert wurden, und nachdem der Freistaat an Bürgern und Macht angewachsen war, führte das Bedürfnis der Einheit in der Verwaltung zum Despotismus. Ein beständiges Schwanken zwischen beiden Extremen war eine unvermeidliche Folge ihrer Begriffe von Freiheit und Recht.

Diesen Begriffen gemäß waren die Freistaaten der Phönicier, der Griechen *) und der Römer **) gebildet. Erstere verband zwar das Handlungs-Interesse und die gefährliche Nachbarschaft großer Reiche zu einem engern Staatenbunde, und ihre oligarchische Verfassung, die Lage ihrer befestigten Städte und ihre durch den Handel mit der damals bekannten Welt vermehrten Reichthümer gaben ihren Staaten mehr innere Festigkeit und Kräfte zu längerem Widerstand gegen äußere Angriffe. Die griechischen Freistaaten

*) Siehe Darstellung der griechischen Staats-Verfassungen von Fried. Wilh. Tittmann 1822.

**) Nulla alia in civitate, sagt Cicero de republica I, 31, nisi in qua populi potestas summa est, ullum domicilium libertas habet.

hingegen litten an allen den angeführten Gebrechen, und weder ihre wiederholte Bündnisse mit einander, noch die Weisheit ihrer Gesetze, noch die hohe Bildungsstufe, welche ihre Bürger in Wissenschaften und Künsten erreichten, noch die strengen Sitten und Staatseinrichtungen Mehrerer von ihnen schützten sie vor innern Zerwürfnissen und Kriegen mit einander, welche mit ihrer Unterwerfung unter benachbarte Fürsten und zuletzt unter die römische Macht endigten.

Die Griechen, wie die Römer, genossen zwar den Vortheil, nur solchen Gesetzen zu gehorchen, welche von dem Rathe (*βέλη*, *Senatus*) des Freistaats reiflich überlegt und von dem Volke genehmigt worden waren. Aber nur die Römer gelangten auf diesem Wege in der langen Dauer ihres Freistaats und unter dem Schutze ihrer siegreichen Waffen, die ihre Herrschaft immer mehr erweiterten, und ihre unruhige Bürger auswärts beschäftigten, zu einer auf Billigkeit und Humanität sich stützenden Gesetzgebung, indem sie einzelne Rechtsverhältnisse nach dem jeweiligen Zeitbedürfnisse durch Gesetze bestimmten, und zum Genuß gröfserer, auf Rechtsgleichheit gegründeter, bürgerlicher Freiheit, von welcher sie auch unter der unumschränkten Herrschaft der Kaiser wenig verloren. Gleich als wenn die Cäsaren das römische Volk für den Verlust aller politischen Rechte durch Verbesserung seines bürgerlichen Zustands hätten entschädigen wollen, beförderten sie die Rechtsgelahrtheit, ehrten die Gerichtspersonen, vermehrten die Gerichtsstellen, ertheilten immer mehreren, zuletzt allen Unterthanen des Reichs das römische Bürgerrecht, und dehnten dadurch das Gebiet ihrer Gesetzgebung auf das ganze Reich aus. Die römischen Prätores hatten die zur Zeit der Republik minder gefährliche Gewalt, Rechtsstreitigkeiten, die nicht nach gegebenen Gesetzen entschieden werden konn-

ten, nach dem Gewohnheitsrechte der Völker (dem *jus gentium*) und, wo sie dieses verliess, nach Billigkeit zu entscheiden, und ihre scharfsinnigen Erkenntnisse erhielten allmählig Gesetzeskraft. Bei den Römern wurde daher die Rechtswissenschaft besser, als bei irgend einem andern Volke ausgebildet, und das Privat-, insbesondere das Obligationenrecht zu einer grossen Vollkommenheit gebracht, weil der Verkehr freier Römer mit einander auf Rechtsgleichheit beruhen mußte. In dieser Hinsicht enthält die Gesetzsammlung Justinians einen ungemein grossen Reichtum der feinsten und scharfsinnigsten Unterscheidungen, die von ächter, folgerechter Rechtsphilosophie zeugen, und sie würde für alle Völker und Jahrhunderte noch brauchbarer seyn, wenn nicht die verschiedensten, in verschiedenen Zeiten der Republik und des Kaiserreichs, mit Rücksicht auf die jedesmaligen Sitten und Staatseinrichtungen gegebenen Gesetze und befolgten Rechtsnormen ohne logische Ordnung und fragmentarisch darin zusammengetragen wären.

x Viel mangelhafter, als das Sachenrecht, war jedoch das Personen- und das damit in Verbindung stehende peinliche Recht von den Römern ausgebildet. Die Ursache hievon lag in den angegebenen Begriffen der alten Welt von Freiheit und Staatsallgewalt, denen die griechischen und römischen Philosophen und Rechtsgelehrten nicht ganz zu entsagen vermochten, oder wenigstens nicht zu widersprechen wagten. Während es zur Vervollkommnung des Sachenrechts hinlänglich war, dafs die Rechte aller Bürger im Verkehr mit einander durch die Gesetze gleichförmig und billig bestimmt wurden, setzt die Vollendung des Personenrechts die Erkenntnifs von dem absoluten Werth eines jeden Menschen als solchen voraus. Die Alten kannten diesen Werth nicht, und hätten es als einen Eingriff

in die Rechte der Staatsgewalt angesehen, wenn man die Gerichte durch bestimmte Strafgesetze in Ausübung des Strafrechts hätte beschränken wollen. Rechte der Bürger gegen den Staat und des einen Staats gegen den andern waren ihnen unverständliche Begriffe, weil keine Gewalt vorhanden ist, welche diese Rechte gegen den Staat geltend machen kann, und das öffentliche Recht der Römer beschränkte sich auf die Bestimmung der Verfassung und der Rechte des römischen Staats (*jus publicum est, quod ad statum rei romanae spectat*, sagt Ulpian). Deswegen erhoben sie sich auch niemals zu der Erkenntniß von der völligen Gleichheit der Rechte aller Menschen und Menschenvereine gegen einander, von der Verwerflichkeit aller Slaverei, und von den letzten Gründen aller Rechte. Den wenigen philosophischen Betrachtungen über solche, die wir von Griechen und Römern besitzen, fehlt es an Tiefe, Harmonie und systematischer Einheit.

Unter den Griechen erkannte zwar Socrates durch Schlüsse aus der Erfahrung, daß die Pflichten der Menschen nicht sowohl in den Geboten der Gewalthaber, als in der in allen Menschen wirksamen Vernunft ihre Quelle haben, und von ihr Gültigkeit und Werth erhalten. Wie sich aber die allgemeinen Rechtsgesetze von andern Tugendgesetzen unterscheiden, darüber sind uns keine Urtheile von ihm bekannt, und ob er gleich die Befolgung der bestehenden Gesetze einschärfte, so erregten doch schon seine bessern Einsichten von der Natur der Tugend solchen Argwohn, daß er ihre Aeufserung mit dem Leben büßen mußte.

Auch die verschiedenen philosophischen Schulen Griechenlands, welche nach seinem Tode in Bestimmung des höchsten Guts sich von einander trennten, bemühten sich nicht, den Unterschied zwischen Recht und Tugend zu entwickeln. Gerechtigkeit ist ihnen

der Inbegriff aller Tugend und Weisheit, und der Staat das Allen unentbehrliche Mittel, zur Tugend und Glückseligkeit zu gelangen, dessen indess der stoische Weise aus Selbstgenügsamkeit nicht zu bedürfen vermeinte, und den der Epikureer nur um des Nutzens willen schätzte. Auf eine göttliche Anordnung und Offenbarung beziehen zwar Platon und Aristoteles, die einzigen Philosophen, aus deren Schriften wir die Denkart der Griechen über Recht und Staat kennen, die ganze rechtliche Ordnung unter den Menschen, und ersterer geht von der göttlichen Weisheit in Bildung der Weltordnung auf die Entwerfung seiner Ideale von einem vollkommenen Staate, Staatsmann, weisen Gesetzen und Einrichtungen über. Allein die Gerechtigkeit entsteht dem Platon doch nur durch Uebereinkunft und Gesetze, die der Stärkere den Sitten gemäß zum Nutzen Aller erläßt, damit das Unrecht leiden nicht Jeden treffe, und ihre Ausübung verdient in seinen Augen nur insofern Lob, als der Ruf davon dem Gerechten Ruhm und Ehre bringt. Die verschiedenen Charaktere und Bildungsstufen der Menschen geben ihnen nach seiner Ansicht einen verschiedenen Beruf zur Tugend, und deswegen auch verschiedene Rechtsansprüche. Ihm zu Folge soll die ganze Einrichtung des Staats bewirken, daß jeder Stand nur die seiner Natur und Bestimmung angemessene Sittlichkeit und Glückseligkeit erreiche, und da völlige Unbeschränktheit sowohl den einzelnen Tyrannen zur ausschweifenden Willkühr, als alle Bürger in der Demokratie zur Zügellosigkeit führe, so soll der Gesetzgeber einen freien, in sich einigen und durch die Vernunft beherrschten Staat bilden, der zwischen der Tyrannei und der Demokratie die Mitte halte. Um endlich einem vollkommenen Zustand sich zu nähern, empfiehlt Platon Gemeinschaft der Güter, Weiber und Kinder, und will Tugend durch strenge Gesetze, de-

nen er besonders den Kriegerstand unterwirft, und durch Sklaverei erzwingen.

Nicht von solchen Träumereien, sondern von der Erfahrung und dem bestehenden Rechte gieng der scharfsinnige Aristoteles aus, ohne jedoch dasselbe für ein bloßes Produkt menschlicher Willkühr anzusehen. Er war der Erste, der von der allgemeinen, alle Tugenden umfassenden Gerechtigkeit, dem ἀπλῶς δίκαιον, schlechtweg Rechten, sittlich Guten eine äußere Gerechtigkeit, welche die verschiedenen Verhältnisse der Menschen ordne, ein πολιτικὸν δίκαιον, politisch Rechtes unterschied, und letzteres in φύσικόν, natürliches, und νομικόν, positives Recht, eintheilte. Unter dem politischen Rechte verstand er das Recht zwischen freien Personen in einem Staate, und begriff auch das natürliche Recht darunter, welches nach seiner richtigen Erklärung überall dasselbe, das ursprüngliche Recht ist, das an sich selbst, ohne Verabredung der Menschen oder Gesetze besteht, ohne daß er es übrigens aus einem Naturstand hervorgehen läßt. Seine irrige Erklärung der Tugend, daß sie ein Mittleres zwischen zwei Aeufsersten sey, führte ihn jedoch auf die ebenso unrichtige Erklärung, daß das Rechtthun zwischen Unrechtthun und Unrechtleiden in der Mitte liege, und er läßt diese Mitte durch die verbessernde, im wechselseitigen Verkehr Statt findende Gerechtigkeit (ἐπανορθωτική) des Richters, der die wahre Gleichheit wiederherstelle, finden, neben welcher er noch einer austheilenden Gerechtigkeit (διανεμητική, distributiva) gedenkt, die im Staate nach Würdigkeit, mithin ungleich austheile. Der Staat ist nemlich auch ihm eine nothwendige Anstalt zur Erreichung des höchsten Guts, der Tugend und Glückseligkeit, ist ihm sogar vermöge eines logischen Irrthums das Erste, Ursprüngliche und Selbstständige, von welchem, als dem Ganzen, die Familien und die

Einzelnen nur abgeleitete Wesen seyen. Mit Recht erkennt er alle Staatsverfassungen für fehlerhaft, welche nicht das allgemeine Beste des ganzen Staats, sondern bloß das besondere Wohl des regierenden Theils bezwecken. Mit Recht räumt er der Wissenschaft und Tugend größere Ansprüche an die Herrschaft, die Gesetzgebung, die Gerechtigkeitspflege und die Vollziehung ein, als dem Reichthum, der Geburt und andern zufälligen Vorzügen. Mit Recht läugnet er die Nothwendigkeit einer völligen Gleichheit aller Rechte unter den Bürgern eines Staats. Wie aber die zwei Arten von Gerechtigkeit, so wie sie oben einander entgegengestellt wurden, zu gleicher Zeit ausgeübt werden können, ohne sich zu widersprechen, und noch mehr, wie die Gerechtigkeit, welche dem Einen sein Mehr entzieht, damit es mit des Andern Weniger in ein richtiges Verhältniß komme, die verbessernde seyn könne, ist schwer einzusehen, und wenn er die Menschen in Freie, zum Herrschen würdige, und in natürliche Slaven, die zum Dienen geboren seyen, eintheilt, so verräth er, daß er die allen Menschen gebührende gesetzliche Freiheit nicht besser als sein Zeitalter von der nur Wenigen verliehenen Fähigkeit, zu herrschen, zu unterscheiden vermocht hat.

Eine richtigere Vorstellung von der Natur und dem Ursprung aller Rechte scheint den Römern vorgeschwebt zu seyn; denn das ganze römische Recht beruht auf der Voraussetzung, daß ein Freier von dem andern ursprünglich nur die Unterlassung aller Jenem schädlichen Handlungen, die Verrichtung bestimmter (positiver) Handlungen aber nur in Folge einer vorhergehenden Handlung des Andern, einer Beschädigung oder eines Vertrags oder eines Gesetzes, das, wie die Rechtssitte, durch die Zustimmung Aller entstanden gedacht wurde, fordern könne. Sie bestimmten daher durch ihre positive Gesetze nach

Grundsätzen der Billigkeit und Humanität für alle Bürger gleichförmig die Rechte und Verbindlichkeiten, die Einer gegen den Andern in Folge einer Beschädigung, eines Vertrags oder einer zum Gesetze erhobenen Sitte habe, und unterschieden das natürlich Nothwendige im Gesetze von dessen willkührlichen Bestimmungen; der Grund eines Gesetzes war ihnen nicht die bloße Willkühr des Gesetzgebers, sondern das *rectum*, die *recta ratio*, die natürliche Billigkeit, das durch die Vernunft erkannte sittlich Gute und Rechte, und das aus dem Gesetze folgende Recht wurde *jus* genannt, weil, dasselbe nöthigenfalls mit der Gewalt des Staats zu vollziehen, vom Gesetzgeber befohlen war. Richtig erkannten sie die Vorschriften: Beleidige Niemand, und: Jedem das Seine, als die höchsten Gesetze der Gerechtigkeit, jene als den Grundsatz der durchgreifenden, absoluten, Jeden verbindenden Gerechtigkeit (*justitia commutativa*), diese als die Norm der vertheilenden Gerechtigkeit (*just. distributiva*) für den Richter, und beide als ethische, jedoch *vollkommene*, erzwingbare Pflichten begründende Gesetze, die mit dem Gesetze: ehrbar zu leben, die Grundlage der gesamten Sittenlehre bilden. Richtig leitete der ausgezeichnetste römische Rechtsphilosoph, Cicero, in seinen Schriften von den Pflichten, den Gesetzen und dem Staate, ob er gleich vorzüglich griechische Philosopheme auf römischen Boden verpflanzte, alle Rechte nicht von Rechtsideen, sondern von Gesetzen, und zwar, weil die Unvollkommenheit mancher gegebenen Gesetze und daß ihre Anwendung wahres Unrecht bewirke, einleuchtete, von einem in der menschlichen Natur liegenden, von der Gottheit durch die Vernunft geoffenbarten Gesetze her, das in den Gewohnheitsrechten der Völker, dem *jus gentium*, ausgedrückt sey. (Cic. de leg. I, 16. de offic. III, 5).

Den römischen Juristen waren aber jene Grundsätze der Gerechtigkeit noch keine Rechtsgesetze, weil sie unter *jus* wirklich bestehende, mit Gewalt vollzogene Gebote sich dachten. Deshwegen erklärten sie das Recht der Natur, als den Inbegriff der Belehrungen und Anweisungen, welche die Natur den Menschen, wie andern Lebendigen (durch Empfindungen und Begierden zu gewissen Kraftäusserungen) gebe, und kannten neben demselben noch ein allen Völkern gemeinschaftliches Gewohnheitsrecht (*jus gentium*), zu welchem die Pflicht des Gehorsams gegen die Eltern, der Verehrung der Gottheit und dergleichen gerechnet wurde, und das besondere, in einem Staate eingeführte, bürgerliche Recht eines einzelnen Volks (*jus civile*), durch welches sowohl die Rechte einzelner Bürger gegen einander, als auch die Rechte des Staats bestimmt werden (*jus privatum und publicum*). Sie erkannten zwar an, daß unter den Menschen nur das als Recht gelten sollte, was den Regeln der Sittlichkeit nicht widerspricht, wie daraus erhellt, daß das römische Recht die bedungene Sklaverei und alle Verträge über offenbar unsittliche Leistungen für ungültig erklärte. Weil aber das Gewohnheitsrecht der Völker keine naturrechtliche Verbindlichkeit derselben gegen einander, am wenigsten zwischen Kriegführenden kannte, und die Sklaverei der Kriegsgefangenen billigte, so konnte die römische Gesetzgebung den Bürgern Roms dieses Recht nicht entziehen, das zur tapfern Vertheidigung des eigenen Freistaats und Abwendung eigener Sklaverei am stärksten antrieb. Eine gänzliche Veränderung der Denkart und der Sitten der Völker mußte vorgehen, damit ein auf Menschlichkeit beruhendes Recht allgemein gültig, und auf alle Verhältnisse der Menschen und Völker gegen einander anwendbar erkannt werde, und hiezu war die Zeit-

periode die günstigste, wo die hohe Meinung von dem Werthe der Theilnahme aller Bürger an der Staatsverwaltung durch das Schicksal des römischen Freistaats herabgestimmt, und die meisten Völker dem römischen Kaiserreiche unterworfen, sowohl durch die römische Gesetzgebung zur Achtung der Rechte Einzelner angewiesen, als durch den gemeinschaftlichen Druck des römischen Jochs für Sittenverbesserung empfänglich geworden waren.

ZWEITE PERIODE

VON DER AUSBREITUNG DES CHRISTENTHUMS BIS ZUR KIRCHENREFORMATION.

Zwei gleichzeitige Begebenheiten wirkten jetzt zusammen auf die gänzliche Umwandlung der sittlichen Denkart und der politischen Gestalt der bekannten Welt, die Ausbreitung des Christenthums und die Eroberung der römischen Provinzen durch Freiheit liebende Völker germanischer Abkunft.

Nicht, wie die Religionen der Alten, von Menschen erfunden, von Regenten eingeführt, und durch angeordnete öffentliche Gebräuche mit den Staatseinrichtungen verwoben, sondern als unmittelbares Wort Gottes ward die Religions- und Sittenlehre Christi durch die kunstlose Erzählung seines Lebens und seiner Lehren, von Männern ohne Ansehen, Reichthum und andere Vorzüge für alle Menschen und Völker ohne Unterschied öffentlich verkündigt, und zwar mit einer so festen Ueberzeugung von ihrer Göttlichkeit, daß sie den Märtyrertod wegen ihres Bekenntnisses mit der größten Standhaftigkeit erduldeten. Indem diese Lehre statt besonderer Nationalgötter einzelner Völker oder mehrerer, Menschen ähnlicher, Gottheiten zur Verehrung des einzigen Schöpfers und Erhalters aller Menschen, zur gewis-

senhaften Erfüllung des einem Jeden im Gewissen geöffneten göttlichen Willens und zum Wohlwollen gegen alle Menschen aus Ehrfurcht vor Gott aufforderte, von welchem ein Jeder im gegenwärtigen oder künftigen Leben Vergeltung seiner guten und bösen Handlungen zu erwarten habe, setzte sie an der Stelle der herrschenden Sitten und gegebenen Gesetze des Staats reine, aus guter Gesinnung hervorgehende, Sittlichkeit zum Ziel des menschlichen Strebens, dehnte den Umfang der Pflichten von der Gerechtigkeit gegen Landsleute und Liebe zum Vaterlande auf das Wohlwollen gegen alle Menschen, als Kinder Eines Vaters aus, stellte den absoluten Werth des Menschen als solchen in das Licht, wies statt menschlicher Vorschriften und Staatsanordnungen auf ein zuverlässiges göttliches Wort und das in jedem Menschen sich äussernde Gewissen, als Erkenntnisquellen des Guten hin, forderte selbst auf, alles zu prüfen, und gab in der vernünftigen Vorstellung eines gerechten Vergelters der menschlichen Handlungen einen stets lebendigen, weit wirksamern Beweggrund zu ächter Tugendübung, als die von den Alten gepriesene Schönheit der Tugend, die Ehre, der Ruhm und andere Vortheile, die man durch sie erlange, so wie in der Bestimmung des Menschen zu einem ewigen Leben den kräftigsten Trost bei den Uebeln des gegenwärtigen. Mit diesen Vorstellungen und Vorschriften war die Ungleichheit der persönlichen Rechte verschiedener Menschen, insbesondere die Sklaverei, die große Ausdehnung der väterlichen Gewalt bei den Alten, die willkührliche Trennung der Ehen, der Kauf und die rohe Behandlung der Weibspersonen, die Mißhandlung der im Kriege Ueberwundenen und jede nicht verschuldete Beleidigung einer Person gegen die andere unvereinbar. Nicht, wie der heidnische Philosoph, konnte der Christ blos diejenigen Pflichten,

welche die Gesetze eines Staats für erzwingbar erklären, für vollkommen ansehen, sondern alle diejenigen, die er vermöge seines Gewissens für unerlässlich erkennt, und nur diese mußten in seinen Augen vollkommen seyn. Erachtete er nicht jeden Zwang zu Erfüllung einer Pflicht, den Jemand (auch die Obrigkeit) gegen einen Andern ausübt, mit dem christlichen Gebote der allgemeinen Menschenliebe für unverträglich, so konnte er doch nur diejenigen menschlichen Gesetze, Staatseinrichtungen und Handlungen der Gewalthaber billigen, die mit der christlichen Sittenlehre und den Aussprüchen seines Gewissens, weder an sich, noch in ihren Folgen in Widerspruch stehen, und mußte die Frage, wie die Pflichten, zu deren Erfüllung Menschen einander zwingen dürfen, beschaffen seyn müssen, der gewissenhaftesten Ueberlegung werth achten.

In allen diesen Beziehungen standen die Gesinnungen, Sitten und Vorstellungen der Christen gerade entgegen der herrschenden Denkart der Römer und der ihnen unterworfenen Völker, dem tiefen Sittenzerfall, in welchen jene durch den Besitz der Herrschaft und der Reichthümer der Welt versunken waren, der Willkühr und Grausamkeit, mit welcher ihre meisten Alleinherrn auf dem Kaiserthron über Leben, Freiheit und Güter ihrer Unterthanen verfügten, und selbst manchen von den rohen Sitten der Vorzeit oder der Willkühr der Kaiser herrührenden römischen Gesetzen. Es war daher kein Wunder, daß die vorzüglich unter dem großen Haufen der Unterdrückten sich vermehrenden Christen, wie auch die Gebote ihres Meisters: Gehorchet jeder Obrigkeit, die Gewalt über euch hat: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist, anzudeuten schienen, die Gebiete ihrer Religion und der Staatsgewalt, der Sittlichkeit und des öffentlich

geltenden Rechts für ganz von einander geschieden betrachteten, ja sogar das Zeitliche dem Ewigen, das Irdische dem Himmlischen, das Weltliche dem Geistlichen gewöhnlich entgegensetzten.

Diesen Ansichten gemäß bildete sich überdies ohne Einwirkung der Staatsgewalt, durch die freie Entschliessung der Christen eine, wie der Staat, gegliederte christliche Kirche, und behauptete, weil sie eine göttliche Offenbarung verkündigte, und für eine göttliche Anstalt sich ausgab, ihre Unabhängigkeit von der menschlichen Anstalt des Staats auch dann noch, nachdem die Kaiser, um die zahlreichen Christen für sich zu gewinnen, sich öffentlich zum Christenthum zu bekennen, dasselbe zur Staatsreligion zu erklären, und die Kirche mit Glanz zu umgeben angefangen hatten. Gleiche Ueberzeugungen in Ansehung der wichtigsten Angelegenheiten der Menschen, gemeinschaftliche Gottesdienste, Aufopferungen zum Besten der Armen, wohl auch die Sorge für ihre Sicherheit vor Verfolgungen hatten die Christen gleich Anfangs enger als andere Religionsgenossen, mit einander verbunden, und veranlaßt, bleibende Gemeinden zu bilden, und die Beaufsichtigung und Leitung derselben ihren Religionslehrern mit desto größerem Vertrauen zu überlassen, als sie dieselben von Christo dazu berufen und mit übernatürlichen Kräften, besonders dem heiligen Geiste, ausgerüstet glaubten. Mit der Vermehrung der Christen ergab sich die Unterordnung der kleinern Kirchen-Gemeinden unter die größern und deren Aufseher (Bischöffe) aus dem Bedürfniss, gleiche Religions-Meinungen, gleiche gottesdienstliche Einrichtungen und gleiche Ordnung in ihren Verhältnissen zu erhalten, und das Ansehen der unter einander verbundenen Kirchen-Vorsteher wuchs durch schnelle Vermehrung der Christen und deren unbeschränktes Zutrauen zu ihnen zu einer

Macht an, welche die schwachen, mit Dämpfung innerer Unruhen und Zerrüttungen, so wie mit Abwehrung der Anfälle benachbarter Völker stets beschäftigten Regierungen nicht einzuschränken wagen konnten. Der Uebertritt zum Christenthume wurde bald von der christlichen Priesterschaft dadurch erleichtert, daß sie nicht mehr Besserung der Gesinnungen, noch Werke aufopfernder Menschenliebe, sondern bloße Theilnahme an der Kirche und ihren Gebräuchen verlangte, und auf die von den Kirchenvorstehern empfohlenen äußeren Verrichtungen des Betens, Fastens, Kasteiens des Körpers, auch die Führung eines einsamen Lebens mehr Werth legte, als auf Tugend und Gottesfurcht. Nach Erhebung des Christenthums zur Staatsreligion wurde es herrschende Meinung, daß man blos in der allgemeinen Kirche selig werden könne, und nun suchte man die Einheit der Kirche durch die grausamste Verfolgung und Vertilgung Aller zu erhalten, welche in Religions- und Kirchensachen anders dachten, als die Mehrheit der versammelten Kirchenvorsteher, oder die Angesehensten unter ihnen. An die Spitze der Hierarchie stellte die Macht der Meinung die Patriarchen in den 4 bis 5 größten Städten des Reichs, und nach dessen Theilung gelangte der Bischoff in Rom, als vorgeblicher Statthalter Christi und Nachfolger Petri, wegen der frühern Zertrümmerung des abendländischen Reichs durch rohe und unwissende Völker, zur Oberherrschaft über alle Kirchen in West-Europa, kam in den Besitz einer unabhängigen weltlichen Herrschaft, und konnte sich sogar die Oberlehensherrschaft über alle christliche Staaten Europa's anmassen.

Diese ausserordentliche Vergrößerung ihrer Macht verdankten die römischen Bischöffe der Leichtgläubigkeit und der Freiheitsliebe der germanischen Völker, welche in den eroberten römischen Provinzen neue Rei-

che gründeten, und die ihrem kriegerischen Charakter zusagende Lehenverfassung darin einführten. Noch in ihrem Stammlande beschäftigten sich alle deutsche Männer nur mit Krieg und Jagd, überliessen den Anbau der Felder, welche ihre Fürsten jährlich unter ihre Untergebene austheilten, ihren Weibern, Kindern und den etwa durch Kauf oder Kriegsgefangenschaft erworbenen Leibeigenen (Hörigen), waren aus Liebe zur Unabhängigkeit nicht Beherrschern grosser Reiche unterthan, sondern in mehrere kleine Völkerschaften getheilt, und schätzten die Treue gegen ihre Fürsten, ohne sie als schuldigen Gehorsam anzusehen. Ihrer heimischen Verfassung gemäfs vertheilten daher die germanischen Fürsten die eroberten Länder unter die Krieger, die ihnen aus Kriegslust oder von andern Völkern gedrängt, gegen die Römer gefolgt waren, als bloße Lehen zur Benutzung auf kürzere oder längere Zeit, Anfangs immer auf Widerruf. Die Edeln (Begleiter der Fürsten) unter ihnen erhielten grosse Ländereien, Regalien, Würden und Aemter zu Lehen, und belehnten selbst wieder ihre freie Dienstleute mit kleinern Gütern, gleichfalls zur Belohnung ihrer Treue und mit der Verbindlichkeit zu ferneren Diensten. Gereizt durch die Anmuth und Fruchtbarkeit der eroberten Länder, nahmen sie jedoch feste Wohnsitze darin, und die Ertheilung der Lehen auf Lebenszeit und selbst zum erblichen Besitze wurde allmählig üblich, zuletzt gesetzlich. Durch den erblichen Besitz grosser unzertrennbarer Güter erlangten aber die grossen und reichen Vasallen, der hohe Adel, die Mittel, sich den Befehlen ihrer Könige zu widersetzen, welche oft weniger eigene Güter, als einzelne ihrer Lehnsleute besaßen, und deren Lehen nicht wieder an sich ziehen konnten, und die Liebe zur Unabhängigkeit erzeugte, zumal in Wahlmonarchien, Jahrhunderte lang dauernde Fehden und innere Zerrüttungen

der Anarchie, während welcher Zeit jeder Freie wegen der Schwäche der Regierungen seine Rechte durch Tapferkeit und Bündnisse mit Andern zu vertheidigen suchen mußte, und das Ritterthum sich ausbildete, das zwar manchmal zur Beschützung der Unschuld, weit häufiger aber zur Unterdrückung und Beraubung der Schwächern seine Tapferkeit anwendete.

Dagegen hatten die rohen Krieger eine desto größere Verehrung gegen die Aufseher und Diener der Kirche, insbesondere gegen den Bischoff zu Rom, der die Oberherrschaft über alle christliche Kirchen und Kirchendiener im westlichen Europa, als Nachfolger Petri auf dem römischen Bischoffsstuhl, sich anmaßte, und die ihm unterworfenen Kirche für die einzige, allein selig machende Anstalt Gottes ausgab. Seine Aussprüche hielten sie für unmittelbare Aeußerungen des göttlichen Willens, weil die heilige Schrift nur in wenigen Abschriften vorhanden, nur im Besitze von Geistlichen war, und wenn sie auch unter den Völkern in getreuer Uebersetzung in ihre Muttersprache verbreitet gewesen wäre, doch von ihnen so wenig, als die Kirchenschriftsteller, deren Schriften längst die heil. Schrift verdrängt hatten, hätte gelesen werden können. Seine Anordnungen befolgten sie desto bereitwilliger, als sie sich ihm freiwillig unterwarfen, und er keine Waffengewalt besaß, dennoch aber durch die Macht seines Ansehens den Gewaltthaten ihrer Fürsten und Großen nicht selten Einhalt zu thun wußte. Dieser Aberglaube ward von den römischen Bischöffen zur Vergrößerung ihrer Macht und Ausdehnung ihrer Herrschaft über alle europäische Fürsten und Völker schlaue benutzt, und dieselben beredet, daß sie durch Vermehrung der Kirchen und Klöster, durch Bereicherung derselben mittelst Schenkungen und Vermächtnisse, durch Bekriegung der Völker, welche sich zu andern Religionen bekennen, und ge-

waltsame Einführung der katholischen Kirche unter denselben sich das ewige Leben erwerben. Dem Ausspruche Christi entgegen, daß sein Reich nicht von dieser Welt sey, wußten die Diener der Kirche und nachher die Weltweisen des Mittelalters, die Scholastiker, den Wahn allgemein zu verbreiten, daß, da das Recht ein Theil der Moral und mit dieser auf die Religionslehre gebaut sey, die Kirche das wahre Reich Gottes, die göttliche Anstalt zur Verwirklichung aller Tugenden, mithin auch der Gerechtigkeit sey, und das ganze Thun und Lassen aller Christen, folglich auch der Regenten und Obrigkeiten, bestimmen müsse.

In dieser irrigen Voraussetzung hielten sich die Päbste für berechtigt, die gewaltsamsten Mafsregeln zu ergreifen, wofern sie dadurch ihre Herrschaft zu erhalten und zu vergrößern hoffen konnten. Um die Geistlichen aller christlichen Länder von allen bürgerlichen und Familien-Banden loszureißen, und sie zu blinden Werkzeugen ihres Willens zu machen, verboten sie nicht blos den widerrechtlichen Kauf von Kirchenämtern und Pfründen, sondern selbst die Annahme derselben aus den Händen weltlicher Obrigkeiten, und erhoben (erst im 11ten Jahrhundert) die Ehelosigkeit, zu welcher bisher blos Klostersgeistliche für verpflichtet erachtet worden waren, zu einem Kirchengesetze für alle Geistliche, setzten es auch durch Bedrohung mit der Absetzung durch, daß die Verheiratheten sich von ihren Ehegattinen scheiden mußten. War hiedurch derjenige Stand, welcher ein Beispiel strenger Sittlichkeit zu geben den Beruf hat, eines ursprünglichen Rechts beraubt, in dessen Ausübung ihn zu schützen die Fürsten aus Unterwürfigkeit unter den Pabst unterließen, und zur Unsittlichkeit veranlaßt, so wurde er eben dadurch desto tauglicher, die ihm vom Pabste zukommenden Befehle ohne Rücksicht auf bürgerliche und Familien-Verhältnisse

auszuführen. Durch die Geistlichen, welche bei allen wichtigen Familienereignissen, der Geburt, der Verheirathung und dem Tode eines Menschen, bei allen gottesdienstlichen Versammlungen, bei der Krönung und Salbung der Fürsten Verrichtungen, und im Beichtstuhl die geheimsten Empfindungen, Neigungen und Entschliessungen der Menschen zu erforschen, Gelegenheit hatten, ward der päpstliche Hof von Allem unterrichtet, was er zu seinem Vortheil benutzen konnte. Durch sie vollzog er die Strafen der Excommunication, des Kirchenbanns und des Interdikts, und nöthigte die mächtigsten Fürsten, aus Furcht vor dem dadurch aufgeregten Volk die dem Pabste oder der Geistlichkeit mißfälligen Handlungen zu unterlassen oder wieder gut zu machen. Durch sie wurden die Völker in dem dumpfsten Aberglauben und der gröbsten Unwissenheit erhalten, alle Besserdenkende mit Feuer und Schwert verfolgt, mit der Sündenvergebung der schändlichste Wucher getrieben, und die Kirche zur furchtbarsten Zwangsanstalt für Geist und Gewissen ohne Hoffnung einer Erlösung, die Religion zu einem sinnlosen Ceremoniendienst herabgewürdigt. Die bereicherte Geistlichkeit wetteiferte mit dem hohen Adel im Streben nach Würden und Unabhängigkeit, und die Regenten fanden im Uebermuth ihrer geistlichen und weltlichen Vasallen und in den Eingriffen der Päbste in ihre Rechte stete Hindernisse der Herstellung des Landfriedens und der Verbesserung der Staatseinrichtungen, bis die Bewohner der befestigten Burgen und Städte durch Handel und Gewerbe sich solche Reichthümer erworben hatten, daß sie, von den Fürsten begünstigt, den dritten Stand im Staate bilden und jenen 2 Ständen das Gleichgewicht halten konnten. Selbst alsdann noch behauptete das kanonische Recht, die Sammlung der Verordnungen der Kirchenversammlungen und besonders der Päbste in Glaubens- und

Kirchen Sachen, welche vorzüglich die Vergrößerung und Befestigung der Kirchengewalt bezwecken, den Vorzug vor den römischen und einheimischen Gesetzen bei Entscheidung bürgerlicher Rechtssachen, ob es gleich in wenigen Gegenständen, wie in der Lehre von der sittlichen und rechtlichen Zurechnung und von den Bedingungen der Verjährung, wirkliche Verbesserungen enthält. Der Endzweck des Christenthums, Besserung der Gesinnungen und des Lebens, war durch den kirchlichen Aberglauben, durch das öffentliche und Privatleben der Päbste und Geistlichen den Völkern ganz aus den Augen gerückt, und an die Aufhebung und Milderung der Leibeigenschaft und Gutshörigkeit ward so wenig gedacht, daß noch in den neuesten Zeiten zu Aufhebung derselben in Europa, so wie der in andern Welttheilen von Christen eingeführten Slaverei, von den menschlich gesinnten Regierungen Gewalt gebraucht werden muß.

Das Verdienst der Hierarchie und der päbstlichen Obergewalt im Mittelalter besteht also vorzüglich darin, daß das Christenthum, wenn gleich durch Aberglauben aller Art entstellt, den rohen Eroberern des römischen Reichs durch den Glanz und die Macht der Kirche, wodurch ihr vorgeblicher göttlicher Ursprung bestätigt zu seyn schien, annehmlicher gemacht und der Gefahr entrissen wurde, durch eine neue Religion, wie im Orient durch den Islam geschah, verdrängt oder, als Hinderniß des Despotismus, von nach solchem strebenden Fürsten unterdrückt zu werden. In Verbindung mit der Freiheitsliebe der Deutschen und dem Lehenssystem brachte die Hierarchie der Menschheit die Wohlthat, daß dauerhafte Staatsverfassungen durch Verträge mit dem Volke und die Vertretung der 3 Stände desselben, so wie durch die Macht der öffentlichen Meinung beschränkte Wahl- und Erbmonarchien in's Leben traten, unter deren Schutze die

persönliche Freiheit aller Unterthanen, nicht blos der Einwohner einzelner freien Städte oder der Diener des Fürsten, durch öffentliche Rechtspflege und den Antheil der Volksvertreter an der Staatsverwaltung gesichert war. Sie machte endlich durch ihre Einsprache in die Handlungen der Regenten darauf aufmerksam, daß auch die Verhältnisse derselben zu ihren Unterthanen und zu andern Staaten nach Rechtsregeln zu beurtheilen seyen, und legte so den Grund zu einem allgemeinen Staats- und Völkerrechte.

DRITTE PERIODE

VON DER KIRCHENREFORMATION BIS AUF UNSERE ZEITEN.

Eine allgemeine, geistige Bewegung unter den europäischen Völkern bezeichnete im 15ten und 16ten Jahrhunderte ihren Uebergang aus der Anarchie des Mittelalters zu geordneten Staatsverfassungen und dem Systeme der Rechtsgleichheit der Staaten. Hiezu gab den ersten Anstoß das Wiederaufleben der Wissenschaften auf den neugestifteten hohen Schulen Italiens, in welchen nicht blos die Kirchenväter, sondern vorzüglich die alten Klassiker, nicht blos das kanonische, sondern noch mehr das römische Recht, das in verschiedenen Handschriften an's Licht gezogen wurde, mit Eifer studirt und gelehrt wurden. Man bewunderte die Tugenden und die Bildung der Griechen und Römer, ihre Fortschritte in den Künsten und Wissenschaften, ihre Gesetze und Staatsanstalten desto mehr, als in der Christenwelt Aberglauben, Sittenlosigkeit und kleinlicher Eigennutz herrschten. Insbesondere entdeckte man in der römischen Gesetzsammlung einen großen Reichthum der weisesten Rechtslehren und Unterscheidungen, und da man nicht im Stande war, den christlichen Völkern bes-

sere, ihren Sitten und Einrichtungen angemessene Gesetze zu geben, und das römische Recht die Rechtspflege ganz allein in die Hände der Regierung legte, so wurde es gegen den Willen der Völker, ohne Rücksicht auf ihre Sitten, ohne die römische Gesetzsammlung in ihre Sprache zu übersetzen, noch unter den verschiedenen Lesarten derselben die gültige zu bestimmen, noch sie gehörig auszulegen, in den meisten Staaten Europens als Hülfrecht neben den eigenthümlichen Gesetzen eines jeden Volks eingeführt, wohl auch diese Gesetze nach den Grundsätzen des römischen Rechts nach und nach umgeschaffen. Hiedurch kam eine Menge neuer Begriffe und zweckmäßiger Rechtsnormen zur Anwendung, und da es in Religionssachen und rein moralischen Verhältnissen keinen Zwang zuließ, so ward durch seine Einführung nicht nur die Rechtssphäre der Einzelnen, sondern auch das Gebiet wissenschaftlicher Forschungen erweitert.

Auf der andern Seite ward eben hiedurch der Chicane Thür und Thor geöffnet, der einfachste Rechtsstreit in einen endlosen Kampf gelehrter Rechtsfreunde über die Anwendung und Auslegung eines einheimischen oder eines, den Partheien unbekannten, fremden Gesetzes umgewandelt, das Recht des Einzelnen nicht selten nach der individuellen Meinung des Richters über den Sinn eines fremden Gesetzes entschieden, und wegen der fortdauernden Gültigkeit einheimischer Gesetze nicht einmal der erwartete Vortheil gleicher Rechtsnormen im Verkehr der Völker mit einander gewonnen. Durch das römische Recht ward auch der verderbliche Irrthum aus der alten in die neue Welt verpflanzt, daß alle Rechte durch die positiven Gesetze erst geschaffen werden, ein bloßes Produkt der Willkühr des Gesetzgebers seyen, und Recht und Sittlichkeit der politi-

schen Klugheit untergeordnet werden müssen. Zu diesen Grundsätzen führten die genaue Bekanntschaft mit der Denkart der Alten und die Ueberschätzung ihres Werths den geistreichen Italiener Macchiavelli, der in seinen Unterhaltungen über den Livius und seinem Fürsten der Staatsklugheit den Vorrang vor der, nur um des Vortheils willen von ihm geschätzten, Gerechtigkeit zu vindiciren bemüht war. In der katholischen Kirche die Ursache des Zerfalls Italiens erkennend, beschuldigte er das Christenthum, daß es durch Empfehlung des leidenden Gehorsams und der Welt-Verläugnung die Christenheit in die Hände von Bösewichtern gegeben habe, und fand nun das Heil der Menschheit und Schutz vor Tyrannei ganz allein in den Freistaaten der Alten und der Theilnahme aller Bürger an der höchsten Gewalt, ohne zu bedenken, daß solche nur in kleinen Staaten kurze Zeit bestehen kann. So war schon vor der Reformation aus den Verirrungen eines ausgezeichneten Denkers ersichtlich, daß Gerechtigkeit einer religiösen Grundlage nicht entbehren könne, und ohne solche einen der Klugheit untergeordneten Werth habe.

So sehr indess die Einführung des römischen Rechts, die Ausbreitung der Wissenschaften und die Erleichterung derselben durch die neuerfundene Buchdruckerkunst, die Entdeckung neuer Welttheile und die Ausdehnung des Handels auf dieselben, die nach Erfindung des Schießpulvers nöthiggewordene Einführung der Staatsgewalt unbedingt gehorchender, stehender Heere und andere neue Einrichtungen zusammenwirkten, sowohl eine Stufe von Civilisation bei den Völkern herbeizuführen, von welcher die Alten keinen Begriff haben konnten, als auch die Macht der Staats-Regierungen gegen die Gewalt einer reichen, im 1000jährigen Besitze der Herrschaft erstarkten, in allen Ländern Europens verbundenen Priester-

2 schaft zu befestigen, so hatte doch insbesondere die Kirchenreformation das Verdienst, die Menschen von den Fesseln des Aberglaubens zu befreien, der, durch äussere Macht unterstützt, den freien Gebrauch der Geisteskräfte gelähmt hatte, den wissenschaftlichen Bestrebungen im Gebiete der Moral und der Rechtswissenschaft eine feste, religiöse Grundlage zu geben, und den bisherigen Zwiespalt zwischen Staat und Kirche durch Abgrenzung ihrer Gebiete und Unterordnung der letztern unter den erstern zu heben. Indem sie den Völkern die heilige Schrift, in ihre Sprachen übersetzt, zur eigenen Prüfung und Belehrung über den Willen Gottes in die Hände gab, untergrub sie das ganze Gebäude der Hierarchie, das auf unerwiesenen Kirchensatzungen von der Heiligkeit, Unfehlbarkeit und Macht des Kirchen-Oberhaupts, Sünden und Verbrechen zu vergeben, beruhte, gab den Regierungen das Recht zurück, alle Rechte und selbst die Glaubensfreiheit ihrer Unterthanen auch gegen priesterliche Anmassungen zu schützen, vereinigte somit alle Gewaltszweige in ihren Händen, und knüpfte hiedurch das Band zwischen Regenten und Unterthanen desto enger.

Noch mehr Gewalt erhielten die zur neuen evangelischen Kirche sich bekennenden Fürsten durch den Gang, den die Kirchen-Reformation von Anfang an genommen hat. Die christliche Wahrheit, deren Macht die einzige Waffe der Reformatoren war, fand bei allen Völkern Europens, weniger bei den mächtigern Fürsten Eingang, welche theils aus Anhänglichkeit an die seit Jahrhunderten für wahr gehaltenen Kirchensatzungen, theils aus Argwohn und Politik sich durch katholische Geistliche bereden liessen, nicht nur ihren Unterthanen die Errichtung evangelischer Kirchen zu verbieten, sondern auch die Religionsfreiheit in fremden, zu dieser Kirche über-

getretenen Staaten mit Waffengewalt zu unterdrücken zu suchen. Ehe daher die Genossen der evangelischen Kirche über die Verfassung, die ihr zu geben sey, sich vereinigen konnten, waren sie genöthigt, ihre Fürsten und Obrigkeiten gleichen Glaubensbekenntnisses in der Gewalt, die neue Kirche nach dem Rathe ihrer Stifter in ihrem Lande einzurichten, und über die Kirchengüter zu verfügen, die Mittel zu ihrer Beschützung gegen auswärtige Angriffe darzubieten. Ausser dem Rechte der Obergeraufsicht über die Kirche, das ihnen als Oberhäuptern des Staats ohne Rücksicht auf ihre Religion gebührt, erlangten die evangelischen Regenten auch das Verfügungsrecht in Sachen der Kirche selbst, zu der sie sich bekannten, weil nach Christi Lehre kein Lehrer derselben Gewalt über Andere ausüben soll, und hiedurch eine Machtfülle, ähnlich der Gewalt der heidnischen Regenten des Alterthums, die nur darin beschränkt ist, daß sie sich nicht auf die Bestimmung der Glaubenslehren erstreckt. Die Religions-Uebung evangelischer Unterthanen katholischer Fürsten wurde durch Verträge mit ihnen bei dem Antritt ihrer Regierung, und die Rechte der evangelischen Stände des deutschen Reichs gegen die katholischen Mitstände durch das Recht, in Kirchensachen sich von letztern abgesondert zu berathen, gewahrt. Allmählig gewann auch in katholischen Ländern die Staats-Regierung mehr Gewalt über die Geistlichkeit, beschränkte die Anmaßungen der Päbste in Besetzung der höhern Kirchenämter, setzte der Vermehrung und Bereicherung der Kirchen und Klöster Grenzen, und unterwarf die päpstlichen Verordnungen ihrer Genehmigung.

Mit der Wiedereröffnung der christlichen Offenbarung wurde nämlich die Bahn gebrochen, daß man die bestehenden politischen Einrichtungen und religiösen Meinungen einer freien Prüfung, zu welcher

sie selbst aufforderte, zu unterwerfen, und die Zwecke des Staats - wie des Kirchenvereins genauer zu untersuchen anfieng. Zwar dauerte noch ein paar Jahrhunderte nach derselben bei Evangelischen, wie bei Katholiken, zumal durch die Mitwirkung der aus Adel, Geistlichen und Städte-Deputirten bestehenden Stände eine solche Ehrfurcht vor der Kirche, zu der sie sich bekannten, fort, daß neben der herrschenden Kirche eines Landes andere Religionspartheien bloß geduldet, nicht aber zum Genusse bürgerlicher Vortheile und öffentlicher Religions-Uebung zugelassen wurden. Allein sowohl die Erfahrung von den Nachtheilen, welche katholische Regierungen durch Verfolgung der Evangelischen sich selbst zuzogen, als insbesondere philosophische Untersuchungen über Recht und Staatszweck machten den Unterschied zwischen Religion und Kirche allmählig klarer, und die Ueberzeugung allgemeiner, daß Religion und Sittlichkeit, als Gewissenssache des Einzelnen, nur durch Lehren, Ermahnungen, gottesdienstliche Versammlungen und die Erziehung der Jugend befördert, von dem Staate aber die Rechte aller Unterthanen ohne Unterschied der Religion gegen jede Beeinträchtigung mit Gewalt geschützt werden sollen, und daß die gleiche Theilnahme Aller an den Lasten und Rechten des Staats-Verbands, so fern nicht Einzelne durch ihren Glauben an Erfüllung der mit letzteren verbundenen Pflichten gehindert werden, das einzige gerechte und zweckmäsigste Mittel sey, Tugend und Glückseligkeit zu befördern. Diese seit der französischen Staats-Umwälzung auch in andern mit Verfassungen und Volksvertretung beglückten Staaten Europens in Anwendung gebrachten Grundsätze sind die Früchte der philosophischen Bearbeitung der Rechtswissenschaft, welche von den Zeiten der Reformation an von der Moral abgesondert behandelt wurde.

VERSCHIEDENE THEORIEN DES PHILOSOPHISCHEN
RECHTS.

Die Idee dieser Wissenschaft wurde zuerst nicht von Juristen, sondern von Anhängern der evangelischen Lehre in Deutschland gefaßt, in welcher sie die zuverlässigste Erkenntnißquelle aller menschlichen Pflichten erkannten. Ihr gemäß beantworteten schon Luther und Melancton *) manche Fragen des öffentlichen und Privatrechts, und Oldendorp, **) Hemming, ***) Winkler †) suchten aus der heiligen Schrift, insbesondere den 10 Geboten, Selden ††) aus den Gesetzen des altjüdischen Staats das Naturrecht herzuleiten. Sie verwechselten aber dasselbe mit der gesammten Sittenlehre, indem sie es als das von Gott dem Gewissen des Menschen eingeprägte, durch die heil. Schrift bestimmt ausgesprochene Gesetz erklärten, und ihr Versuch, die Gewohnheitsrechte und die bürgerlichen Gesetze der Völker davon abzuleiten, zeugte von ihrer mangelhaften Kenntniß derselben. Bei reiferem Nachdenken über den Inhalt der heil. Schrift mußte man zur Einsicht kommen, daß die Anordnungen im alten Testamente nur für die Israëliten nach ihrer vormaligen Lage, Regierungsform und Culturstufe verbindlich gewesen seyn können, und die Belehrungen im neuen Testamente zwar Besserung der Gesinnungen und Sitten überhaupt bezwecken, aber keine Anweisungen über die Rechte der Menschen und zweckmäßige Staatsgesetze enthalten. Chrisus selbst hatte die Gebiete der Sittenlehre, deren Vorschriften er aus Liebe zu Gott, nicht aus Furcht vor menschlicher Gewalt beobach-

*) Epitome philosophiae moralis 1539.

**) Isagoge, s. introductio juris naturae, gentium et civilis 1539.

***) Nic. Hemming de lege naturali methodus apodictica 1552 — 1556.

†) Ben. Winkler Principiorum juris Libri V. 1615.

††) De jure naturali et gentium juxta disciplinam Ebraeorum 1629

tet wissen wollte, und der bürgerlichen Staatsgesetze seines Volks, die er streng befolgte, auseinander gehalten, ohne sich darüber zu äußern, welche Sittenregeln durch Staatsgesetze vorgeschrieben, und warum zu ihrer Beobachtung die Unterthanen von der Obrigkeit gezwungen werden dürfen. Man mußte sich hiedurch überzeugen, daß der Grund der menschlichen Rechte auf philosophischem Wege aus der natürlichen Beschaffenheit des Menschen und den natürlichen Folgen seiner Handlungen entwickelt werden müsse, daß aber, wenn der Begriff eines Rechts auf einem sittlichen Prinzip beruht, die christliche Sittenlehre um so zuverlässiger zur Begründung der allgemeinen Rechtslehre benutzt werden könne, als ihr Vorzug vor andern, für göttlich ausgegebenen, aber menschlichen Sittenlehren, wie dem Koran, dem Zendavesta und Andern, gerade aus ihrer völligen Uebereinstimmung mit den gewöhnlichen Aeußerungen des Gewissens der Menschen, insbesondere der einsichtsvollesten und weisesten, erkannt wird. Eine solche philosophische Entwicklung der natürlichen Rechte ist in den letzten 2 Jahrhunderten von einer großen Anzahl Gelehrter versucht worden; aus der folgenden kurzen Beurtheilung der verschiedenen Haupttheorien, welche bis jetzt erschienen sind, wird aber zu ersehen seyn, daß zwar die Rechtslehre einer sittlichen Grundlage nicht entbehren könne, ihr Verhältniß zur Sittenlehre jedoch noch nicht klar entwickelt worden sey.

I. Die Absicht, einen Haupttheil des Völkerrechts, das Recht des Kriegs und des Friedens zu bearbeiten, führte Hugo Grotius *) auf Untersuchungen über das Naturrecht, weil Völker nur in einem natürlichen Rechtsverhältniß gegen einander stehen können, und

*) Hugo Grotius de jure belli et pacis 1625.

der Scharfsinn, mit welchem er die Begriffe von Recht und Sittlichkeit schärfer zu bestimmen und von einander zu scheiden suchte, hat ihm den Ruhm erworben, der Gründer der philosophischen Rechtswissenschaft zu seyn. Es war wirklich verdienstlich, daß er natürliches und freiwilliges Recht (*jus naturale* und *voluntarium*) unterschied, die Völker auch im Kriege zu Heilighaltung gewisser Rechte der Feinde verpflichtet erkannte, und ihre Rechte gegen einander nach Grundsätzen des natürlichen Privatrechts beurtheilte, dessen Grundlehren er mit großer Gelehrsamkeit durch Beispiele zu erweisen bemüht war. Wenn er aber von einem strengen, minder vollkommenen und weitern Naturrechte spricht, ersteres als eine sittliche Fähigkeit bezeichnet, das minder vollkommene auf Tauglichkeit stützt, und das weitere Naturrecht auf Pflichten zu angemessenen Handlungen bezieht, so fallen offenbar alle 3 Theile seines Naturrechts mit der Sittenlehre zusammen, und geben kein sicheres Kennzeichen rechtlicher Handlungen an die Hand. Er trennte das Naturrecht auch dadurch nicht von der Moral, daß er eine natürliche Neigung des Menschen zur Geselligkeit für den Grund der natürlichen Rechte und die Uebereinstimmung einer Handlung mit seiner vernünftigen und geselligen Natur für das Kennzeichen ihrer Rechtmäßigkeit erklärte. Schon die Stoiker hatten alle Pflichten davon hergeleitet, daß die Menschen Mitglieder einer Gesellschaft seyen, und Grotius bewies jenen höchsten Grundsatz nicht, noch leitete er seine Lehrsätze von demselben ab.

Gründlicher wurde das erste vollständige System des Naturrechts (das socialistische) von Samuel von Puffendorf, *) dem ersten öffentlichen Lehrer dessel-

*) S. Puffendorffii elementa juris prudentiae universalis, methodo mathematica 1660. De jure naturae et gentium libri VIII, 1672. De officio hominis et civis L. II 1673.

ben, auf dem Grundsatz der Geselligkeit aufgeführt, indem er diesen Grundsatz nicht aus einer natürlichen Neigung, sondern aus der Nothwendigkeit eines geselligen Lebens zu der Selbsterhaltung und dem Wohl der Menschen ableitete, alle Pflichten gegen Andere, als unmittelbare, die Pflichten gegen sich selbst aber als mittelbare Folgen jener Nothwendigkeit darstellte, und in der richtigen Voraussetzung, daß jede Verbindlichkeit aus dem Willen eines Obern entspringen müsse, die Pflichten nur als Aussprüche des göttlichen Willens für verbindend hielt. Eigennutz und Wohlwollen sind ihm die beiden Grundtriebe, welche den Menschen im Naturstande zur friedlichen Geselligkeit führen, und wenn er das Recht nur in der Gesellschaft entstehen läßt, so entsteht ihm auch wieder die eheliche, die häusliche und die Staatsgesellschaft aus einem Vertrag, letztere namentlich aus der Vereinigung des Willens Aller in den Willen eines Einzelnen oder Mehrerer, welcher hiedurch unbeschränkte Gewalt erhalte. Seinem Systeme fehlt es daher, wenn man es genauer betrachtet, an Consequenz und Haltung, wie allen Theorien des Rechts, die nicht auf einem unbedingten moralischen Grundsatz beruhen. Entstehet alles Recht nur in der Gesellschaft, und jede Gesellschaft aus einem Vertrag, so ist jedes Recht ein Produkt des unabhängigen freien Willens der Menschen, und die Verbindlichkeit, die Rechtspflichten zu erfüllen, entspringt nicht aus dem Ausspruche des göttlichen Willens, sondern aus dem vereinigten Willen mehrerer Menschen oder dem Ausspruche dessen, unter dessen unumschränkten Willen Alle sich vereinigt haben. Das Recht beruht sodann nicht auf ewigen unveränderlichen Grundsätzen, sondern auf veränderlichen Willensäußerungen der Menschen, und die Verbindlichkeit, Verträge zu halten, ist nicht, wie es hätte geschehen sollen, begründet,

sondern vorausgesetzt. Soll nach Puffendorf die Nothwendigkeit friedlicher Geselligkeit zur Erhaltung der Menschen der Grund der rechtlichen Verbindlichkeit der Verträge, so wie, wenigstens mittelbar, der Grund aller Pflichten seyn, so ist zwar wahr, daß der einzeln lebende Mensch nur von Pflichten gegen sich selbst, nicht von Pflichten und Rechten gegen Andere Begriffe haben kann. Aber die Verbindlichkeit, sich selbst zu erhalten und für sein Wohl zu sorgen, ist vielmehr der Grund der Nothwendigkeit, in friedlicher Gesellschaft mit Andern seines Gleichen zu leben, als umgekehrt. Die Mischung der einander entgegenstehenden Grundtriebe des Eigennutzes und des Wohlwollens im Menschen kann ihn ebensowohl zur feindseligen Behandlung anderer, seinem Eigennutz im Wege stehenden Menschen, als zur friedlichen Geselligkeit anreizen, und wenn es auch nicht bloß ein Rath der Klugheit, sondern eine strenge Pflicht wäre, in Gesellschaft, namentlich im Staatsvereine, zu leben, so ist doch der Grundsatz der Geselligkeit so unbestimmt, daß sich alle mögliche Verhaltensregeln ebensowohl als die Regeln der Tugend und des Rechts davon ableiten lassen, und er kann in keinem Falle zur Unterscheidung dieser beiderlei Regeln dienen.

II. Noch inconsequenter und grundloser ist die Erklärung, welche vor Puffendorf der Engländer Thomas Hobbes *) von der Entstehung des Rechts gegeben hat. »Im Naturstande,« sagt er, »ist der Mensch vermöge seines natürlichen Triebs, seine Genüsse und sein Eigenthum möglichst zu vermehren, zur Unterdrückung Anderer um so mehr geneigt, als er von ihrer Selbstliebe gleiche Gefahr für seine Freiheit zu fürchten hat, und alle Menschen haben ein ursprüngliches

*) De cive 1642.

Leviathan seu de civitate ecclesiastica et civili 1651.

Recht an alle äussere Dinge, an alles, was sie wollen und thun. Hieraus entspringt ein Krieg Aller gegen Alle, eine wechselseitige Furcht Aller vor Allen, und es besteht kein wirkliches Recht im Naturstande, weil das ursprüngliche Recht des Einen an alle Dinge nicht ohne Verletzung ebendesselben ursprünglichen Rechts aller Andern ausgeübt werden kann. Um ihres eigenen Nutzens willen müssen daher die Menschen den Frieden wollen, und über denselben Verträge schliessen, welche das wahre Recht bilden. Da sie aber der Eigennutz antreiben würde, die Verträge zu brechen, so müssen sie zu Haltung derselben durch die Furcht, mithin durch eine Gewalt, welche Allen überlegen ist, durch die unumschränkte Gewalt des Staats genöthigt werden, und diese muss, weil im Kriege Ein Feldherr nöthig ist, in den Händen eines Einzigen seyn, der jeden Widerspenstigen tödten darf, alles Eigenthum besitzt, Niemanden Unrecht thun kann, blos moralische Pflichten hat, und der höchsten Gewalt nicht entsetzt werden darf. Es gibt also kein natürliches Privat- noch Völkerrecht, und selbst Verbrechen entstehen erst durch bürgerliche Gesetze, welche alle Bürger auf gleiche Weise, jedoch nur in soweit, als sie auch von Andern beobachtet werden, verpflichten. Ein Staat kann, ob er gleich durch freiwillige Uebertragung der Rechte an — oder Unterwerfung unter einen Mächtigen entsteht, aus Herren und Slaven bestehen, weil letztere im Grunde ihren Herren, wie diese dem Staate dienen, und um religionswidrige Befehle des Herrschers nicht zu vollziehen, muss man sich ohne Widerrede dem Märtyrer-Tode unterwerfen.“

Auf solche Schlüsse führte der durch die ganze Weltgeschichte und die tägliche Erfahrung widerlegte Unglaube an das Daseyn und die Wirksamkeit sittlicher Empfindungen und Grundsätze und der falsche Begriff von ursprünglichen Rechten einen Mann, dem

es nicht an Scharfsinn fehlte. Die ursprüngliche Freiheit jedes Menschen, zu thun, was er will und kann, und alle Dinge zu gebrauchen, war ihm ein ursprüngliches, natürliches Recht dazu, weil er nicht bemerkte, daß ein Recht blos in Beziehung auf Andere und deren Pflicht, die Ausübung des Rechts nicht zu hindern, Statt findet, daß mithin die Freiheit, einzelne Dinge zu gebrauchen, einzelne Handlungen zu verrichten, erst durch ein sittliches Gesetz, das Andern, sie zu hindern, verbietet, zu einem Rechte werde. Er hätte überdies leicht einsehen können, daß, wenn die Menschen nicht von Natur Vorstellungen von sittlichen Verbindlichkeiten hätten, der Rechtsbegriff nicht durch Verträge derselben mit einander, noch durch Befehle einzelner Mächtiger, noch durch Gesetze, die bloße Aeußerungen des menschlichen Willens sind, noch weniger durch den Krieg und die Furcht Aller vor Allen oder durch eine Vernunftreflexion in dem menschlichen Geiste erzeugt werden könnte, sondern daß vielmehr umgekehrt die ganze Entwicklung der Civilisation und einer rechtlichen Ordnung unter den Menschen eine Folge der auch den Naturmenschen nicht fremden, sittlichen Gefühle des Wohlwollens und ihrer Begriffe von Gut und Böse seyn müsse. Er würde sodann das ewige Recht nicht von willkührlichen und veränderlichen Verträgen, sondern die Gültigkeit der Letztern von sittlichen Gesetzen abgeleitet, nicht auf die natürliche Gleichheit der (sich vertragenden) Menschen die größte Ungleichheit der Macht, unumschränkte Herrschaft und Sklaverei gegründet, und die Uebung der Tugend und des Rechts nicht von dem Eigennutze und der Furcht vor Gewalt, sondern von moralischen Beweggründen, durch welche allein auch nach seiner Ansicht der Herrscher bestimmt werden kann, und, um nicht Unrecht thun zu können, bestimmt werden muß, abhängig erkannt ha-

ben. Sind die Gesetze aber willkührliche Anordnungen der höchsten Gewalt, der sich die Menschen unterworfen haben, so bedarf es keiner Ableitung des Rechts von Verträgen; verpflichten die Gesetze Alle auf gleiche Weise, so kann ihre Verpflichtungskraft dadurch nicht aufgehoben werden, daß sie von Andern nicht beobachtet werden, weil solche nicht von dem Willen Aller, sie zu beobachten, noch von ihrer wirklichen Beobachtung durch Alle abhängt; entsteht alles Recht und alle Sittlichkeit erst durch den Ausspruch der bürgerlichen Gesetze und deren Handhabung mittelst der höchsten Gewalt, so kann weder ein Staat gegen den andern, noch der Bürger eines Staats gegen den Bürger eines Andern ein Verbrechen oder ein Unrecht begehen. Es gibt nach dieser Theorie nicht nur kein natürliches, sondern gar kein Recht; überall herrscht die bloße Gewalt, und ihre Aeufserung heißt Recht. Auch demjenigen, der sich die höchste Gewalt angemafst hat, und sie zur Unterdrückung seiner Unterthanen benutzt, ist man nach Hobbes Ansichten, so lange er die Macht hat, unbedingten Gehorsam schuldig. Er diente also der Parthei, die er vertheidigen wollte, der Sache Carls des I. in dem Aufruhr seines Vaterlandes schlecht, wenn er, die Auflösung aller Rechtsverhältnisse in demselben erblickend, durch willkührliche Folgerungen aus einem willkührlich erdichteten Naturstande zu erweisen sich bemühte, daß die unumschränkte Gewalt eines Alleinherrn die Quelle alles Rechts und aller Sittlichkeit sey.

III. Während Hobbes die Einheit der Macht und des Rechts auf das bloße Gesetz der Selbsterhaltung gründen zu können wähnte, ohne einer Beziehung auf göttliche Macht und Gerechtigkeit zu gedenken, baute der tiefste Denker seiner Zeit, Benedikt Spinoza, *)

*) Tractatus theologico — politicus 1670. Ethica. Opera posthuma.

ein philosophisches System über die Natur Gottes und der Welt auf, aus welchem eben diese Einheit der Macht und des Rechts sich ergeben würde. Folgendes sind die Grundzüge seines Systems: »Da aus Nichts Nichts geworden seyn, noch werden kann, so muß das ganze Weltall mit allen Veränderungen seiner Theile von Ewigkeit vorhanden und Ein Ganzes, muß die unendliche göttliche Substanz selbst, müssen deren wesentliche Eigenschaften, Ausdehnung und Denken, das ein Bewußtseyn des Daseyns ist, müssen Bewegung und Ruhe, wie die Gedanken, durch die Eigenschaften der Substanz von Ewigkeit her bestimmte Modificationen derselben seyn, die aus den vorhergehenden Veränderungen nothwendig hervorgehen. Was geschieht, wird zugleich gedacht, und das Einzelwesen kann sich seines Daseyns nicht bewußt werden, ohne sich sein Verhältniß zur Außenwelt vorzustellen. Daher gibt es keine Endursachen, keine Selbstthätigkeit, keine Willensfreiheit, sondern die vollkommene Freiheit des Menschen besteht darin, daß er nach Gesetzen seines Daseyns handelt. Das Daseyn aller endlichen Wesen ist aber durch das Mitdaseyn anderer einzelnen Dinge bedingt, und der natürliche Grundtrieb aller Lebendigen, von welchem alle ihre Empfindungen und Begierden herühren, ist auf Erhaltung und Vergrößerung ihres besondern Daseyns gerichtet. Die vernünftige Begierde oder der Wille des Menschen geht auf Erhöhung seines persönlichen Daseyns, des Bewußtseyns seiner Identität, und sein Gesetz ist, nach Begriffen der Uebereinstimmung und des Zusammenhangs, d. h. nach Grundsätzen zu handeln. Wegen des Bewußtseyns seiner Identität schreibt er sich auch die üblen Folgen der Handlungen zu, durch welche er seine Grundsätze übertrat, und bildet sich durch Unterordnung der verschiedenen Begierden unter jenen Grund-

trieb mechanisch ein inneres Recht, von welchem das von mehreren, unter sich verbundenen Menschen frei verabredete, äußere Recht eine Abbildung ist. Aus dem Grundtriebe, seine Person zu erhalten, entspringt nämlich, weil ein vernünftiges Wesen sich als solches von einem andern Vernünftigen nicht unterscheiden kann, eine natürliche Liebe und Verbindlichkeit zur Gerechtigkeit gegen Andere, entspringen sittliche Gesetze des innern Rechts, die aber, weil sie auf Begierde und Erfahrung beruhen, nicht die erste Ursache einer Handlung seyn können, sondern immer eine anderswoher bestimmte Thätigkeit voraussetzen, obgleich die Unkenntniß derselben und das entgegengesetzte Interesse der Person und des Einzelwesens oft einen Schein von Freiheit verursachen. Ein jedes Wesen, jeder Mensch handelt daher nach Gesetzen seiner Natur, wie er handeln kann und soll, hat so viel Recht, da zu seyn, und zu handeln, als er Vermögen dazu besitzt; Naturkraft ist eins mit Naturrecht. Aus den Handlungen, d. h. den Rechten der Einzelnen entspringen sodann wechselseitige Beschränkungen und Verträge, die ein gemeinsames Recht bilden, und wegen der Verschiedenheit der Naturkräfte veränderlich sind.“

So großen Beifall dieses philosophische System wegen seiner Consequenz bei Manchen der hellsten Köpfe bis auf die neuesten Zeiten gefunden hat, und wenn gleich selbst Systeme seiner Gegner, wie das Leibnizische, durch unvermerkte Annahme einiger Grundlehren desselben unverständlich wurden, so dient es doch den Menschen zur Belehrung, daß ihr Verstand den Urquell aller Dinge zu entdecken und zu begreifen nicht vermag. Es hat nämlich nicht erklärt und nicht erklären können, wie und warum die Eine, ewige, unendliche, göttliche Substanz sich in einzelne Wesen trenne, von denen einige ihrer Iden-

tität sich bewußt werden, und nach Gesetzen ihrer Natur denken und handeln können, Andere nicht. Es widerspricht sich selbst, wenn es einerseits dem Menschen die Fähigkeit, sich mit Freiheit zur Thätigkeit zu bestimmen, und selbstständiger Urheber von Veränderungen zu werden, abspricht, und jede Thätigkeit als eine nothwendige Folge vorhergehender Thätigkeit der unendlichen Substanz darstellt, andererseits aber ihm wieder das Vermögen beilegt, nach Begriffen der Uebereinstimmung und des Zusammenhangs, nach Grundsätzen zu handeln, oder sie zu übertreten. Es hat nicht erklärt, wie aus der Thätigkeit oder Beschaffenheit der Einen göttlichen Substanz einzelne und zwar vernünftige Wesen [werden, deren jedes, vermöge der Vernunft, die es besitzt, zwar des Bewußtseyns seiner Identität fähig, dennoch aber unvermögend sey, sich von andern Vernünftigen zu unterscheiden, noch wie aus dem Grundtriebe, das persönliche Daseyn zu erhalten und zu erhöhen, Liebe und Gerechtigkeit gegen Andere entstehen können, welche doch Verminderung der Mittel des persönlichen Daseyns aus Rücksicht auf das persönliche Daseyn Anderer häufig fordern, und sich nur hiedurch äußern. Es hat endlich den Unterschied von Liebe und Gerechtigkeit nicht zu entwickeln und zu erklären versucht, noch dargethan, warum erst eine freie Verabredung mehrerer Menschen erforderlich sey, um von dem aus dem gleichen Grundtriebe jedes Menschen entstehenden inneren Rechte eine Abbildung im äußern Rechte zu entwerfen, noch weniger, warum die Verträge veränderlich, am wenigsten warum sie verbindlich seyen. Ist jede Thätigkeit des Menschen eine nothwendige Folge von der vorhergehenden Thätigkeit und den Eigenschaften der göttlichen Substanz, ist das Bewußtseyn, sie freiwillig geäußert zu haben, bloßer Schein und Täuschung, sind

die Gedanken blos nothwendige Bilder dessen, was geschieht, so gibt es keine gute, noch böse Handlungen, keine Kenntniß, noch weniger eine Uebertretung der Gesetze des Zusammenhangs, am wenigsten eine Zurechnung der üblen Folgen ihrer Uebertretung, so war die Behauptung Spinozas grundlos, daß ein vernünftiges Wesen, wenn es auch die Unsterblichkeit der Seele nicht glaube, eher sein Leben aufopfere, als sich durch eine Lüge rette, so hat der Mensch keine Seele, am wenigsten eine abgesonderte, unsterbliche Seele, so ist kein von der Welt verschiedener, als Person existirender Gott, mithin kein Unterschied zwischen rechtem Glauben und Aberglauben, so ist kein Ungehorsam, mithin auch kein Gehorsam gegen göttliche Gebote, welche mit den Naturgesetzen Eins seyn sollen, möglich, so kann nach keiner vorher gefassten Idee (Gedanken, Bild des Geschehenen) eine neue Erfindung ausgeführt, ein Kunstwerk angefangen und vollendet werden. Jedoch der dogmatische Realismus und Pantheismus, der alle Erscheinungen in der Welt und dem Menschenleben aus Einer Art von Thatsachen des Bewußtseyns, der Kenntniß der Naturgesetze und des menschlichen Selbsterhaltungstribs, erklären zu können vermeint, wird durch die täglich und stündlich wiederkehrende, andere Thatsache des Bewußtseyns, das Bewußtseyn der freien Entschliessung und Ausführung guter und böser Handlungen, und er ist durch die Handlungsweise seines tiefdenkenden Gründers selbst widerlegt, welcher seiner Armuth unerachtet die glänzendsten Anerbietungen zu Erhöhung seines persönlichen Daseyns ausgeschlagen hat, um an der Bekanntmachung seiner Forschungen nicht gehindert zu werden.

IV. Schon aus dieser Ursache würde der realistische Pantheismus Spinozas, so sehr er sich der speculativen Vernunft durch Einheit und Consequenz

empfiehlt, selbst unter tiefen Denkern wenige Anhänger gefunden haben, wenn er ihn auch nicht in einen schwer verständlichen Vortrag gehüllt hätte. Die meisten Weltweisen blieben vielmehr eben so fest von der Willensfreiheit des Menschen und, daß er ohne dieselbe weder gut noch böse, weder gerecht noch ungerecht handeln könnte, überzeugt, als von seiner Abhängigkeit von Gesetzen der Naturnothwendigkeit, und bemühten sich, unter dieser Voraussetzung das Wesen, den Zweck und die höchsten Grundsätze der Sittlichkeit, so wie das Verhältniß des Rechts zu derselben zu erforschen. Ihre Untersuchungen hatten aber besonders deswegen keinen erwünschten Erfolg, weil sie von dem Gegenstande ihrer Aufgabe unrichtige oder undeutliche Begriffe hatten, oder durch ihre Phantasie oder das Streben nach systematischer Einheit von der Betrachtung desselben und der Erfahrung mehr oder weniger abgelenkt und fortgerissen wurden.

Der erste Irthum, dem wir hier begegnen, war die Ableitung des natürlichen Rechts von einem Naturstande, den man bald als eine nothwendige Voraussetzung, bald als einen wirklichen Zustand behandelte, und nach Belieben als den glücklichsten oder unglücklichsten schilderte. »Alles Positive,« sagt Loke, *) »mufs auf einen Stand der Natur gebaut werden, einen Stand vollkommener Freiheit, in welchem alle Menschen einander gleich sind, und Jeder alles thun darf, was er will, wofern er nur das Naturgesetz der Vernunft, Keinem Unrecht zu thun, nicht übertritt. Uebertreter der Naturgesetze dürfen bestraft werden; sonst wäre die Bestrafung der Verbrechen eines Fremden nach Statsgesetzen unrecht. Die Erde ist ein Gemeingut der Menschen, von welchem sich Je-

*) Abhandlungen über die Regierungen 1690.

der durch Arbeit so viele Dinge, als ihm nöthig und nützlich ist, erwerben kann, und für Andere immer noch genug übrig bleibt, wenn Keiner das Mafs des Bedürfnisses überschreitet. Da es aber im Naturstande weder Gesetze, noch Richter gibt, so muß man aus demselben treten, und seine natürliche Rechte freiwillig der bürgerlichen Gesellschaft übergeben, welche nach Stimmenmehrheit über Gesetze und Abgaben Beschlüsse faßt, und nach Aller Bestes bezweckenden Gesetzen regiert werden soll. Alle Staatsgewalt entspringt daher aus der freien Einwilligung der Gesellschaftsglieder und die im Staate Geborenen dürfen ebensowohl, als die ausser demselben Geborenen, Staats-Vereine gründen und auflösen.“

Auf gleiche Weise findet Jean Jaques Rousseau*) in den zwei Grundtrieben des Naturmenschen, dem Triebe zur Befriedigung seiner körperlichen Bedürfnisse und dem Mitleiden mit Andern seiner Gattung, die beiden, der Entwicklung der Vernunft vorhergehenden Grundanlagen, von deren Zusammenwirken und Verbindung durch unsern Geist alle Regeln des natürlichen Rechts (*la loi naturelle*) herzuleiten seyen, ohne dafs man des Socialitäts-Princips bedürfe. „Im Naturstande ist“ nach seiner Darstellung „alles gemeinschaftlich, ist Jeder dem, welchem er nichts versprochen hat, nichts schuldig, und erkennt nur das, was ihm selbst unnütz ist, als Eigenthum eines Andern an. Wohl gibt es eine von der bloßen Vernunft ausfließende allgemeine Gerechtigkeit, die allein von Gott kommt, und alles Gute und der Ordnung Gemäße ist es durch die Natur der Dinge und unabhängig von menschlicher Uebereinkunft; aber die Gesetze der Gerechtigkeit sind wegen ermangeln-

*) Discours sur l'origine et le fondement de l'inégalité parmi les hommes 1754.

der Sanktion unter den Menschen ohne Kraft, und bewirken nur das Wohl des Bösen und das Unglück des Gerechten, der sie befolgt, während alle Welt sie gegen ihn hintansetzt. Uebereinkünfte und Gesetze sind also nöthig, um Rechte mit Pflichten zu vereinigen, und die Gerechtigkeit auf ihren Gegenstand hinzulenken. Durch den Uebertritt in den bürgerlichen Zustand begibt man sich aber seiner natürlichen Freiheit und des uneingeschränkten Rechts an alles, was man will und vermag, und gewinnt dafür bürgerliche Freiheit und das Eigenthum dessen, was man besitzt. Erst dann folgt die Stimme der Pflicht auf den physischen Antrieb und das Recht auf die Begierde, und der Mensch, der vorher nur auf sich gesehen hat, muß nun die Vernunft zu Rathe ziehen, ehe er seinen Neigungen Gehör gibt. Das natürliche Recht findet dann nur noch zwischen den verschiedenen politischen Körperschaften Statt, wo es unter dem Namen des Völkerrechts durch einige stillschweigende Verträge gemildert wird, um den Verkehr möglich zu machen, und das natürliche Mitleid zu ersetzen, das im Verhältnisse der Gesellschaften zu einander alle die Kraft verliert, die es im Verhältnisse der Menschen gegen einander hatte, und nur noch in einigen großen weltbürgerlichen Seelen wohnt, welche die imaginären Scheidungslinien der Völker überschreiten, und wie das höchste Wesen, das sie geschaffen hat, das ganze Menschengeschlecht mit ihrem Wohlwollen umfassen.

Im Naturstande, sagt Rousseau in andern Schriften, *) hat der Mensch weniger Uebel zu erdulden, als in dem geselligen des Staats, und wenn die Gesetze der Natur überall befolgt würden, so bedürfte es kei-

*) Du contrat social ou principes du droit public. 1761. Emile ou de l'éducation 1762.

ner Obrigkeit. In dem Herzen des Naturmenschen ist gar keine Wurzel des Bösen; die Gesellschaft macht den Menschen schwächer, nimmt ihm das Recht an seine Kräfte, und vermindert sie durch Vermehrung seiner Begierden und Bedürfnisse. Der Mensch ist freigeboren, und jede Slaverei, selbst die bedungene, ist absurd und undenkbar. Auch der Krieg rechtfertigt die Slaverei der Kriegsgefangenen nicht, weil die grössere Stärke kein Recht gibt. Aber der bürgerliche Mensch lebt und stirbt in der Slaverei. Ein solcher unnatürlicher Zustand kann nur auf Vertrag beruhen. Um der grössern Gewalt nicht zu unterliegen, müssen die Menschen einen Verein zur gemeinsamen Vertheidigung der Person und der Güter jedes Einzelnen schliessen, in welchem, da Jeder sich mit Allen verbindet, Jeder nur sich selbst gehorcht, und so frei bleibt, als zuvor. Jeder unterwirft sich der Leitung des allgemeinen Willens, welcher, wenn er das allgemeine Beste bezweckt, der Wille Aller ist, und in allen Fällen durch die Mehrheit der Stimmen ausgesprochen wird, Jeder ist sowohl Theilnehmer der höchsten Gewalt, Bürger, als den Staats-Gesetzen unterworfen. Der Inbegriff der Vereinten oder der Souverain kann jedes von ihm gegebene Gesetz wieder aufheben, keine einander widerstreitende Interessen haben, keines Bürgen gegen die Einzelnen bedürfen, weil er nicht Allen schaden wollen kann. Nur das ganze Volk kann Gesetze geben; um aber denselben den widerstrebenden Privatwillen der Einzelnen zu unterwerfen, bedarf es der zwingenden Gewalt einer Regierung, welche mithin nicht der Souverain seyn kann, und im Augenblicke der gesetzlichen Versammlung des Volks suspendirt ist, bis es sich über ihre Beibehaltung erklärt hat. Alle Aemter, selbst die königliche Würde, sind wiederruflich, und die Annahme derselben be-

ruht auf keinem Vertrage, weil der Vereinigungsvertrag alle andern ausschließt. Keine Regierungsform ist die beste; Volksversammlungen können aber nur in kleinen Staaten zu Ausübung der Souveraineté veranstaltet werden. Jeder Akt des allgemeinen Willens verpflichtet oder begünstigt alle Bürger auf gleiche Weise, und die höchste Macht hat niemals das Recht, einen Unterthan in Ansehung der ihm durch die Gesetze und Verträge gelassenen Güter und Freiheiten mehr als den Andern zu beschränken. Anstatt also die natürliche Rechtsgleichheit aufzuheben, setzt der gesellschaftliche Verein moralische und gesetzliche Gleichheit an die Stelle der physischen Ungleichheit, und bei aller Verschiedenheit an körperlichen und Geisteskräften werden die Bürger durch Vertrag und Recht einander gleich.“

An diesen Auszügen aus ihren Schriften erkennt man in Loke und Rousseau gutgesinnte Freunde gesetzlicher Freiheit, wie es von geistreichen Bürgern von Staaten zu erwarten war, die sich freier Verfassungen erfreuen. Desto mehr müßte es auffallen, daß beide den bestehenden Staaten voll Unzufriedenheit über die darin eingeführte Ordnung der Dinge einen Naturstand gegenüber stellen, der ihnen die Herrschaft vernünftiger Naturgesetze selbst ist, und dennoch die Nothwendigkeit des Uebertritts aus diesem glücklichen Zustande in das Elend des Staats und der genauen Beobachtung der Bürgerpflichten anerkennen, wenn sie nicht gerade durch den Genuß bürgerlicher Freiheit fähiger geworden wären, die Gebrechen einer jeden Staats-Einrichtung und die nothwendig mit dem Leben im Staate verbundenen größeren Einschränkungen besser als Andere zu entdecken und lebhafter zu fühlen. Diese und die meisten andern Ungereimtheiten in ihren Behauptungen rühren daher, daß sie das Ergebniss der Ab-

straktion von allem Positiven, durch welche die Erkenntniß der Grundsätze des natürlichen Rechts bedingt ist, mit dem Zustande des Naturmenschen verwechselten, das Naturrecht nicht als ein bloßes Produkt der Reflexion über die Bedingungen aller rechtlichen Verhältnisse der Menschen erkannten, sondern für ein vernünftiges Naturgesetz ansahen, das im Naturstande wirklich beobachtet werde, zum Theil die Bestimmungen des Naturrechts wirklich von einem eingebildeten Naturstande hernahmen, und in Ausschmückung desselben der Phantasie zuweilen zuviel einräumten. Sieht man von allem Positiven im Rechte hinweg, um die demselben zum Grunde liegende, natürliche Rechts-Idee rein herzustellen, so bleibt nichts übrig als Loke's Naturgesetz, Niemand Unrecht zu thun, und Rousseau's Gesetze der aus der Vernunft ausfließenden Gerechtigkeit, die von Gott kommt, mithin eine nur durch diese Gesetze beschränkte Freiheit, die ein freiheitliebendes Gemüth sehr ansprechen kann; aber es entsteht auch, wie beide Schriftsteller anerkennen, das Bedürfnis, sich mit andern Menschen über die bestimmte Art des Genusses und der Vertheidigung dieser rechtlichen Freiheit zu vereinigen, mithin positive Rechtsnormen festzusetzen. Nicht bloß dieser vertragsmäßige Verein, sondern auch die natürlichen Gesellschaften der Ehe und des Hausstands würden ohne größere Einschränkungen des Einzelnen, als das natürliche Rechtsgesetz auflegt, ohne positive Rechtsregeln gar nicht bestehen können. Auch im Naturstande, wie im Staate, müssen die Menschen ihre Verhältnisse zu einander nicht bloß nach natürlichen, sondern auch nach willkürlich festgesetzten Rechtsregeln ordnen, wofern nicht Jeder für sich in wilder Einsamkeit leben und sterben will, in welchem Falle freilich von Rechten die Rede nicht seyn kann. Nicht erst durch den

Staat werden also Pflichten mit Rechten vereinigt, wie Rousseau mit Hobbes meint, sondern es gibt kein Recht ohne die Pflicht eines Andern, und die Naturmenschen sind so wenig einer vollkommenern Freiheit, als die Staatsbürger theilhaftig, dafs vielmehr die Sicherstellung der Rechte aller Einzelnen gegen Beeinträchtigungen, mithin der ungestörte Genuß rechtlicher Freiheit der Hauptzweck der Vereinigungen der Menschen in Staaten ist. »Der Mensch« sagt Ferguson *) richtig, »ist immer, auch während der rohesten Zeiten, im geselligen Zustande; von wenigen Vereinzelten kann und soll nicht auf die Natur der Gattung geschlossen werden. Jeder Zustand, in welchem jemals die Menschen waren, ist natürlich; dieß Wort wird mißbraucht, wenn nur der Roheste so genannt und gerühmt wird.«

V. Statt in den Grundtrieben des rohen Naturmenschen, wie Rousseau, suchten andere Gelehrte den Ursprung des natürlichen Rechts in den Gefühlen und Trieben, welche bei allen Menschen angetroffen werden, und in dieser Hinsicht theilte die Rechtswissenschaft das Schicksal der Moral.

Montaigne's oberflächliche Behauptung, dafs es gar kein in der Natur des Menschen liegendes Gesetz gebe, sondern alles auf Erziehung und Angewöhnung beruhe, hatte zwar zu seiner Zeit vielen Beifall gefunden, war aber durch die Gleichförmigkeit der Handlungen und Urtheile der Menschen über deren sittlichen und rechtlichen Werth, welche die Geschichte aller Zeiten und Völker und die tägliche Beobachtung lehrt, allzuauffallend widerlegt, als dafs man den Versuch aufgegeben hätte, die Elemente der Begriffe von Recht und Sittlichkeit in der menschlichen Natur aufzusuchen.

*) In seiner vortrefflichen Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft 1767.

Den ersten Stoff und Anlaß zu Vorstellungen und Handlungen geben unstreitig die Empfindungen äußerer Eindrücke und innerer Veränderungen, die hieraus entstehenden Begierden und Triebe. Insofern nun jedes Recht die Freiheit, eine zum Besten des Berechtigten dienende Handlung selbst mit Widerstand gegen die sie Hindernden auszuführen, und der Selbsterhaltungstrieb der erste und wirksamste ist, auf welchen sich fast alle Triebe und Begierden zurückführen lassen, war es kein Wunder, daß Klaproth *) und Schmaufs **) zur Erklärung der Elemente des Rechtsbegriffs so wenig, als Hobbes, weiterer Grundtriebe des Menschen zu bedürfen glaubten. Die Unzulänglichkeit desselben zu gedachtem Zweck hätten sie aber schon aus der Betrachtung erkennen können, daß ebenderselbe Trieb der Selbsterhaltung auch die unvernünftigen, des Rechtsbegriffs unfähigen Thiere, wie den Menschen nach Naturgesetzen zur Thätigkeit antreibt, daß er keine Grenzen, mithin auch keine Rechtsgrenzen kennt, und daß jede Freiheit zu einer Handlung erst dann ein Recht genannt wird, wenn Andere nicht durch ihren Selbsterhaltungstrieb, sondern durch Rücksichten gegen den Berechtigten verpflichtet sind, ihn in der Ausführung der Handlung nicht zu stören.

Offenbar kamen also der Wahrheit näher die englischen Philosophen Shaftesbury, ***) Hutcheson, †) David Hume, ††) Adam Smith, †††) Ferguson und der

*) Joh. Christophs Klaproth Grundriss des Rechts der Natur 1749.

**) Joh. Jak. Schmaufs. Neues System des Rechts der Natur 1754.

***) Untersuchungen über die Tugend 1699.

†) System der Moralphilosophie 1755.

††) Ueber die Natur des Menschen 1738. Versuche 1768.

†††) Theorie der moralischen Empfindungen 1755.

deutsche Philosoph Crusius, wenn sie die moralischen Gefühle der Sympathie, die neben den niedern Empfindungen der Eigenliebe in allen Menschen rege werdenden uneigennützigen Gefühle und Neigungen des Wohlwollens gegen Andere, die moralische Sinnesart, worin Alle übereinstimmen; den daraus entstehenden Gemeinsinn oder die Gewissenstriebe, als die Grundlagen bezeichnen, auf denen die Geselligkeit und in Hinsicht auf das Ganze der Staat und das Recht, überhaupt allgemein verpflichtende Grundsätze beruhen. »Die ursprüngliche Identität der Sittlichkeit und des Rechts,« sagt Hume, »besteht eben darin, daß das Recht die in der Gattung selbst, als solcher, lebendige und gleichsam nothwendig thätige Moral, und die Moral wieder das im Innern jedes Einzelnen, als eines sich selbst frei bestimmenden Wesens, thätige Sittliche ist. Auch Staat und Staatsverfassung gehen aus dem aus sittlichen Gefühlen erkannten Gemeinbesten und dem darauf beruhenden Gemeinsinne hervor, welcher schon dadurch nothwendig ist, daß die Menschen eine Gattung bilden, wiewohl die meisten Staaten durch Gewalt, und vielleicht Keiner durch allgemeine Einstimmung gegründet worden ist. Gehorsam gegen die Obrigkeit ist durch das Recht bedingt, und Theilnahme an der Verfassung verbürgt ihre Dauer; aber die Aufkündigung des Gehorsams ist doch das letzte Mittel der Verzweiflung, weil die gänzliche Auflösung der Regierung das schrecklichste Uebel ist, das ein Volk treffen kann.« Adam Smith und Ferguson suchen überdies, obgleich letzterer die Selbstliebe von der Nächstenliebe, die sich auf einen andern Gegenstand beziehe, wohl unterscheidet, zu zeigen, daß die eigennützigen Neigungen mit den Gefühlen für Andere zuletzt ganz in Eins übergehen, und die Moral hiedurch erst Zusammenhang erhalte. »Es ist nach Ferguson kein Gegensatz der Selbstliebe gegen

die Nächstenliebe und umgekehrt; das Interesse des Ganzen und des Einzelnen steht in keinem Widerspruche. Weit richtiger sah die alte Welt den Staat als das Ganze, den Einzelnen als einen Theil desselben an. Die Mehrheit der Völker bewirkt jedoch Wetteifer; eine allgemeine Herrschaft wäre das Grab der Tugend und der rechtlichen Freiheit.“

Diese Erklärungen sind indess so wenig genügend, als die Ableitung des Rechtsbegriffs von Gewissenstrieben, sowohl weil aus Neigungen und Empfindungen keine deutliche und bestimmte Vorstellungen von Tugenden und Rechten gebildet werden können, als auch weil der Unterschied zwischen Rechts- und andern Sittenpflichten in jenen Theorien nicht klar entwickelt ist. Dem Menschenfreunde macht es allerdings Vergnügen, zum Wohl Anderer beizutragen, und ihre Leiden erregen sein Mitleid und die Neigung, denselben abzuhelpen. Auch die rohesten Menschen äußern solche Mitgefühle, wenigstens bei den Freuden und Leiden einiger Wenigen, und Vorwürfe ihres Gewissens, wenn sie sich bewußt sind, letzere durch ihre Handlungen veranlaßt, oder Andern zugefügt zu haben. Es gibt also eine sittliche Sinnesart, welche allen Menschen gemeinschaftlich ist, und einen Gemeinsinn erzeugt, und die Mitfreude, so wie das Bewußtseyn, Andern wohl gethan zu haben, ist mit sinnlicher Lust, Mitleiden und Gewissensbisse sind mit sinnlicher Unlust verbunden. Aber die Neigung, Andern Gutes zu erweisen, ist doch den selbstsüchtigen, eigennützigen Begierden gerade entgegen, und kann nicht ohne Aufopferung von Kräften und Dingen, die zur Beförderung des eigenen Wohls hätten verwendet werden können, befriedigt werden. Jede, einem Andern erwiesene Wohlthat ist eine Verminderung der Mittel, sich selbst oder einem Dritten Gutes zu erweisen, und

Jeder sieht sich genöthigt, seiner Neigung zur Wohlthätigkeit nach den Mitteln, die ihm zu Befriedigung der eigenen und Anderer Bedürfnisse zu Gebote stehen, nach der Menge der zu Unterstützenden und dem Grade ihrer Bedürftigkeit Grenzen zu setzen. Sowohl die sittlichen, auf Andere sich beziehenden, als die eigennützigen Neigungen gehen bei jedem Menschen ins Unendliche, ohne irgend eine Grenze zu kennen, und das Mehr oder Weniger der Wohlthaten, welche Menschen im Verhältnisse mit ihren Mitteln Andern erweisen, bestimmt allein das Urtheil über ihr sittliches oder eigennütziges Benehmen. Ferguson's und Smith's Zusammenfallen der Selbstliebe mit der Menschenliebe ist also, sofern sich beide Gesinnungen durch Handlungen äußern, an sich selbst unmöglich und widersprechend, wenn man auch nicht zu besorgen hat, daß durch diese Lehre der Selbstliebe der Vorwand, Andern Freude zu machen, dargeboten und alle Sittlichkeit in Werke der Eigenliebe verwandelt werden möchte, und Hume's in der Menschengattung lebendige Moral gewährt keinen deutlichen Begriff vom Rechte, weil in der Gattung kein anderes sittliche thätig seyn kann, als dasjenige, welches im Innern aller Einzelnen, die zusammen die Gattung ausmachen, wirksam ist.

Gefühle und Neigungen veranlassen nur den Verstand, Vorstellungen von den Gegenständen, auf welche sie sich beziehen, und deren Verhältnisse zum Fühlenden zu bilden, und sind desto weniger tauglich zu Begründung der bestimmten und unveränderlichen Regeln der Sittlichkeit und des Rechts, als sie nicht bei allen Menschen, und nicht bei ebendenselben Anlässen, noch in gleichem Grade entstehen, und als sie nach Stärke und Dauer veränderlich sind. Hingegen veranlaßt der Widerspruch und Kampf der im Menschen auf eine unerklärliche Weise neben

einander Statt findenden, eigennützigen und wohlwollenden Gefühle und Neigungen gegen einander den Verstand eines jeden Menschen, nicht nur die Nothwendigkeit, sowohl den eigennützigen als den uneigennützigen Strebungen gewisse Grenzen zu setzen, einzusehen, und sich selbst bestimmte Vorschriften über die Grenzen zu geben, innerhalb deren er seinen Eigennutz um der Nächstenliebe willen, und seine Wohlthätigkeit in Rücksicht auf seine Selbstliebe einschränken wolle, sondern auch in der allgemeinen Einschränkung des Eigennutzes auf die keinem Andern schädlichen Handlungen die einzige bestimmte Grenze und die einzige Bedingung der Vereinbarkeit selbstsüchtiger und wohlwollender Neigungen und Gesinnungen in Einer Handlung, welche jeder Mensch erfüllen kann und soll, zu erkennen. Beiderlei Neigungen begrenzen sich gegenseitig, weil sie einander entgegenstehen, und der freie Wille des Einzelnen, der einen Art von Neigungen vorzugsweise vor der andern zu folgen, ist es, der seinen Charakter bildet. Die Eigenliebe wird aber nur dann ohne Verletzung der Nächstenliebe, und diese wieder ohne Beeinträchtigung der Selbstliebe befriedigt werden, wenn Alle sich enthalten, Andern Uebel zuzufügen. So bildet sich die menschliche Vernunft aus der Erkenntniß einander widerstreitender Empfindungen und Neigungen Vorstellungen von den Einschränkungen der Eigenliebe durch die Nächstenliebe, denen sich der Einzelne unterwerfen will und soll, Gesetze, Grundsätze, und zwar der Gerechtigkeit, wenn er deren allgemeine Befolgung für das Wohl Aller, und Gesetze der Güte, wenn er deren Befolgung durch ihn selbst zum Besten einiger Andern für nothwendig erkennt.

VI. Insofern indeß nicht die sittlichen Gefühle und Antriebe unmittelbar, sondern die Vorstellungen

von Gesetzen, welche durch dieselben und ihren Widerstreit gegen die selbstsüchtigen Triebe veranlaßt werden, das sittliche und rechtliche Benehmen der Menschen bestimmen, und Hauptgegenstand der Sitten- und Rechtslehre sind, auch die Art, wie aus Gefühlen Vorstellungen gebildet werden, und diese wieder Empfindungen im Menschen erregen, nicht erklärt werden kann, — wie sie auch die englischen Philosophen nicht zu erklären versuchten, — thaten deutsche Rechtsphilosophen besser, von der Voraussetzung in allen Menschen vorhandener sittlicher Vorstellungen auszugehen, und den Unterschied der Rechts- und anderer Sittenpflichten zu erforschen. Sie förderten jedoch die philosophische Rechts-Wissenschaft langsam, und entfernten sich oft im Streben nach systematischer Einheit von der Erfahrung und den gewöhnlichen Begriffen der Menschen vom Rechte.

Thomasius, *) zuerst Vertheidiger, nachher Gegner des Socialitäts-Systems, suchte die Pflicht der Gerechtigkeit von dem *honestum* und *decorum* der Alten dadurch zu scheiden, daß er das positive Gebot der christlichen Sittenlehre: »Was du willst, daß dir die Leute thun, das thue ihnen auch,« als die höchste Regel der beiden letztern Haupttugenden, die negative Vorschrift aber: »Was du willst, daß dir die Leute nicht thun, das thue auch ihnen nicht,« als die allgemeinste Regel der Gerechtigkeit aufstellte. Genau betrachtet, drückte er hiedurch den Rechts-Grundsatz der Alten: »Beleidige Niemand,« nur in einer dem christlichen Sittengebote entsprechenden Form aus; denn gerade blos durch solche Reden und Handlungen wird Jeder Andere zu beleidigen glauben, von welchen er nicht wollte, daß Andere sie gegen ihn

*) Institutiones jurisprudentiae divinae 1714. Fundamenta juris naturae et gentium 1718.

äufsern und ausführen. Wer alle seine Vorsätze nach dieser Regel prüft, wird wissentlich Niemanden Unrecht thun, als Richter Jedem der Streitenden zuscheiden, was ihm gebührt, mithin alle Rechtspflichten erfüllen, ohne nach diesem Grundsatz positive Wohlthaten zu erweisen. Das höchste Rechtsgesetz ist also wirklich durch jene Formel eben so gut, als z. B. durch den Kantischen Grundsatz der Vereinbarkeit der eigenen Freiheit mit der Freiheit aller Andern, ja noch vollkommener ausgedrückt, indem sie zur gewissenhaften Vergleichung der Handlungen gegen Andere mit den Empfindungen, welche sie, gegen den Handelnden ausgeübt, in ihm selbst erregen würden, auffordert. Die Wissenschaft hat aber durch den veränderten Ausdruck des höchsten Princips nichts gewonnen, und Thomasius selbst machte in seinen Schriften, ob er gleich das Völkerrecht nach Grundsätzen des natürlichen Privat-Rechts behandelte, so wenig eine folgerechte Anwendung von seinem höchsten Rechtsprinzip, daß er nicht einmal die Unverträglichkeit der angeborenen Slaverei mit demselben einsah.

Mehr Vorthail brachten der Wissenschaft seine Schüler Gerhardt *) und Gundling, **) so wie Köhler, ***) indem sie die Erzwingbarkeit als das unterscheidende Kennzeichen der Rechts- oder vollkommenen Pflichten von den Liebespflichten heraushoben. Sie beantworteten jedoch die Hauptfrage, in welchen Fällen und aus welchen Ursachen der Zwang gegen einen Andern keine unrechtmäßige Gewalt sey, nicht genügend, und ließen ihn, um zur Erfüllung von Rechtspflichten zu nöthigen, unendlich weit aus-

*) *Delineatio juris naturalis sive de principiis justi* 1712.

**) *Jus naturae et gentium* 1714.

***) *Exercitationes juris naturalis* 1719.

dehnen, wofern er nicht durch positive Gesetze beschränkt werde.

Alle diese Gelehrte erkannten die Sittenlehre als die Quelle des natürlichen Rechts an; die beiden von Cocceji, Heinrich *) und sein Sohn Samuel, **) führten überdiß aus, daß die Nothwendigkeit der Rechts-Verhältnisse nur von einer Autorität herrühren könne, der alle Menschen gehorchen müssen. Der göttliche Wille, die Quelle alles Guten, der reelle Grund und die Richtschnur aller menschlichen Handlungen, ist ihnen der speculative; die Regel: „Jedem das Seine,“ der praktische Grundsatz des Naturrechts. Das Recht erklären sie als das Vermögen, frei und den göttlichen Gesetzen gemäß zu handeln, welche durch die Vernunft, aber nicht aus der Vernunft, sondern aus der Ordnung der Natur, aus der Vollkommenheit des Schöpfers, aus der Uebereinstimmung mehrerer Völker erkannt werden, und deren Erfüllung die Anerkennung gewisser allgemeiner Urrechte, z. B. auf die Erde und ihre Erzeugnisse, auf das Leben und die Gesundheit, auf Führung eines geselligen Lebens u. s. w. erfordere.

Es ist erfreulich, zu Anfang des 18ten Jahrhunderts von zwei berühmten Rechtsgelehrten anerkannt zu sehen, daß die Vernunft des Menschen die ewigen und unabänderlichen Regeln des Rechts, wie der Sittlichkeit, nicht aus sich selbst erzeugen könne, sondern auf den Willen Gottes beziehen müsse, nicht nur um die Entstehung jener Begriffe zu erklären, sondern auch um in der göttlichen Autorität einen wirksamen Beweggrund zu besitzen, sie auch dann zu beobachten, wenn von andern Menschen eine Nöthigung zu ihrer Befolgung oder eine Strafe wegen ihrer Verletzung nicht zu befürchten ist; desto er-

*) Grotius illustratus.

**) De principio juris naturalis unico, vero et adaequato.

freulicher, als die entgegenstehende Ansicht am Ende eben dieses Jahrhunderts eine allgemeine Herrschaft erlangt hat. Unerachtet dieser Beziehung des natürlichen Rechts auf den Willen eines übersinnlichen Wesens erklären sie jedoch nicht eine gewisse Offenbarung seines Willens, sondern die Erkenntniß seiner Vollkommenheit und der Ordnung der Natur, sofern die Uebereinstimmung der Völker ihre Allgemeinheit beweist, für die Erkenntnißquelle der Rechtsregeln, und stellen das Rechtsgesetz der Alten: Jedem das Seine (sowohl Angeborene, als Erworbene zu lassen, und das Entzogene zu erstatten), an die Spitze der Rechtslehre. Der Einsicht in die Ordnung der Natur, in welcher vielmehr blinde Gewalt herrscht, bedarf es indess nicht, um jenes höchste Rechtsprincip als allgemein verpflichtend zu erkennen, wohl aber um zu wissen, durch welche einzelne Handlungen es verletzt werden könne, und die Idee der Vollkommenheit des Schöpfers dient nicht, die von ihm im Gewissen jedem Menschen geoffenbarten Tugend- und Rechtsregeln besser kennen zu lernen. Wenn endlich die beiden Cocceji den Besitz von Urrechten, mithin einer gleichen rechtlichen Freiheit für alle Menschen, deswegen für nothwendig ansehen, damit Jeder, ungestört von Andern, sittlich gut handeln könne, so wird allerdings nicht die Nothwendigkeit, sittlich gut zu handeln, sondern nur die Entfernung der Störungen Anderer vom freien sittlich guten oder bösen Handeln durch die Rechtsgesetze, namentlich durch das Gebot: Jedem das Seine, bezweckt und erreicht, muß auch allein bezweckt werden, weil eine gute Handlung, zu deren Verrichtung Jemand durch Andere gezwungen würde, keinen sittlichen Werth hätte. Weil aber ebensowohl die Entfernung der Hindernisse Anderer gegen meine unsittliche, als gegen meine sittlich gute Handlungen

durch Rechtsgebote beabsichtigt wird, und mir deswegen auch zu unsittlichen Handlungen ein Recht zusteht, so ist nicht die Möglichkeit, sittlich gut zu handeln, sondern die Erhaltung meiner Person, meines Vermögens, frei zu handeln, und der angeborenen und erworbenen Mittel dazu, Hauptzweck der Rechtsgesetze, und die Betrachtung der äußern Bedingungen der menschlichen Fähigkeit, frei und unabhängig von Andern, nicht aber sittlich gut zu handeln, Gegenstand des natürlichen Rechts. Somit beruht die Begründung desselben und die Abscheidung seiner Gebote von andern Tugendgeboten auf der Erkenntniß des Maaßes der Freiheit von der Gewalt äußerer Kräfte, der sich der Mensch zu erfreuen hat, und die Erörterung der schwierigen Frage, in wie weit der Mensch von der Natur abhängig und unabhängig sey, muß jeder Rechtslehre vorangeschickt werden. Uebrigens muß auch hier die Bemerkung wiederholt werden, daß die Freiheit, die Erzeugnisse der Erde zu benutzen, sein Leben und seine Gesundheit zu erhalten u. s. w. erst durch das allgemeine Gebot: Niemand zu beleidigen, zu einem angeborenen Unrecht werde, und nur insoweit ein Recht sey, als dieß unbedingte Gesetz nicht von dem Berechtigten gegen Andere, wohl aber von andern Menschen durch Störung jener seiner Freiheit verletzt werden will, daß mithin das gesammte Recht nicht auf Unrechten, sondern auf Sittengeboten beruhe, welche die Menschen, ebenso wohl als andere Tugendgesetze, zu übertreten die Freiheit haben.

Nicht deutlicher wurde die Natur des Rechts durch die voluminösen Werke des Freiherrn von Wolf *)

*) Christ. v. Wolf vernünftige Gedanken von der Menschen Thun und Lassen, 1720 u. 1740.

Jus naturae, methodo scientifica pertractatum. Tom. IX., 1740—1749. Institutiones juris naturae et gentium.

erklärt, in denen er, den Dogmen der Leibniz'schen Philosophie von dem Wesen der Dinge getreu, die Pflicht, Anderer Vollkommenheit zu befördern, als den höchsten Grundsatz der Sittenlehre, das Gebot, dieselbe nicht zu stören, als das höchste Rechtsgesetz darstellte, und von letzterem die ganze natürliche Rechtslehre in der Form einer mathematischen Wissenschaft, unter Anwendung auf positive Rechts-Institute, herzuleiten suchte. Seine Axiome waren aber nicht evident. Seine Erklärung des Rechts, daß die nach dem Sittengesetze erlaubten Handlungen recht seyen, war unrichtig, weil man auch zu manchen unsittlichen Handlungen berechtigt ist. Im Falle des Widerstreits der Pflichten, die eigene und Anderer Vollkommenheit zu erhalten, sollte nach Wolf das Gesetz der möglich geringsten Verminderung der allgemeinen Vollkommenheit befolgt, und die Anwendung desselben dem Verpflichteten allein überlassen, nicht auf einen Vergleich mit dem Berechtigten ausgesetzt werden; aber die Begriffe von Vollkommenheit, Zweckmäßigkeit und Billigkeit, nach denen die Rechte der Menschen beurtheilt werden sollen, werden von ihm nicht genauer bestimmt; sonst würde er eingesehen haben, daß Vollkommenheit einer Sache nur ihre Uebereinstimmung mit der Idee ausdrückt, die man davon hat, wie sie seyn soll, daß mithin erst das Ideal eines vollkommenen Menschen entworfen werden müßte, um von dem formalen Principe der Vollkommenheit die Regeln abzuleiten, die Jeder befolgen müsse, damit er die Vollkommenheit Anderer befördere oder wenigstens nicht störe. Setzt man mit Meister *) die Vollkommenheit des Menschen in die Harmonie der mannigfachen, in ihm liegenden Kräfte zur höchst möglichen Total-Wirk-

*) Lehrbuch des Naturrechts 1809.

samkeit, so vermag Niemand zu beurtheilen, ob durch eine Handlung diese Harmonie bei ihm selbst, noch weniger ob sie durch sie bei einem Andern befördert oder wenigstens nicht vermindert werde. Ist jede Handlung ein Unrecht, durch welche an sich selbst oder deren Wirkungen die Vollkommenheit eines Andern gestört wird, so kann manche an sich rechtmäßige Handlung an ihrer zufälligen Wirkung auf Verminderung der (sittlichen) Vollkommenheit eines Andern nachher als widerrechtlich erkannt werden. Nicht ob die Vollkommenheit eines Andern, sondern ob die äußern Bedingungen und Mittel, sich zu vervollkommen, deren Benutzung ihm überlassen werden muß, durch eine Handlung und ihre gewöhnliche Folgen nicht vermindert werden, kann der Handelnde beurtheilen. Nur diesen Bedingungen und Hilfsmitteln der Vollkommenheit Anderer keinen Abbruch zu thun, kann also das höchste Rechtsgesetz seyn, und dieses folgt gleichfalls aus dem unbedingten Gebote der Sittenlehre, eigene und fremde Vollkommenheit nach Kräften zu befördern.

VII. Die bisher angeführten Versuche, das Recht von der Sittenlehre herzuleiten, und beide näher zu bestimmen, haben indess einen entschiedenen Vorzug vor der bis auf die neuesten Zeiten versuchten Zurückführung des Rechts und selbst der Sittlichkeit auf Aeufserungen des Eigennutzes und des Strebens nach Glückseligkeit, oder auf die Ansichten vom allgemeinen Besten, und vor der damit zusammenhängenden Lehre von der uneingeschränkten natürlichen Freiheit des Menschen, zu thun, was er will, von den sogenannten Urrechten.

Schon Mandeville hatte in einer Fabel von den Bienen (1725) den Eigennutz als die einzige Triebfeder der menschlichen Handlungen dargestellt, welche die Politik oder der Eigennutz des Staats we-

nigstens soweit zu mässigen habe, dafs sie zum Nutzen des Ganzen ausschlagen. Er fand jedoch die eigennützigste Handlungsweise der Menschen schlecht, wogegen Helvetius *) in allem Ernste den Eigennutz als den einzigen Mafsstab, nach welchem die Handlungen für tugendhaft, lasterhaft oder gleichgültig angesehen werden, die Liebe zum Vergnügen und die Furcht vor Schmerzen als die Quelle aller Tugenden und Leidenschaften, der Liebe und Freundschaft, wie des Stolzes, des Ehrgeizes und der Habgier, und die Leidenschaften als Aufregungen der Geisteskräfte darstellte, welche die Vernunft im Schlummer erhalten würde. Die Verläugnung und Herabwürdigung der sittlichen, dem Eigennutze widerstrebenden Anlagen und Grundsätze machts indess reissende Fortschritte nicht nur bei den französischen Gelehrten, sondern durch deren Schriften selbst bei der grössern Menge, und wurde durch die frechen Behauptungen la Mettrie's und in dem Systeme, der Natur, dafs der Mensch eine bloße Maschine, seine Seele körperlich und sterblich, und der Glaube an Gott eine Thorheit sey, bekräftigt. Leuten von solcher Denkungsart war Recht und Freiheit einerlei, jedes Gesetz ein willkürliches Gebot des Herrschers, von dessen Eigennutze eingegeben, jede strenge Mafsregel der Obrigkeit eine Gewaltthat, die fürstliche Würde eine Anmafsung, der Adel ein Ueberrest alter Barbarei, die Geistlichkeit ein Haufen heuchlerischer Betrüger. Rousseau's Lehre von der angeborenen Freiheit und Gleichheit aller Menschen, von der Souverainität des Volks, von der Herrschaft des allgemeinen Willens schmeichelte den egoistischen Gesinnungen derselben, und wurde mit allgemeinem Beifalle aufgenommen, weil die grofsen Gebrechen in der Verfassung und Ver-

*) De l'esprit 1758.

waltung des französischen Reichs, die erdrückende Last der Staatsschulden, die Menge schwerer Auflagen und der Druck eines übermüthigen Adels und reichen Clerus die Unzufriedenheit des Volks mit allem Bestehenden nährte. Angefacht durch eine Menge freigeisterischer Schriften, insbesondere durch die Werke eines Thomas Paine *) und Sieyes, worin jede Regierung als ein nothwendiges Uebel, die Monarchie, zumal die erbliche, als eine teuflische und thörichte Einrichtung, alle Vorrechte als widersinnig dargestellt, dem dritten Stande gleiche Rechte mit den beiden andern, dem gesammten, nach Köpfen stimmenden, Volke die Gesetzgebung nach seinem absoluten, durch keine Rücksichten auf bestehende Rechte gebundenen Willen, jedem Geschlechte das Recht, die Anordnungen der Voreltern jeden Augenblick zu ändern, zugesprochen, und jede nicht aus dem geselligen Vertrage oder dem Volkswillen hervorgehende Verfassung für ungültig erklärt wird, bemächtigte sich der französischen Nation eine überspannte Begeisterung für die mißverstandenen Worte: Freiheit und Gleichheit, welche sie zum leichtsinnigen Umstürzen aller bestehenden Einrichtungen und zur öffentlichen Verhöhnung alles dem Menschen Heiligen und Ehrwürdigen hinriß, und nach der gänzlichen Auflösung der gesellschaftlichen Bande den furchtbarsten Zerstörungen der Gesetzlosigkeit, der schreckenvollsten Tyrannei grausamer Bösewichte und zuletzt dem Despotismus eines Eroberers überlieferte, der das Blut ihrer verwilderten Söhne in allen Reichen Europens vergeudete, um auf den Trümmern derselben eine unumschränkte Universal-Monarchie zu errichten. So gab die Geschichte der furchtbarsten, durchgreifendsten und mit den mannigfaltigsten

*) *Common sense* und, die Rechte der Menschen 1791.

Staats - Einrichtungen - Versuchen und Wechseln begleiteten Staats - Umwälzung der Menschheit die große Belehrung, daß die Rechte der Einzelnen nicht durch den Willen der Völker, noch ihrer Vertreter, noch ihrer Fürsten erst geschaffen werden, noch durch sie verändert oder vernichtet werden dürfen, sondern daß sie auf ewigen, von dem menschlichen Willen unabhängigen Grundlagen der Sittlichkeit und Religion beruhen, deren Untergrabung die Völker in unnennbares Elend stürze; daß die Herrschaft des Volks eine drückendere Tyrannei, als die unumschränkte Macht erblicher Fürsten herbeiführe, und die Einwohner großer Reiche, deren politische Unabhängigkeit durch ihre eigenen Kräfte gegen die Angriffe anderer Mächte behauptet werden kann, nur unter einem erblichen Monarchen des ungestörten Genusses bürgerlicher Rechte und gesetzlicher Freiheiten theilhaftig werden; daß die Interessen der Regierung und der Unterthanen nicht einander entgegengesetzt seyen; daß zwar die Uebereinkunft der Regierung mit den vom Volke gewählten Vertretern desselben über die Verfassung und andere bürgerliche Gesetze, so wie über die zu entrichtenden Abgaben, die einzige rechtliche Form ihrer Festsetzung sey, daß aber die Gebrechen einer Staats-Verfassung und Mißbräuche der Verwaltung mit Vorsicht und Schonung beseitigt werden müssen, damit nicht erworbene Rechte Einzelner verletzt werden; daß alle bestehende Gesetze bis zu ihrer ordnungsmäßigen Aufhebung streng beobachtet werden sollen; daß endlich keine besondere Regierungsform und Verfassung allein rechtmäßig, für alle Staaten und Völker nothwendig und heilbringend, die beste jedoch die Regierung eines unverletzlichen Monarchen sey, der die Gesetze der Zustimmung von Vertretern der Stände unterwirft, und durch verantwortliche Minister

vollziehen, über privatrechtliche Streitigkeiten aber und gemeine Verbrechen unabhängige Gerichte erkennen läßt.

Der gedachten blutigen Erfahrungen unerachtet, hat noch in neuern Zeiten Bentham *) das vollständigste System der Moral und der Gesetzgebung, das in England und Frankreich jemals erschienen ist, auf dem bloßen Begriffe des Nützlichen und Gemeinnützlichen aufzubauen versucht. Ihm zufolge »ist etwas nur in sofern moralisch gut, als es ein physisch Gutes, eine sinnliche oder nicht sinnliche Lust bewirkt, oder eine Unlust verhindert oder entfernt, mithin nützlich ist. Nur als Ursache einer Lust, sagt er, ist die Tugend ein Gut, nur weil es Unlust bewirkt, das Laster ein Uebel. Die Moral und die Gesetzgebung haben also die Totalsumme des Wohlseyns zu vermehren, und die Anwendung des Principis der Nützlichkeit besteht in der Berechnung der Grade von Lust und Unlust, welche Handlungen bewirken, nach der Regel, daß Versäumung einer größern, dauerhaftern, gewissern Lust Unlust, und eine Unlust, welche größere Lust nach sich zieht, Lust bewirkt. Das Princip der Nützlichkeit, richtig angewandt, gibt allein feste, bestimmte, zuverlässige, der menschlichen Natur angemessene Lebens-Regeln, während die moralischen Gefühle bloß subjektiv sind, oft täuschen, dunkle Begriffe und, wo sie mit dem Nützlichen zusammenfallen, kein gutes Motiv zu einer guten Handlung gewähren. Sind sie die Schiedsrichter der Handlungen, so kann man ein aufgeklärtes Gewissen nicht von einem blinden und irrenden unterscheiden, und alle Fanatiker haben Recht. Die Quelle aller Systeme, die sich auf den moralischen Sinn, den Gemeinsinn, Verstand oder Vernunft, die

*) *Traité de législation civile et pénale* 1802. *Théorie des peines et des recompenses* 1811.

unveränderliche Rechts-Regel, die natürliche Billigkeit, die Menschenrechte, die Wahrheit als Princip der Sittlichkeit, oder gar auf eine göttliche Offenbarung berufen, ist Despotismus des Geistes. Gute Sitten, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Religion, Macht, Handel u. s. w. sind nicht Zwecke des Menschen, sondern nur als Mittel zu schätzen; sonst verfällt man in die irrige Mafsregel, einen Theil des Nützlichen, z. B. die Macht des Staats, auf Kosten anderer Theile, z. B. des Wohls der Staatsbürger, zu verfolgen. Die Moral ist also die Kunst, die menschlichen, sowohl öffentlichen als Privat-Handlungen so zu regieren, dafs die größtmögliche Summe von Glückseligkeit daraus entspringt. Sie gibt Vorschriften für die Handlungen Einzelner, die Politik aber oder die Gesetzgebung für die Staaten; letztere hat jedoch auf die menschlichen Handlungen nur durch Strafen Einfluß, die nur dadurch gerechtfertigt werden, dafs ein größeres Gut daraus entspringt, und deßwegen keine Sittengebote einschärfen dürfen. Das politisch Gute kann nicht sittlich schlecht seyn, und ein dem allgemeinen Besten angemessenes Gesetz ist gut und recht.“

Der Begriff des Nützlichen und des Gemeinnützlichen taugt jedoch nicht, den Lehren der Moral und der Gesetzgebung die von Bentham beabsichtigte Bestimmtheit und Deutlichkeit zu verschaffen; denn er drückt nicht eine Sache, noch die Eigenschaft einer Sache, sondern nur ein Verhältniß der Sachen zu unsern Zwecken aus. Seine Anwendung in einzelnen Fällen setzt also die Kenntniß der Zwecke des Menschen, von dem es sich handelt, und der Tauglichkeit der Handlung zu diesen Zwecken voraus. So verschieden aber die Zwecke der Menschen sind, so verschieden sind auch ihre Begriffe von dem Nützlichen, von dem zu ihrem eigenen Wohl — und noch mehr

von dem zum allgemeinen Besten dienenden, dem Gemeinnützigen, das, als eine grössere Summe von Lust bewirkend, die Moral und die Gesetzgebung nach Bentham vorzüglich befördern sollen; überdies steht der eigene Nutzen des Einen gewöhnlich dem Gemeinnützigen entgegen, und hindert die Erkenntnis und die Beförderung des Letztern. In welchen Fällen aber der eigene Vortheil dem gemeinen Besten aufgeopfert werden soll, hat Bentham nicht bestimmt. Müßte es in allen Fällen geschehen, so wäre keine Forderung des Einzelnen an den Staat oder eine Gesellschaft rechtmässig, weil der ganzen Gesellschaft durch Tilgung derselben die Unlust des Verlusts der hiezu dienenden Sache zugienge. Dafs die Berichtigung ihrer Schulden ihr grösseren Nutzen bringe, davon wird sich die Gesellschaft in vielen Fällen nicht überzeugen, noch dafs es ihr vortheilhafter sey, durch einen Schieds- oder vom Staate aufgestellten Richter darüber erkennen zu lassen, als selbst darüber zu entscheiden, und wenn dieser die Forderung für rechtmässig erkannte, so würde er dem Principe des Gemeinnützigen, mithin dem Bentham'schen Moral und Gesetzgebungs-Principe entgegenhandeln. Auch ist darin das Sittliche von dem Rechtlichen, so wenig als die Moral von der Politik geschieden. Gibt Erstere Vorschriften für die öffentlichen, wie für die Privat-Handlungen, Letztere für die Staaten oder vielmehr für die Bürger des Staats, in dem sie leben, so beziehen sich die Vorschriften der Politik auf die öffentlichen Handlungen der Bürger, für welche auch die Moral Vorschriften gibt, und sind Sittengebote, die die Politik durch Strafen einschärfen darf. Im Widerspruche hiemit behauptet aber Bentham, dafs sie keine Sittengebote durch Strafen einschärfen dürfe.

Endlich ist die Gesetzgebung nicht die Wissenschaft des allgemeinen Wohls, wie er behauptet; sie darf zwar nichts gemeinschädliches gebieten noch erlauben; aber auch nichts unrechtliches, wenn gleich dadurch der gemeine Nutzen befördert würde. Nicht alle denkbare gemeinnützige Anstalten, sondern nur solche darf sie anordnen, welche zu Abwendung gemeinen Schadens oder zu Entfernung der Hindernisse aller Einzelnen, ihr Wohl nach eigener Wahl und ohne Beschädigung Anderer zu erstreben, nothwendig sind, oder von sämtlichen Staats-Genossen für zweckmäfsig erkannt werden. Die bürgerlichen Gesetze beschränken die natürliche Freiheit des Bürgers durch die Verpflichtung, sein Wohl ohne Störung der rechtmäfsigen Zwecke Anderer zu verfolgen, vermindern also die Glückseligkeit derer, welche solche in uneingeschränkter Freiheit suchen. Der Zweck dieser Einschränkungen kann aber nicht seyn, das sinnliche, noch das sittliche Wohl aller Einzelnen zu befördern, weil die Weisesten durch die festeste Ueberzeugung, dafs das Letztere das höchste Ziel des Menschen sey, doch das Recht nicht erhielten, Andere zu nöthigen, dafs sie dieses Wohl zu ihrem höchsten Zwecke machen. Die bürgerlichen Gesetze müssen sich also auf den negativen Zweck beschränken, die Hindernisse des Strebens des Einen nach sinnlichem oder sittlichem Wohl, die in den freien Handlungen Anderer liegen könnten, wegzuräumen, mithin der Freiheit Aller den durch diesen Zweck nicht beschränkten Spielraum zu lassen, wofern die Staatsbürger nicht freiwillig denselben zur Beförderung des sinnlichen oder sittlichen Wohls Aller noch mehr verengen wollen.

Aus denselben Gründen genügt auch das evdämonistische Moral- und Rechtssystem deutscher Gelehr-

ten*) nicht. »Recht ist,« ihnen zu Folge gleichfalls, »was zur Glückseligkeit der Menschen im Ganzen das Meiste beiträgt, mithin das meiste Gute stiftet. Zur Vermehrung des Guten und Verminderung des Bösen in der Welt darf Jeder nach seinem besten Erkenntnisse und Gewissen Gewalt gebrauchen. Weil aber das Recht vollkommen und äußerlich, d. h. vor Menschen erweislich seyn muß, so können nur gewisse nächste Folgesätze jenes Grundsatzes, z. B. dem Andern das Seine nicht zu nehmen, wegen ihrer allgemeinen Anerkennung und leichten Anwendbarkeit gelten, wiewohl auch dieser Folgesatz mit der Einschränkung, daß man in der äußersten Noth dem Andern das diesem Entbehrliche zur Abhülfe derselben nehmen darf.« Wie unbestimmt der Begriff der Glückseligkeit sey, wie schwer oft, ja zuweilen unmöglich die Ausmittlung dessen, was zur Glückseligkeit im Ganzen das Meiste beitrage, seyn würde, wie wenig man das Recht haben könne, zu Vermehrung des Guten in der Welt nach seiner Einsicht Gewalt zu gebrauchen, mithin Andern Uebel zuzufügen, wie wenig die Beraubung Anderer durch die äußerste Noth des Räubers zum Rechte werde, springt von selbst in die Augen. Das Recht wird durch die evdämonistische Grundlage schwankend.

VIII. Bei diesem Stande der Wissenschaft und der öffentlichen Denkart in Deutschland und Frankreich verdiente das philosophische Lehrgebäude des Königsberger Weltweisen, Immanuel Kant, **) die

*) Grundlehren zur Kenntniss des menschlichen Willens von Feder 1789.

Schlettwein Rechte der Menschheit 1784.

Höpfner Naturrecht des einzelnen Menschen 1788. Latine redd. a Rayd. 1803.

**) Kritik der reinen Vernunft 1787. Kritik der praktischen Vernunft 1791. Grundlegung zur Metaphysik der Sitten 1791. Metaphysische Anfangsgründe der Tugendlehre 1797; der Rechtslehre 1797. Zum ewigen Frieden.

Bewunderung seines Zeitalters durch die Menge origineller Gedanken, die er entwickelte, durch die tiefe und scharfsinnige Begründung derselben, durch die Reinheit und Erhabenheit seiner Sittenlehre. Namentlich fand seine Rechtslehre allgemeinen Beifall, und von den unzähligen Lehrbüchern des Naturrechts und Abhandlungen über einzelne Rechtsgegenstände, die bis auf die neuesten Zeiten erschienen sind, ist in den meisten das Kantische Rechtsprincip mit geringen Abänderungen zum Grunde gelegt. Dennoch stößt man bei unbefangener Prüfung desselben auf sehr erhebliche Bedenklichkeiten, aus deren Andeutung die Nothwendigkeit, für das natürliche Recht eine andere Grundlage zu suchen, erhellen dürfte. Nur einige Zweifel, die schon manche Gelehrte gegen seine Moral-Philosophie geäußert haben, sey mir hier zu berühren erlaubt.

1) Kants Rechtsprincip: Handle so, daß deine Freiheit mit der Freiheit von Jedermann nach einem allgemeinen Gesetze zusammenbestehen kann, drückt nur die Verbindlichkeit aller Menschen, ihre Freiheit auf gleiche Weise zu beschränken, aus, dem allgemeinen Gesetze die Bestimmung der Grenzen, innerhalb welcher die Freiheit des Einen mit der Freiheit aller Andern vereinbar ist, überlassend, und ist seiner Unbestimmtheit unerachtet zu eng, indem nicht bloß durch Verminderung oder Aufhebung der Unabhängigkeit von Andern, sondern auch durch Entziehung von Gütern und Verursachung von Schmerzen und Leiden Einer dem Andern Unrecht thun kann. Die Untauglichkeit dieses formalen Rechtsprincips erhellt auch aus den nichts sagenden Erklärungen, welche Samuel Bek, *) Hufeland, Reinhold und andere

*) Grundsätze der Gesetzgebung 1808. Lehrbuch des Naturrechts 1810.

Nachfolger Kants von dem Rechte gegeben haben. Ersterem ist es die Freiheit von jedem ungerechten Zwange eines Andern, die Unabhängigkeit der Willkühr von jeder sie bestimmenden fremden Willkühr, die nicht nach Gesetzen eines allgemeinen Willens wirkt; Letzteren die Befugniss, zu thun, was durch allgemeine Gesetze nicht verboten ist. Was aber verboten sey, soll erst das allgemein gültige Gesetz, das Gesetz des allgemeinen Willens lehren, wogegen das bekannte materielle Princip der Alten: Beleidige Niemand, gerade das bezeichnet, was das Gesetz des allgemeinen Willens verbieten soll.

2) Jenes inhaltleere Princip hat in dem Mißbrauche seinen Grund, den Kant und seine Nachfolger von dem Worte Freiheit machten, indem sie es in den verschiedensten Bedeutungen gebrauchen. Bald verstehen sie darunter,

a) wie der gemeine Sprachgebrauch, die natürliche Fähigkeit des Menschen, zu thun, was er will und nach dem Mafse seiner Kräfte vermag, bald

b) die rechtliche Freiheit, die durch Rechtsgesetze nicht verbotenen Handlungen zu verrichten, mithin die Freiheit, die ihm übrig bleibt, wenn er seinen freien Willen nach Rechtsgesetzen einschränkt, bald

c) die sittliche, d. h. die durch sämtliche Tugendgesetze eingeschränkte Freiheit, und sie nennen deswegen die Tugendgesetze, Gesetze der innern — die Rechtsgesetze, Gesetze der äufsern Freiheit. Der Begriff der Freiheit ist aber verneinend, und wird nur durch Bezeichnung des Gegentheils oder der Nothwendigkeit, welche nicht Statt finde, deutlich. Jedes Gesetz hingegen drückt eine Einschränkung, Verminderung, theilweise Aufhebung der Freiheit, seinen Willen zu äufsern, aus, welche entweder durch die Natur bewirkt wird, wie das nöthigende Naturgesetz

ausspricht, oder durch den eigenen Willen des Handelnden bewirkt werden soll, wie das Sittengesetz gebietet, oder durch den Zwang, den andere Menschen ausüben, bewirkt werden darf, wie dasjenige, welches das gleichfalls gebietende Rechtsgesetz vorschreibt.

Noch untauglicher ist die Unterscheidung von innerer und äußerer Freiheit zur Bezeichnung des Gegenstands oder des Zwecks der Tugend- und der Rechtsgesetze. Eine innere Freiheit ist sowohl die natürlich ungebundene Willensfreiheit, als die freiwillige Selbstbeschränkung nach Tugendgesetzen, unter denen auch die Rechtsgesetze begriffen sind, während Kants äußere Freiheit die Selbstbeschränkung nach Letzteren ausdrücken soll. Auch der Zweck dieser beiderlei Gesetze kann nicht dadurch bezeichnet werden; denn die freiwillige Selbstbeschränkung nach Tugendgesetzen bewirkt nicht erst die innere Willensfreiheit, und die allgemeine Befolgung der Rechtsgesetze hätte zwar die Folge, daß kein Mensch an seinen rechtmäßigen Handlungen von andern Menschen, nicht aber, daß er nicht von andern äußern Dingen daran gehindert wird. Ueberdies hat das bloße Daseyn der Rechtsgesetze im Bewußtseyn der Menschen so wenig ihre Befolgung, mithin die Kant'sche äußere Freiheit, zur Folge, als die Kenntniß der Tugendgesetze die Beobachtung derselben d. h. die Kantische innere Freiheit mit sich bringt, und wenn sich der Eine nach dem Rechtsgesetze einschränkt, so weiß er doch nicht, ob auch der Andere seine Freiheit nach demselben einschränken, und seine gesetzliche Freiheit nicht stören werde. Nur Eine Freiheit besitzt der Mensch, die natürliche Freiheit seines Willens, die keine Schranken hat, als das beschränkte Maß seiner natürlichen Kräfte, und eine ihm von Natur zukommende Eigenschaft ist, die er weder durch

Selbstbeschränkung nach Gesetzen erst erlangen muß, noch durch Zwang Anderer verlieren kann. Nicht sie selbst, sondern blos ihre Aeufserung kann durch Gesetze, jedoch nicht durch die Vorstellung dieser Gesetze, sondern durch den eigenen Willen des Handelnden, sie zu beobachten, wie durch die rechtmäßige oder ungerechte Gewalt anderer Menschen und Naturdinge theilweise aufgehoben werden. Daher ist es

3) ein Irthum, daß nach Kant, um innere Freiheit zu haben, oder, wie Welker *) besser sagt, um das innere Gesetz der Freiheit realisiren zu können, äußere Freiheit und eine äußere Gesetzgebung nothwendig sey. Gerade in der Kindheit und Jugend, wo der Mensch zu seinem eigenen Besten von Andern am meisten eingeschränkt werden muß, gelangt er zum Bewußtseyn und zur Aeufserung seiner durch Sittengesetze zu beschränkenden Willensfreiheit. Wenn der rechtlose Slave in der Zeit, da er seinem Herrn Dienste leisten muß, andere Pflichten zu erfüllen gehindert ist, so kann er doch das Sittengesetz der Arbeitsamkeit und Treue während seiner Dienstzeit und andere Sittengebote zu andern Zeiten erfüllen. Nicht also die fortdaurende Fähigkeit, seine Rechte in ihrem ganzen Umfange ohne Hinderniß auszuüben, ist Bedingung der Fähigkeit, Pflichten zu erfüllen, sondern umgekehrt der Wille des Einen, zumal eines Mächtigen, seine Pflichten zu erfüllen, und die Rechte Anderer heilig zu halten, ist oft Bedingung ihres Rechtsgenusses, ihrer rechtlichen Freiheit, und die Rechtsgesetzgebung ist nicht deswegen nöthig, damit die Sittengesetze beobachtet werden können, sondern damit die ihr Unterworfenen die Mittel, sittlich oder unsittlich zu handeln, einander nicht entziehen.

4) Die irrige Bestimmung der Begriffe von innerer und äußerer Freiheit führte Kant dahin, den

*) Die letzten Gründe von Recht, Staat und Strafe 1813.

Hauptunterschied der Tugend- und Rechtspflichten in der Verschiedenheit der innern und äußern Gesetzgebung, von welcher sie herrühren, zu suchen, von innern und äußern Pflichten, welche sie auflegen, zu sprechen, und die Rechte für etwas Aeufseres anzusehen. Es liegt jedoch schon im Begriffe einer Pflicht, daß sie eine innere Nothwendigkeit des freien Willens sey, sie mag sich auf eine innere oder äußere Thätigkeit beziehen, und sie wird nur dadurch vom Verpflichteten erkannt, daß er die gebotene Thätigkeit seinem freien Willen durch ein Gesetz vorgeschrieben findet, das seine Willensfreiheit in Beziehung auf diese Thätigkeit nicht aufhebt, sondern einzuschränken gebietet.

Auch die Rechtspflichten können daher keine äußere Pflichten seyn. Sind sie durch von andern Menschen gegebene Gesetze auferlegt, so kann zwar durch Eröffnung derselben die Vorstellung der Nothwendigkeit, sie zu erfüllen, in dem Einzelnen erweckt, und er kann durch Gewalt und die Furcht vor Uebeln, die er sonst von Andern zu erdulden hätte, zu ihrer Erfüllung genöthigt werden: verpflichtet dazu ist er aber erst dann, wenn er sich verbunden erkennt, sie freiwillig zu beobachten. Beruhen sie aber auf Gesetzen des natürlichen Rechts, so können sie schon deßwegen keine äußere Pflichten seyn, weil die Gesetze des natürlichen Rechts, wie andere Sittengesetze, durch die Vernunft des Verpflichteten, wie Anderer, erkannt werden, obgleich die Einsicht in die natürlichen Bedingungen der Fähigkeit des Menschen, seinen Willen von Andern ungehindert zu äußern, der Grund ihrer Erkenntniß ist. Kant widerspricht sich daher selbst, wenn er die natürlichen Rechtsgesetze, wie alle Sittengesetze, durch die Vernunft *a priori* sogar festsetzen läßt, und sie dennoch von einer äußern Gesetzgebung, mithin ei-

ner äußern Quelle ableitet, von welcher die gleichfalls aus der Vernunft *a priori* hergeleitete innere Gesetzgebung der Sitten nicht herstamme. Ja er setzt die reine praktische Vernunft, welche er als die einzige Gesetzgeberin der Sitten und der Rechte darstellt, mit sich selbst in Widerspruch, wenn er sie in der Rechtslehre dem Menschen *a priori* nicht bloß gestatten, sondern sogar gebieten läßt, seine äußere Freiheit d. h. seine Rechte zu behaupten, mithin gegen die Verletzer derselben Gewalt zu gebrauchen, und hiedurch ihre Glückseligkeit zu vermindern, damit er innere Freiheit haben und tugendhaft handeln könne, in der Tugendlehre aber eben dieselbe Vernunft gleichfalls *a priori* die Beförderung fremder Glückseligkeit auf jede Weise gebieten, und die Beförderung der eigenen, (um deren willen Rechte behauptet werden müssen,) nur erlauben läßt. Auch löst er diesen Widerspruch keineswegs dadurch, daß er ihn nur für einen Gegensatz, der aus der verschiedenen Richtung des Gesetzes entspringe, erklärt, die Rechtspflichten nur indirekt ethische Pflichten nennt, und von erzwingbaren Gesetzen des äußern Verhältnisses der Willkühr des Einen zur Willkühr des Andern herleitet. Die Gesetzgebung wird weder durch die Erzwingbarkeit ihrer Gesetze, noch dadurch eine äußere, daß das äußere Verhältniß der Willkühr verschiedener Menschen zu einander durch sie bestimmt wird. Auch die Tugendgesetze der Wohlthätigkeit, der Tapferkeit u. s. w. bestimmen das äußere Verhältniß der Willkühr des Einen zur Willkühr des Andern, und Pflichten sind erzwingbar, wenn sie jeder Mensch für sich, wie dieß bei den natürlichen Rechtsgesetzen wirklich der Fall ist, obgleich der Eine durch seine Vernunft mehr oder weniger vollkommen, als der Andere, als erzwingbar erkennt.

Muß hienach die natürliche Rechtsgesetzgebung, wie die Tugendgesetzgebung, eine innere, durch die Vernunft jedes Einzelnen mittelst Vergleichung der Vorstellungen von äußeren Verhältnissen der Menschen zu einander mit dem Sittengesetze von dem Einen, wie von dem Andern gebildete Gesetzgebung seyn, und sind auch alle Rechtspflichten innere Pflichten, so können die Rechte, denen diese Pflichten gegenüberstehen, nichts Aeufseres seyn. Auch das Recht zu zwingen findet nur dann Statt, wenn das Rechtsgesetz den Zwang nicht verbietet, oder nach Kant'schem Ausdruck, wenn der Zwang dem Begriffe eines sittlichen Wesens nicht widerspricht; es ist also, wie die Tugendpflicht, durch Vernunft-Ideen (des Rechtsgesetzes, eines sittlichen Wesens) bestimmt, mit denen sowohl der Berechtigte, als der Verpflichtete die Handlung des Zwangs für sich selbst vergleicht. Nicht daraus, daß Andere mir ein Zwangs-Recht einräumen, und sich die Pflicht, dem Zwange nicht zu widerstehen, auflegen, erkenne ich mein Recht, sondern daraus, daß ich den Zwang gegen die meiner rechtmäßigen Handlung sich Widersetzenden dem in meinem Innern geoffenbarten Sittengesetze nicht widersprechend finde, und voraussetzen muß, daß auch andere Menschen ihn nicht im Widerspruche mit dem in ihrem Innern geoffenbarten gleichen Sittengesetze finden können.

5) Wegen dieser Beziehung des Rechts auf eine äußere Gesetzgebung sind auch die Aeufserungen Kants über die Hauptfrage, ob die Rechtslehre ein Theil der Ethik oder gänzlich von ihr geschieden sey, nicht mit einander zu vereinigen. Er nennt den Begriff des Rechts moralisch; Befugniss (*facultas moralis*) ist ihm die Freiheit von Einschränkungen durch einen Imperativ (durch ein Sittengebot), und findet zu sittlich gleichgültigen Handlungen, zu de-

nen kein besonderes Erlaubnißgesetz erforderlich sey, und zu sittlich gebotenen Statt. Rechts-Pflichten, denen Rechte eines Andern, den Verpflichteten zu zwingen, (*facultas juridica*) entsprechen, sind ihm solche Pflichten, zu denen ein (äufserer) Zwang moralisch möglich ist, und gehören ihm, wie alle Pflichten, zur Ethik, welche auch von der Tugend der Gerechtigkeit rede. Aus dem moralischen Imperativ, dem Pflichtgebote, kann nach seiner Aeufserung das Vermögen, Andere zu verpflichten, d. h. das Recht entwickelt werden, und die natürlichen Rechte beruhen ihm auf reinen Principien *a priori*, deren Verbindlichkeit ohne eine äufserer Gesetzgebung durch die Vernunft allein erkannt werde. Gerade diesem entgegen äufsert er aber wieder: „die reine Vernunft fordere nicht, dafs man sich selbst nach den von ihr auferlegten Rechtspflichten einschränken soll, sondern sie sage nur, dafs sie in ihrer Idee darauf eingeschränkt sey, und von Andern thätlich darauf eingeschränkt werden dürfe; daher ihre Erfüllung äufserlich erzwingbar sey und nichts Verdienstliches habe. Die Gesetzgebung des Rechts sey nicht in der Tugendlehre enthalten, sondern aufserhalb derselben in der Rechtslehre, von welcher die Ethik das Rechtsgesetz und die Rechtspflicht als gegeben annehme, und lehre, dafs, wenn die mit der Rechtspflicht verbundene Triebfeder des äufsern Zwangs auch weggelassen werde, die Idee der Pflicht allein ein zureichender Beweggrund ihrer Erfüllung sey. Die Sittenlehre spreche nur von Pflichten, nicht von Rechten, ob gleich Pflichten und Rechte sich auf einander beziehen, und habe zwar ihre besondere Pflichten, aber auch mit der Rechtslehre Pflichten gemein, nur nicht die Art der Verpflichtung.“

Wenn aber die Vernunft in ihrer Idee auf die Erfüllung der Rechtspflicht eingeschränkt ist, und in

der Sittenlehre die Idee der (Rechts-) Pflicht für einen zureichenden Beweggrund ihrer Erfüllung erklärt, so fordert sie allerdings, daß man sich selbst nach Rechts- wie nach andern Tugendpflichten einschränken soll, und man erkennt ihre Erfüllung unerachtet ihrer Erzwingbarkeit für verdienstlich, weil aus ihrer Erzwingbarkeit noch nicht folgt, daß sie wirklich in allen Fällen erzwungen, und der mögliche Zwang vom Verpflichteten immer gefürchtet werde. Die Rechtspflichten müssen also direkt ethische, in der Sittenlehre enthaltene Pflichten seyn, von der sie die Rechtslehre als gegeben annimmt, und lehrt, daß, weil die Idee der Pflicht zu ihrer Erfüllung nicht immer hinreichend sey, ein äußerer Zwang von Seiten des Berechtigten damit verbunden werden dürfe, indem die Ethik einen Zwang damit zu verbinden nicht verbiete.

Warum aber zu ihrer Erfüllung Andere zwingen dürfen, davon gibt Kant keine Erklärung, sondern nennt es ein keines Beweises fähiges d. h. unerklärliches Postulat der Vernunft, daß Recht und Befugnis zu zwingen einerlei sey, weil ein Zwang, der Jedermann zur Erfüllung der Rechtspflicht nöthige, wohl mit Jedermanns Freiheit nach einem allgemeinen Gesetze bestehen könne. Er setzte sich sogar selbst ausser Stand, einen Grund ihrer Erzwingbarkeit anzugeben, indem er sowohl die Tugend- als die Rechtsgesetze von einer apriorischen Gesetzgebung der Vernunft herleitete, und behauptete, daß man gar nicht über den Begriff der Freiheit hinauszugehen habe, um den Rechtsbegriff zu denken. Da aber Zwang zur Erfüllung der Rechtspflicht ohne Gewalt nicht ausgeübt werden kann, und immer eine Aufhebung der Freiheit des Gezwungenen ist, so ist nicht für sich selbst klar, daß derselbe mit Jedermanns, mithin auch des Gezwungenen, Freiheit wohl beste-

hen könne, und man muß, um ein Zwangsrecht zu denken, über den Begriff der Freiheit hinaus und zu dem Begriffe des Gegentheils derselben, der Gewalt, übergehen, der aber kein apriorischer, sondern ein bloßer Erfahrungsbegriff ist (ohne den übrigens auch der Freiheitsbegriff nicht gedacht werden könnte), indem er ganz allein durch die Wahrnehmung von Hindernissen der Freiheit und Leistung von Widerstand gegen solche Hindernisse in die Seele des Menschen kommt.

Den bloßen Verstand, das wohl verstandene Interesse hält deswegen ein neuerer Anhänger Kants*) für hinreichend zu Einführung des Rechtsgesetzes in der Gesellschaft, und läßt es, wenn es nicht bloß empirisch erkannt und physisch sey, durch die reine speculative Vernunft geben, und von der praktischen adoptiren, indem letztere nur Eine sey, nur Ein Gesetz gebe, und bei der unendlichen Verschiedenheit der Tugend- und Rechts-Gesetze nicht auch die Letzteren geben könne. Dessen aber nicht zu gedenken, daß die Verschiedenheit dieser Gesetze nicht unendlich groß ist, dürfte für die Wissenschaft lediglich nichts gewonnen seyn, wenn man sich die reine speculative Vernunft als die Quelle der Rechts-Gesetze vorstellt, zumal da ihnen die sogenannte praktische Vernunft doch erst Gültigkeit verschaffen soll. Die unabweisliche Aufgabe der Rechtsphilosophie, die Merkmale anzugeben, an denen die Erzwingbarkeit eines Sittengesetzes erkannt wird, ist also auf diese Weise nicht im Geringsten gelöst. Mit allen Sittengesetzen kann ein Zwang verbunden werden. Kindern müssen Untugenden, die an Erwachsenen nicht gerügt werden, durch Züchtigung abgewöhnt werden, und die Gesetzgebungen der alten und neuen Staa-

*) Der Recensent von Troxler's Rechtslehre im Hermes 1822.

ten haben manche bloße Unsittlichkeit verpönt und wieder wahre Rechts-Verletzungen gestattet. Die Untersuchung der Ursachen, aus denen einige Sittengesetze durch Strafgesetze erzwungen werden müssen, und welche? hat daher ein praktisches Interesse.

6) Diese Frage ist dadurch nicht beantwortet, daß Kant die Pflichten nach der Beschaffenheit der Triebfedern, welche sie zulassen, unterscheidet, und für die Rechtspflichten das Kennzeichen aufstellt, daß sie die äußere Triebfeder des Zwangs zulassen, während die Tugendpflichten aus reiner Achtung vor der Pflicht erfüllt werden sollen. Gerade dieß wird ja gefragt, mit welchen Pflichten ein Zwang verbunden werden müsse und dürfe, die Furcht vor solchem möge nun für Alle, oder nur für Einige, oder für Niemand Triebfeder zu ihrer Erfüllung werden. Triebfedern können schon deswegen kein Unterscheidungszeichen der Pflichten abgeben, weil sie von Andern aus äußern Zeichen selten mit Zuverlässigkeit erkannt werden. Äußere Triebfedern gibt es gar nicht. Zwang und Gewalt ist keine Triebfeder; der Gezwungene handelt nicht frei, nicht nach Beweggründen. Die Furcht vor der Gewalt aber oder der psychologische Zwang ist ebensowohl eine innere Triebfeder, als die Begierde, die Neigung, die Hoffnung, einen Vortheil zu erhalten, die Achtung vor dem Gesetze oder die Verehrung des Gesetzgebers. Nicht weil die Rechtspflichten die Triebfeder der Furcht vor einem Zwange zulassen, sind sie erzwingbar, sondern umgekehrt, weil ihre Erfüllung von Andern erzwungen werden darf, werden sie von manchen Menschen, den Gewissenlosen, nur aus Furcht vor einem zu erduldenen Zwange beobachtet. Andern ist es überdies gleichgültig, aus welchem Beweggrunde ihre Rechte geachtet werden; aber auch dem Dürftigen ist es gleichgültig, aus welchem

Beweggründe ihm eine Wohlthat erwiesen wird: in beiden Fällen ist es den Andern nur darum zu thun, daß die Rechts- oder die Tugendpflicht erfüllt werde. Ob eine Handlung einer Rechts- oder einer Tugendpflicht gemäß sey oder nicht, das allein, nicht aber die Beweggründe, aus denen sie verrichtet wurde, vermögen sie zu beurtheilen; sie schreiben dem Verletzer einer Rechts- wie einer Tugendpflicht eine unsittliche Gesinnung zu, und halten sich nicht für berechtigt, den Verletzer einer Tugendpflicht zu bestrafen, sie mag in böser Absicht oder aus Unwissenheit verletzt worden seyn, wohl aber den Verletzer einer Rechtspflicht, und zwar desto schärfer, wenn er sie mit Absicht, und wenn er zugleich eine oder mehrere Tugendpflichten verletzt hat. Deshwegen spricht die Rechtslehre nur von Gesetzen, welche beobachtet werden sollen, nicht von der Gesinnung, mit welcher man sie beobachten soll, und man kann sagen, daß es ihr nur um die Gesetzmäßigkeit der Handlungen zu thun sey; aber sie schließt die Moralität der Handlungen, welche die Sittenlehre fordert, so wenig aus, daß sie ohne die Sittenlehre gar keine Gesetze haben, und ohne die Moralität derer, welche Andere zur Erfüllung der Rechtspflichten zwingen sollen, und selbst nicht gezwungen werden können, kein Rechtsgesetz erfüllt würde. Sie schreibt keine Zwecke vor, nicht, wie Kant sagt, weil, Zwecke zu haben, nicht geboten werden kann; denn sonst könnte auch die Tugendlehre nicht die Zwecke, fremde Glückseligkeit und eigene Vollkommenheit zu befördern, als Pflicht vorschreiben, — sondern weil sie den Zweck der Rechtssicherheit, als durch die geordnete Selbstliebe Jedem geboten, voraus setzt; ohne die Pflicht, diesen Zweck zu erreichen zu suchen, hätten die Menschen keinen Grund, Rechtsgesetze zu beobachten, und zu ihrer Befolgung zu zwingen,

7) Auf ähnlicher Begriffsverwirrung beruht die Kantische Behauptung: »die Tugendlehre gebe Gesetze für die Maxime der Handlungen, die Rechtslehre nur für die Handlungen; deßwegen seyen die Tugendpflichten von weiter, die Rechtspflichten von enger Verbindlichkeit, d. h. sie lassen keine Einschränkungen einer Pflichtmaxime durch die andere zu, sondern müssen von Allen schlechterdings und in allen Fällen beobachtet werden, während die Befolgung der Tugendgesetze im Einzelnen von der Willkühr und der Beurtheilung eines Jeden abhängen. Ein Widerstreit von Pflichten, so daß eine die andere ganz oder zum Theil aufhebe, sey gar nicht denkbar, weil Pflichten eine objective Nothwendigkeit gewisser Handlungen ausdrücken, und zwei einander entgegengesetzte Handlungen nicht zugleich nothwendig seyn können. Aber zwei Verpflichtungs-Gründe, von denen Einer zur Verpflichtung nicht zureichend sey, können in einem Subjekte und der Regel, die es sich vorschreibe, verbunden seyn, wo dann der stärkere Verpflichtungs-Grund obsiege.«

Allerdings enthält die Tugendlehre mehrere Gesetze, d. h. allgemeine Aussprüche sittlich nothwendiger Handlungen, Aussprüche von Pflichten, die Rechtslehre nur ein Gesetz, welches nur eine Art von Pflichten, die Rechtspflichten auflegt, und unter den Gesetzen der Tugendlehre begriffen ist. Nicht aber die Maximen, sondern die Handlungen sollen nach jeder Art von Pflichten regulirt werden, weil man unter Maxime die Regel versteht, welche der Einzelne sich selbst gibt, eine oder die andere Art von Pflichten zu beobachten, oder zu verletzen, und es ist ebensowenig eine Einschränkung einer Pflichtmaxime durch die andere, wenn eine Rechtspflicht nicht anders, als mit Verletzung der Pflicht der Wohlthätigkeit gegen Bedürftige oder der Dankbarkeit gegen

Wohlthäter erfüllt werden kann, als wenn die Erfüllung einer Rechtspflicht gegen den Einen die Beobachtung einer gegen einen Andern obliegenden Rechtspflicht unmöglich macht. Physisch nothwendig können freilich zwei einander entgegengesetzte Handlungen, oder eine Handlung und ihre Unterlassung, nicht zugleich seyn; weil aber Tugendgesetze und Pflichten eine Nothwendigkeit freier Handlungen erklären, so kann eine Handlung nicht bloß durch eine Art von Pflichten für nothwendig erklärt werden, deren Unterlassung eine andere Art von Pflichten für nothwendig erklärt, sondern auch ebendieselbe Art von Pflichten, z. B. der Gerechtigkeit, kann eine Handlung, z. B. die Bezahlung einer Schuld, gebieten, und zugleich verbieten, weil hiedurch die Berichtigung einer andern Schuld unmöglich wird. Ein Widerstreit von Tugendpflichten, so wie von Rechtspflichten mit einander ist also denkbar, und die Casuistik hat sich von jeher in der Auflösung solcher Widerstreitsfälle geübt. Sie sind aber nicht deswegen möglich, weil die Tugendpflichten von weiter und die Rechtspflichten von enger Verbindlichkeit sind; denn auch unter den letztern findet zuweilen ein Widerstreit unter einander Statt, so daß die Befolgung der einen Rechtspflicht die Erfüllung der andern ganz oder zum Theil aufhebt; die Ursache ihrer Möglichkeit liegt vielmehr darin, daß die Mittel des Einzelnen zur Ausübung von Pflichten beschränkt sind, und durch nicht vorherzusehende Veränderungen beschränkt werden können, nachdem er mit Rücksicht auf seine gerade vorhandene Mittel Pflichten übernommen hat, Pflichten aber allgemeine, unbestimmte, nicht durch die Mittel begrenzte Vorschriften über zu verrichtende Handlungen sind, deren Anwendung unter einzelnen Umständen von der Beurtheilung, wie von dem freien Willen eines Jeden abhängt. Nicht also der Unter-

schied findet zwischen Rechts- und andern Tugendpflichten Statt, daß jene schlechterdings und in allen Fällen beobachtet werden müssen; denn im Falle des Widerstreits zwischen zwei Rechtspflichten kann eine von ihnen nicht beobachtet werden, und die Rechtspflichten, müssen ebensowenig, als die andern Tugendpflichten, und diese sollen ebensowohl, als die Rechtspflichten in allen Fällen schlechterdings beobachtet werden, wenn es möglich ist; sondern zur Erfüllung aller Rechtspflichten darf Jeder, der ein Recht hat, den Verpflichteten zwingen, wenn er gleich weiß, daß dieser sie nicht zu erfüllen im Stande ist; zur Erfüllung der andern Tugendpflichten darf der Verpflichtete, so leicht ihm solche auch wäre, von Andern nicht gezwungen werden. Auch ist im Falle des Widerstreits nicht immer einer von beiden Verpflichtungsgründen zur Verpflichtung unzureichend, und siegt nicht immer der stärkere Verpflichtungs- sondern gewöhnlich der stärkere Beweggrund in dem Willen des Verpflichteten ob, wenn gleich jedesmal der stärkere Verpflichtungsgrund obsiegen sollte.

8) Alle diese Verirrungen der kritischen Philosophie rührten von ihrer Methode her, die menschliche Erkenntniß nach Form und Materie zu zerlegen, und erstere für ein bloßes Produkt des Verstands, letztere für ein unbekanntes Gegebenes auszugeben. Mit der Voraussetzung, daß die Formen des Anschauens und Denkens, überhaupt alles Allgemeine und Nothwendige an unserer Erkenntniß, nicht in den Dingen, sondern in unserem Verstande ihren Grund haben, ist zwar der spinozistische Realismus nicht vereinbar, aber auch nicht erklärt, warum die nach unsern Denkformen gebildete Vorstellung mit den äußern Erscheinungen übereinstimme, und woran eine Erscheinung vom Scheine, eine Erkenntniß von einer Dichtung unter-

schieden werde. Da aber der kritische Idealismus keine Beziehung der Verstandsformen und der Vernunftideen auf die Einrichtung der Körperwelt voraussetzte, so wußte er auch die Möglichkeit, Vernunftideen in derselben zu realisiren, nicht darzuthun. Jene Voraussetzung muß jeder Philosophie zum Grunde gelegt werden, weil ein erschaffener Geist die Verbindung seiner freien Thätigkeit mit der Körperwelt nicht einzusehen vermag. Form und Materie sind bei jeder Erkenntniß und bei jeder Handlung unzertrennlich mit einander verbunden. Die reine, theoretische oder practische, Vernunft existirt so wenig, als eine unreine Vernunft; die Vernunft des Menschen äußert sich niemals ohne einen materiellen Stoff, den die Erfahrung liefert, und Keiner besitzt die allgemeine Menschenvernunft ohne eigenthümliche Erfahrungsbegriffe. Deshwegen hat das Menschengeschlecht in der Erkenntniß der Sitten- wie der Naturgesetze seit Jahrtausenden Fortschritte gemacht, und wird noch weitere Fortschritte darin machen. Die Vernunft des Einzelnen kann daher in der Sittenwelt so wenig, als in dem Reiche der Natur, Gesetzgeberin seyn, und wie unsere Vorstellungen von dem ursächlichen Zusammenhange der Naturdinge und ihrer Veränderungen, mithin von der Zweckmäßigkeit derselben und unserer Handlungen erst durch wiederholte sinnliche Wahrnehmungen bewahrheitet werden müssen, so bedürfen auch die sogenannten Diktate der gesetzgebenden Vernunft im Gebiete der Sittlichkeit und des Rechts der Bestätigung durch Aeufferungen sittlicher Gefühle, insbesondere des Gewissens der meisten Menschen, um objective Gültigkeit zu haben.

Der Freiheit seines Willens, nicht bloß als negativen Vermögens, sinnlichen Antrieben entgegenzuhandeln, sondern auch als positiver Fähigkeit, die unfreiwillige Gedankenfolge selbstthätig zu unterbre-

chen, und sich durch die Vorstellung von Gesetzen zur Unterlassung und Verrichtung von Handlungen bestimmen zu lassen, wird sich jeder vernünftige Mensch bewußt; er erkennt aber auch diejenigen Handlungen für Aeufserungen seines freien Willens, bei denen er seine sinnliche Neigungen dem Gesetze gemäß oder zuwider befriedigt. Mithin ist nicht, wie Kant behauptet, Freiheit des Willens, Vernunftthätigkeit und Sittlichkeit einerlei, Vernunft und Sinnlichkeit nicht, wie gut und böse, einander gerade entgegengesetzt, und, das Sittengesetz, blos weil es gesetzmäßig ist, aus bloßer Achtung vor dem Gesetze zu beobachten, kann nicht Forderung der Vernunft, noch wesentlicher Charakter reinsittlicher Gesinnung seyn. Vor einem durch die eigene Vernunft gegebenen Gesetze Achtung zu haben und demselben jede sinnliche Neigung aufzuopfern, wäre dem Menschen unmöglich und überdiß pflichtwidrig, weil die Entbehrung aller Befriedigungsmittel der Sinnlichkeit seinen Tod bald zur Folge hätte. Jede Verfolgung eines Rechts, jede Anstalt zu Sicherung der Rechte wäre nach diesen Begriffen an sich selbst unsittlich, weil der Berechtigte durch die unsittliche Triebfeder des Zwangs seine eigene Glückseligkeit zu erhalten strebte. Die Sitten und Rechtsregeln können also nicht durch die Vernunft des Menschen gegeben, sondern müssen ihm durch den gemeinschaftlichen Urheber seiner sinnlich vernünftigen Natur und der Körperwelt eröffnet worden seyn, und sie können nur die Grenzen bestimmen, innerhalb deren Jeder seine und fremde Glückseligkeit und Vollkommenheit zu befördern suchen soll. Wenn das Gesetz die einzige Triebfeder zur Sittlichkeit seyn soll, so sind die Kantischen Postulate: Gott und Unsterblichkeit, unnöthig. Hat aber der Mensch auch sinnlichen Antrieben zu folgen, und existirt die Körperwelt wirklich so, wie er sie

sich denkt, so muß er sie, wie seine Willensfreiheit, für gegeben betrachten, und nebst den Sitten- und Rechtsgesetzen auf einen höchsten Gesetzgeber beziehen, um Einheit in sein Gedankensystem zu bringen.

9) Der Wissenschaft des natürlichen Rechts hat das formale Rechtsprincip Kants den grossen Nachtheil gebracht, daß ihr Werth und Nutzen mißkannt wurde, weil die abgeschmacktesten Theorien darauf gegründet, die widersprechendsten Meinungen über Recht und Staat und die ungeräumtesten Gesetze damit gerechtfertigt werden konnten, und doch nicht alle den Menschen von Natur zustehende Rechte und obliegende Rechtspflichten von demselben hergeleitet werden können. Ist nemlich Recht eine jede, mit der Freiheit aller Andern nach einem allgemeinen Gesetze vereinbare Freiheit, so kann durch jedes beliebige Gesetz bestimmt werden, welche Freiheit des Einen mit der Freiheit aller Andern vereinbar sey, und dessen allgemeine Einführung in der Gesellschaft gibt den faktischen Beweis von dieser Vereinbarkeit. Dem Gesetzgeber wird überdies sein Geschäft durch die Kantische Lehre sehr erleichtert, daß er ganz allein seine reine, *a priori* gesetzgebende, Vernunft zu Rathe zu ziehen, und sich um alle Erfahrung nicht nur nicht zu bekümmern, sondern auch ihre Belehungen mit Strenge zurückzuweisen habe, damit die Reinheit seiner Grundsätze nicht durch sie getrübt werde. Daher schicken mehrere Lehrbücher des Naturrechts dem angewandten einen reinen Theil voraus, und vermögen dann doch in dem Einen nicht mehr, als in dem Andern vorzutragen.

Welche widersprechende Behauptungen sich mit seinem Rechtsprinzip vertragen, das bewies Kant selbst z. B. durch die Aeufserungen, »daß die höchste Gewalt gegen den Unterthan lauter Rechte und keine Pflichten habe (wornach also der Unterthan keine

Rechte gegen den Inhaber der höchsten Gewalt hätte), daß eine gemäßigte Verfassung nur als Maßregel der Klugheit, um Eingriffe der höchsten Gewalt in die Rechte des Volks zu bemänteln, gelten könne (wornach also das Volk Rechte, und die höchste Gewalt die Pflicht hat, nicht in seine Rechte einzugreifen), daß jeder Oberherr eines Staats (mithin auch ein Usurpator) es auch von Rechtswegen, und jeder Widerstand gegen ihn unrechtmässig sey, daß (diesem gerade entgegen) die wahre Republik mit einer Repräsentation die einzige rechtmässige Regierung, alle andere Staats-Einrichtungen nur provisorisch seyen, und die gesetzgebende Gewalt, ein Theil der Souveränität, nach Rechts-Grundsätzen nur dem vereinigten Willen des Volks zukommen könne.“ „Mit den Ur- und abgeleiteten Rechten, sagt daher Rossi*) ganz richtig, ist, wenn man auch alle Lehren der Kantischen Schule zugesteht, nichts für die Gesetzgebung, noch für das wirkliche Leben Anwendbares gewonnen. Die Begriffe sind so allgemein und unbestimmt, daß, wenn man sie in ihrer ganzen Ausdehnung befolgen wollte, der Umsturz fast aller bestehenden Gesetze und Verhältnisse des Staats daraus erfolgen würde. Wer diese Lehre anerkennt, und in diesem Vernunftrechte den einzigen wahren Gott sieht, der sündigt stets, indem er dem falschen Gott des positiven Rechts dient. Der absolute Mensch, die bloße Vernunft existirt nirgends; die natürliche Rechtsgesetzgebung ist also für Leute in Utopien geschrieben. Nur den unter gewissen Verhältnissen lebenden Menschen findet man, der seinen eigenthümlichen Wohnort, Charakter, Lebensweise und Culturstufe hat.“ —

Auf der andern Seite lassen sich von dem Kant'schen Rechtsprinzipie nicht ableiten das unstreitige

*) *Annales de legislation et de jurisprudence. Tom I. 1810.*

Recht der Eltern, ihr Kind von ihm schädlichen Handlungen mit Gewalt abzuhalten, obgleich diese Handlungen mit der Freiheit von Jedermann, auch des Kinds, wohl vereinbar wären, noch das Recht des Beleidigten und Anderer, den Beleidiger neben dem Zwange zur Genugthuung auch noch durch Strafen von künftigen Rechts-Verletzungen abzuschrecken, noch die Grenzen dieser Strafbefugnißs. Das natürliche Recht hat aber die Grundsätze, auf denen alle Rechte der Menschen beruhen, aus dem höchsten Rechtsgesetze, falls es ein solches gibt, herzuleiten, und die Gründe, aus denen Verträge und willkührliche Gesetze rechtlich verpflichten, so wie die rechtmäßigen Mittel anzugeben, die Befolgung der Rechts-Grundsätze zu befördern.

IX. Am auffallendsten ward die Lehre von dem Vermögen der reinen praktischen Vernunft, die Rechtsgesetze *a priori* aus sich selbst herauszuziehen, durch die vergeblichen Bemühungen der Anhänger der kritischen Philosophie widerlegt, dieselben als Pflichtgebote darzustellen, welche ursprünglich kraft ihrer unmittelbar in der Vernunft gegründeten Natur, von den Sittengesetzen specifisch verschieden seyen, und der Rechtslehre, abgesondert von der Moral, einen eigenthümlichen Boden zu gewinnen. Um nur der seltsamsten Meinungen derselben zu gedenken, so hat Brückner *) den Knoten dadurch zu lösen geglaubt, daß er die praktische gesetzgebende Vernunft in die vorschreibende und die erlaubende, und zwar in die bedingt oder unbedingt vorschreibende und erlaubende, mithin in vier Vernunften zerfällt. »Die bedingt vorschreibende Vernunft ist ihm zufolge anrathend, materiell praktisch; die unbedingt vorschreibende formell, gebietend, ethisch. Bedingt erlau-

*) Essay sur la nature et l'origine des droits par Brückner 1810.

bende Gesetze machen keine Ansprüche an eine That; unbedingt erlaubend ist die Rechtsgesetzgebung, und absolute Zulässigkeit ihr Charakter.“ Was soll man aber unter einer erlaubenden Vernunft denken, die von einer gebietenden unabhängig wirkt? Wo nichts geboten oder verboten ist, da ist alles erlaubt, und eine ausdrückliche Erlaubniß findet nur in Vergleichung mit vorschreibenden Gesetzen, als Freiheit von denselben, Statt. Rechtsgesetze, die eine absolute Zulässigkeit ausdrücken, müßten durch ebendasselbe unbedingte Gesetz, welches Pflichten vorschreibt, gegeben seyn, weil alles, was nicht durch dieses unbedingt geboten und verboten wäre, unbedingt erlaubt ist, und da wirklich die Ansprüche der Gerechtigkeit auch in der Moral gelten, so können sie nicht aus einer von dieser verschiedenen Gesetzgebung der Vernunft herrühren. Deshwegen bedürfen wir auch der Annahme eines besondern juristischen Vermögens der Vernunft nicht, aus welchem Feuerbach scharfsinnig die Rechte herzuleiten versuchte, ohne seine Existenz nachzuweisen. Die Rechtswissenschaft würde durch diese Hypothese nichts gewinnen, und gerade dann ein Widerstreit zwischen dem ethischen und juristischen Vermögen der Vernunft anerkannt werden müssen, weil das *jus* viele Handlungen erlaubt, welche die Ethik verbietet.

Unvermeidlich wird die Vernunft in einen unauflöslichen Zwiespalt mit sich selbst gesetzt, wenn man die Tugend- und Rechtsgesetze von zwei verschiedenen Gesetzgebungen derselben, oder auch wenn man sie auf irgend eine Weise allein von der reinen Vernunft herzuleiten sucht. Alles, was dem Rechtsgesetze widerspricht, das widerspricht auch dem Sittengesetze, aber nicht umgekehrt widerspricht alles, was dem Sittengesetze widerspricht, auch dem Rechtsgesetze. Die Eine reine Vernunft würde also im

Rechtsgesetze Befugnisse als vernünftig anerkennen, die sie im Sittengesetze für unvernünftig erklärt, mithin sich selbst widersprechen, wenn sie für sich allein sowohl die Tugend- als die Rechtsgesetze geben würde. Das Rechtsgesetz kann daher kein reines Vernunftgesetz seyn, noch von einer andern Gesetzgebung oder einem andern Vermögen der Einen untheilbaren Vernunft herrühren, als die Sittengesetzgebung. Die Rechtslehre muß nebst der Lehre von einzelnen Tugenden aus ethischen Grundsätzen hervorgehen, eine moralische Wissenschaft, ein Zweig der Moral seyn, und die Ursachen ihres Unterschieds von der Tugendlehre müssen in Verhältnissen liegen, die zwar von der Vernunft erkannt, aber nicht unmittelbar durch sie gegeben, noch von ihr abhängig sind.

Bei weitem die meisten Lehrer des Naturrechts läugnen die moralische Natur des Rechts nicht, und halten sich an die Kantische Unterscheidung der Rechtsregeln von andern Sittengesetzen, nach der Beschaffenheit der Triebfedern, welche sie zulassen, und dem Umfang der Verpflichtungen, welche sie auflegen, ohne dem Grund dieser Unterschiede nachzuforschen. Die Bessern gehen von einem obersten Rechtsgesetze aus, das eine negative Folge des obersten Sittengesetzes ihres Systems ist, oder von einer in ihrem obersten Rechtsgrundsatz enthaltenen Erklärung des Rechtsbegriffs, und, wenn sie einen Grund für ihr negatives Princip anführen, so geschieht es in unbestimmten Ausdrücken, durch welche das Verhältniß der Sitten- und Rechtslehre zu einander nicht deutlicher erkannt wird.

Maafs *) nennt es ein Postulat der Vernunft, daß der Mensch frei sey; »ohne den Grundsatz, sagt er,

*) Grundriß des Naturrechts zum Gebrauch bei Vorlesungen 1808.

du sollt keines Menschen Freiheit willkührlich hindern, sondern die Freiheit Aller zu befördern suchen, wäre ein Reich der Freiheit unmöglich. Der erstere Satz ist das höchste Rechts-, der letztere das höchste Sittengesetz.“ Um die Einwendung zu beseitigen, daß durch Aufstellung eines negativen, durch die Sittenlehre bestimmten Principis das natürliche Recht aufhöre, eine selbstständige Wissenschaft zu seyn, und ihren Werth verliere, stellt er sofort das positiv scheinende Princip des Rechts auf: Jeder hat ein Recht zu Handlungen, sofern, aber auch nur sofern durch sie keines Menschen Freiheit willkührlich verletzt wird, sieht sich aber genöthigt, dieses aus seinem negativen Rechtsgrundsätze zu erweisen, und dreht sich im Kreise herum, wenn er den letztern sodann wieder aus seinem positiv ausgedrückten Rechtsbegriffe folgert. Sein Versuch, den Rechtsbegriff aus dem Rechtsgrundsätze und diesen wieder aus jenem zu erklären, kann übrigens zum Beweise dienen, daß der Begriff eines Rechts die Erkenntniß des Rechtsgesetzes voraussetzt, und ohne dieses gar nicht gedacht, noch erläutert werden kann, mithin das Rechtsgesetz (oder der Rechtsgrundsatz) das erste ist, mit dessen Aufstellung und Nachweisung die Rechtslehre sich zu beschäftigen hat. Wenn sich dann auch ergibt, daß dasselbe eine negative Folge des Sittengesetzes ist, so verliert hiedurch die Rechtslehre so wenig den Werth einer selbstständigen Wissenschaft, daß sie vielmehr nur von der Sittenlehre Gesetze erhalten kann, welche den Werth unbedingter Gebote haben, und es verdient keinen Tadel, daß die Rechtslehre auf ein negatives Princip gebaut wird, wofern gezeigt werden kann, daß alle Rechte auf keinem andern Principe beruhen. Wie aus dem positiven Sittengesetze das negative Rechtsgesetz folgt, so lassen sich, wie in der Folge gezeigt werden wird,

auch alle positiv ausgedrückte natürliche Rechtsgesetze, aus dem negativen Rechtsgrundsätze folgern. Von dem: *neminem laede* der Alten an, haben alle bisher aufgeführten Rechtstheorien und bei weitem die meisten Neuern negative Rechtsgrundsätze an die Spitze zu stellen sich genöthigt gesehen, und alle positive Gesetzgebungen sind auf negative Rechtsgrundsätze gebaut.

Durch die Lehre von der selbstgesetzgebenden Vernunft getäuscht, glaubten jedoch mehrere Anhänger der kritischen Philosophie, aus dem bloßen Rechtsbegriffe, nicht aus dem Rechtsgesetze, das gesamte Rechtssystem ableiten zu können, ohne zu bemerken, daß das Rechtsgesetz die Seele ihres Rechtsbegriffs ist. Sittengesetze drücken nämlich unmittelbar ein Sollen aus, und das Dürfen, das Recht, folgt erst mittelbar daraus, daß sie die Handlung, zu welcher man ein Recht zu haben behauptet, nicht verbieten. Hoffbauer *) leitete deßwegen das Recht des Einen von der gegenüberstehenden Rechtspflicht des Andern her, meinte, die Rechtspflicht müsse zuvor durch das Rechtsgesetz dem Einen auferlegt seyn, ehe der Andere ein Recht habe, sah in der Rechtspflicht des Einen den Grund von dem Rechte des Andern. »Nein,« entgegneten Weifs **) und Andere, »jedem Menschen wird nach allgemeinem Urtheile in jeder gesellschaftlichen Verbindung die Befugniss zugestanden, seine Handlungen nach eigenem Belieben einzurichten, so weit der Gebrauch dieser Befugniss mit der schon vorhandenen gleichen Befugniss Anderer bestehen kann, und diese Befugniss ist unabhängig von dem Verhältnisse des Berechtigten zur Willkühr Anderer. Erst aus dem Anspruche, den

*) Das Naturrecht aus dem Begriffe des Rechts entwickelt 1793 und 1804.

**) Lehrbuch der Philosophie des Rechts 1804.

dieser Rechtssatz enthält, folgt das Verbot für Andere, den Gebrauch der Befugniß nicht zu hindern. Die Rechtspflicht ist also auf die Rechtsforderung gegründet, nicht die Rechtsforderung auf die Rechtspflicht.“

Allerdings ist jene Befugniß unabhängig vom Verhältnisse des Berechtigten zur Willkühr Anderer; sie ist aber nicht unabhängig von dem Gesetze, daß sie sich nach Weis's Worten nicht weiter ausdehnen soll, als soweit ihr Gebrauch mit der schon vorhandenen gleichen Befugniß Anderer bestehen kann. Daß dieses Gesetz in seinem Rechtsbegriffe enthalten sey, wurde von Weis übersehen. Es ist es aber, wodurch sich ein Recht von einer Freiheit (zu handeln, zu zwingen, u. s. w.) unterscheidet. Ebendieses Gesetz bestimmt nun zu gleicher Zeit das Recht des Einen und seine Rechtspflicht, so wie, weil es nicht durch dessen Willkühr erst festgesetzt wurde, sondern auch allen Andern auf gleiche Weise gegeben ist, die Rechtspflicht des Andern, welche dem Rechte des Erstern gegenübersteht, und das Recht des Andern, welches der Rechtspflicht des Erstern gegenübersteht. Es verbietet nicht nur Jedem, seine Freiheit weiter auszudehnen, als mit der Freiheit aller Andern vereinbar ist, sondern erlaubt ebendadurch auch Jedem, sie so weit auszudehnen, verbietet mithin Andern, diese Ausdehnung der Freiheit des Einzelnen zu hindern, begründet also zu gleicher Zeit die Rechtspflicht des Einen und die Rechtsforderung des Andern. Zwar scheinen die rechtlichen Forderungen, daß der Andere etwas leiste (z. B. Entschädigung für zugefügten Schaden, das vertragsmäßig Versprochene), erst durch die Rechtspflichten des Andern begründet zu werden, weil sie nicht Statt finden würden, wenn er nicht früher eine Handlung verrichtet (Schaden gestiftet, etwas versprochen) hätte. Aber auch hier erwuchs mit dieser

Handlung zu gleicher Zeit die Rechtspflicht des Handelnden und das Recht des Andern nicht aus der Handlung, sondern aus dem Rechtsgesetze: Niemand zu beleidigen; denn die Verweigerung der Schadloshaltung und die Nichterfüllung des angenommenen Versprechens wäre eine Beleidigung für den Beschädigten und den Promissar. Rechtsforderungen an eine Leistung und Rechtspflichten des Andern, etwas zu leisten, sind immer aus dem negativen unbedingten Rechtsgesetze wegen einer vorhergehenden willkürlichen Handlung des Verpflichteten abgeleitete Rechte und Rechtspflichten, und es ist hieraus ersichtlich, daß das höchste Rechtsgesetz keine Handlungen, sondern nur Unterlassungen gebieten, nicht positiv seyn könne, sondern negativ seyn müsse. Warum aber nur den durch dieses unbedingte Tugendgebot auferlegten Pflichten Rechte Anderer gegenüberstehen, und warum Jeder zu allen Handlungen, die es nicht verbietet, ein Recht hat, wenn sie gleich durch andere Tugendgebote verboten sind, hievon die Ursache anzugeben, ist die eigentliche Aufgabe der Rechts-Philosophie.

Statt den Grund des Rechtsgesetzes zu entwickeln, geben auch die Anhänger Kants, Hoffbauer, Welker und Andere, den Grund der Nothwendigkeit seiner Beobachtung an, und zwar, getäuscht durch die Kantischen Begriffe von Freiheit, behaupten sie, daß die äussere Freiheit Bedingung der Möglichkeit sey, sittlich gut zu handeln. »So gewiß das Moralgesez äussere Realität haben soll,« sagt Welker, *) »muß sich der Mensch auch äussere Freiheit zuschreiben. Wie sich Jeder sittliche Würde und Avtonomie zuschreibt, so nöthigt ihn auch die Achtung vor der

*) Die letzten Gründe von Recht, Staat und Strafe, philosophisch und rechtshistorisch entwickelt, 1813.

sittlichen Würde jedes Andern, ihm gleichfalls Autonomie zuzuschreiben. Um nun bei der Verschiedenheit der Ansprüche Collisionen zu vermeiden, treibt die sich und Andern zugeschriebene sittliche Würde die Menschen zu einer Vereinigung über eine äussere Ordnung der Dinge, durch die jedem sittlichen Individuum eine gewisse Sphäre der Aussenwelt, die es zur Realisirung seines innern Gesetzes für nöthig, die Uebrigen für sich entbehrlich erklären, unverletzlich überlassen wird. Da nun die sittliche Würde und Achtung keine Grade haben, so folgt hieraus formale Gleichheit der Rechte sittlicher Wesen gegen einander, Gleichheit in den Ansprüchen, nicht materielle Gleichheit. Kein Mensch kann dann seine Rechtssphäre, da sie Grundbedingung seiner sittlichen Existenz ist, so wenig als seine Existenz aufgeben; daher Zwang zur Vertheidigung derselben angewendet werden muss.“

Ist dann aber wirklich die Rechtssphäre eines Menschen Grundbedingung seiner sittlichen Existenz? Kann der rechtlose Slave nicht als ein sittliches Individuum existiren, nicht sittlich gut handeln? Wenn dem so wäre, würde daraus folgen, dass der Mensch sie so wenig als seine Existenz aufgeben könne, und nicht vielmehr, dass er sie nicht aufgeben soll? Würde daraus folgen, dass Zwang zu ihrer Vertheidigung angewendet werden müsse, und nicht vielmehr, dass Zwang zu diesem Zwecke angewendet werden soll? Ist die Erhaltung einer Rechtssphäre jedem Menschen nicht vielmehr Grundbedingung seiner physischen Existenz, die er so wenig, als diese, ganz und gar aufgeben soll, ob er sie gleich zum Theile, nämlich soweit er ihre Integrität nicht zu seiner physischen Existenz für nothwendig erkennt, aufgeben darf? Hat er nicht auch zu unsittlichen Handlungen ein Recht? Gehören also nicht auch

unsittliche Handlungen in seine Rechtssphäre? Besteht diese nicht in der Summe aller Rechte, die ein Mensch besitzt, und wäre nach der Welker'schen Ableitung nicht Jeder verpflichtet, jedes Recht mit Zwang zu vertheidigen? Ist aber nicht die Ausübung mancher Rechte unsittlich? Nicht die Anwendung eines Zwangs zur Abwendung eines Eingriffs in die eigene Rechtssphäre oft eine Verletzung einer Gewissenspflicht gegen den Gezwungenen? Nicht die Freiheit, nach Willkühr Rechte nachzulassen, im Begriffe eines Rechts enthalten? Darf Jeder nur dasjenige thun, was er thun soll? Muß also nicht eine andere außer dem Pflichtgebote liegende Ursache aufgesucht werden, um deren willen Jedem zu allem durch das Rechtsgesetz (nicht durch ein anderes Tugendgesetz), Verbotenen ein Recht, d. h. die Befugnis, es nach Belieben zu thun, oder zu unterlassen, zusteht?

Diese Ursache findet Welker in der Vereinigung der Menschen über eine äußere Ordnung der Dinge, durch welche Jedem eine gewisse Sphäre der Außenwelt, die er zu Realisirung seines innern Gesetzes für nöthig, die Uebrigen für ihnen entbehrlich erklären, unverletzlich überlassen wird, mithin in der Erklärung ihres gemeinschaftlichen Willens, zu welcher sie durch die Achtung vor der eigenen sittlichen Würde und Avtonomie und vor der Avtonomie Anderer angetrieben werden, um bei der Verschiedenheit der Ansprüche Collisionen zu vermeiden, — mithin in dem Willen der Menschen, wie die Rechtsphilosophen der alten Welt und wie Kant. Woher erhält aber diese Willenserklärung, diese Vereinigung der Menschen ihre verbindende Kraft? Von der Souverainetät des Willens eines Jeden, oder von den Worten, durch welche er geäußert wird? Wie können aus einer Vereinigung der Menschen über

irgend einen Gegenstand Pflichten entstehen, und zwar solche Pflichten, zu deren Erfüllung, wenn sie nicht freiwillig erfolgt, ein Zwang Statt finden darf? Und wie? Wenn sich unter den Menschen einige starke (Geister oder Körper) befänden, welche ihre eigene Avtonomie und sittliche Würde mehr achten, als die der Andern, wenigstens der Schwächern? die ihnen ihres Widerspruchs unerachtet ihr Gesetz auflegen wollten? oder die nicht alles für sich selbst entbehrlich finden, was die Uebrigen zur Realisirung des innern Gesetzes für sich selbst zu bedürfen glauben? Wird nicht bei diesem Ursprunge des Rechts statt der Vereinigung Aller über eine äussere Ordnung der Dinge eher ein Krieg Aller gegen Alle über die Grenzen der Rechtssphäre eines Jeden entstehen, der sich nur durch den Sieg und die unumschränkte Herrschaft des Stärksten endigen würde?

Auf einem festern Boden baute Samuel Bek *) seine Gesetzgebungs-Theorie, die beste, welche nach Kantischen Grundsätzen entworfen worden ist, auf, wenn er das Recht unmittelbar aus solchen sittlichen Gesetzen hervorgehen läßt, zu deren Beobachtung ein Zwang gegen ein moralisches Wesen, ohne ihm als Selbstzwecke zu widersprechen, und in Uebereinstimmung mit der Idee des allgemeinen Willens Statt finden darf. Zwar wird, so oft Einer ein Recht anspricht und ein Anderer es läugnet, Jeder von ihnen seine Behauptung mit der Idee des allgemeinen Willens übereinstimmend, und die Nöthigung zum Gegentheile der Idee eines sittlichen Wesens als Selbstzwecks widersprechend finden, und der Rechtsstreit nur durch die Erklärung der meisten Andern, was sie als Recht erkennen, entschieden werden können, nicht weil die Rechte eines Jeden erst durch den

*) Grundsätze der Gesetzgebung 1820.

Willen der Mehrheit festgesetzt, sondern weil von der Mehrheit weniger zu erwarten ist, daß sie sich über das, was wirklich dem Rechtsgesetze gemäß sey, täuschen. Wenn aber auch die Uebereinstimmung eines Zwangs mit der Idee des allgemeinen Willens und dem Begriffe eines sittlichen Wesens, so wie die Tauglichkeit eines Gesetzes zu einer allgemeinen Gesetzgebung kein zuverlässiges Kennzeichen eines Rechtsgesetzes abgibt, so hat doch die Bek'sche Theorie vor mancher Kant'schen den Vorzug, daß sie alle Rechte von einem unbedingten, jedem Menschen bekannten Sittengesetze abzuleiten versucht.

X. Gegen die auf Kant'sche Grundsätze gebauten Rechtstheorien erhoben sich indess bald mehrere Gelehrte, wie Joh. Fried. Flatt, *) Hugo, Schleiermacher, **) Schulze ***) und Andere, und stellten ihre Gebrechen in's Licht.

„Ein so geartetes und gebautes Ganzes,“ sagt Schleiermacher, nachdem er die neueren Rechtssysteme geprüft hatte, „ist offenbar nicht geeignet, neben der Ethik zu stehen, und ihr die Alleinherrschaft des Handelns zu beschränken. Jener war nicht fern von der Wahrheit, der es für nichts weiteres gelten liefs, als für ein groteskes Spiel wissenschaftlichen Strebens. Eine rechte Ethik muß auch diese Uniform zerstören, und das Wesen und Praktische daraus in sich aufnehmen.“

Der scharfsinnige Verfasser des Aenesidemus war jedoch der Einzige unter den Gegnern Kants, der die Grundsätze des bürgerlichen und peinlichen Rechts aus der Moral zu entwickeln suchte; Aus dem kur-

*) Joh. Fried. Flatt vermischte Versuche etc. 1785.

**) Schleiermacher Kritik der Sittenlehre 1803.

***) Leitfaden der Entwicklung der philosophischen Principien des bürgerlichen und peinlichen Rechts v. G. E. Schulze 1813.
Encyclopädie der philosophischen Wissenschaften 1824.

zen Auszüge des Hauptinhalts seiner Schriften wird sich aber ergeben, daß er die Rechtslehre von der Moral gar nicht geschieden, mithin auch den Grund des Unterschieds zwischen der sittlichen und rechtlichen Beurtheilung der Handlungen nicht erforscht hat.

„Das Naturrecht, äußert er, soll eine moralische Wissenschaft, soll die Lehre von den vollkommenen Pflichten seyn, und doch werden Handlungen, die anerkannten Pflichten widersprechen, in demselben mit der Sanction der Vernunft versehen. Es soll eine Theorie alles rechtlich Erzwingbaren seyn, und über das, wozu der Bürger durch positive Gesetze gezwungen werden darf, Aufklärung geben; dennoch räumt es dem Gesetzgeber die Macht ein, das von den Bürgern Erzwingbare ganz nach Belieben ohne Rücksicht auf das Beste des Staats zu bestimmen. Dem größten Theile nach ist es nichts anders, als das auf das Allgemeine zurückgeführte römische Recht. Man fragte, was als ein zum Zwange berechtigender Angriff auf das Eigenthum anzusehen sey, und bestimmte, was zu dem Seinen des Andern gehöre, nach dem römischen Rechte. Es kann aber kein von der Ethik specifisch verschiedenes, in ihren Principien und ihren Resultaten von derselben abweichendes Naturrecht geben, weil kein Handeln, das den unläugbarsten Pflichten entgegen wäre, recht seyn, und von der Vernunft gebilligt werden kann. Mit den Hindernissen der Pflicht im Streite zu seyn, ist kein wesentlicher Charakter der Pflicht und der Tugend, und die Behauptung, daß die Tugend immer von vornen anfangen, aus wiederholter Uebung keine Fertigkeit entstehe, ist erniedrigend für die menschliche Natur, und schreckt von Tugendübung ab. Der Charakter des sittlich Guten ist Vernunftmäßigkeit, die *alle* Unvollkommenheit ausschließt, nicht bloß consequent ist. Das oberste Sittengesetz findet man, wenn man die Aussprüche

des Herzens über das Gute und Böse in den menschlichen Handlungen vergleicht. Achtung, Wohlwollen und Billigkeit drücken ~~kein~~ in der Wechselwirkung der Menschen zu einander darstellbares sittlich Gutes aus. Vermöge der Einsicht, daß der Mensch wegen seiner Vernunft nicht als bloßes Mittel für Anderer Absichten da sey und behandelt werden dürfe, läßt sich Jeder in Allem, was er in Beziehung auf Andere thut, durch die Ansprüche derselben auf eine der menschlichen Natur angemessene Existenz bestimmen. Das natürliche Gefühl der Vorzüge des Menschen vor allen Thieren und die Theilnahme an den Freuden und Leiden der Mitmenschen hat als Aeufserung natürlicher Kräfte noch keinen sittlichen Werth, wohl aber das Handeln nach der Idee von einem auf jedes Mitglied der menschlichen Gesellschaft sich erstreckenden, jeder Aufopferung des eigenen Wohls fähigen Wohlwollen, das in Ansehung seines Umfangs, dessen, wodurch es bewiesen werden soll, der Verhältnisse derer, gegen welche wir es beweisen, zu uns, ihrer Zustände u. s. w. verschiedene Bestimmungen hat. Ist das nach Anderer Zuständen und Verhältnissen abgemessene Betragen der ihnen schuldigen Achtung entsprechend, so ist es billig, recht, enthält das Rechte. Das objective Recht besteht also in einer durch sittliche Ideen bestimmten Beschaffenheit unserer Handlungen in Beziehung auf Andere; im subjectiven Sinne ist das Recht eine durch jene Beschaffenheit bestimmte Befähigung eines Menschen zu einer Handlung. Das Aufgeben der Rechte, das Recht und die Pflicht, sie aufzugeben, bezieht sich auf die Unvollkommenheit menschlicher Gesetzgebungen, die oft als Recht eines Menschen festsetzen, was dem Rechte im Verkehre der Menschen nicht angemessen ist. Der Zweck des Staats ist Beförderung einer in Generationen fortgehenden Entwicklung aller die menschliche

Natur auszeichnenden Anlagen bei den Bürgern; Seinem äufsern Ursprunge muß etwas Inneres, die Uebereinstimmung des Willens der Befehlenden und Gehorchenden, mithin ein Vertrag zwischen dem Staatsoberhaupte und den Unterthanen vorhergehen. Der Staat darf aber zu Nichts verpflichten, das nach dem Urtheile des Gewissens etwas Böses enthält. Versprechen müssen, sobald sie angenommen sind, erfüllt werden, weil man zur Wahrhaftigkeit verbunden ist, indem das Aeufsere des Wahrhaftigen mit seinem Innern auf eine naturgemäße Art übereinstimmt, und der Mensch ohne diese Tugend zu allem Verkehre mit Andern untauglich würde. Verträge sind aber nur gültig, wenn sie keiner Pflicht widerstreiten. Sie haben eine über alle menschliche Willkühr erhabene, ethische Gültigkeit, und wenn der Staat ihnen Zwangsverbindlichkeit beilegt, so ist es kein physischer, sondern der Gehülfe eines Vernunftzwangs, durch den freilich nur eine dem sittlich Guten angemessene äufsere Ordnung bewirkt wird. Der Staat entspricht aber seiner wesentlichen Bestimmung nicht, wenn er gewisse, nach Naturgesetzen geltende Verträge für ungültig erklärt. Die weisesten Einschränkungen des Eigenthums durch bürgerliche Gesetze nach der naturrechtlichen Zwangstheorie sind ungerechte Angriffe auf die Freiheit und Persönlichkeit der Bürger. Die bürgerliche Gesetzgebung hat die Anlage des Menschen zum Guten im Auge, und wendet die Idee des Guten auf die mancherlei Verhältnisse der Bürger an, um zu bestimmen, was hierin zur Wirklichkeit zu bringen sey, damit sie jener Idee entsprechend werden; die peinliche Gesetzgebung bezieht sich auf die Anlage des Menschen zum Bösen, deren Entwicklung durch mancherlei Reize im Staate noch befördert wird. Selbsterhaltung oder Sicherung ist der Zweck der Strafe, nicht Abschreckung.“

Nach Schulze's Ansicht ist also das natürliche Recht die Wissenschaft des Guten, Rechten, Billigen, wie die Römer die Wissenschaft ihres bürgerlichen Rechts erklärten (*ars boni et aequi*), und er handelt inconsequent, wenn er die andern naturrechtlichen Theorien aus dem Grunde tadelt, weil sie nur generalisirtes römisches Recht enthalten. Wenn aber die willkührliche Gesetzgebung eines Staats manche gute Handlungen, welche Bürger wechselseitig einander leisten können, manche unvollkommene Pflichten für Zwangspflichten erklärt, weil der Gesetzgeber die Erzwingbarkeit derselben zur Beförderung der Sicherheit der Rechte oder des Wohls Aller für dienlich erachtet, so folgt hieraus noch nicht, daß das Naturrecht, welches die den Menschen in und außer dem Staate obliegenden, erzwingbaren Pflichten allein anzugeben und zu begründen hat, alle Pflichten, alle Handlungen, welche die Vernunft billigt, für erzwingbar erklären, in sich aufnehmen, und in ihren Resultaten, wie in ihren Principien mit der Ethik zusammenfallen müsse. Nicht den — anerkannten Pflichten widersprechenden Handlungen gibt die Vernunft in dem Naturrechte ihre Sanktion, wenn es andern Menschen die Befugniss, sie mit Gewalt zu verhindern, abspricht, und es ist darum nicht weniger eine moralische Wissenschaft, daß es nicht alle Pflichten, nicht einmal alle vollkommene, sondern nur diejenigen Pflichten lehrt, zu deren Erfüllung Einer den Andern zu zwingen das Recht hat, und haben muß. Erkennt es das Recht des Gesetzgebers des Staats an, außer den natürlichen Zwangspflichten noch weitere von Andern erkennbare Gewissenspflichten für erzwingbar zu erklären, so geschieht dieß defswegen, weil der Hauptzweck des Staats, wenn er auch nicht mit Schulze in die Gewöhnung der Bürger an ein sittliches Leben, sondern in möglichst vollständige Sicherung ihrer Rech-

te gesetzt wird, ohne die Erzwingbarkeit mancher Gewissenspflichten nicht erreicht würde, und das Wohl aller Staatsgenossen, so weit es ohne Verletzung einzelner Rechte und ohne Störung der Rechtssicherheit geschehen kann, zu befördern, ein Nebenzweck des Staats seyn darf. Das Naturrecht gibt übrigens die Form an, welche beobachtet werden muß, damit ein vom Gesetzgeber für das allgemeine Beste dienlich erachtetes Gesetz auf rechtliche Weise rechtlich verbindliche Kraft für die Staatsgenossen erlange, und die Gefahr abgewendet werde, daß nicht unter dem Vorwande, die Rechtssicherheit oder das allgemeine Beste zu befördern, bloße Willkühr und Tyrannei herrschend, sondern nur solche Gesetze angeordnet werden, deren Tauglichkeit zu den angegebenen Zwecken von den Staatsgenossen selbst nach ihrer jeweiligen Denkart, Culturstufe und Sitten anerkannt wird. Indem die natürliche Rechtslehre ein vernunftmäßiges Handeln vorschreibt, das nicht alle Unvollkommenheit, sondern nur die der Unrechtlichkeit ausschließt, beschränkt sie der Ethik die Alleinherrschaft des Handelns nicht, sondern sichert vielmehr die Herrschaft derselben durch die Wegräumung der Hindernisse, welche die Gewalt Anderer der freiwilligen, mithin sittlichen, Tugendübung in den Weg legen könnte, und macht diese möglich, ohne sie weder, wie die Ethik, zu gebieten, noch zu verbieten, Hätten die Rechte in dem Inbegriffe aller Pflichten des Berechtigten ihren Grund, in der Idee eines auf jeden Menschen sich erstreckenden, jeder Aufopferung fähigen Wohlwollens, so gäbe es kein Recht zu sittlich unmöglichen Handlungen; Jeder dürfte zur Erfüllung einer jeden Tugendpflicht von Andern, mithin auch dem Staate gezwungen werden. Die zur Bestimmung der jeweiligen Pflichten des einzelnen erforderliche Kenntniß seiner Verhältnisse

besitzen aber Andere nicht, besitzt der Staat nicht; mithin kann der Staat auch das Recht nicht haben, zu bestimmen, welches sittlich Gute in den Verhältnissen der Bürger zu einander zur Wirklichkeit zu bringen sey, sondern er muß sich darauf beschränken, die Zufügung von Uebeln ihnen zu verbieten, die rechtlichen Folgen der zugefügten Uebel zu bestimmen, und, wenn über Verletzung von Rechtspflichten geklagt wird, diese Folgen gegen den Rechtsverletzer eintreten zu lassen. Der Grundsatz, daß Keiner den Andern als bloßes Mittel zu seinen Zwecken gebrauchen dürfe, kann nicht angewandt werden, wenn nicht zuvor aus andern, als der bloßen Moral angehörigen Gründen bestimmt wird, durch welche Handlungen ein Mensch den Andern unrechtlich, bloß zu seinen Zwecken gebrauchen würde, und indem bürgerliche Gesetze Rechte bestimmen, erklären sie die Verfolgung derselben nicht für sittlich gut, sondern nur für erlaubt. Die Rechte können also nicht in den gesamten Pflichten des Berechtigten ihren Grund haben, wenn sie gleich mit diesen auf einem gemeinschaftlichen Grunde beruhen, und gleichfalls auf die sittliche Bestimmung des Menschen und die Möglichkeit, sie zu erreichen, sich beziehen.

Seinem Gewissen, es mag richtig urtheilen oder irren, zu folgen, muß Jedem das Recht zugestanden werden, wofern er die Rechte keines Andern durch Befolgung angeblicher Aussprüche seines Gewissens verletzt, und Verträge sind gültig, wofern sie keiner Rechts- und erkennbaren Tugend-Pflicht widerstreiten, wenn auch die Erfüllung derselben den Verpflichteten außer Stand setzt, andere dringende Gewissenspflichten zu erfüllen. Dem Staate, der auch die Rechte Dritter zu schützen, und für Aller Bestes ohne Rechtskränkungen zu sorgen hat, muß aber auch das Recht zustehen, die Gültigkeit der Verträge an wei-

tere Bedingungen zu knüpfen, um den Leichtsinn gegen unsittliche Gewinnsucht sicher zu stellen. Sicherung der Rechte ist immer der entferntere Zweck jeder Strafe, und wird durch die Abschreckung vor Rechtsverletzungen, den nähern Strafzweck, zu erreichen gesucht. Ausser dem Rechte der Nothwehr kommen aber dem Menschen noch viele Rechte zu, welche die natürliche Rechtslehre zu begründen und der Staat zu schützen hat, ehe er die Sittlichkeit zu befördern sucht.

XI. Ganz keinen Gewinn zog dagegen die philosophische Rechtslehre von der aus der kritischen Philosophie hervorgegangenen Schule der dogmatischen Idealisten oder sogenannten Naturphilosophen. Vielmehr betrieb sie die Verwirrung der Begriffe methodisch, indem sie die Sitten- und Rechtsregeln sogar als die Gesetze der Natur, die moralische, die logische und die physische Nothwendigkeit, als eine und ebendieselbe darstellt, und aus Einem höchsten Grundgesetze ableitet, mithin alle Unterscheidungen aufhebt, auf denen jedoch die Bestimmtheit und Klarheit unserer Begriffe beruht, und die besonders die Rechtslehre wegen der Strenge ihrer Vorschriften, und der wichtigen Folgen der Uebertretung derselben aufs genaueste, selbst auf kleinlichte Weise zu verfolgen und festzuhalten genöthigt ist. Diese Schule hatte Ursache, die von Kant sorgfältig geschiedenen Verrichtungen des Erkennens und Wollens für Aeusserungen der Thätigkeit der Einen Vernunft anzusehen, welche die theoretische Erkenntniß nicht vom Gebiete des Wollens aus ergänzen könne, und die Annahme von Dingen an sich, welche, wenn wir nur die nach unsern Denkformen gebildeten Eigenschaften derselben erkennen, zur Erklärung des Erkennens nichts beiträgt, als unnöthig zu verwerfen. Wenn sie aber durch das Bestreben, Ein Princip für

sämmtliche Zweige des menschlichen Wissens aufzusuchen, sich verleiten liefs, eine höhere Potenz des Bewußtseyns, eine intellektuelle Anschauung des Absoluten als den Grund und die Urquelle der im gemeinen Bewußtseyn geschiedenen Vorstellungen von der Welt und uns selbst voranzusetzen, in welcher das Ideale und das Reale vereinigt, Denken und Seyn identisch sey, und die Begriffe von äussern Natur- und innern Sitten-Gesetzen für verschiedene Richtungen der Idee des Absoluten auszugeben, so langte sie durch folgerechte Schlüsse aus Kant'schen Hypothesen auf ebendenselben Punkte an, an welchem wir 200 Jahre früher Spinoza gesehen haben, bei einer jenseits der Grenzen aller menschlichen Erkenntniß liegenden, den Thatfachen des Gefühls und des Bewußtseyns widersprechenden Voraussetzung. Wie nämlich die Behauptung des Realisten, daß jeder Gedanke, jede Handlung, auch jede Erfindung und Ausführung eines Kunstwerks die Wirkung uns unbewußter, zusammenwirkender Naturkräfte sey, dem unmittelbaren Bewußtseyn unserer freien Geistesthätigkeit widerstreitet, ebenso sehr steht die idealistische Hypothese, daß die gesamte Außenwelt durch die freie Thätigkeit des denkenden Wesens (das Ich) construirt werde, mit dem steten Gefühle unserer Abhängigkeit von der Außenwelt in geradem Widerspruche. Auf letztere Hypothese baut jedoch der ältere Fichte die Behauptung, daß das Recht Bedingung des persönlichen Selbstbewußtseyns sey. »Wie das Ich, um seiner selbst sich bewußt zu werden,« sagt er, »sich ein Nicht-Ich entgegensetzen muß, so muß auch der Einzelne, um seiner freien Thätigkeit bewußt zu werden, das Daseyn anderer Vernunftwesen (oder vielmehr sinnlich vernünftiger Menschen) annehmen, und diese können nur vorhanden seyn, sofern er ihnen Freiheit läßt, und seine freie Thä-

tigkeit deßwegen beschränkt. Die Wechselseitigkeit solcher zum Erkenntnisse unseres eigenen Daseyns nöthigen Beschränkungen bildet das Rechts-Verhältniß, und das Recht wird eine Macht durch den Staat, eine Zwangs-Anstalt, in welcher ich mich gesetzlichen Normen künftiger Rechts-Urtheile mit Freiheit unterwerfe.“ Von eben derselben Hypothese ausgehend, sieht Schelling die Rechtslehre für keine praktische Wissenschaft an, sondern gibt die Rechtsgesetzgebung für einen Naturmechanismus aus, unter welchem freie Wesen in Wechselwirkung mit einander als frei gedacht werden können, und spricht Schleiermacher »von einem mechanischen Gebiete des bloßen Rechts, dessen Gesetze, ethisch betrachtet, nicht für sich bestehen, und nur den Werth technischer Regeln haben.“ Jedoch — anstatt die einzelnen Modifikationen anzuführen, durch welche die Anhänger der Natur-Philosophie, Eschenmaier, Solger, Hennings, Hegel und Andere ihr System dem gesunden Menschenverstande annehmlicher zu machen suchten, sey es erlaubt, die Aeufserungen eines der geist- und gemüthvollsten Bekenner desselben *) über das Verhältniß der Tugend- und Rechtslehre zu einander auszuheben.

+ »Das Gesetz der philosophischen Rechtslehre,« sagt Troxler, »muß ein aus der menschlichen Natur hervorgehendes und sich auf sie beziehendes Naturgesetz seyn. — Die Einheit der Freiheit und Nothwendigkeit ist die einzige ewige Grundlage aller menschlichen Willensthätigkeit. Das Moralgesetz hat sowohl ein Aeufseres, als das *Jus* ein Inneres der Handlung. Alles äußere Recht beruht auf einer innern Gesetzgebung, die gleich der des Gewissens

*) Philosophische Rechtslehre der Natur und des Gesetzes, mit Rücksicht auf die Irrlehren der Liberalität und Legitimität von Prof. D. Troxler 1820.

ist, nur eine andere, für dieses gleichsam ergänzende Richtung nimmt. Diese Gesetzgebung beruht auf dem im Menschen liegenden Principe der Nothwendigkeit, das mit der ihm unterworfenen Freiheit dem ihm entgegengesetzten Verhältnisse, worin die Freiheit in der ihr untergeordneten Nothwendigkeit herrscht, gegenübersteht. Die Tugend will das Nothwendige frei, das *Jus* das Freie nothwendig machen. Beide wollen den im Leben liegenden Widerspruch lösen, jedes auf seine Art.«

»Das wahre Princip des Naturrechts ist der Instinkt, nicht der bloß thierische, sondern der rein menschliche Naturtrieb, den man ein physisches oder rechtliches Gewissen, wie das Gewissen einen physischen oder ethischen Instinkt, nennen könnte. Die Freiheit bedarf einer Gegenwirkung; wird diese nicht innerlich gefunden, so schreitet die blinde, eiserne Nothwendigkeit von Außen ein. Die praktische Thätigkeit der menschlichen Natur hat keine andere Erscheinungsweise, als die sittliche und rechtliche, wie es im Menschen keinen Gegensatz gibt, als den von Seele und Leib; das Menschliche ist sittlich, sofern es sich im Seelischen, und rechtlich, sofern es sich im Leiblichen offenbart. Das Princip des Rechts ist nur der Form, nicht dem Wesen nach von dem der Ethik verschieden. Recht ist die Angemessenheit der menschlichen Handlungen zu ihrem Naturgesetze. Das Rechtsprincip spricht sich nur innerlich in dem Einzelnen aus, und richtet die Handlungen nur innerlich nach der Beziehung der Gesinnung zum Principe. Da aber in der Sinnenwelt eine äußere Unterscheidung und Wechselwirkung der Einzelnen und der Theil-Ganzen, in denen sich die Natur entwickelt, eintritt, so wird eine äußere wirkliche Gesetzgebung nothwendig, welche die Menschheit oder ihre einzelne Glieder mit dem in ihnen Allen liegenden Naturge-

setze in Uebereinstimmung bringt. Das in der Sinnenwelt erscheinende Rechtsgesetz ist nur die Offenbarung des in der menschlichen Natur liegenden Rechtsprinzips.“

„Die Rechte und durch diese das Recht können also nicht aus dem Daseyn der einzelnen Menschen und den Bedingungen ihres Daseyns abgeleitet werden. Eins thut Noth vor Allem: die Menschheit muß in dem Menschen anerkannt und geltend gemacht werden, nicht als Mittel, sondern als Zweck und Ursache, als ewige Idee und göttliche Substanz, in der wir alle Eins, frei und gleich sind. Das Naturrecht ist nichts anders, als die menschliche Natur an sich selbst, als die naturgemäße Thätigkeit des Menschen, und zunächst in den mystischen Personen enthalten. Wie das Aeussere nicht das Innere bestimmt, so ist das Einzelne durch das Allgemeine bedingt; daher ist das Naturrecht in dreifacher Abstufung, als Völker- oder Menschheitsrecht, als Volksrecht und als persönliches Recht, als Recht der Weltbürgerschaft, der Staaten und der einzelnen Staatsbürger nach einander zu entwickeln. Es war ein Fehler, daß man von Individuen und Privatrechten ausgieng, die Völker blos als moralische Personen, aus dem Aggregate von Individuen entsprungen, und das Naturrecht als eine Abstraktion der Vernunft betrachtete. Es geht von der Menschheit, der unendlichen Persönlichkeit aus, die in der Gesammtheit der Völker, in jedem besondern Volke und in jedem einzelnen Menschen sich offenbart. Die atomistische Staats- und Rechtslehre muß aufgegeben werden.“

In solche gänzliche Begriffs-Verwirrung, von welcher die angeführten Stellen der Troxler'schen Schrift ein in die Augen springendes Beispiel geben, verfällt der menschliche Verstand, wenn er seine Grenzen überschreitet, und den unbekannten Ursprung der

Welt und des Menschen durch Schlüsse aus einzelnen Thatsachen oder durch Voraussetzungen zu ergründen versucht. Freiheit des Willens und Naturnothwendigkeit sind zwei neben einander bestehende Thatsachen des Bewusstseyns und Gefühls, der einzigen sichern Erkenntnisquellen des Menschen, und sie sind einander gerade entgegengesetzt, daher jeder Versuch, die Eine aus der Andern zu erklären oder gar sie einander zu identificiren, unvermeidlich auf offenbare Ungeräumtheiten und Widersprüche führen muß. Sind beide einerlei, ist der Dualismus eine Täuschung unseres Bewusstseyns, die bei der intellektuellen Anschauung verschwindet, ist auch die freie, den übersinnlichen Gesetzen der Tugend gemäße oder zuwiderlaufende Handlung des Menschen ein nothwendiges Produkt seiner Natur, so ist allerdings alles Wirkliche rechtlich und alles Rechtliche wirklich, wie wenn nach Spinozistischen Ansichten das Ideale eine bloße Folge und Abbildung des Realen wäre; aber man höre sodann auf, von der Fähigkeit, dem Menschen seine Handlungen zuzurechnen, und von seinem Vermögen, nach größserer Vollkommenheit zu streben, zu sprechen. Ist aber das Ideale nicht schon von Natur und für sich selbst real, sondern soll es erst durch unsere freie Handlungen werden, und ist das Reale nicht schon von selbst ideal, sondern wird es dieß erst durch die Erkenntnis und die auf solche gerichtete freie Thätigkeit des Menschen, so setzt unser vernünftiges Erkennen und Handeln die Harmonie der Außenwelt mit unsern Erkenntnis- und Willenskräften, so wie die Möglichkeit freier Selbstthätigkeit in einer nach Naturgesetzen wirkenden Welt, mithin eine durch die Naturnothwendigkeit und deren Kenntniß beschränkte Freiheit des menschlichen Willens voraus, deren letzte Ursache wir nicht kennen, und deßwegen auf einen

aufserweltlichen vernünftigen Urheber der Welt und des Menschen und Gesetzgeber für Beide beziehen müssen. Durch die idealistische, wie durch die realistische Hypothese wird aber die Möglichkeit deutlicher Erkenntniß und freier Selbstthätigkeit nicht klarer gemacht, vielmehr von jener, um erstere zu erklären, letztere aufgeopfert. Wer wollte nicht lieber eine beschränkte Freiheit des menschlichen Willens, welche, wie wir in der Folge sehen werden, der Schlüssel ist zur Erklärung des Unterschieds zwischen Gewissens- und Rechtspflichten, annehmen, und seine Beruhigung in dem Glauben an einen unbegreiflichen Urheber der Weltordnung suchen?

XII. Auf den Glauben an Gott und das Verhältniß des Menschen zu ihm baut ein neuerer geschätzter Rechtslehrer und Publicist *) eine ganz eigenthümliche Theorie des natürlichen Rechts, welcher er ein positiv ausgedrücktes Princip voranstellt, um der Rechtslehre eine von der Moral unabhängige Stellung zu verschaffen. Folgendes ist der Hauptinhalt seiner beiden Schriften darüber.

»Von Moralität der Handlungen kann nur die Rede seyn, wenn es ein vernünftiges Princip dessen, was ist, gibt; denn ist alles, so wie es ist, zufällig, so ist alles Eins, gut und böse, recht und unrecht. Ist aber Gott in dem Seyenden selbst, ist die Welt eine Evolution Gottes, ist mithin alles nothwendig so, wie es ist, so können die Handlungen dem Menschen nicht zugerechnet werden. Das Seyende hat also ein besonderes Daseyn außer Gott, seinem Grunde, und ist sich dessen entweder nicht bewußt, wie die physische Welt, oder bewußt, wie der Mensch, der sich deßwegen den in ihm wohnenden Gesetzen gemäß

*) Systematische Entwicklung des Privatrechts von Dr. Leonh. Dresch 1810.

Naturrecht von Dr. L. v. Dresch, Hofrath etc. Tübingen 1811.

zum Handeln bestimmen kann, und Person genannt wird. Sofern nun der Mensch mit seinem Grunde einig bleibt, in Gott ist, hat er Vernunft; sofern er als Seyendes in und für sich ist, Sinnlichkeit. Da der Grund der Letztern gleichfalls in Gott ist, so ist sie nicht böse, sondern das *nur* in sich seyn, das Vorrherrschen der Sinnlichkeit, ist böse, unvollkommen, weil es seinem Grunde (seiner Bestimmung) widerspricht. Die Möglichkeit des Nur in sich Seyn's ist bei dem Menschen und der Natur, die in ihren Abnormitäten gleichfalls, wiewohl bewußtlose, Willkühr zeigt, schon mit dem besondern Seyn gegeben, und manches Böse ist daher schon der Natur alles Seyenden (der Erbsünde) und den Umständen zuzuschreiben. Der Mensch aber ist sich des Grundes seines Seyns (des Göttlichen) bewußt, und hat die Wahl, ob er in Gott oder in sich seyn wolle, ist also frei, und seiner Freiheit sich bewußt. Auch im Handeln in sich muß Freiheit seyn, weil sonst keine Zurechnung möglich wäre; im Handeln in Gott ist aber vollkommene, höhere Freiheit. Zur vollkommensten Erkenntniß Gottes gelangt aber der Mensch nicht, weil er sonst Eins mit Gott, d. h. Gott selbst werden müßte. Er ist nur Eins mit ihm in seinem Grunde.“

„Handelt er einig mit Gott, dem absoluten Eins, so hat seine Handlungsweise absolute Einheit, Uebereinstimmung durch Einheit der Grundsätze und das Gesetz, nach welchem Gott handelt; er schließt sodann alle Unterschiede unter den Menschen aus, behandelt sie als absolut gleich, liebt sie, wie sich selbst, und trennt sich von allen Motiven der stets veränderlichen Sinnlichkeit, der Wurzel aller Selbstliebe. Handelt er blos in sich, so schreibt er sich unbedingte Willkühr zu, die keine Grenzen, als das Können, hat, und berechnet alle Handlungen nach dem Angenehmen und Nützlichen. Da aber das in sich Seyn

noch nicht Sünde ist, so kann er auch weder ganz in Gott, noch ganz in sich seyn, wo er dann die Gleichheit der Menschen und seine Willkühr nur bedingt, sofern beide neben einander bestehen können, anerkennt, und nach dem Grundsätze handelt: Alle Menschen sind sich gleich im Gebrauche der Willkühr. Die erste Handlungsweise ist gut, vollkommen, sittlich; sie soll seyn; die zweite böse, unvollkommen, unsittlich; die dritte ist weder gut, noch böse, sondern recht; sie darf seyn, weil der Mensch nicht bloß in Gott seyn soll, sondern auch in sich ist, nicht bloß die Vernunft, sondern auch die Sinnlichkeit Gesetzeskraft für ihn hat. Das Rechte hält, wie unser Gefühl und die Sprache lehrt, die Mitte zwischen Vernunft und Sinnlichkeit, zwischen Pflicht und Egoismus. Es entsteht, indem die Vernunft die Selbstliebe durch den Begriff der Gleichheit Aller in der Uebung der Willkühr mildert. Was aber nicht bloß mit dem Grunde des Seyns, sondern auch mit dem besondern Seyn im Widerspruche steht, das nur in sich Seyn, ist nicht nur unsittlich, sondern auch unrecht, hat kein Recht zu seyn, darf aufgehoben, auch bestraft werden, wogegen das Böse die Strafe, von Gott zu entfernen und zur Seligkeit unfähig zu machen, schon in sich trägt.“

»Das Sollen erstreckt sich auf Alles, was der Mensch muß, sofern er nur in Gott, und sofern er zum Theil in Gott und zum Theil in sich ist, auf Pflichten der Güte, wie der Gerechtigkeit, welche letztere keine Opferer kosten, und deren Verletzung von Andern erkannt, mithin bestraft werden kann. Letztere können erzwungen werden, weil dasselbe Gesetz, welches sie als Gesetz des Sollens einem Jeden auflegt, jedem Andern als Gesetz des Dürfens seine Rechte zuspricht; erstere, die auf dem Gesetze der absoluten Gleichstellung Aller beruhen, nicht, weil der Grund der Erzwingbarkeit nicht eintritt, wofern nicht eine Gesellschaft sich ge-

genseitig zu ihrer Erfüllung verpflichtet. Sie beruhen zwar auf demselben Gesetze des Rechts, der Moral; diese leitet aber davon ab, was ein Jeder soll; die Rechtslehre, was ein Jeder darf, und wenn gleich der Andere soll, was ich darf, so ist damit doch, was ich alles darf, nicht dargestellt. Dem Bewußtseyn zufolge schreiben wir uns ein Recht zu, weil es zur besondern Form unseres Daseyns gehört; den Anspruch auf Erfüllung einer bloßen Pflicht aber leiten wir vom Bewußtseyn des Andern, daß ihm das Gesetz, gut zu handeln, gegeben sey, von seinem Gewissen her; die Verbindlichkeit des Andern, unser Recht anzuerkennen, hängt nicht erst davon ab, daß in ihm ein gewisses Gesetz zum Bewußtseyn kommt. Da übrigens die Möglichkeit, Zwang anzuwenden, zum Wesen des Rechts gehört, so können, wo dieser physisch unmöglich ist, wie gegen Gott und in Ansehung des Innern des Menschen, gar keine Rechte, und wo er zwar physisch, aber nicht moralisch möglich ist wegen der besondern übernommenen Verbindlichkeit, wie gegen die höchste Staatsgewalt, nur unvollkommene Rechte Statt finden.«

»Recht ist also, was dem Gesetze nicht widerspricht, in Beziehung auf ein bestimmtes Ding, was der Natur desselben — in Beziehung auf den Menschen, was dessen vernünftig sinnlicher Natur gemäß ist, was er seiner Natur gemäß wollen kann. In dem obgedachten Rechtsprincipe liegt sowohl die Grenze alles Rechts, die gleiche Willkühr Anderer, als auch sein Inhalt, nemlich was ein Mensch den ihm inwohnenden Zwecken gemäß wollen muß. Aus ihm folgen die Urrechte, aus denen sich jedes einzelne Recht ableiten läßt, sowohl die formellen auf Freiheit und Gleichheit, keinem Gesetze unterworfen zu werden, dem der Einzelne nicht schon als göttlichem Gesetze alles Rechten oder vermöge freiwillig übernom-

mener Pflichten unterworfen ist, als auch die materiellen Urrechte auf Eigenthum, Sicherheit, Wohlstand, Ehre, Leben, Ehe, Bildung, Kirche und Staat, die theils angeboren, theils erwerbbar, theils ausschliessende Privat-, theils öffentliche Rechte sind. Sie sind unveräußerlich, weil sie ein Mensch, so lange er ist, wollen muß, wenn er nicht sich selbst vernichten will. Jeder kann aber seine Urrechte eine Zeitlang ruhen lassen, und die aus ihnen fließenden einzelnen Rechte müssen, wenn ein Rechtsverkehr unter Menschen Statt finden soll, veräußert werden können.“

Wer die Widersprüche in dieser Theorie nicht schon bei der Durchsicht des vorstehenden getreuen Auszugs bemerkt hat, der suche sich folgende Fragen zu beantworten. Wie ist eine bewußtlose Willkühr der Natur möglich, da doch Willkühr in einer Wahl unter mehreren möglichen Aeufserungen, deren man sich bewußt ist, besteht? Wie kann etwas schon vermöge der Natur des Seyenden und durch die Umstände böse seyn? Und wie kann irgend eine böse Handlung dem Menschen zugerechnet werden, da man nie wissen kann, ob sie nicht vermöge seiner Natur oder der Umstände böse ist, und da überdies nachher alles, was der Mensch vermöge seiner Natur wollen kann, recht genannt wird. Ist, in Gott seyn, identisch mit vollkommen gut handeln? wie kann der Mensch in Gott seyn, da er ein besonderes Daseyn außer Gott hat, und nur Eins mit ihm ist in seinem Grunde? Kann völliges Losreißen von allen Motiven der Sinnlichkeit eine Vollkommenheit seyn, obgleich die Sinnlichkeit nicht böse ist, und Gesetzeskraft für den Menschen hat? Bewirkt Einheit der Grundsätze absolute Einheit? Woher kennt der Mensch das Gesetz, nach welchem Gott handelt? Müssen nicht alle Handlungen außer Gott, d. h. in sich seyn, da der Handelnde ver-

möge seines besondern Daseyns aufser Gott ist? Wie kann man in sich handeln, ohne blos in sich zu handeln? Wie kann man weder ganz in sich, noch ganz in Gott seyn? Wie kann man diese Art zu seyn durch Rechthandeln bewirken? Ist nicht schon durch den Begriff der Gleichheit aller Menschen die Willkühr oder die Selbstliebe so bedingt, daß nicht nur beide neben einander bestehen können, sondern auch Jeder alle Menschen, wie sich selbst lieben soll? Hält das Rechte die Mitte zwischen Vernunft und Sinnlichkeit, zwischen Pflicht und Egoismus, wo ist diese Mitte? Was soll man sich unter demjenigen Nur in sich Seyn denken, das nicht nur mit dem Grunde des Seyns, sondern auch mit dem besondern Seyn in Widerspruche ist? Wie kann man mit seinem besondern Seyn in Widerspruch seyn? oder handeln? Hat nur das Unrechte, nicht auch das Unsittliche, kein Recht zu seyn? Drückt nicht jedes Gesetz ein Sollen aus, und ist es also nicht ein Widerspruch, von einem Gesetze des Dürfens zu reden? Warum tritt bei Gesetzen der Güte der Grund der Erzwingbarkeit ein, sobald sich eine Gesellschaft zu ihrer gegenseitigen Erfüllung verpflichtet, da doch jene Gesetze durch die Verpflichtung der Gesellschaft nicht geändert, aus einem nur in Gott seyn nicht ein theils in Gott theils in sich seyn wird? Darf ich nur thun, was der Andere soll, oder soll und darf ich nicht vielmehr alles das thun, was der Andere soll und darf? Warum und inwiefern gehört ein Recht zur besondern Form unseres Daseyns? Beruht wirklich die Verbindlichkeit des Andern, mein Recht anzuerkennen, nicht auf einem Gesetze, dessen er sich durch sein Gewissen bewußt wird? Finden wirklich keine oder nur unvollkommene Rechte gegen diejenigen Statt, gegen welche sie mit Zwang zu verfolgen der Berechtigte das physische oder moralische Vermögen nicht hat? Und wenn dieß so wäre, würde

dann nicht das Recht im ersten Falle durch das physische Vermögen zu zwingen, im andern durch das Sittengesetz bestimmt seyn? Wie kann es Urrechte geben, welche erst erworben werden müssen? Oder welche keine ausschließende Privatrechte sind? Und warum können die aus den Urrechten fließenden einzelnen Rechte veräußert werden dürfen, da doch die Urrechte unveräußerlich sind? Sind endlich Handlungen, die weder gut noch böse sind, recht, welche ein Interesse kann ein Anderer haben, daß sie verrichtet werden mögen, und wie läßt sich ein Zwang zu so ganz gleichgültigen Handlungen rechtfertigen, da doch selbst ein Zwang zu manchen sittlich guten Handlungen unrecht ist?

XIII. Die Unhaltbarkeit und Mangelhaftigkeit aller Versuche, die Natur und den Grund der menschlichen Rechte aus der reinen Vernunft zu entwickeln, hat manche Gelehrte, besonders Lehrer des positiven Rechts, veranlaßt, die Existenz natürlicher Rechte in Zweifel zu ziehen, oder, was eben darauf hinausläuft, die Entstehung aller Rechte, nicht blos der positiven, von dem Anerkenntnisse der Menschen herzuleiten. Diese Ansicht mag Hugo geleitet haben, als er sein Naturrecht, als eine Philosophie des positiven Rechts darstellte, die allgemeinen Behauptungen der Naturrechtslehrer, welche *a priori* beweisen wollen, daß die Sklaverei in jedem Sinne des Worts, die Polygamie, die Testamente u. s. w. unrechtmäßig seyen, als voreilig tadelte, und daraus, daß solche Rechtseinrichtungen Jahrhunderte lang bei vielen Völkern mit Beifall erhalten wurden, folgerte, daß sie auf irgend einem moralischen Fundamente und auf vernünftigen Gründen beruhen, als ihre Verwerfung in speculativen Theorien. Er wird aber dem Principe, daß das recht sey, was unter den meisten Menschen als Recht gilt, selbst untreu, indem er das Daseyn einzelner Staaten als ver-

nunftwidrig, alles Bestehende nur als provisorisch bezeichnet, und die Vereinigung aller Völker in einen einzigen Universalstaat als die beste Verfassungsform anrühmt; und er bedurfte für seinen Universalstaat keiner politischen Freiheit, hatte mithin auch nicht nöthig, die Sklaverei aus dem Grunde zu vertheidigen und anzupreisen, weil in dem Masse, als sie abnehme, die politische Freiheit der Staatsgenossen vermindert werde. Ein moralisches Argument wußte er ohnehin für ihre Fortdauer nicht anzuführen, sondern gesteht vielmehr selbst zu, daß Tugendübung dem Sklaven schwerer werde; daraus aber, daß sie für ihn desto verdienstlicher ist, wird er wohl selbst nicht schließen wollen, daß deswegen der Staat die Tugendübung erschweren dürfe und soll.

»Es gibt eine moralische Grundlage alles Rechtlichen, sagt hingegen Warnkönig, *) ein der menschlichen Natur inwohnendes besonderes Gesetz, das die Idee von Recht und Unrecht erzeugt, und bei Bildung der geselligen Verhältnisse der Menschen deren rechtliche Seite, das positive Recht, bestimmt und hervorbringt. Außer der Idee des Rechtlichen überhaupt, welche die Pflicht der Gerechtigkeit auflegt, und nicht erst anerkannt zu werden braucht, gibt es aber kein geltendes Recht, als dasjenige, welches von Andern, gegen welche wir es ausüben wollen, anerkannt ist; denn auf welche Art der Pflicht der Gerechtigkeit Genüge zu leisten sey, so daß der andere dabei Interessirte damit zufrieden seyn wird, das kann nur durch gegenseitige Verständigung, d. h. durch Anerkennniß bestimmt werden. Es gibt also ein Recht, das uns moralische Pflichten auflegt, unabhängig von aller Convention und vom Staate; aber Rechte Einzelner gegen einander, welche auf recht-

*) Versuch der Begründung des Naturrechts durch eine Vernunftidee, 1819.

liche Weise zu verfolgen wären, gibt es nicht, aufser durch Anerkenntniß und im Staate. Die in Letzterem fortbestehenden Regeln und Grundsätze über die Rechte entsprechen freilich nicht immer der höchsten Idee des Rechts, werden aber doch immer nur durch Festsetzung anderer Grundsätze sich ändern, nicht durch die einseitigen Meinungen der Lehrer des natürlichen Rechts.“

Wie einseitig die Meinungen der Rechtslehrer sind, von denen z. B. Einige die Freiheit, Andere die Sklaverei als Rechtsgrundsatz anpreisen, hat die Geschichte der Rechtsphilosophie wohl satksam erwiesen, und welch Verderben sich die Menschen bereiten, wenn sie die im Staate fortbestehenden Rechtsregeln nach solchen einseitigen Meinungen ändern, darüber gewährt die Geschichte der französischen Staats-Umwälzung die nachdrücklichsten Belehrungen. Wenn aber die Grundsätze über die Rechte, die im Staate gelten, durch Festsetzung anderer Grundsätze sich ändern sollen, weil sie der Idee des Rechts nicht entsprechen, so geschieht diese Festsetzung ohne Zweifel durch Menschen, welche die geltenden Grundsätze mit ihrer Idee von Recht, die sie für die höchste Rechtsidee halten, wenn sie anders die Rechtsideen nach Höhenstufen abmessen zu können meinen, vergleichen und derselben nicht entsprechend finden, mithin durch Rechtsphilosophen, zu denen nicht blos diejenigen Gelehrten, welche Lehrbücher des Naturrechts geschrieben haben, sondern alle selbstdenkende Rechtsgelehrte zu rechnen seyn dürften. Da indess die Lehrer des natürlichen Rechts sich vorzugsweise mit der Erläuterung und Begründung der Rechtsidee beschäftigen, so werden von ihnen mehr als von andern Gelehrten Aeufserungen über die Disharmonie der im Staate geltenden Rechtsregeln mit ihrer Rechtsidee zu erwarten seyn, und wenn sie

die Gründe ihres Tadels so überzeugend auszuführen vermögen, daß viele andere Staatsgenossen, insbesondere diejenigen Rechtsgelehrten, welche den größten Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Staats haben, den Tadel gerecht finden, so werden andere Rechts-Grundsätze festgesetzt werden, mögen nun die Rechtsideen, mit denen sie die bestehenden Rechtsregeln vergleichen, irrig seyn oder nicht. Delswegen ist es für die Gesetzgebung der Staaten und ihre Verbesserung, für die öffentliche Rechtspflege und für das Wohl der Menschen sehr wichtig, daß deutliche und richtige Vorstellungen von der Natur und den Gründen der Rechte der Menschen, insbesondere von dem Verhältnisse der Rechts- zu den Tugendpflichten verbreitet und Jedem die Erlangung derselben erleichtert werde, und da, wie wir gesehen haben, die Elemente der allen denkenden Menschen wenigstens dunkel vorschwebenden Rechtsidee bis jetzt noch nicht befriedigend entwickelt worden sind, so dürfte der folgende neue Versuch nicht unter die unnöthigen Arbeiten zu rechnen seyn.

Auch Warnkönig hat die Aufgabe der Rechtsphilosophie nicht gelöst, sondern nur die bei Kant unverständliche Unterscheidung zwischen Recht überhaupt (*facultas moralis generatim*) und Rechten Einzelner (*facultas juridica*) in einer andern Form wieder gegeben, ohne sie zu begründen. Worin besteht dann, möchte ich ihn fragen, die Idee des Rechtlichen, die Idee von Recht und Unrecht, und ihr Unterschied von der Idee der Rechte Einzelner? Wie komme ich zu der Idee von Rechten Einzelner, wenn es nicht durch die Idee des Rechtlichen geschieht? Bedarf es noch eines besondern Gesetzes in der menschlichen Natur, welches die Idee von Recht und Unrecht erzeugt, und die rechtliche Seite der geselligen Verhältnisse hervorbringt, wenn alles Recht-

liche eine moralische Grundlage hat, und die Idee des Rechtlichen die Pflicht der Gerechtigkeit auflegt? Ist es nur die Idee des Rechtlichen, nicht die Idee meines Rechts an meinen Körper, meine Familie und Habe, um deren willen ich zur Vertheidigung derselben gegen Angriffe Anderer mich für berechtigt halte und berechtigt bin, oder habe ich erst dann ein gültiges Recht an dieselben, wenn es Andere anerkennen wollen, oder wenn ich die körperliche Kraft habe, sie zur Anerkenntniß dieser meiner Rechte zu zwingen, sie, die bei dem Besitze derselben interessirt und voraussichtlich mit der Vertheidigung meiner Rechte nicht zufrieden sind? Oder können Grundsätze und Ideen von Rechten Einzelner, welche der Idee des Rechtlichen, der Pflicht der Gerechtigkeit nicht gemäfs sind, durch das Anerkenntniß Anderer wahre Rechte werden? Positive Rechte, d. h. rechtliche Forderungen an Andere, mir gewisse Dinge oder Dienste zu leisten, erlange ich zwar meistens erst dadurch, daß wir uns darüber verständigen, über die bestimmte Leistung mit einander übereinkommen, jedoch auch durch die Erduldung einer Beschädigung unmittelbar und ohne einer Uebereinkunft zu bedürfen. Ist dann aber jene gegenseitige Verständigung ein bloßes Anerkenntniß, nicht vielmehr die Einräumung eines Rechts, das ich vorher nicht hatte, während bloß das bereits Vorhandene und Erkannte durch einen Akt des Willens anerkannt werden kann? Wenn ich eine Uebereinkunft über irgend eine Leistung geschlossen habe, darf ich das mir aus derselben zustehende Recht nicht fordern, nicht mit Zwang verfolgen, wofern es der andere Paciscent nicht anerkennen will? Nicht also das Anerkenntniß, sondern nur das Erkenntniß meines Rechts von Seiten des rechtlich Verpflichteten ist auch zur Gültigkeit positiver, wie negativer

Rechtsforderungen und Rechtspflichten erforderlich, und jene erhalten nur wegen einer vorhergehenden Handlung des Verpflichteten, eines Vertrags, einer Beschädigung Rechtskraft, aber eine von dem Willen des Andern unabhängige Rechtskraft, während die negativen Rechtsforderungen an Andere, gewisse Handlungen zu unterlassen, unmittelbar durch das Rechtsgesetz gleiche rechtliche Kraft erhalten. Die philosophische Rechtslehre hat also anzuzeigen, aus welchen Gründen und unter welchen Bedingungen gewisse Handlungen Rechtsforderungen und Rechtspflichten zur Folge haben, und, wenn sie systematisch geordnet werden soll, wie die rechtliche Eigenschaft der aus jenen Handlungen entspringenden Pflichten aus dem obersten Rechtsprincipe folge, das als unmittelbare Quelle der negativen Rechtsforderungen und Rechtspflichten gleichfalls negativ seyn wird. Diese Rechtsforderungen darf der Einzelne, er mag in oder außer dem Staate leben, blos darum, weil er ein Recht hat und weiß, daß Andere dieses sein Recht kennen, er darf es auch im Staate durch eigene Gewalt, da wo Gefahr auf dem Verzuge haftet, und die Obrigkeit keine Hülfe leisten kann, gegen die Verpflichteten vertheidigen und verfolgen; und die Anwendung der Gewalt ist die rechtliche Art ihrer Vertheidigung und Verfolgung. Die Rechte Einzelner und die ihnen gegenüberliegenden Rechtspflichten sind daher etwas Unbedingtes, von fremder Willkühr, mithin auch von willkührlichen Gesetzen eines Staats Unabhängiges, und da sie ganz allein aus einem Gesetze, einem Grundsatz, der eine Regel ausdrückt, herrühren können, und nur Sittengesetze unbedingt gebieten, so wird der oberste Rechtsgrundsatz eine Sittenregel seyn, und Sittenpflichten auflegen, deren Erfüllung, so weit kein Zwang dazu angewendet werden kann, ganz allein von dem

Gewissen des rechtlich Verpflichteten abhängt. Immer mögen die Juristen nur von den Rechten Einzelner reden, und Rechtlichkeit ohne den Begriff eines Rechts unverständlich seyn. Auch der Begriff eines Rechts kann ohne ein Rechtsgesetz und ohne die Rechtspflicht, die es auflegt, nicht gedacht werden.

Diefs sind die merkwürdigsten Theorien über den Grund und die Natur des Rechts, welche bis jetzt von Philosophen und Rechtsgelehrten ausgesonnen, und in den vielen Lehrbüchern des Naturrechts, die in den letzten drei Jahrhunderten, zumal in Deutschland, das Tageslicht erblickten, in verschiedenen Gestalten und Umschreibungen, zum Theil auch mit einigen unbedeutenden Modifikationen, ausgeführt worden sind. Wenn auch die Meisten von ihnen in den Lehrsätzen über die Erwerbungsarten und die Wirkungen der Rechte zusammentreffen, so gewährt doch keine eine befriedigende Erklärung und Begründung desjenigen Rechtssystems, das allen Urtheilen der Menschen über Recht und Unrecht und den Gesetzgebungen aller civilisirten Staaten der alten und neuen Welt zu Grund liegt. Für den Fortschritt der Wissenschaft ist es aber schon ein großer Gewinn, die bisherigen Versuche der Gelehrten und die Ursachen kennen zu lernen, aus denen dieselben das Ziel nicht erreicht haben, weil man hiedurch von der Aufgabe, welche zu lösen, und den Verirrungen, welche zu vermeiden sind, eine deutlichere und richtigere Vorstellung erlangt. In dieser Absicht scheint es zweckmässig zu seyn, diese Ursachen in gedrängter Kürze zusammenzustellen, und daraus zu folgern, welcher Weg zur Lösung der Aufgabe eingeschlagen werden müsse.

Auf die Vernunft pflegen sich Philosophen und Rechtsgelehrte zur Begründung ihrer Behauptungen zu berufen, und zwar will jeder die seinige unmit-

telbar aus ihr geschöpft haben, wenn sie auch das gerade Gegentheil von dem ist, was der Andere für wahr hält. Offenbar widerspricht sich auch die Vernunft selbst, wenn sie es ist, welche die Tugend- und Rechtsgesetze mit eigener Machtvollkommenheit dem Menschen vorschreibt, und ihm in der Tugendlehre die strenge Befolgung von Gesetzen gebietet, deren Uebertretung sie ihm in der Rechtslehre erlaubt. Ist sie aber bei der Bildung von jenen beiden Arten von Gesetzen nur als höheres Erkenntniß-Vermögen thätig, schließt sie dieselben aus Thatfachen des Bewußtseyns, aus Wahrnehmungen äußerer Einwirkungen und aus Regungen des Gewissens, und erkennt sie jene Gesetze als dem Menschen von dem Schöpfer der Welt gegeben, so widerspricht sie sich weder selbst, wenn sie die Befolgung einiger Tugendgesetze für unumgänglich nothwendig und unter diesen einige für so streng geboten erkennt, daß eine Nöthigung zu ihrer Befolgung durch Andere muß Statt finden dürfen, noch kann sie sich anmaßen, wegen dieser Einrichtung der menschlichen Natur den höchsten Gesetzgeber eines Widerspruchs mit sich selbst zu beschuldigen. In den Thatfachen des Bewußtseyns muß die Ursache, warum, und das Merkmal nachgewiesen werden, an welchem erkannt wird, daß bei den Tugendgesetzen der Gerechtigkeit, und nur bei diesen, die zuletzt gedachte Nothwendigkeit ihrer Befolgung Statt habe. Der Widerspruch in den Behauptungen der Gelehrten rührt sodann von der Mangelhaftigkeit der Erkenntniß des Einen oder des Andern her, und kann durch Vervollständigung derselben gehoben werden.

Eine Hauptursache, warum man bisher in der Rechts-Philosophie nicht viel weiter rückte, war diese, daß man Recht und Freiheit für gleichbedeutende Begriffe ansah, oder gar, um der Rechtslehre ein von

der Sittenlehre geschiedenes, eigenthümliches Gebiet zu erwerben, ein Gesetz des Dürfens aufzustellen versuchte. Jedes Recht bezieht sich aber auf ein Gesetz, und besteht nur durch ein Gesetz, das zunächst Pflichten auflegt, und die Freiheit einzuschränken gebietet, wie schon daraus ersichtlich ist, daß jedem Rechte die Pflicht eines Andern gegenübersteht. Ein Gesetz des Dürfens, ein Erlaubnißgesetz, ist ein sich selbst widersprechender Begriff. Die Kenntniß des Verhältnisses des Rechtsbegriffs zum Gesetze gehört jedoch zu den nothwendigen Vorbegriffen, und die Erläuterung desselben schien in der Einleitung zu dem folgenden Versuche die passendste Stelle zu finden.

Erkannte man an, daß ein Recht ohne ein Rechtsgesetz nicht denkbar sey, so irrte man in Bestimmung des Begriffs eines natürlichen Rechtsgesetzes. Sofern Jeder von Andern zu Befolgung desselben gezwungen werden darf, nahm man seine Merkmale von den im Staate geltenden Gesetzen her, liefs es entweder ganz allein im Staate entstehen, oder wenigstens aus dem Willen oder der Anerkennung Aller hervorgehen, oder nannte es ein äußeres Gesetz, ohne anzugeben, wie die im Innern des Menschen thätige Vernunft äußere Gesetze zu geben oder zu erkennen vermöge, verwechselte wohl auch die Befugniß zu zwingen mit wirklichem Zwange, nahm unvermerkt das Bestehen eines Zwangs in den Rechtsbegriff auf, und liefs das Rechtsgesetz auf äußern Triebfedern beruhen. Die allgemeinen natürlichen Rechtsgesetze erkennen aber, als sie verpflichtend und erzwingbar, auch Menschen, die in keinem Staate leben. Der Staat und eine äußere Zwangsanstalt zu ihrer Befolgung soll jenen Gesetzen gemäß erst gegründet werden. Nicht was Alle wollen oder anerkennen, sondern was Alle thun und aner-

kennen wollen sollen, und wozu Jeder von Andern muß gezwungen werden dürfen, sie mögen Willen und Kraft dazu haben oder nicht, ewige, unveränderliche Gesetze denkt man sich unter denselben, und kennt keine andere äußere Gesetze als die Naturgesetze, denen gemäß alles geschehen muß, während die Rechtsgesetze übertreten werden können.

Richtiger wurden sie deswegen von Andern als wahre Tugendgesetze, das Recht als ein Zweig der Sittenlehre anerkannt. Weil aber diese den ursprünglichen specifischen Unterschied derselben von andern Tugendgesetzen nicht ergründet hatten, so halfen sie sich mit der dunklen Vorstellung, daß das Recht das sittlich Gute in seiner Aeufserlichkeit, die Moral aber das sittlich Gute in seiner Innerlichkeit sey. Allein daß der Unterschied des Rechts und der andern Tugendgesetze nicht in der verschiedenen Richtung desselben Gesetzes nach Aussen und nach Innen liege, ist schon daraus ersichtlich, daß auch die andern Tugendgesetze äußerlich in Handlungen beobachtet und die Rechtsgesetze aus gutem Willen befolgt werden sollen. Hätte der Mensch nur ein Recht zu den durch kein Tugendgesetz verbotenen, mithin den sittlich gleichgültigen Handlungen, so liesse sich gar nicht erklären, warum er Andern Gewalt zufügen dürfe, wenn sie ihn an den gleichgültigen Handlungen hindern wollen, aber keine, um sie zur Uebung der Wohlthätigkeit zu nöthigen. Die Rechtsgesetze müssen also gewisse wahre Tugendgesetze von gleicher Natur und Ursprung mit andern Tugendgesetzen seyn, sich aber von ihnen durch eine ursprüngliche Verschiedenheit in Hinsicht auf die Nothwendigkeit ihrer Befolgung unterscheiden, wesswegen eine Nöthigung zu solcher muß Statt finden dürfen. Da nun durch jeden Zwang die Freiheit des Gezwungenen, das Gesetz zu befolgen oder zu übertreten, aufgehoben

ben wird, so kann die Ursache jener Verschiedenheit nur in der Erkenntniß gesucht werden, daß die Freiheit des menschlichen Willens durch die Nothwendigkeit der Natur beschränkt ist. Von einer nähern Betrachtung der Verbindung der Willensfreiheit mit der Abhängigkeit des Menschen von der Natur muß daher jede Rechtstheorie ausgehen; mit ihr wird auch die folgende Untersuchung begonnen und zu zeigen gesucht, wie aus der Empfindung und Wahrnehmung physischer Nothwendigkeit erst das Bewußtseyn der Willensfreiheit entspringe, wie weit sie durch jene Nothwendigkeit beschränkt werde, und wie aus Wahrnehmungen von Regungen des Gewissens Vorstellungen sittlicher Nothwendigkeit, die sich auf die physische bezieht, Sittengesetze von verschiedener Stärke der Verbindlichkeit, abgeleitet werden.

Die beiden consequentesten Systeme der gesamten Philosophie, das realistische und das idealistische, haben durch folgerechte Schlüsse auf ebendieselbe ungereimte Behauptung geführt, daß alles Wirkliche rechtlich und alles Rechtliche wirklich sey. Das erstere läugnet die Freiheit des Willens der Menschen, das letztere ihre Unterwerfung unter die Naturnothwendigkeit, Jedes, weil es den letzten Grund alles Seyns und Erkennens aus unerweisbaren Voraussetzungen zu erklären sich anmaßte. Das ungereimte Ergebniß beweist, daß beide Systeme und die Voraussetzungen, auf denen sie beruhen, unrichtig sind, und daß der menschliche Geist zwar das Bestehen einer beschränkten Willensfreiheit neben der Abhängigkeit von der Natur aus unzweifelhaften That-sachen des Bewußtseyns erkennen, nicht aber die Möglichkeit desselben erklären und seine Ursache erforschen kann. Ohne sich in die Tiefen metaphysischer Speculationen zu verlieren, nimmt daher der nachfolgende Versuch sowohl das Gefühl der Ab-

hängigkeit von der Natur, als das Bewußtseyn der Willensfreiheit, ohne Weiters als wahr an, und sucht zu zeigen, wie aus diesen Wahrnehmungen verschiedenartige Gesetze gebildet werden.

Diese Folgerungen aus den bisherigen Rechtstheorien sind es, die mich zur Ueberzeugung geführt haben, daß das ganze Rechtssystem auf die Sittenlehre, als die einzige, unerschütterliche Grundlage aller Pflichten, gebaut werden müsse, und zu dem Entschlusse, die Verbindung beider Wissenschaften mit einander und ihre Verschiedenheit zu bestimmen, zu dem Ende nach einer Einleitung über das Verhältniß des Rechtsbegriffs zum Gesetze, zuerst die verschiedenen Arten von Sittengesetzen und sodann die Rechtsgesetze besonders zu betrachten, wobei das Verhältniß der Letztern zu den Erstern in ihrer letzten Ursache erforscht und das ganze Rechtssystem entwickelt wurde.

VON DEM VERHÄLTNISSE
DES
ALLGEMEINEN RECHTS ZUR
SITTENLEHRE.

EINLEITUNG.

BEGRIFF EINES RECHTS UND DESSEN
VERHÄLTNISS ZUM GESETZE.

§. 1.

Ein Recht ist nach dem Sprachgebrauche aller Völker die Befugniss (Erlaubniss), ungehindert von andern Menschen etwas zu thun oder zu unterlassen. Auch die Handlung selbst, welche Andere nicht verhindern dürfen, und die Unterlassung einer Handlung, zu deren Verrichtung Andere nicht zwingen dürfen, wird das Recht eines Menschen, eine Handlung oder Unterlassung aber, zu welcher er nicht befugt ist, und an welcher er von Andern gehindert werden darf, ein Unrecht, eine ungerechte Handlung oder Unterlassung genannt.

1) Das wesentliche Merkmal eines Rechts ist, daß Andere die Handlung, zu welcher Jemand ein Recht hat, nicht verhindern dürfen und sollen. Diese negative Bestimmung, so wie die Gleichheit des Nichtdürfens und des Nichtsollens, deutet auf den negativen Charakter des Rechts und seine Entstehung aus verbotenden Gesetzen hin.

2) Zwischen Befugnifs und Erlaubnifs, unbefugten und unerlaubten Handlungen wird im gemeinen Sprachgebrauche kein Unterschied gemacht. In der Wissenschaft könnte Befugnifs diejenige Erlaubnifs genannt werden, welche Andere vermöge allgemeiner Gesetze nicht versagen dürfen, z. B. die Befugnifs, über sein Eigenthum auf jede beliebige, Andern nicht schädliche Weise zu verfügen, unter Erlaubnifs aber die ausdrückliche Gestattung einer Handlung verstanden werden, die derjenige, dem sie erlaubt wird, ohne die Willensäußerung dessen, der sie erlauben darf, vermöge des allgemeinen Gesetzes allein nicht verrichten dürfte.

§. 2.

Gegenstand eines Rechts ist immer eine von Andern wahrnehmbare Handlung oder Unterlassung, kein Leiden, keine Empfindung, noch Begierde, noch eine Thätigkeit des Verstandes; denn diese innern Veränderungen im Menschen können von Andern nur aus äußern Zeichen, wenn sie solche zur Folge haben, aus den Äußerungen des Empfindenden und Denkenden erkannt, und größtentheils gar nicht von ihnen verhindert werden. Hingegen bezieht sich der Rechtsbegriff, da er nur eine gewisse Fähigkeit, zu handeln, ausdrückt, nicht bloß auf wirkliche, sondern auch auf mögliche Handlungen.

1) Ein Recht zu einer Handlung ist zwar auch zugleich die Befugnifs, sich zu ihrer Verrichtung zu entschließen, und die Gesinnung, aus der sie hervorgeht, zu haben; auch ist es nicht sowohl die Handlung für sich selbst, als Bewirkung einer Veränderung in der Sinnenwelt, sondern vielmehr die Willensbestimmung und die Gesinnung, von der sie eine Folge ist, welche man ungerecht nennt. Sofern aber Entschliefungen, Absichten, Gesinnungen nur, wenn sie durch Reden oder Handlungen geäußert werden, von Andern erkannt, und nur die Reden und Handlungen, nicht auch die Gesinnun-

gen und Entschliessungen von Andern verhindert werden können, kann man nur von einem Rechte zu Handlungen sprechen.

2) Mit der Befugniss, etwas zu thun, ist zugleich die Befugniss verbunden, von Andern zu fordern, daß sie den Handelnden nicht daran hindern. Dessenwegen nennt man jede Forderung, die ein Mensch an Andere zu machen berechtigt ist, sein Recht, spricht von einem Rechte auf das Leben, die Gesundheit, die Ehre etc. als der Befugniss, alle Hindernisse des Fortgenusses dieser Güter zu entfernen, und gebraucht den Ausdruck: sein Recht, sogar bildlich von der einem Verbrecher gebührenden Strafe, ob er gleich von der Befugniss, sie zu fordern, keinen Gebrauch machen wird.

§. 3.

Der Rechtsbegriff setzt die natürliche Fähigkeit des Menschen voraus, sich seiner Handlungen bewußt zu seyn, und vor ihrer Ausführung nachzudenken, ob sie erlaubt oder nicht erlaubt seyen. Handlungen, die im bewußtlosen Zustande, z. B. im Schlaf, im Wahnsinne, in der Betäubung verrichtet werden, sind bloße Aeufferungen blinder Naturkräfte, und wer zwar seiner Handlungen sich bewußt ist, aber nicht weiß oder nicht überlegen kann, ob sie erlaubt oder unerlaubt seyen, wie Kinder, Irren, Blödsinnige, dem kann ein begangenes Unrecht nicht zugerechnet werden.

§. 4.

Der Rechtsbegriff setzt Willensfreiheit, nämlich das Vermögen des Menschen voraus, nach freier Wahl das Erlaubte zu thun oder zu unterlassen, und das Unerlaubte zu unterlassen oder zu thun. Wäre er jederzeit genöthigt, gerade so, in der Zeit und Ordnung nach einander Handlungen zu verrichten, wie

es geschieht, so hätte er keine Vorstellung von Recht und Unrecht.

Da man die Freiheit, zu thun und zu unterlassen, was man will, Willkühr nennt, so findet der Rechtsbegriff nur auf willkührliche Handlungen, nicht auf nothwendige, die der Handelnde weder unterlassen, noch anders verrichten konnte, Anwendung.

§. 5.

Der Rechtsbegriff setzt das Daseyn von Geboten und Verboten, von Regeln, Vorschriften, Gesetzen, nicht aber umgekehrt setzt das Daseyn von Gesetzen den Rechtsbegriff voraus; denn gäbe es keine gebotene, noch verbotene Handlungen, so wären alle Handlungen erlaubt, und da alles Denken erst durch Gegensätze möglich ist, so könnte der Begriff eines Rechts nicht in die Seele des Menschen kommen. Aus der Befugniss zu gewissen Handlungen folgt aber nicht, daß die Unterlassung derselben oder die Verrichtung des Gegentheils unerlaubt, verboten sey. Aus einem Rechte kann also kein Verbot und noch weniger ein Gebot, etwas zu thun, unmittelbar hergeleitet werden.

1) Die Benennungen in allen Hauptsprachen Europa's, *δίκαιον*, Recht, *droit*, *πρᾶσο* (*pravo*) drücken etwas Regelmäßiges, durch Gesetze Bestimmtes, Gerades, das römische *jus* ein Gebotenes aus, führen also alle auf die Ableitung des Rechts von Gesetzen mit dem Unterschiede, daß alle erstere Benennungen durch die Natur des Menschen bestimmte Gesetze, die letzte allein willkührliche Gebote von Befehlenden andeutet. Jene veranlassen aber auch leicht die Verwechslung des Gerechten mit dem Rechten, des *jus* mit dem *rectum*, aus dem jenes entspringen muß, wenn es nicht durch die Willkühr der Menschen geschaffen wird.

2) Es gibt kein Recht ohne ein Gesetz, ist der Grundsatz der philosophischen Rechtslehre. Ohne

Recht kein Gesetz (*lex sine jure nulla est*), gilt von willkürlichen Gesetzen, welche dem allgemeinen Rechte gemäß und von den zum Gesetzgeben Berechtigten gegeben seyn müssen.

3) Da die Rechte der Menschen durch Gesetze bestimmt sind, so wird der Innbegriff der — Rechte bestimmenden Gesetze das Recht genannt, und werden diejenigen Gesetze, durch welche die Rechte der Menschen bestimmt sind, in der Rechtslehre vorgetragen.

§. 6.

Zur Begründung von Rechten ist das Bestehen von Geboten oder Verboten hinlänglich. Durch Gebote werden Handlungen für nothwendig, und deswegen ihre Unterlassung, so wie die Verrichtung der entgegengesetzten Handlungen für unmöglich erklärt. Da nun das Nothwendige zugleich möglich ist, so sind die gebotenen Handlungen auch erlaubt, und ihre Unterlassung, so wie das Gegentheil derselben unerlaubt. Ein Gebot hat also die Befugniss zu den gebotenen und den ihnen zuwiderlaufenden Handlungen, so wie das Verbot des Gegentheils zur Folge. Wo aber bloße Verbote bestehen, sind alle nicht verbotene Handlungen erlaubt, aber bloße Unterlassungen, keine Handlungen geboten.

1) Aus dem Gebote, allen Menschen so viel Gutes als möglich zu erweisen, folgt von selbst die Befugniss zu allen Andern wohlthätigen und nicht nachtheiligen Handlungen, so wie das Verbot, einem Menschen Uebel zuzufügen.

2) Durch Verbote wird nur Eine Klasse von Befugnissen und nur eine Art von Unrecht, nämlich die Begehung der verbotenen Handlungen möglich. Gebote aber begründen sowohl das Recht zu den gebotenen, als zu den ihnen nicht zuwiderlaufenden Handlungen, und die Möglichkeit, sowohl durch Unterlassung der gebotenen, als durch Verrichtung der

ihnen entgegenstehenden Handlungen ein Unrecht zu begehen. Weil aber durch das Gebot die Wahl, das Gebotene zu thun oder zu unterlassen, für aufgehoben erklärt ist, so spricht man nie von dem Rechte, sondern nur von der Nothwendigkeit, das Gebotene zu thun, und beschränkt das Wort Recht auf die bloße Befugniß zu den nicht verbotenen Handlungen.

§. 7.

Gesetze sprechen immer eine Nothwendigkeit, eine Einschränkung, mithin theilweise Aufhebung der Freiheit aus, zu thun und zu unterlassen, was man will, die Nothwendigkeit mag nun wirklich Statt finden, oder Statt finden sollen; denn Freiheit ist das gerade Gegentheil von Nothwendigkeit, mithin auch von gesetzlicher Nothwendigkeit, ist Ungebundenheit. Da nun ein Recht Gesetze voraussetzt (§. 5.), so ist es nicht einerlei mit Freiheit, sondern mit einer durch Gesetze beschränkten, auf Gesetze sich beziehenden, mit gesetzlicher Freiheit.

Gesetze der Freiheit wären also theilweise Aufhebungen der Freiheit durch die Freiheit, was undenkbar ist. Wohl aber sind Gesetze für den freien Willen des Menschen denkbar, durch welche seine Freiheit nicht aufgehoben wird, denen gemäß er aber selbst seine Freiheit soll einschränken wollen.

§. 8.

Ein Recht bedeutet jedoch immer die Freiheit der Willkühr in Verrichtung oder Unterlassung gewisser Handlungen, welche die Gesetze dem Berechtigten übrig lassen. Es entsteht daraus, daß die Gesetze diese Handlungen nicht unter die verbotenen aufnehmen, und deren Verrichtung oder Unterlassung der Willkühr des Berechtigten anheimstellen. Rechte

werden also dadurch möglich, daß nicht alle Handlungen, welche Menschen zu verrichten vermögen, durch Gesetze für unmöglich erklärt sind, und ihr Umfang oder die Menge der Handlungen, welche dem freien Willen des Menschen anheimgestellt sind, sein Rechtsgebiet, die Sphäre seiner gesetzliehen Freiheiten steht im umgekehrten Verhältnisse mit dem Umfange, d. h. der Menge der Gesetze, die er beobachten soll, und der Menge der Handlungen, welche unter den Gesetzen enthalten sind.

Der Mensch im Naturstande hat mehr Rechte und gesetzliche Freiheit, als der Bürger eines jeden Staats, und der Bürger des einen Staats hat dann mehr Rechte, als der des Andern, wenn er weniger durch positive Gesetze eingeschränkt ist. Auch schreibt sich derjenige, der blos die allgemeinen Rechtsgesetze und etwa auch die Gesetze des Staats, in welchem er lebt, beobachten zu müssen glaubt, das Recht zu mehreren Handlungen zu, als derjenige, der sämtliche Sittengesetze zu befolgen sich bestrebt.

§. 9.

Da es hienach in der Willkühr eines Jeden steht, sein Recht auszuüben oder nicht, so darf Jeder auch der Ausübung seines Rechts zu gewissen Handlungen für immer oder auf gewisse Zeit, zum Vortheil eines Andern oder ohne solche Begünstigung Anderer entsagen, darf sein Recht an Andere übertragen, die es nicht haben, darf mit andern Menschen darüber einig werden, daß sie gewisse, ihnen nach den Gesetzen zustehende Rechte nicht ausüben, oder daß sie Einzelnen das Recht, ihnen Allen zu gebieten und von Allen zu befolgende Gesetze zu geben, übertragen wollen. In allen diesen Fällen unterwirft er sich freiwillig grösseren Einschränkungen seiner Frei-

heit, als die allgemeinen Rechtsgesetze fordern, legt sich selbst entweder unmittelbar für sich allein durch einseitige oder gemeinschaftlich mit Andern durch gemeinsame Willenserklärung oder mittelbar durch Uebertragung der Gewalt, zu befehlen, an Andere, Gesetze auf, und räumt ihnen das Recht ein, ihn zu deren Befolgung zu zwingen und an ihrer Uebertretung zu hindern.

Wenn z. B. ein Gesetz verbietet, fremdes Eigenthum zu gebrauchen, so steht Jedem die Befugniss zu, herrenlose Sachen sich zuzueignen, und es hängt ganz allein von seiner Willkühr ab, seine Sache zu gebrauchen, oder seinem Eigenthumsrechte an dieselbe zu entsagen, oder es an einen Andern zu übertragen, oder mit Andern über die Bedingungen und Umstände, unter denen das Eigenthum des Einen auf einen Andern übergehen soll, übereinzukommen, oder nebst Andern einem Dritten die Vollmacht zu ertheilen, die Bedingungen des Uebergangs des Eigenthumsrechts von Einem zum Andern festzusetzen, und einen Theil ihres Eigenthums für sich anzusprechen.

§. 10.

Die durch solche einstimmige Aeufserungen der Willkühr Einzelner gegen einander oder sämtlicher Mitglieder einer Gesellschaft für dieselben aufgestellten Gesetze werden besondere, willkührliche Gesetze genannt, weil ihre Willkühr durch die Aeufserung ihres gemeinschaftlichen Willens in Ansehung der Handlungen, auf die sich dieselbe bezieht, beschränkt wird. Sie setzen aber allgemeine, für Alle schon vor der gedachten Willensäußerung gültige Gesetze voraus, vermöge welcher ihnen die Befugniss, über jene Handlungen nach Willkühr zu verfügen, und sich freiwillig durch Gesetze zu beschrän-

ken, eingeräumt ist, und die Selbstbestimmung des Willens Mehrerer durch dessen einstimmige Aeufserung für sie zum Gesetze wird; denn würde es keine solche allgemeine, Allen bekannte und jedem besondern Gesetze vorhergehende Gesetze geben, würden mithin alle Gesetze und Rechte der Menschen erst durch die Aeufserung ihres gemeinsamen Willens geschaffen werden, so würde, weil nicht alle Menschen ebendasselbe wollen, noch weniger ihren gemeinschaftlichen Willen zu gleicher Zeit gegen einander äußern können, ganz keine Gleichheit der Gesetze und Rechte unter ihnen Statt finden, und wegen der Unwissenheit des Einen von den Rechten, welche dem Andern zustehen, würde gar kein rechtlicher Verkehr unter den Völkern der Erde und ihren Mitgliedern möglich seyn. Beides findet aber der Erfahrung zufolge Statt.

Das allgemeine Recht, der Inbegriff der von allen Menschen zu beobachtenden Rechtsgesetze, wird auch das natürliche Recht genannt, weil diese Gesetze Allen vermöge ihrer Natur vorgeschrieben sind, und von Allen im Natur- wie im bürgerlichen Zustande um der menschlichen Natur willen beobachtet werden sollen, und das Vernunftrecht, weil die Vernunft als die Erkenntnisquelle oder als die Schöpferin dieser Gesetze angesehen wird, im Gegensatze gegen das willkührliche (positive) Recht, den Inbegriff der besondern Gesetze einzelner Staats-Vereine und Gesellschaften, die jedoch weder unnatürlich, noch unvernünftig sind.

§. 11.

Alle besondere Gesetze gestatten dem Einen von denen, welche ihnen unterworfen sind, eine Ausnahme oder Abweichung von den Gesetzen des allgemeinen Rechts, und legen dem Andern eine Ver-

minderung der durch Letztere übrig gelassenen Freiheiten, eine weitere Beschränkung seiner Willkühr auf, welche vermöge des allgemeinen Rechts möglich ist und gesetzlich nothwendig wird. Es wäre unnöthig, diese weitere Einschränkung der Willkühr, diese Aufhebung einzelner Rechte des Letztern und jene Vermehrung der Rechte des Erstern willkührlich festzusetzen, wenn sie schon vermöge der allgemeinen Rechtsgesetze Statt fänden. Dagegen wäre kein Mensch befugt, Abweichungen und Ausnahmen von allgemeinen Rechtsgesetzen festzusetzen, weil diese nicht durch seinen und anderer Menschen, noch durch einen allgemeinen Willen erzeugt, sondern allen Menschen wegen ihrer Natur vorgeschrieben sind, wenn nicht Jedem die allgemeinen Rechtsgesetze selbst die Freiheit einräumten, solche Abweichungen Andern zu gestatten (§. 8.), und die willkührlichen Aeufserungen eines Menschen könnten dadurch, daß auch Andere mit derselben übereinstimmend sich äußern, keine Gesetzeskraft erhalten, wenn sie solche nicht vermöge der erkannten allgemeinen Rechtsgesetze hätten.

1) Beispiele: Das allgemeine Rechtsgesetz, sich fremden Eigenthums zu enthalten, scheint durch Besitznahme einer geschenkten Sache und durch die Umlage der Staatsbedürfnisse unter die Staatsgenossen verletzt zu werden. Aber der Schenkgeber verzichtete auf sein Eigenthumsrecht an die geschenkte Sache zu Gunsten des Beschenkten, und der Staatsgenosse auf denjenigen Theil seines Vermögens, den die Staatsregierung zur Unterhaltung der zum Schutze seiner Rechte getroffenen Anstalten für nothwendig erklären würde, und beide waren kraft der allgemeinen Rechtsgesetze zu dieser Verzichtung berechtigt. — Jeder hat nach allgemeinen Rechtsgesetzen das Recht, sein Eigenthum, in

wessen Händen er es findet, jeder Zeit zurückzunehmen, aber auch die Befugniss, es nach einer gewissen (Verjährungs-) Zeit, während welcher es in den Händen eines redlichen Besitzers war, diesem unentgeltlich zu überlassen, und mit Andern über die jedesmalige Abtretung des Eigenthums nach dieser Zeit übereinzukommen. Wenn also eine solche Abtretung in einer Gesellschaft allgemein festgesetzt ist, so verletzt der redliche Besitzer durch die Beibehaltung der fremden Sache obgedachtes allgemeine Rechtsgesetz nicht. — Mit dem Tode eines Menschen werden alle ihm gehörigen Sachen herrenlos, und dürfen von Jedem in Besitz genommen werden. Die Mitglieder einer Gesellschaft übertreten aber kein allgemeines Rechtsgesetz, wenn sie auf ihr Besitznehmungs-Recht des Nachlasses eines Jeden von ihnen zu Gunsten eines Erben verzichten.

2) Durch willkürliche Uebereinkünfte und Gesetze werden allerdings Einzelnen manche ihnen durch die allgemeinen Rechtsgesetze verbotene Handlungen erlaubt, aber von denen, in deren Willkür die allgemeinen Rechtsgesetze diese Erlaubniss zu geben gestellt haben. Die willkürlichen Gesetze können jedoch defswegen so wenig, als die allgemeinen Rechtsgesetze Erlaubnissgesetze genannt werden. Ein Erlaubnissgesetz ist in jeder Hinsicht ein Unding; denn eine Erlaubniss drückt die Möglichkeit, etwas zu thun oder zu unterlassen, ein Gesetz aber die Nothwendigkeit aus, etwas zu thun, das derjenige, dem das Gesetz gegeben ist, nicht unterlassen darf und soll.

3) Die Erlaubniss, einem Dritten vermöge der allgemeinen oder besonderer Gesetze zustehende Rechte ohne dessen Zustimmung zu verletzen, darf weder ein Einzelner, noch ein besonderes Gesetz ertheilen, und jede solche Erlaubniss ist an sich selbst ungültig, wenn sie etwa aus Unkenntniss der Gesetze oder der dem Dritten zustehenden Rechte oder aus Arglist ertheilt worden ist, weil die allgemeinen Rechtsgesetze den Menschen gegeben sind.

§. 12.

Gesetze, von denen alle Menschen durch Betrachtung ihrer Natur erkennen, daß sie sie beobachten sollen, ohne zu ihrer Befolgung genöthigt zu seyn, werden Sittengesetze, Gesetze der Sittlichkeit, der Tugend genannt, weil durch ihre allgemeine Befolgung die Handlungen der Menschen mit einander in Einklang kommen. Die Gesetze des allgemeinen Rechts werden daher Sittengesetze seyn, und um ihr Verhältniß zu der gesammten Sittenlehre, ihren Unterschied von andern Tugendregeln und die Ursache desselben deutlich zu erkennen, muß zuerst der Ursprung und die eigenthümliche Beschaffenheit der Sittenregeln, und müssen sodann die allgemeinen Rechtsgesetze besonders betrachtet werden.

Jedes Gesetz über das Benehmen der Menschen spricht zunächst Einschränkungen der Freiheit aus, es mag etwas zu thun oder zu unterlassen gebieten (§. 7.), und erst daraus, daß die vorhandenen Gesetze Handlungen nicht verbieten, wird das Recht, sie nach Belieben zu verrichten oder zu unterlassen, erkannt. Gesetze unterscheiden sich zunächst und unmittelbar durch die Einschränkungen der Freiheit, welche sie vorschreiben, nicht durch die Ausdehnung derselben, welche sie zulassen, nicht durch die Befugnisse, welche aus ihrem einschränkenden Inhalte geschlossen werden, und nicht ein Recht kann von dem Andern, wohl aber eine Einschränkung von der Andern nach ihrer Größe unterschieden werden. Nicht darum ist es einem Menschen zu thun, gewiß zu seyn, daß der Andere seine Rechte ausübe; — hiezu treibt die Selbstliebe von selbst an; sondern daß er den rechtsgesetzlichen Einschränkungen gemäß lebe, denen die Selbstliebe oft entgegen ist. Daher wird das allgemeine Recht von der Sittenlehre nicht durch die Rechte, (welche beide einräumen), sondern durch

die Gesetze geschieden, die sie vorschreiben, und ein Rechtsgesetz drückt zunächst eine rechtliche Einschränkung aus.

ERSTE ABTHEILUNG. VON DEN SITTENGESETZEN.

ERSTES KAPITEL. VON DEM VERMÖGEN, GESETZE ZU ERKENNEN.

§. 13.

Gesetze sind Ausdrücke einer Nothwendigkeit, welche Statt findet oder Statt finden soll, Vorstellungen dessen, was an den Dingen und ihren Veränderungen beständig und unabänderlich ist, oder bei allen Handlungen der Menschen unveränderlich Statt finden soll. Erstere werden Naturgesetze, letztere Sittengesetze genannt.

Beide Arten von Gesetzen sind bloße Gedankendinge; aber erstere mit dem Bewußtseyn, daß sie vor ihrer Erkenntniß verwirklicht sind, Letztere mit der Ueberzeugung verbunden, daß sie durch Handlungen verwirklicht werden sollen und können.

§. 14.

Von allen Menschen müssen ebendieselben Vorstellungen nicht nur von den bestehenden Naturgesetzen, sondern auch von den Sittengesetzen, welche alle befolgen sollen, gefaßt werden können, von Letzteren, weil sonst zwar unter den Handlungen eines — nicht aber unter den Handlungen mehrerer

Menschen eine Uebereinstimmung und gegenseitige Beziehung auf einander möglich wäre.

Die Thatsachen, aus denen beide Arten von Gesetzen gefolgert werden, müssen also zum Bewusstseyn aller Menschen kommen, und Alle das Vermögen, sie aus denselben zu folgern, besitzen. Beide Arten von Gesetzen müssen aus gegebenen Thatsachen von allen Menschen auf gleiche Weise erkannt werden können.

Der Sprachgebrauch unterscheidet Maximen, von Einzelnen nach Gutdünken angenommene Regeln des Verhaltens, von Grundsätzen, die man als von Allen nothwendig anzunehmende Vorschriften erkennt, und von Gesetzen, von denen man weiß, daß Alle die darin ausgedrückte Nothwendigkeit erkennen. Der Tugendhafte macht die Befolgung aller Sittengesetze zu seiner Maxime, und erkennt sie als einen von Allen anzunehmenden Grundsatz an.

§. 15.

Alle Erkenntniß des Menschen beginnt mit sinnlicher Wahrnehmung der vorhandenen Dinge und ihrer Veränderungen, welche auf die Sinnwerkzeuge und durch diese oder unmittelbar auf den innern Sinn einwirken, und Lust oder Unlust oder keine dieser Empfindungen in ihm erregen. Eine Wahrnehmung wird aber der sinnliche Eindruck erst dadurch, daß das darin enthaltene Mannigfaltige von dem Verstande in eine Vorstellung zusammengefaßt (begriffen), und von andern Gegenständen unterschieden wird.

§. 16.

Aus mehreren Wahrnehmungen bildet der Verstand allgemeine Begriffe, indem er die einzelnen darin enthaltenen Theil-Vorstellungen (Merkmale), wel-

che ihnen gemeinschaftlich sind, von den andern absondert, und zu neuen Vorstellungen vereinigt.

Das Geschäft des Verstands besteht daher im Unterscheiden des Verschiedenen, und im Zusammenfassen des Gleichartigen in den Wahrnehmungen. Alles Denken ist nur durch Entgegensetzen möglich, und das Begreifen setzt vorhergegangene Scheidung voraus.

§. 17.

Aus der Gleichheit auf einander folgender Veränderungen an den Dingen aufser uns, an unserm Körper und Geiste, werden Gesetze über die Verbindung von Ursachen und Wirkungen, von Gründen und Folgen abgeleitet, mithin von dem Wahrgenommenen auf das nicht Wahrnehmbare, vom Sinnlichen auf das Uebersinnliche geschlossen. Dieses Geschäft wird der Vernunft zugeschrieben, welche deswegen das höhere Erkenntniß-Vermögen genannt, und als das Vermögen, das Allgemeine und Nothwendige zu erkennen, erklärt wird.

§. 18.

Aufser den aus sinnlichen Eindrücken entstehenden Empfindungen und Vorstellungen kommen zum Bewusstseyn des Menschen noch andere ihm eigenthümliche Gefühle, wie die Empfindungen der Scham und der Reue, des Mitleidens und der Mitfreude, und besondere Vorstellungen, wie die der Willensfreiheit, der Tugenden, der Gottheit, welche nicht von Wahrnehmungen äußerer Veränderungen hergeleitet werden können, und Vernunftideen genannt werden, weil die Vernunft sie aus unmittelbaren Thatsachen des Bewusstseyns erkennt. Das Bewusstseyn von der Uebereinstimmung oder der Disharmonie der Handlungen mit der Idee der Tugend heisst

insbesondere das Gewissen, (*conscientia*, *συνείδησις*) und die bei dieser Vergleichung entstehenden Empfindungen werden Gewissens-Regungen genannt, und sind eine Art von sittlichen Gefühlen.

§. 19.

Empfindungs-Vermögen, Verstand, Vernunft, Gewissen haben alle Menschen von Natur, wiewohl der Eine mehr oder weniger wirksam und vollkommen, als der Andere. Sie können nicht erworben, aber ihre Wirksamkeit kann durch innere und äufserer Ursachen gehemmt werden. Das Gewissen trägt so wenig, als gesunde Sinne und Verstand; aber seine Wirksamkeit wird durch Nichtachtung seiner Aeufserungen geschwächt. Das sittliche Gefühl kann abgestumpft, und die Vernunft kann durch die Einbildungskraft und blinden Glauben an Andere in der Erkenntniß sittlicher Ideen desto leichter irre geführt werden, da diese Erkenntniß nicht durch sinnliche Wahrnehmungen äufserer Dinge bewährt werden kann.

Insofern man sich zur Bekräftigung der Wahrheit einer behaupteten Thatsache des Bewußtseyns auf sein Gewissen, zur Bestätigung eines Urtheils oder Schlusses auf die Vernunft zu berufen pflegt, kann man eher von Verirrungen des Verstands und der Vernunft, als des Gewissens reden.

§. 20.

Von der verschiedenen Wirksamkeit und Empfänglichkeit der Vorstellungs- und Empfindungs-Vermögen der Menschen rührt die grofse Verschiedenheit ihrer Vorstellungen und Urtheile, zumal über sittliche Gegenstände, und selbst ihrer Empfindungen

her. In den Vorstellungen wahrgenommener äußerer Gegenstände stimmen aber alle Gesunde, in den Urtheilen über den sittlichen Werth der Handlungen alle Gewissenhafte überein. Die Begriffe und Urtheile Einzelner über wahrnehmbare Gegenstände werden daher durch die Zustimmung Mehrerer und die Folgerungen Einzelner durch die Gründe, aus denen auch Andere ihnen beitreten, bestätigt, und Aufmerksamkeit auf die sittlichen Gefühle, Nachdenken über die Ursachen ihres Entstehens und Mittheilungen mit Andern sind die einzigen Mittel, richtige Erkenntnisse von sittlichen Gegenständen zu erlangen.

ZWEITES KAPITEL. VON DER BESCHRÄNKTEN WILLENSFREIHEIT DES MENSCHEN.

§. 21.

Die Vorstellung einer Nothwendigkeit erhält der Mensch zuerst durch die Wahrnehmung, daß gleichartige Körper auf seinen und andere Körper immer auf gleiche Weise einwirken, daß sie die Bewegung, in welche sie durch eine Kraft gesetzt werden, nicht unterlassen, noch in andern Körpern zu einer Zeit eine andere Veränderung, als zu einer andern Zeit unter gleichen Umständen hervorbringen können. Die wirkende Kraft wird die Ursache, die hervorgebrachte Veränderung ihre Wirkung, und die Art, wie eine Kraft wirkt, ein Naturgesetz genannt, weil man die Summe der in der Welt befindlichen Dinge, besonders aber ihrer wirkenden Kräfte, die Natur zu nennen pflegt.

§. 22.

Unabänderlichen Naturgesetzen gemäß wirken nicht bloß die Kräfte aller Körper mechanisch und chemisch auf einander, sondern auch die besondern Lebenskräfte organisirter Körper auf deren einzelne Theile, und die letztern Kräfte bewirken in solchen Körpern Bewegungen und Triebe, gewisse Veränderungen an andern Körpern vorzunehmen, welche die Erhaltung des einzelnen Lebendigen und seiner Gattung zur Folge haben. Die Empfindung dieser Wirksamkeit der Lebenskräfte wird Neigung, Begierde, Trieb, und wenn die Erhaltung des Einzelnen von der Befriedigung derselben abhängt, Bedürfnis genannt, von jedem Menschen an sich selbst wahrgenommen, und auch andern Empfindung äußernden Lebendigen deswegen zugeschrieben, weil sie gleichfalls ohne eine äußerlich sichtbare Ursache gleiche Veränderungen in den zu ihrer Erhaltung dienenden Dingen hervorbringen. Während aber andere Lebendige ihren Trieben und Begierden folgen, ohne zu wissen, daß hiedurch die Zwecke der Natur, Erhaltung ihrer Selbst und ihrer Gattung, erreicht werden, erkennt der Mensch die Befriedigung der Bedürfnisse, als ein Naturgesetz aller Lebendigen.

§. 23.

Durch tägliche Empfindung und Beobachtung erkennt sich der Mensch, von Kindheit an sowohl den allgemeinen Naturgesetzen aller Körper, als auch den besondern Naturgesetzen der lebendigen Naturerzeugnisse, so lange er lebt, unterworfen, und deswegen genöthigt, diejenigen Handlungen zu verrichten, welche zu Befriedigung der von ihm gefühlten Bedürf-

nisse und zu Erlangung der dazu tauglichen Mittel verrichtet werden müssen. Vermöge dieser Unterwerfung steht er das ganze Leben hindurch in beständiger Wechselwirkung mit den ihn umgebenden Dingen, ihren Kräften und Veränderungen, und ist sein Daseyn und Fortleben, der Umfang und die Stärke der Kräfte seines Körpers und Geistes, überhaupt sein ganzer jeweiliger Zustand von den Einwirkungen äußerer Dinge auf ihn und seiner Einwirkung auf dieselben, und insbesondere davon abhängig, daß er die Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse sich verschafft und gebraucht.

Wie andere Lebendige wird er durch Verbindung zweier Geschlechter gezeugt, nach einer bestimmten Entwicklungszeit geboren, wächst an Körper- und Geisteskräften allmählig bis zu einer gewissen Reife, muß sich das ganze Leben hindurch die tägliche Nahrung und Schutzmittel gegen unzählige Uebel und Krankheiten zu verschaffen suchen, und nimmt bei vorgerückten Jahren wieder an Kräften ab, bis er stirbt.

§. 24.

Wegen seiner Unterwerfung unter die Natur ist sein Zustand von äußern, ohne sein Zuthun erfolgenden Veränderungen, mithin auch den Handlungen Anderer abhängig, und vermag er keine andere Zwecke zu verfolgen, als die Abwendung der Uebel, die ihn und Andere bedrohen, und die Verbesserung seines und Anderer Zustands, noch andere Handlungen zu verrichten, als welche das Maß seiner Kräfte und die Kräfte der von ihm gebrauchten Dinge gestatten. Die Art und Menge der ihm möglichen Handlungen ist durch die Natur beschränkt, und die Zwecke, die er ausführen kann, sind durch die Natur begrenzt.

§. 25.

Zwecke sich vorzusetzen, d. h. durch die Vorstellung einer künftigen Veränderung sich zu deren Hervorbringung bestimmen zu lassen, vermag er indeß nur, weil er seine und anderer Dinge Kräfte, ihre Einwirkungen auf einander, seine Neigungen und Bedürfnisse kennen zu lernen, den Wiedereintritt der Letztern vorauszuwissen und die natürliche Nothwendigkeit ihrer zeitigen Befriedigung einzusehen fähig ist.

§. 26.

Die Erkenntniß seiner Abhängigkeit von der Natur, die er nur allmählig durch Erfahrung erlangt und erweitert, macht ihn der Willensfreiheit fähig, des Vermögens, seinen Trieben und Begehrungen nicht augenblicklich und blindlings folgen zu müssen, ihnen sogar entgegen zu wirken, die Empfindungen und Vorstellungen, welche sie veranlassen, durch andere willkührlich zu verdrängen, für die Befriedigung seiner Bedürfnisse vor ihrer Entstehung zu sorgen, unter den Mitteln zur Erreichung beliebiger Zwecke zu wählen, durch mechanische und chemische Zerlegung und Zusammensetzung von Körpern und körperlichen Stoffen neue hervorzubringen, auf Vergnügungen wegen der darauf folgenden Uebel zu verzichten, und sich Uebeln zu Erreichung eines größern Guts zu unterziehen.

§. 27.

Der Freiheit seines Willens wird er sich erst, wenn seine Geisteskräfte sich entwickeln, durch Beobachtung ihrer Thätigkeit, mithin durch innere Wahrnehmung und nur im Gegensatze gegen das Gefühl

seiner Abhängigkeit von der Natur bewußt. In den Handlungen anderer Menschen kann er nur Aeufserungen ihrer körperlichen Kräfte, nicht den freien Entschluß erkennen, aus dem sie hervorgehen. Sieht er sie aber Handlungen verrichten, die in ihren geäußerten Begierden nicht ihren Grund haben, oder einen entfernten Zweck durch Arbeiten verfolgen, oder neue Werke ausführen, so muß er ihnen gleichfalls das Vermögen zuschreiben, zwar nicht gegen die Naturgesetze, aber nicht blos von Naturursachen abhängig, auf die Dinge zu wirken, und sie zu ihren beliebigen Zwecken zu gebrauchen.

§. 28.

Die Willensfreiheit des Menschen ist eine zu seinem Wesen gehörige, angeborene Kraft und Eigenschaft seines Willens, die nicht erworben werden kann, in gewissen Zuständen, z. B. in der ersten Kindheit, der Verstandsabwesenheit, der Bewußtlosigkeit, dem Gefühle eines augenblicklich zu befriedigenden Bedürfnisses ganz fehlt, durch den Nachlaß der Verstandskräfte und körperliche Hindernisse vermindert und gehemmt werden kann, deßwegen durch Vermeidung und Entfernung solcher Hindernisse, so weit dieselbe ihm möglich ist, behauptet werden muß.

§. 29.

Der Mensch kann zwar die Grenzen der für möglich erkannten Handlungen überschreiten wollen und nach dem Uebersinnlichen streben. Wenn er aber auf irgend eine Art seinen Willen äußern will, ist er durch das Maas der ihm verliehenen Kräfte seines Geistes und Körpers, durch die Kräfte der Dinge,

die er seinem Willen unterwerfen kann, durch den ursächlichen Zusammenhang ihrer Veränderungen unter sich und mit ihm und durch seine Kenntniß derselben auf die ihm möglichen Handlungen eingeschränkt (§. 24.).

§. 30.

Er kann das Ziel seines Strebens in das Unendliche hinausrücken; aber alle Zwecke, die er durch Handlungen erreichen kann, sind von der Natur auf seine und Anderer Erhaltung, Vervollkommnung und Beglückung und die Mittel zu diesen Zwecken auf die ihm von der Natur dargebotenen beschränkt (§. 24.). Er kann sich den Einschränkungen, die seine Verbindung mit der Körperwelt mit sich führt, durch den Tod entziehen, dieses aber nur durch die von der Natur gegebenen Mittel bewirken, und, wenn er sich im Leben erhalten will, ist sein Fortleben und seine Thätigkeit von natürlichen Bedingungen abhängig (§. 23.).

§. 31.

Seine Willensfreiheit ist daher nicht völlige Unabhängigkeit des Willens von Einwirkungen natürlicher Kräfte, von Begierden und Bedürfnissen, nicht eine unabhängige Selbstthätigkeit des Geistes, und sie äußert sich nicht bloß durch Handlungen, die den natürlichen Trieben entgegenlaufen. Sie kann sich vielmehr nur durch eine mit seiner Abhängigkeit von der Natur vereinbare Handlungsweise äußern, und besteht allein in der Wahl der Mittel zu Befriedigung seiner Begierden und Bedürfnisse, so wie zu Vermehrung seines Wohls und des Wohls Anderer und zu Abwendung von Uebeln von sich und Andern, in einer Wahl,

die durch seine Kenntniß von den Dingen und ihrer Tauglichkeit zu diesen Zwecken bestimmt wird. Sie wird sogar, so oft er ein wahres dringendes Bedürfnis hat, durch die natürliche Nothwendigkeit, es zu befriedigen, d. h. durch die Gewalt der Natur für den Augenblick aufgehoben, und muß vor dieser Gewalt dadurch von ihm geschützt werden, daß er seinen Bedürfnissen vor ihrer Entstehung begegnet (§. 22, 23.).

Gewalt heißt jede Aeufserung der Kraft eines Naturdings gegen ein Anderes, insbesondere aber wird die Einwirkung einer innern oder äußern Kraft auf den Willen eines Menschen Gewalt und, wenn er ihr nicht widerstehen kann, (physischer) Zwang genannt. Neigungen, Empfindungen, Begierden, so wie Einwirkungen äußerer Dinge und Menschen auf den Körper und den gesammten Zustand eines Menschen äußern mehr oder weniger Gewalt über seinen Willen, und zwingen ihn zur Unterlassung oder Verrichtung von Handlungen, wenn er ersteren durch die Kraft des Willens, letzteren durch die Kräfte seines Körpers nicht zu widerstehen vermag.

§. 32.

Seine Abhängigkeit von der Natur wird nemlich durch seine Willensfreiheit nicht aufgehoben, sondern dauert das ganze Leben hindurch auf gleiche Weise fort. Seine Lebenskräfte erregen in seinem Körper, wie in dem thierischen, Begierden und Bedürfnisse der täglichen Nahrung und Nothdurft, und die äußern Dinge und Veränderungen wirken auf seinen Körper und durch diesen auf seine Geisteskräfte ebenso ein, wie wenn er keinen freien Willen hätte. Er muß daher seine täglichen Bedürfnisse befriedigen, sich gegen alle nachtheilige Einwirkungen von Außen zu schützen suchen, und sich erst selbst einen Wirkungskreis, in welchem sein Wille sich mit einiger Frei-

heit bewegen kann, dadurch schaffen, daß er hinreichende Mittel zu Befriedigung seiner Bedürfnisse und zu Abwendung der Uebel, die ihm bevorstehen können, vor ihrem Eintritte erwirbt, die Zwecke der Natur, seine Erhaltung, Vervollkommnung und Beglückung, zum Zwecke seines Willens, und die äußern Dinge zu Erreichung dieser Zwecke tauglich macht und gebraucht. Durch Erwerbung mehrerer Mittel zu Befriedigung seiner Bedürfnisse und zum Schutze gegen mögliche Uebel wird er erst fähig, unter denselben eine Wahl zu treffen und sie nach Willkühr zu verwenden, mithin von der Gewalt der Natur unabhängiger, und er kann diese beschränkte Freiheit erlangen, weil er seine fortdauernde Abhängigkeit von ihr erkennt, und die Mittel dagegen kennen und gebrauchen lernt.

Keine Spur eines freien Willens entdeckt man an dem neugeborenen Kinde. Seine Empfindungen, Begierden und Triebe bestimmen alle seine Kraftäußerungen und Bewegungen. Nur in dem Maße, als das Kind die Wirkungen verschiedener äußern Dinge auf seine sinnliche Empfindungen kennen lernt, fangt es an, unter denselben diejenigen zu wählen, von deren Gebrauche es angenehmere Wirkungen erwartet, und wird von seinen Bedürfnissen desto unabhängiger, je leichter es sie befriedigen kann.

§. 33.

Die Mittel zu Befriedigung seiner Bedürfnisse und zum Schutze gegen Uebel, die ihn treffen können, und ebendamit die Fähigkeit, frei zu handeln, welche Menschen erreichen können, muß sich Jeder, der die Kräfte dazu hat, durch eigene Thätigkeit erwerben; denn Jeder kennt seine jeweiligen Begierden und Bedürfnisse, da sie in ihm entstehen, allein genau,

und kann besser als Andere sowohl die Mittel, sie zu befriedigen, als auch die Uebel, die ihm äussere Einwirkungen vermöge seiner Lage verursachen können, und die Mittel, ihnen zuvorzukommen, aus seinen Erfahrungen beurtheilen. Er wird über diese Mittel grösstentheils durch seine Empfindungen, Triebe und Wahrnehmungen belehrt, und zu ihrer Erwerbung angetrieben.

§. 34.

Die äussern Dinge muß er daher wegen des Nutzens, den ihr Gebrauch zu Befriedigung möglicher Begehrungen und Bedürfnisse, so wie zu Abwendung möglicher Uebel ihm gewähren kann, zu erlangen suchen, und die Erworbenen als Güter schätzen, die ihm zu Stillung, wo nicht gegenwärtiger, doch künftiger Bedürfnisse, und in allen Fällen zur Erweiterung seiner Fähigkeit, nach Willkühr zu handeln, dienen. Sie haben zwar nur einen relativen Werth, sofern sie Mittel zur Erhaltung der angeborenen Güter sind, welche einen unbedingten Werth haben, und durch keine andern ersetzt, zum Theil auch von dem, der sie verloren hat, nicht wieder erlangt werden können, wie das Leben, die Gesundheit des Geistes und des Körpers, die Unverletztheit des Letztern, die Kräfte beider und die Willensfreiheit. Die erworbenen Güter sind aber zu diesem Zwecke unentbehrlich, und da manche, (wie namentlich die Erde,) dem Bearbeiter erst in der Folge die Befriedigungsmittel seiner Bedürfnisse gewähren, so muß vorausgesetzt werden, daß er die erworbenen und zu seinem Zwecke tauglich gemachten Dinge fortdaurend besitzen wolle. Ein Eigenthum zu haben, ist für Jeden Bedürfnis, und, wenn auch Andere gewisß wissen könnten, daß

Jemand einer von ihm erworbenen Sache niemals bedürfen werde, so müssen sie doch ihre Erwerbung für ein Zeichen ansehen, daß er sie zu Befriedigung seiner Bedürfnisse für nothwendig oder zu Erweiterung seiner Fähigkeit, frei zu handeln, für dienlich halte, und sie deßwegen erworben habe.

§. 35.

Zur Erwerbung nützlichen Eigenthums und Entfernung der Hindernisse der Willensfreiheit, die das Gefühl dringender Bedürfnisse ihrer Aeufserung entgegenzusetzen würde, so wie zu Beschützung der angeborenen Güter gegen die mancherlei Gefahren ihres Verlusts, denen jeder Mensch ausgesetzt ist, wird Kenntniß der äufsern Dinge und ihrer Einwirkung auf den Zustand des Menschen, ihrer Nützlichkeit und Schädlichkeit, die nur durch Erfahrung erlangt wird, und werden zureichende körperliche Kräfte erfordert, um sie dem Willen unterwerfen zu können, welche dem Menschen, wie jene Kenntniß, erst mit dem langsamen Wachstume und der Entwicklung seines Körpers und Geistes allmählig, und Jedem nur in einem beschränkten Maafse zu Theil werden. Diejenigen, welche sie noch nicht besitzen, würden daher, ehe sie zum Bewußtseyn ihres freien Willens gelangten, unter der Gewalt der Natur unterliegen, wenn nicht Andere, die es vermögen, für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse, so weit sie ihnen bekannt sind, sorgen würden.

§. 36.

Von jedem verständigen Erwachsenen, dem es nicht an körperlichen Kräften fehlt, wird hingegen vorausgesetzt, daß sein freier Wille der Urheber

aller seiner Handlungen und Unterlassungen sey, weil er die Nothwendigkeit der zeitigen Befriedigung seiner Bedürfnisse und der Erwerbung der dazu tauglichen Mittel einsieht, und daß die Aeufserungen seines freien Willens in Erwerbung derselben durch die Erkenntniß dieser Nothwendigkeit und der Abhängigkeit seiner freien Willensäußerungen von dem Besitze jener Mittel bestimmt seyen. Die von Jedem erworbenen Dinge werden daher von Andern als Ergänzungsstücke seines freien Wirkungskreises betrachtet (§. 34.), und jede Entziehung derselben, jede Verhinderung ihrer Erwerbung durch Gewalt, jede Bestimmung seines Willens durch Erweckung unrichtiger Vorstellungen von den Gegenständen seiner Begehrungen oder durch Androhung von Uebeln im Falle der Verrichtung oder Unterlassung einer Handlung, ist eine Einschränkung seiner Fähigkeit, frei zu handeln.

Die Bestimmung des Willens eines Andern durch absichtliche Täuschung heißt Betrug, und bewirkt ebenso wohl, als die Furcht vor unabwendlichen Uebeln, einen Geisteszwang (psychologischen Zwang), der die Freiheit seines Willens, eine gewisse Handlung zu verrichten oder zu unterlassen, aufhebt, indem der Getäuschte und Bedrohte deswegen das nicht will, was er sonst wollen würde. Der Geisteszwang hebt die Freiheit, etwas zu wollen, selbst, der physische nur die Aeufserung des freien Willens auf; jener nöthigt sowohl zur Verrichtung als zur Unterlassung, dieser nur zur Unterlassung gewisser Handlungen. Ohne vorher zugefügte Uebel oder physischen Zwang empfunden oder wahrgenommen zu haben, würde zwar Niemand angedrohte Uebel fürchten. Da aber der Wille des denkenden Menschen erst durch die vorherige Erkenntniß und Vermeidung physischer Nothwendigkeit frei wird, so ist die Furcht vor unvermeidlich bevorstehen-

den Uebeln ebenso zwingend, als das Gefühl der erlittenen physischen Gewalt, und beide Arten von Zwang heben die Freiheit der Wahl zwischen der Verrichtung und der Unterlassung der Handlung auf, indem sie zwischen zwei Uebeln, demjenigen, welches in der Verrichtung der Handlung gefunden wird, und dem im Falle ihrer Unterlassung Bevorstehenden, zu wählen nöthigen. Diese Nöthigung zur Wahl zwischen zwei Uebeln wird in der Stelle des römischen Rechts (L. 21. §. 5. D. quod metus causa: quanquam, si liberum esset, noluissem, tamen coactus volui), welche man zum Beweise der Rechtskraft aller erzwungenen Verträge anführt, nicht beachtet, sondern diese Wahlfreiheit mit der Freiheit der Wahl zwischen der Handlung und ihrer Unterlassung, welche allein wahre Freiheit ist, verwechselt.

DRITTES KAPITEL.

VON DEN VERSCHIEDENEN SITTENGESETZEN.

§. 37.

Außer den Gesetzen, die eine stets Stattfindende natürliche Nothwendigkeit ausdrücken, wird sich der Mensch einer Nothwendigkeit bewußt, die bei seinen freien Handlungen Statt finden soll, wenn sie gleich zuweilen bei den Handlungen der Menschen nicht wirklich ist, die mithin, wie die natürliche, absolut, unbedingt, unveränderlich, aber ideal ist, und real werden soll. Die Ausdrücke dieser Nothwendigkeit werden Sittengesetze genannt (§. 13.).

§. 38.

Die Sittengesetze können, da sie nicht immer befolgt werden, nur freien Wesen vorgeschrieben seyn, die nicht bloß durch Naturursachen nach Natur-

gesetzen zu Kraftäufserungen bestimmt werden, sondern mit freiem Willen, wenn gleich blos Naturgesetzen und der Kenntnifs derselben gemäß, handeln können. Sie setzen also Freiheit des Willens als eine Eigenschaft des Handelnden voraus, die sie weder zu gründen und zu bewirken haben, noch untergraben und aufheben können (§. 28.), und legen ihm Verbindlichkeiten (Pflichten) auf, denen gemäß er seine ungebundene Freiheit, alles ihm nach Naturgesetzen Mögliche zu thun, freiwillig einschränken soll.

§. 39.

Die Sittengesetze müssen dem Menschen gegeben seyn, und von Jedem aus Thatsachen des Bewusstseyns gefolgert werden können (§. 14.), nicht aber durch den Willen der Menschen erst festgesetzt werden; denn da dieser ungleichartig und veränderlich ist, so würde der Eine diese Handlungsweise, der Andere das Gegentheil zur Regel machen wollen. Sie würden also, wenn sie aus dem Willen der Menschen entsprängen, nicht unbedingt, unveränderlich und mit dem Bewusstseyn der steten Verbindlichkeit Aller zu ihrer Befolgung verknüpft seyn.

§. 40.

Auch sie werden, wie die Naturgesetze, von der Vernunft aus dem häufigen Eintritte von Gefühlen, und Wahrnehmungen geschlossen, aber von eigenthümlichen Gefühlen, die nicht aus sinnlichen Eindrücken, sondern bei der Betrachtung der eigenen und fremden Handlungen und ihrer Folgen unmittelbar entstehen, und zuweilen mit den Empfindungen sinnlicher Lust und Unlust gerade im Widerspruche ste-

hen, und von Wahrnehmungen des Bewußtseyns, denen keine sinnliche Anschauung, sondern das unmittelbare Wissen, was an den Handlungen gefalle und missfalle, zum Grunde liegt (§. 18.). Aus dieser Ursache wird ihnen ein übersinnlicher Ursprung zugeschrieben.

§. 41.

Angenehme Empfindungen der Zufriedenheit und des Wohlgefallens erregt die Betrachtung der Handlungen dessen, der z. B. durch Erwerbung und Anwendung nützlicher Kenntnisse seine Geisteskräfte ausgebildet, durch Arbeiten und die Wahl zweckmäßiger Mittel sein Wohl befördert, seine Neigungen, Begierden und Leidenschaften zu beherrschen gelernt, Gefahren und Uebel durch kräftigen Widerstand von sich abgewendet, und unvermeidliche Leiden geduldig ertragen hat. Scham und Reue, Missfallen und Abscheu fühlt und erregt dagegen Derjenige unwillkührlich, der die Sorge für sein Wohl vernachlässigt, sich durch Begierden und Leidenschaften zu unmäßigen Sinnesgenüssen und unbesonnenen Handlungen hinreißen läßt, oder gar in der Noth, worein er sich durch Arbeitsscheu und Feigheit selbst versetzt hat, zu ehrlosen Handlungen seine Zuflucht nimmt.

§. 42.

Aus diesen Gefühlen und Wahrnehmungen erkennt Jeder die Arbeitsamkeit, Selbstherrschaft, Mäßigkeit, Unerschrockenheit, Geduld u. s. w. als Tugenden, und leitet von ihnen Pflichten gegen sich selbst her, die er wegen der Vortheile, welche ihre Erfüllung, und der Nachtheile, die ihre Nichterfül-

lung für ihn selbst nach sich zieht, auch dann beobachten soll, wenn er durch natürliche Neigungen zu den entgegengesetzten Untugenden der Arbeitscheu, Unmäßigkeit u. s. w. angereizt wird. Sie sind Folgerungen aus der Erkenntniß der Hindernisse, welche die letztgedachten Untugenden der Erreichung der Naturzwecke seines Daseyns, seiner Erhaltung und Vervollkommnung, in den Weg legen, beruhen also auf der Voraussetzung, daß die Verfolgung dieser Zwecke dem Menschen geboten sey, und fordern nur die Unterdrückung derjenigen Neigungen durch die Kraft des Willens, welche die Erreichung jener Zwecke hindern würden.

1) Die Erhaltung des Lebens wird daran, daß es sich der Mensch nicht selbst gegeben hat, als ein durch eine unbedingte Pflicht gebotener Zweck, sofort z. B. aus dem Bedürfnisse der täglichen Nahrung die Verbindlichkeit, sich dieselbe durch Arbeit zu verschaffen, aus den Wirkungen unmäßiger Genüsse auf den Gebrauch der Geistes- und körperlichen Kräfte die Sittenpflicht der Mäßigkeit hergeleitet. Die Einschränkung des freien Willens nach diesen Pflichten ist sittlich nothwendig, weil der Mensch durch seine Willensfreiheit einerseits der Nothwendigkeit entbunden ist, den Naturtrieben, die ihn oft vor Selbstbeschädigung verwahren würden, jeder Zeit zu folgen, andererseits aber auch zu den größten Verirrungen, selbst von dem Wege der Natur, fähig wird.

2) Mit den meisten der zu jenen sittlich gebotenen Zwecken führenden Handlungen ist die Empfindung sinnlicher Lust verbunden, und der Genuß mancher sinnlichen Vergnügungen ist sogar Bedingung der Ausbildung und Uebung geistiger und sittlicher Anlagen, mithin, sich solche immer zu versagen, pflichtwidrig. Der Genuß sinnlichen Wohls ist also an sich selbst nicht unsittlich, die Sittlichkeit nicht der Sinnlichkeit, die Pflicht nicht

der Neigung entgegengesetzt. Aber das sinnliche Vergnügen zum Endzwecke seiner Handlungen machen, und nach Jedem ohne Rücksicht auf seine nachtheilige Folgen streben, ist beschämend, erniedrigend, unsittlich. Nur in dem Endzwecke der Selbsterhaltung und möglichsten Vervollkommnung seiner Selbst fällt die sittliche Nothwendigkeit mit der natürlichen zusammen, und sinnliches Wohl hat nur als Gefährte und Folge sittlicher Vollkommenheit wahren Werth.

§. 43.

Gleiche Gefühle des Wohlgefallens erregen die eigenen und fremden Handlungen, durch welche einem Nothleidenden die nöthige Unterstützung gereicht, die Wünsche eines Wohlthäters erfüllt, von Andern Uebel abgewendet und zur Beförderung ihres Wohls Opfer gebracht wurden, und wieder entstehen Reue, Mißbilligung, Unwillen und Abscheu bei der Wahrnehmung, daß solche Handlungen unterlassen, oder gar Andern ein Gut entzogen, sie an Erwerbung eines Guts ohne Grund gehindert, oder ihnen überhaupt unverschuldete Uebel zugefügt worden sind. Mitgefühl mit den Freuden und Leiden derer, mit denen sie in näherer Verbindung leben, und das Bestreben, jene zu vermehren, diese zu vermindern, zeigen selbst die rohesten Menschen, und an dem eigenen und Anderer Wunsche, die Tugenden der Menschenliebe, der Mildthätigkeit, der Dankbarkeit, der Gerechtigkeit, von Andern gegen sich unter gleichen Umständen beobachtet und seine Erhaltung und Vervollkommnung dadurch befördert zu sehen, erkennt Jeder sich und alle Menschen zu ihrer Ausübung verpflichtet.

§. 44.

Der Grund aller Tugenden und Pflichten gegen sich selbst und Andere ist der absolute Werth des Menschen, dessen Vollkommenheit und Wohl als Endzweck der ganzen Natur erscheint, und der nicht wie andere Naturerzeugnisse, um Anderer, sondern um seiner Selbst willen da ist. Aus der Erkenntniß dieses Werths folgt aber noch nicht die Verbindlichkeit, ihn in seiner eigenen Person und der Person jedes Andern zu achten, sondern erst aus dem unbedingten Pflichtgebote, das aus unwillkührlichen Regungen des Gewissens erkannt wird.

§. 45.

Die verschiedenen Pflichten gegen sich selbst und Andere erkennen alle Menschen auf gleiche Weise, und schätzen ihre Beobachtung als Tugenden, wenn sie auch einige von ihnen nicht beobachten oder gar verletzen; denn da Alle gleiche Vorstellungen von ihrem Wohl und den Beförderungsmitteln desselben erhalten, und die Wirkungen ihrer Handlungen auf das Wohl und Wehe Anderer auf gleiche Weise erkennen, und von dem Letztern mitgerührt werden, so kann der Eine nicht Handlungen an sich selbst oder wegen ihrer Folgen lobenswerth finden, welche der Andere mißbilligt.

§. 46.

Durch Erfüllung der Pflichten gegen sich selbst befördert Jeder sein eigenes Wohl; durch ihre Verletzung vermindert und zerstört er es (§. 42.). Auf das Wohl Anderer hat sie keinen unmittelbaren Einfluß, sondern nur in sofern, als, wer sich selbst nicht

achtet, Andere noch weniger zu achten geneigt ist, als ferner das Beispiel ihrer Verletzung Andere zu gleichen Untugenden reizen kann, und als die Erhaltung des Einen oft für Andere wichtig ist, und für diejenigen, die ohne seine Vorsorge Noth leiden würden, unentbehrlich seyn kann (§. 35). Von allen möglichen Verletzungen dieser Pflichten könnte aber kein Mensch von Andern auf andere Weise abgehalten werden, als indem sie ihm die Mittel, frei zu handeln, entziehen, mithin durch Verletzung ihrer Pflichten gegen ihn.

Deshwegen ist es für das Wohl der Menschen sehr wichtig, daß sie von Kindheit an über die natürlichen Folgen der Verletzung der Pflichten gegen sich selbst belehrt, zu ihrer freiwilligen Erfüllung geneigt gemacht, und daran gewöhnt werden, was eine Hauptaufgabe der Erziehung ist.

§. 47.

Dagegen steht die Erfüllung und Verletzung der Pflichten gegen Andere in direkter Verbindung mit ihrem Wohle und Wehe, und wird erstere von Jedermann vorzugsweise als Tugend geschätzt, weil zu solcher nicht ebenso, wie zur Erfüllung der Pflichten gegen sich selbst, wohl aber häufig zu ihrer Verletzung die natürlichen Neigungen antreiben, mithin zu ihrer Beobachtung gewöhnlich eine grössere Willenskraft (*virtus*) erforderlich ist; denn um Andern diejenigen ihrer Güter, die Jemand zu erhalten wünscht, oder deren er bedarf, nicht zu entziehen, muß er seine Begierde nach ihrem Besitze besiegen. und um Uebel von Andern abzuwenden, oder ihr Wohl zu befördern, muß er Kräfte und Güter zu ihrem

Besten aufwenden, die er zu Beförderung seines eigenen Wohls verwenden könnte.

§. 48.

Für seine eigene Erhaltung und Vervollkommnung zu sorgen, und deswegen so viele dazu taugliche Mittel zu erwerben, als er zu diesem Zwecke für nützlich hält, ist Jeder sich selbst schuldig; denn es ist Bedingung seiner Fähigkeit, frei zu handeln und freiwillig Pflichten zu erfüllen (§. 32.). Die Pflichten gegen Andere können daher nicht ohne Beeinträchtigung der Pflichten gegen sich selbst in ihrem ganzen Umfange beobachtet werden, und da beide Hauptgattungen von Pflichten beobachtet werden sollen (§. 44.), so muß die Erfüllung der Pflichten gegen sich selbst durch die Rücksicht auf die Pflichten gegen Andere begrenzt werden und umgekehrt.

§. 49.

Die Erfüllung der Pflichten gegen sich selbst kann durch die positiven Pflichten gegen Andere (der Abwendung sie bedrohender Uebel und der Beförderung ihres Wohls) nicht eingeschränkt werden, da jene, wie diese nur durch (positive) Handlungen, die von Letzteren das gerade Widerspiel sind (§. 47.), erfüllt werden können, da ihre Beobachtung Bedingung der Erfüllung aller andern Pflichten ist (§. 32.), und da sie sowohl wegen der Abhängigkeit des Menschen von der Natur, als wegen der Nothwendigkeit, die Fähigkeit, frei zu handeln, zu behaupten, von Jedem in beliebiger Ausdehnung müssen erfüllt werden können, mithin den positiven Pflichten gegen Andere vorgehen.

§. 50.

Dagegen kann die Beobachtung der Pflichten gegen sich selbst durch die negative Pflicht gegen Andere, Niemanden ein Uebel zuzufügen, begrenzt werden, weil dieselbe nur die Unterlassung solcher Handlungen fordert, durch welche der Handelnde zwar eine Pflicht gegen sich selbst erfüllen, einem Andern aber ein Uebel zufügen würde, und weil Jeder seinen Pflichten gegen sich selbst durch keinem Menschen schädliche Handlungen Genüge leisten kann. Man erhält hiedurch eine sowohl dem Handelnden, als auch jedem Andern bekannte und bestimmte Grenze, über welche hinaus Niemand die Erfüllung der an und für sich nicht begrenzten Pflichten gegen sich selbst ausdehnen soll.

§. 51.

Diese Grenzbestimmung in Ausübung der Pflichten gegen sich selbst ist nicht bloß sittlich geboten, sondern überdies mit der Erkenntniß einer natürlichen Nothwendigkeit verbunden, in welcher sich Alle befinden, die Beobachtung dieser negativen Pflicht gegen sie von jedem Andern zu verlangen; denn Keiner könnte die den Pflichten gegen Andere vorgehenden Pflichten gegen sich selbst erfüllen, wenn er nicht diejenigen, welche ihm ohne seine Schuld Uebel zufügen wollen, hieran hinderte. Jeder erkennt es als ein natürliches Bedürfnis, alle Uebel, mithin auch diejenigen, die ihm Andere zufügen wollen, von sich abzuwenden, weil der Zweck seiner Handlungen, die Erhaltung und Erwerbung von Gütern, die er zu seinem Wohle für nöthig oder dienlich hält, durch das Uebel vereitelt wird, und da

allen Andern dieses sein Bedürfnis und seine darauf sich gründende Pflicht gegen sich selbst bekannt ist, so kann Keiner verpflichtet seyn, die ihm ohne seine Schuld von Andern zugefügten oder bevorstehenden Uebel nicht von sich abzuwehren. Jeder muß Andere zur Unterlassung der darauf gerichteten Handlungen nöthigen dürfen. Da nun jeder Zwang für den Gezwungenen ein Uebel ist, so wird für den Einen die Verletzung der negativen Pflicht gegen einen Andern wegen der Unterwerfung Aller unter die Natur dann sittlich möglich, wenn dieser Letztere eben diese negative Pflicht gegen den Ersten verletzen will, oder verletzt hat.

§. 52.

Die Beobachtung der positiven Pflichten gegen Andere, z. B. der Wohlthätigkeit, kann, durch die Pflichten gegen sich selbst auf die Verwendung entbehrlicher eigener Güter zum Besten Bedürftiger und solcher, deren Wohl dem Wohlthäter Freude macht, und machen soll, um so mehr beschränkt werden, als Jeder die Pflicht gegen sich selbst hat, für sein Wohl selbst zu sorgen. Man gelangt hiedurch aber zu keiner bestimmten, für Alle erkennbaren Grenze der positiven Verbindlichkeit gegen Andere; denn nur der Wohlthäter, nicht immer auch Andere vermögen darüber zu urtheilen, ob und welche Güter ihm entbehrlich seyen, welcher Personen Wohl ihm Freude mache und machen soll, und ob er Ursache habe, der angeblichen Bedürftigkeit eines Andern Glauben beizumessen. Positive Tugend-Pflichten gegen Andere können überdies nicht von Jedem gegen Alle erfüllt werden, weil Keiner die nöthigen Kräfte und Mittel

dazu besitzt. Sie müssen durchaus freiwillig beobachtet werden, und Jeder muß verpflichtet seyn, keinen Andern zur Beobachtung derselben zu nöthigen.

§. 53.

Es gibt daher zweierlei Gesetze des Verhaltens der Menschen gegen einander und daraus folgende Pflichten, Gesetze der Gerechtigkeit und Gesetze der Menschenliebe (Güte). Erstere beschränken sich darauf, bei der Erwerbung und dem Gebrauche der Dinge und Kräfte jede Handlung zu verbieten, durch welche Andern ein Uebel zugefügt wird, untersagen jede Störung eines Andern im Erwerbe, Besitze und Genusse von Gütern, wofern Letzterer keinem Andern durch solchen Uebel zufügt, lassen aber auch Jeden die Uebel, die er nicht selbst von sich abwenden kann, ohne Beihülfe Anderer tragen, wofern er sich ihre Beihülfe nicht erworben hat; Letztere gebieten überdies, die vom Besitzer für entbehrlich erkannten Güter zum Besten Anderer, zumal Bedürftiger, anzuwenden, und sie nach Kräften vor Uebeln zu schützen. Erstere sind genau bestimmt, und sollen von Allen gegenseitig beobachtet werden; Letztere sind unbestimmt, und können nur von Einzelnen gegen Wenige beobachtet werden. Beide sollen von Allen freiwillig befolgt werden; die Erstern nicht zu übertreten, darf aber Jeder von Andern gezwungen werden, wenn sie sehen, daß er sie durch ihre Verletzung in Erfüllung ihrer Pflichten gegen sich selbst hindern würde. Zur Befolgung der Letzteren soll keine Nöthigung statt finden, und ist jeder Zwang in dieser Absicht unsittlich.

§. 54.

Die Tugend der Gerechtigkeit achtet den Menschenwerth an jedem Andern, wie an der eigenen

Person des Gerechten, sucht weder den eigenen, noch den Nutzen eines Andern durch den Schaden eines Dritten, noch dessen Vorthail durch eigenen Nachtheil zu bewirken, besteht mithin in gleicher Behandlung aller Menschen, ist nichts anders, als Billigkeit, die Jedem läßt, was er besitzt, und Jedem zuscheidet, was ihm gebührt. Sie kann daher sowohl im Verkehre mit Andern durch Vermeidung aller einem Andern nachtheiligen Handlungen, als auch durch Anerkennung dessen, was Jedem nach jenem Grundsatze gebührt, bei dem Streite darüber oder bei Vertheilung einer Sache unter Mehrere geübt werden, und es wird deßwegen sowohl von einer Gerechtigkeit im Verkehre, als von einer vertheilenden gesprochen.

1) So sehr auch der Begriff der Billigkeit durch den Mißbrauch des Worts zu Bezeichnung der verschiedensten Tugenden und selbst durch die Erklärung der Philosophen, daß sie in der Beschränkung des Gebrauchs von Rechten durch unvollkommene Pflichten, mithin in gewissen Aeufserungen der Menschenliebe bestehe, schwankend geworden ist, so beweist doch das deutsche Sprichwort: was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig, und der häufige Gebrauch des Worts für Gerechtigkeit, daß die deutsche Billigkeit nichts anders als die römische *aequitas*, die gleiche Behandlung Aller nach ebendemselben Gesetze der Gerechtigkeit bedeute.

2) Die vertheilende, zuscheidende Gerechtigkeit (*justitia distributiva, attributrix*) eines Dritten kann kein anderes Gesetz befolgen, als die Gerechtigkeit im Verkehre (*justitia commutativa, expletrix*), welche man Rechtlichkeit nennen sollte, weil derjenige, der Anderer Rechte im Verkehre heilig hält, rechtlich, und wer Jedem zuspricht, was ihm gebührt, gerecht genannt wird; denn wenn z. B. von einer Mehreren gemeinschaftlichen oder für Mehrere bestimmten Sache dem, welcher einen größeren Theil aus irgend einem gültigen Grunde ansprechen kann, weniger, dem minder tüchtigen un-

ter mehreren Bewerbern ein Amt, oder dem, welcher mehrere oder schwerere Arbeiten geliefert oder zu liefern hat, eine geringere Belohnung ertheilt wird, so kann zwar, falls die Bestimmung der Sache zur Vertheilung ein bloßes Werk der Wohlthätigkeit war, der minder Begünstigte sich nicht über ungleiche Behandlung beklagen; die Vertheilung selbst ist aber sodann kein Werk der Gerechtigkeit, sondern des Wohlwollens gegen Einzelne. Es ist jedoch schwerer für den Richter, aus den erhobenen Thatsachen zu bestimmen, welchem der Streitenden ein Recht zustehe, als jeder Parthei, das ihr bekannte Recht der Andern zu achten; noch schwieriger ist bei der Vertheilung eines Guts die Erkenntniß und Abwägung der Verdienste und der Würdigkeit der Bewerber, und es steht der Willkühr hier ein desto weiteres Feld offen, als sie selbst den Schein der Gerechtigkeit durch Miskennen der Verdienste Einzelner erlangen kann. In keinem Falle vertheilt die Gerechtigkeit eine Sache in einer geometrischen Proportion, wie von Aristoteles bis auf Hoffaker (*principia juris civilis rom. germ. T. I., §. 16.*) gelehrt wurde, weil Lasten, Pflichten, Verdienste, Grade der Tüchtigkeit nicht in diesem Verhältnisse wachsen.

3) Die Rechtlichkeit ist nicht die allgemeine, und die vertheilende eine besondere Gerechtigkeit, noch ist jene eine innere, in Erfüllung sittlicher Verbindlichkeiten bestehende, und diese eine äußere, Zwangsgesetzen gemäße Gerechtigkeit. (Thibaut *Pandektenrecht Bd. 1. §. 6.*) Jede Funktion der Gerechtigkeit ist, wie jede Tugend, die Aeufserung eines gesetzmäßigen Willens, welcher innerlich durch die Erkenntniß des Gesetzes und der Unterordnung des einzelnen Falls unter dasselbe bestimmt wird. Sie unterscheidet sich aber von allen andern Tugenden dadurch, daß sich der Wille des Gerechten nur durch Sittengesetze bestimmen läßt, zu deren Befolgung eine Nöthigung statt finden darf, und zwischen der Gerechtigkeit und Rechtlichkeit ist nur der Unterschied, daß jene von einem Dritten, Oberrichter, durch den Ausspruch über das rechtliche Verhältniß Anderer,

Letztere von diesen selbst mittelst Schonung der Rechte des Andern geübt wird. Erstere kann daher auch der Gottheit in ihrer Einwirkung auf die Menschen und diesen in der Behandlung der Thiere zugeschrieben, Letztere hingegen nur von Menschen gegen Menschen geübt werden.

§. 55.

Mit jeder der zwei Hauptarten von Sittengesetzen, der Gerechtigkeit, und der Güte, kann jede Handlung eines selbstständigen, seines Verstands mächtigen Menschen verglichen werden. Rechtlich möglich oder erlaubt heisst eine Handlung, wenn durch sie keinem Andern; rechtlich unmöglich, unrechtlich oder ungerrecht, wenn irgend Jemanden ein unverschuldetes Uebel dadurch zugefügt wird; rechtlich nothwendig endlich, wenn der Handelnde durch ihre Unterlassung einem Andern ein Uebel ohne dessen Schuld zufügen würde. Sie heisst überdies sittlich gut, wenn nicht nur Niemanden ein unverschuldetes Uebel dadurch verursacht, sondern auch dem Handelnden oder einem Andern ein Gut verschafft wird; blos unsittlich, wenn der Handelnde sich selbst oder einem Andern ein Uebel dadurch verursacht, das dieser, weil er die Handlung wünschte, oder weil das Uebel eine entfernte Folge der Handlung ist, nicht mit Gewalt von sich abwenden darf; stttlich gleichgültig endlich wird sie genannt, wenn sie weder dem Handelnden, noch Andern zum Vortheil oder Nachtheil gereicht. Alle diese Eigenschaften kann auch die Unterlassung einer Handlung haben.

Sittlich indifferente Handlungen gibt es, weil nicht alle mögliche Zwecke der Menschen durch Sittengesetze für nothwendig oder unmöglich erklärt

sind, und viele Mittel zu Erreichung eines Zwecks gleich tauglich seyn können.

§. 56.

Eine sittlich gute Handlung kann nicht unrechtlich, aber eine rechtlich mögliche Handlung kann unsittlich seyn. Zwei einander entgegengesetzte Handlungen, von denen die eine sittlich möglich oder nothwendig, [die andere unsittlich ist, können beide rechtlich möglich seyn; eine rechtlich unmögliche Handlung ist aber immer auch sittlich unmöglich. Weil die Gerechtigkeit nur eine von den in der Sittenlehre vorgetragenen Tugenden ist, so ist der Umfang der rechtlich möglichen Handlungen und Unterlassungen gröfser, als die Menge der sittlich möglichen, und der Umfang der rechtlich nothwendigen kleiner, als die Anzahl der sittlich nothwendigen.

VIERTES KAPITEL.

VON DEM UNTERSCHIEDE UNTER DEN PFLICHTEN IN HINSICHT AUF VOLLKOMMENHEIT UND STÄRKE.

§. 57.

Da alle Tugendgesetze unbedingt sind, so scheint unter den durch sie auferlegten Pflichten kein Unterschied in Absicht auf Vollkommenheit und Grade der Stärke statt finden zu können. Unbedingt werden sie jedoch genannt, nicht, weil sie keine Bedingung voraussetzen, unter welcher sie befolgt werden sollen, sondern weil sie im Falle, daß die vorausgesetzte Bedingung eintritt, etwas zu thun oder zu unterlassen kategorisch und ohne weiteren Grund gebieten, wie

auch die Naturgesetze die Veränderung ausdrücken, die aus einer Ursache, ihrer Bedingung, jedesmal und nothwendig hervorgeht. Eine Pflicht kann daher stärker oder schwächer seyn, wenn mehrere oder weniger von den Bedingungen, unter denen sie zu erfüllen ist, eintreten, und vollkommen oder unvollkommen, wenn sie nach dem Eintritte der vorausgesetzten Bedingung jedesmal beobachtet werden müßte. wofern der Verpflichtete sie gegen sich selbst zu beobachten hätte, oder wenn dieß nicht Statt findet.

§. 58.

Eine Bedingung, einen Grund und Zweck der Handlungen müssen die Sittengesetze voraussetzen und sogar vorschreiben, weil die Freiheit des Willens in dem Vermögen, nach Zwecken und Gründen zu handeln, besteht, und auf der Erkenntniß des Zusammenhangs der Naturursachen mit ihren Wirkungen beruht (§. 26.). Während indess in der Natur die Ursache der Wirkung stets vorangeht, geht bei der freien Handlung des Menschen die Erkenntniß der Wirkung der Hervorbringung der Ursache, z. B. die Erkenntniß eines Bedürfnisses der Erwerbung und Benutzung des Mittels, es zu befriedigen, voran (§. 25.), und wird für ihn der Grund zur Hervorbringung der Ursache. Ist nun die Wirkung einer Handlung ein Mittel zur Erreichung der unbedingt gebotenen Zwecke des Menschen, so ist die Handlung sittlich gut, und wird sie in der Absicht, jene Zwecke zu erreichen, verrichtet, so ist es auch der dadurch geäußerte Wille des Handelnden.

§. 59.

Die Zwecke, welche der Mensch durch seine Handlungen erreichen kann, sind durch die Natur be-

stimmt (§. 30.), und diejenigen, die er erreichen soll, erkennt er aus den Aeufserungen seines Gewissens. Durch die Kenntniß der Natur kann er auf keinen andern Zweck seines Daseyns geführt werden, als seine Erhaltung, Vervollkommnung und Beglückung, und durch sein Gewissen auf keine sittlichgebotene Zwecke, als neben dem ebengedachten die möglichste Beförderung der Erhaltung und Beglückung anderer Menschen, weil sie ebendieselben Vorzüge vor andern Lebendigen haben, wie er. Beide Zwecke erkennt die Vernunft aus den Aeufserungen des Gewissens als sittlich nothwendig, und die einzelnen Tugendgebote sind nichts anders, als aus der ursächlichen Verbindung äufserer Veränderungen mit dem Zustande der Menschen gefolgerte Mittel, jene Zwecke zu erreichen zu suchen.

§. 60.

Eine andere Art, zur Vorstellung einer sittlichen Nothwendigkeit und sittlicher Gesetze zu gelangen, läßt sich nicht als möglich denken. Ausser der natürlichen kennt der Mensch überall keine Nothwendigkeit, noch ein Gesetz, das sie ausdrückte, und von der Idee der Freiheit oder der Unabhängigkeit des Willens von der Nöthigung durch Naturursachen kann, als von dem Gegentheile der Nothwendigkeit, kein Gesetz hergeleitet werden.

Gibt es daher Gesetze, nach denen der freie Wille des Menschen sich selbst einschränken soll, so muß er den Ursprung derselben in seiner Kenntniß der Naturgesetze und seiner eigenen und seines Geschlechts Unterwerfung unter solche suchen.

§. 61.

Aus diesem Ursprunge der Pflichtgebote folgt aber nicht, daß sis bloße Formen der Wirksamkeit der gesammten oder der eigenthümlichen Natur des Menschen auf seinen Willen ausdrücken, und noch weniger, daß sie nur der Natur gemäß zu leben vorschreiben. Die Kräfte aller Naturdinge ausser dem Menschen wirken ohne das Bewußtseyn eines Zwecks, und in dem ganzen Reiche der Körperwelt herrscht die stärkere Kraft über die schwächere. Nur der nach Zwecken handelnde Mensch ist es, welcher der Natur oder vielmehr ihrem Schöpfer den Endzweck zuschreibt, das Menschengeschlecht und jeden Einzelnen zu größserer Vollkommenheit zu erheben, weil er alles zu seinem Gebrauche zubereitet, und nur den Menschen zum Gebrauche keines andern Wesens bestimmt findet. Der gebotene Zweck, Anderer Wohl nicht zu stören, sogar soviel möglich zu befördern, kann nicht von der Kenntniß der Natureinrichtung hergeleitet werden, weil er ihn durch die Kraftäufferungen anderer Lebendiger nicht beabsichtigt sieht, und selbst seine Pflichten gegen sich selbst kann der Mensch nicht durch Betrachtung des instinktmäßigen Lebens anderer Lebendigen kennen lernen, sondern allein durch sein Gewissen.

§. 62.

Unter den sittlich gebotenen Zwecken des Menschen ist die eigene Erhaltung Bedingung der Erreichung aller andern Zwecke, sowohl seiner eigenen Vervollkommnung und seines Wohls, als auch der Beförderung des Wohls Anderer. Seine Erhaltung erfordert aber wegen seiner Abhängigkeit von der

Natur Befriedigung seiner Bedürfnisse und Abwendung der sein Daseyn bedrohenden Uebel durch die dazu tauglichen Mittel, mithin Erwerbung, Besitz und Gebrauch solcher Mittel durch ihn selbst, der allein seine Bedürfnisse und die Mittel kennt, welche er in seinen Kräften und erworbenen Dingen zu ihrer Befriedigung besitzt (§. 33.). Die Pflicht, die eigenen Bedürfnisse zu stillen, und die Uebel, welche die Selbsterhaltung bedrohen, abzuwenden, ist daher nothwendiger, als jede andere Pflicht, zu erfüllen, muß schlechterdings, so oft ein wirkliches Bedürfnis oder Uebel vorhanden ist, erfüllt werden, ist die vollkommenste aller Pflichten. Das Daseyn eines wirklichen Bedürfnisses ist der stärkste Verpflichtungsgrund zu den Handlungen, durch welche allein es befriedigt werden kann, und die Erkenntnis, daß man durch eine Handlung sich selbst ein Uebel bereite, der stärkste Verpflichtungsgrund, sie zu unterlassen.

§. 63.

Bedingung der Möglichkeit, andere Pflichten zu erfüllen, ist überdies die Fähigkeit, von der Gewalt der Bedürfnisse unabhängig zu handeln, welche nur durch zeitige Befriedigung derselben, mithin auch durch zeitige Erwerbung für hinreichend gehaltener Mittel zu ihrer Befriedigung erlangt und erhalten werden kann (§. 32.). Die Erlangung und Erhaltung dieser Freiheitsfähigkeit ist daher eine vollkommene Pflicht des Menschen gegen sich selbst; da aber Jeder allein selbst beurtheilen kann, welche äußere Dinge ihm zu Behauptung dieser Freiheit nothwendig seyen (§. 31.), und die Befriedigungsmittel der Bedürfnisse eines Menschen zugleich zu Verbesse-

rung seines Zustands und Vermehrung seines Wohls dienen, zu welcher er nur unvollkommen verpflichtet ist, so vermögen Andere von keiner Erwerbhandlung gewiss zu wissen, ob der Handelnde eine vollkommene oder unvollkommene Pflicht gegen sich selbst dadurch erfülle, noch von einem von ihm erworbenen Gute, ob er dessen bedürfe oder nicht. Die Pflicht, sich einen freien Wirkungskreis zu erwerben, hat so wenig als die Willensfreiheit, eine bestimmte Grenze.

§. 64.

Namentlich ist die Fähigkeit eines Menschen, von seinen Bedürfnissen unabhängig zu handeln, Bedingung der Möglichkeit, die Mittel zu Stillung seiner Bedürfnisse und zu Abwendung der seine Erhaltung gefährdenden Uebel ohne Beeinträchtigung und Verletzung Anderer im Besitze und Gebrauche ihrer Güter zu erwerben und zu gebrauchen, und sie ist selbst wieder dadurch bedingt, daß Andere ihn im Erwerbe, Besitze und Gebrauche seiner Güter nicht stören. Die gegenseitige Enthaltung Aller von solchen Störungen des Andern ist also Bedingung ihrer Fähigkeit, für ihre Erhaltung, ihre Vervollkommnung und ihr Wohl zu sorgen, und da jede solche Störung für den Gestörten ein Uebel ist, so ist die Pflicht, keinem Andern ein Uebel zuzufügen, eine vollkommene Pflicht eines Jeden gegen Andere, die gegen Alle schlechterdings jeder Zeit und unter allen Umständen beobachtet werden soll.

§. 65.

Seine Verpflichtung, Niemanden ein Uebel zuzufügen, erkennt Jeder aus den Aeußerungen seines

Gewissens, aus denen seine Vernunft den Zweck ihm unbedingt vorgeschrieben erkennt, die Vollkommenheit Anderer möglichst zu befördern, mithin noch weit mehr, sie nicht zu stören, was durch jedes Uebel geschehen würde (§. 59.). Nur diese letztere Pflicht ist vollkommen, weil Jeder sich selbst schuldig ist, von allen Andern ihre Beobachtung zu fordern, und diejenigen, gegen welche er sie verletzen würde, nicht verbunden seyn können, die Uebel, die er ihnen zufügen will, ohne Widerstand zu erdulden. Ihre Vollkommenheit beruht darauf, daß nicht bloß Jeder gegen Alle und Alle gegen Jeden sie stets beobachten sollen, sondern daß auch der Wille eines Jeden von Andern seiner Freiheit, sie zu beobachten oder zu übertreten, insoweit beraubt werden darf, als er sie nicht gewissenhaft beobachten will; denn da wegen der Unterwerfung des Menschen unter die Natur die Handlungen und Willenserklärungen des Einen mit dem Zustande und den die Verbesserung desselben bezweckenden Entschlüssen des Andern in ursächlicher Verbindung und Wechselwirkung stehen, und Jeder für seine Erhaltung, folglich auch für seine Freiheit von Uebeln selbst sorgen soll und muß, so muß die Pflicht, Andern kein Uebel zuzufügen, durch die natürliche und sittliche Nothwendigkeit eines Jeden, sich von Uebeln frei zu erhalten, begrenzt werden, und muß denen, welche einem Menschen Uebel zufügen, so viele Gewalt von ihm entgegengesetzt werden dürfen, als zu Aenderung dieses ihres rechtswidrigen Willens erforderlich ist. Umgekehrt muß wieder die Pflicht des Einen gegen sich selbst, sich von Uebeln frei zu erhalten, durch seine Pflicht gegen Andere, ihnen kein

Uebel zuzufügen, dann begrenzt werden, wenn sie ihm nur so viele Uebel zufügen, als nöthig ist, um seinen rechtswidrigen Willen zu ändern, weil er dieselben verschuldet hat.

§. 66.

Die Beobachtung der gedachten negativen Pflicht gegen Andere ist zwar mit dem Zwecke, das Wohl Anderer möglichst zu befördern, Jedem unbedingt, mithin nicht unter der Bedingung, wenn sie von Andern gegen ihn beobachtet wird, geboten. Wer sie aber verletzt, hat seine Handlung bei denen, welchen er Uebel zufügt, als die Ursache ihres Willens, ihn durch Zwangsübel zur Genugthuung zu nöthigen, mithin als die Ursache der Uebel, die er von ihnen zu diesem Zwecke erdulden muß, anzusehen, und ist verpflichtet, dieselben ohne Widerstand zu erdulden, weil er weiß, daß sie jedes Uebel müssen mit Gewalt von sich abwenden dürfen, um ihre Pflichten gegen sich selbst erfüllen zu können. Die Abhängigkeit des Zustands des Einen von den Handlungen des Andern macht es also nothwendig, die Beobachtung der negativen Pflicht gegen Andere an die Bedingung zu knüpfen, wenn und so weit sie dieselbe gegen den Verpflichteten beobachten, und das Recht eines Jeden anzuerkennen, Andern Uebel, welche sie verschuldet haben, zuzufügen.

§. 67.

Diese Pflicht kann jeder Vernünftige gegen alle Andere beobachten, weil sie nur die Unterlassung der Handlungen erheischt, durch welche er eines der von ihm als die ihrigen erkannten Güter vermindern oder ihnen entziehen würde, und Jeder durch Arbeit sich

die Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse ohne Beeinträchtigung Anderer erwerben kann. Sie liegt allen Menschen auf gleiche Weise ob, und ist die Grundlage eines Systems vollkommener Pflichten, die wegen des Rechts, zu ihrer Befolgung zu zwingen, genau bestimmt, und von andern Pflichten abgesondert betrachtet werden müssen, deren allgemeine Beobachtung auch für alle Menschen so nothwendig ist, daß sie das Bedürfnis von jeher fühlten, eine Anstalt zu treffen, durch welche Jeder zu ihrer Beobachtung gezwungen werden kann.

§. 68.

Die Rechtspflichten sind die einzigen vollkommenen Pflichten gegen Andere; denn da jeder Mensch für seine Erhaltung und Vervollkommnung selbst zu sorgen vollkommen verbunden ist, auch nur durch eigene Thätigkeit die möglichst größte Vollkommenheit erlangen kann, so ist zwar die Unterstützung derer, welche für ihre Bedürfnisse nicht selbst sorgen können, für Alle, welche dieses wissen, eine so dringende Pflicht der Menschenliebe, daß von allen gebildeten Völkern durch willkührliche Gesetze für solche Personen gesorgt wird. Aber auch zu Leistung der zu seiner Erhaltung erforderlichen Güter kann der Hülfbedürftige Andere nicht zwingen dürfen, ihnen wegen deren Verweigerung kein Zwangsübel zufügen dürfen, weil er nicht wissen kann, ob sie durch Aufopferung ihrer Güter zu seinem Besten sich nicht selbst große Nachtheile zuziehen, weil er ferner ihren Beistand sich erwerben soll, und, wenn er dies nicht vermag, nicht sie, sondern die Natur die Ursache ihres Nothstands und Unter-

gangs ist. Die Pflicht, von einem Andern ein ihm zugestossenes Uebel abzuwenden oder ihm ein Gut zu verschaffen, ist unvollkommen, weil der Bedürftige vollkommen verpflichtet ist, denen, welche nicht das Uebel, welches er erduldet, ihm zugefügt, noch durch Zusage des Guts, dessen er bedarf, seinen Willen bestimmt haben, dem Bedürfnisse nicht auf andere Weise zu begegnen, wegen Nichterfüllung jener Pflicht kein Zwangsübel zuzufügen.

§. 69.

Der objektive Verpflichtungsgrund zu Erfüllung einer Liebespflicht ist die Bedürftigkeit dessen, gegen den sie zu beobachten ist. Da nun diese nach der Mannigfaltigkeit und Dringlichkeit unbefriedigter Bedürfnisse, dem Mangel an Befriedigungsmitteln und an Kräften, sich solche zu verschaffen, gröfser oder geringer ist, so sind die objectiven Verpflichtungsgründe zur Wohlthätigkeit von verschiedener Stärke. Ueberdies kann die Verpflichtung zu Aeufserungen der Menschenliebe gegen gewisse Personen durch subjective, in dem Zustande und den Verhältnissen des Verpflichteten liegende Gründe verstärkt werden, dergleichen die Vermöglichkeit desselben, die Verwandtschaft, die Dankbarkeit für früher von dem zu Unterstützten genossene Wohlthaten, gegenseitige Freundschaft und geäußerte Theilnahme, oder erweckte Hoffnungen, und die eigene frühere Erfahrung von der Wohlthätigkeit fremder Unterstützung sind.

§. 70.

Je mehrere und stärkere von diesen objektiven und subjektiven Verpflichtungsgründen zu einer wohl-

thätigen Handlung zusammentreffen, desto schlechtere Gesinnung und Willen zeigt derjenige, der sie unterläßt, und desto mehr macht er sich fremden Beistands in Nothfällen und des Beifalls Anderer unwürdig, ob sie gleich verpflichtet sind, ihm wegen dieser Unterlassung keine Uebel zuzufügen. Je wenigere subjektive Verpflichtungsgründe dagegen ein Wohlthäter hat, je grössere Opfer er zum Besten Anderer bringt, und je mehreren Gefahren er sich in dieser Absicht aussetzt, desto edler, verdienstlicher, des Lobs und der Belohnung würdiger ist seine Handlung und die Gesinnung, von welcher sie zeugt.

§. 71.

Alle diese Verpflichtungsgründe zu Erweisung einer Wohlthat verpflichten auch desto mehr zur Erfüllung vollkommener Pflichten gegen Andere, namentlich ihnen kein unverschuldetes Uebel zuzufügen. — Insbesondere sind die grössere Bedürftigkeit, die Dankbarkeit und die Zuneigung starke Verpflichtungsgründe, den betreffenden Personen die ihnen zugesagten Dienste und Güter vor Andern, denen solche gleichfalls versprochen wurden, zu leisten, und wer sich durch diese Verpflichtungsgründe nicht abhalten läßt, ihnen unverschuldete Uebel zuzufügen, zeigt einen für die Sicherheit Anderer gefährlichern Willen. Der Verpflichtete bleibt aber auch gegen die Andern, weder Bedürftigen, noch mit ihm Verbundenen, zu den ihnen zugesagten Leistungen ebenso vollkommen verpflichtet, und der Grad der Gefährlichkeit des Verletzers vollkommener Pflichten muß zunächst und vorzüglich nach der Menge, Grösse, Dauer und Heilbarkeit der — Einzelnen, Mehreren oder gan-

zen Gesellschaften zugefügten Uebel und der Wichtigkeit der entzogenen Güter, von denen für die unveräußerlichen (§. 32.) in keinem Falle ein Ersatz geleistet werden kann, so wie darnach abgemessen werden, ob die Verletzung mit Absicht oder aus Leichtsinne verübt worden ist.

§. 72.

Wiewohl aber stärkere oder schwächere Verpflichtungsgründe Statt finden können, eine vollkommene negative Pflicht gegen Andere nicht zu verletzen, oder eine positive zu erfüllen, so ist doch eine vollkommene Pflicht nicht vollkommener als die andere. Die Vollkommenheit von Pflichten kann keine Abstufungen haben. Eine Gradation von Verboten und Unterlassungen ist undenkbar, und der Grund der Vollkommenheit von Verbindlichkeiten zu Verrichtung gewisser Handlungen, daß nämlich der Verpflichtete durch Unterlassung derselben dem Andern ein unverschuldetes Uebel zufügen würde, findet bei allen diesen Pflichten und Handlungen auf gleiche Weise Statt. Es gibt daher kein hohes, kein höheres, kein höchstes Recht, so wenig als ein niedriges, sondern zu einer jeden Handlung steht dem Handelnden entweder ein Recht zu, oder nicht. Eine Handlung ist entweder rechtlich möglich oder unmöglich, und wieder, rechtlich nothwendig oder nicht.

Das bekannte Sprichwort: das strengste Recht ist oft das größte Unrecht (*summum jus summa saepe injuria*), steht in geradem Widerspruche mit dem Lehrsatz: Wer von seinem Rechte Gebrauch macht, thut Niemanden Unrecht (*qui jure suo utitur, nemini facit injuriam*). Die bürgerlichen Gesetze legen indeß oft Verbindlichkeiten auf, deren Erfüllung dem Einzelnen unter Umständen unmöglich wird, in wel-

chen die Gesetze, wenn sie sie vorausgesehen hätten, ihm die Erfüllung derselben erlassen haben würden, und aus Unvorsichtigkeit, Leichtsinne oder in betrügerischer Absicht werden von Manchen so viele und bedeutende Verbindlichkeiten übernommen, daß sie ihnen Genüge zu leisten außer Stand sind, oder in der Folge unvernünftig werden. Letztere bleiben aber ihr Lebenlang, sie durch Dienstleistungen zu erfüllen, oder Ersatz wegen ihrer Nichterfüllung zu leisten, vollkommen verbunden, wofern sie ihnen nicht aus Menschenliebe erlassen werden, und da der Richter nach den bürgerlichen Gesetzen zu erkennen hat, so ist die jeweilige Verbesserung derselben mit Rücksicht auf die vorgedachten Erfahrungen und Fälle nothwendig, um stets alle Gesetze der Gerechtigkeit beobachten zu können.

§. 73.

Nicht bloß der Stärke der Verpflichtung, sondern auch der Art nach sind die vollkommenen Pflichten gegen Andere von den unvollkommenen verschieden, und, um gerecht zu richten, darf auf die Gefühle der Menschenliebe und Zuneigung gegen Einzelne keine Rücksicht genommen werden. Die Unterlassung einer Handlung, durch welche ein Anderer vor dem Verluste eines Guts geschützt würde, hat zwar für dessen Zustand gleiche Folgen mit der Entziehung desselben. Wer aber jene Handlung unterläßt, ist nicht der Urheber von dem Verluste des Guts, wie derjenige, der es dem Besitzer entzieht. Er befolgt ein positives Tugendgesetz nicht, während Letzterer ein negatives verletzt; er thut nicht, was er thun sollte; Letzterer thut, was er nicht thun sollte; er verschafft dem Andern ein Gut nicht, dessen Gewährung in seinem freien Willen steht; während Letzterer ein Gut ihm entzieht, dessen Verlust dieser von sich abwenden darf.

Nach Garve's Ansicht (Phil. Abhandlungen zu Cicero's Pflichten Thl. 1. S. 74 ff.) geht die Zwangspflicht durch unmerkliche Abstufungen in die Gewissenspflicht über, ist hier so wenig, als bei einem andern moralischen Unterschiede eine bestimmte Grenzlinie vorhanden, und deswegen das Gebiet der bürgerlichen Gesetze und Richterstühle schwankend; denn, sagt er, »zu denjenigen Pflichten darf im Naturstande jeder Mensch, im Staate der Richter zwingen, deren allgemeine Erfüllung zur Aufrechthaltung der Gesellschaft nothwendig ist, die nicht erst durch die Umstände dessen, welcher sie erfüllen, und dessen, dem sie geleistet werden sollen, ihre Verbindlichkeit erhalten, sondern unter allen Umständen verbindlich sind, und von Jedem für verbindlich erkannt werden. Aber diese Nothwendigkeit zur Aufrechthaltung der Gesellschaft, diese Gewissheit und Klarheit der Verbindlichkeit, diese Unabhängigkeit derselben von den Umständen haben ihre Grade.« Jedoch zwar die Abhängigkeit, nicht aber die Unabhängigkeit einer Pflicht von den Umständen, die ja eine Verneinung ist, kann Grade haben, und eine Verbindlichkeit ist einem Einzelnen entweder gewiss und klar, oder ungewiss. Der Staatsbürger weiß entweder das Gesetz, dessen allgemeine Erfüllung der Gesetzgeber zur Aufrechthaltung der Gesellschaft oder zu Beförderung des Wohls Aller zu erlassen für gut fand, oder er kennt es nicht, ohne daß eine Abstufung in der Erkenntniß denkbar wäre. Allerdings kann der Gesetzgeber einer Gesellschaft zu gedachten Zwecken für nöthig erachten, was ein anderer Gesetzgeber eben derselben oder einer andern Gesellschaft nicht für nothwendig hält; dieß rührt aber nicht von verschiedenen Graden der Nothwendigkeit eines Gesetzes, sondern davon her, daß es zur Erreichung jener Zwecke verschiedene Mittel gibt, deren Zweckmäßigkeit erst durch Erfahrung erkannt wird. Nicht an sich selbst hat, sondern erst durch den Ausspruch des Gesetzgebers erhält ein positives Gesetz die Kraft eines solchen Gesetzes, zu dessen Beobachtung der Richter zwingen darf. Wenn also die bürgerlichen Gesetze und Richterstühle in dem einen Staate ihre Gerichtsbarkeit über Handlungen

erstreckt haben, die in dem andern Staate dem Gutdünken und dem Gewissen der Bürger überlassen werden, so geschah dieß, weil die positiven Staatszwecke der Rechtssicherheit, des Gesellschaftswohls u. s. w. nur durch positive Anordnungen, die nach den jeweiligen Einsichten oder Meinungen des Gesetzgebers willkürlich getroffen werden, und manche unvollkommene Pflichten für Zwangspflichten erklären, erreicht werden können. Ohne Zweifel würde Garve den specifischen Unterschied zwischen vollkommenen und unvollkommenen Pflichten eingesehen haben, wenn er die Rechtskraft positiver Gesetze von dem negativen Rechtsprincipe hergeleitet hätte.

§. 74.

Die allgemeine Tugendlehre gebietet die Erfüllung aller Pflichten ohne Unterschied, mithin auch der vollkommenen Pflichten gegen alle Andere; das allgemeine Recht fordert nur die Beobachtung der Letztern. Kann aber eine Person eine vollkommene Pflicht gegen sich oder einen Andern, oder auch eine solche unvollkommene Pflicht gegen einen Andern, von deren Erfüllung sie dessen Erhaltung abhängig erkennt, nicht anders erfüllen, als indem sie eine vollkommene Pflicht gegen einen Dritten, deren Beobachtung für diesen weniger Werth hat, verletzt, so geht letztere Pflicht den beiden erstern in allen Fällen, der unvollkommenen aber alsdann nach, wenn das Leben des Dritten nicht durch die ihn verletzende Handlung gefährdet wird; denn die gesamte Rechtsgebung setzt voraus, daß Jeder sein Leben, als das wichtigste Gut, zu erhalten suche, und die Erhaltung des Einen ist immer wichtiger, als der Fortbesitz eines äußern Guts durch einen Andern. Dieser Andere behält aber das Recht, für das ihm zuge-

fügte Unrecht Genugthuung zu fordern, wenn er nicht darauf verzichtet.

§. 75.

Ueberhaupt entscheidet im Falle des Widerstreits zwischen vollkommenen und unvollkommenen Pflichten gegen Andere über den Vorzug der Einen vor der Andern nicht die Vollkommenheit der Pflichten, sondern die Stärke der objectiven Verpflichtungsgründe, besonders das dringendere Bedürfnis derjenigen Person, gegen welche sie zu erfüllen sind; denn in jedem Falle dauert die vollkommene Pflicht zur Entschädigung des Verletzten oder zur Leistung des Versprochenen fort, und zu Erfüllung der stärkern unvollkommenen Pflicht hätte er sich selbst verpflichtet, sie also durch Vertrag, wenn es möglich war, vollkommen machen sollen, was in Ansehung jeder unvollkommenen Pflicht gegen Andere in der Willkühr jedes Einzelnen steht. So oft Jemand erkennt, daß die Nichtgewährung eines Guts für einen Andern ein größeres Uebel zur Folge habe, als die Entziehung eines besessenen oder die Nichtgewährung eines versprochenen Guts für einen Dritten hat, ist er durch sein Gewissen aufgefordert, jene unvollkommene Pflicht vor dieser vollkommenen zu erfüllen, und der vollkommenen Pflicht nachher Genüge zu leisten.

§. 76.

Von mehreren unvollkommenen Pflichten gegen verschiedene Personen geht diejenige den andern vor, für welche die stärksten objectiven, und, wenn diese gleich sind, die stärksten subjektiven Verpflichtungsgründe sprechen. Die Stärke derselben hat aber in allen Fällen der Verpflichtete allein zu beurtheilen.

len, und Andere sollen und müssen es ihm überlassen, ob er sich eine deutliche Kenntniß der Umstände, von denen jene Stärke abhängt, verschaffen und derselben gemäß handeln will.

FÜNFTES KAPITEL.

VON DER BEZIEHUNG DER PFLICHTEN AUF DEN FREIEN WILLEN DES MENSCHEN.

§. 77.

Unter Freiheit des Willens versteht man das Vermögen des Menschen, sich selbst zu Verrichtung oder Unterlassung einer Thätigkeit zu bestimmen, mithin die erste, von keiner andern abhängige, Ursache einer innern oder äußern Veränderung zu werden. Alle Empfindungen, Begehrungen und Vorstellungen eines jeden Menschen sind zwar nothwendige Erzeugnisse seiner Empfindungs-, Begehrungs- und Vorstellungskräfte und ihres Verhältnisses zur Außenwelt, und ihm durch die Erfahrung gegeben. Auch entstehen in ihm bei weitem die meisten Empfindungen, Begehrungen, Vorstellungen und Handlungen durch eine Wirkung der Natur ohne Mitwirkung seines Willens. Wer aber die Thätigkeit seines Geistes beobachtet, wird sich bewußt, daß er viele Vorstellungen, Empfindungen und Begehrungen selbst durch die bloße Kraft seines Willens herbeiführen, und andere dadurch verdrängen, auch in dem Zustande des ungehinderten Gebrauchs seiner Verstandskräfte jede Handlung, zu welcher er durch Empfindungen und Begierden veranlaßt wird, wenn er will, unterlassen, und sich zu Verrichtung solcher Handlungen entschließen kann, welche nicht durch Begierden veranlaßt sind.

Empfindungen, Begehrungen, Vorstellungen, Gedanken, Entschliessungen sind innere, in der Seele vorgehende, Reden und Handlungen aber, zu welchen auch die Bewegungen des eigenen Körpers oder seiner Theile gehören, überhaupt alle Aeüßserungen des Willens äußere Veränderungen, die außer dem Geiste des Menschen vorgehen.

§. 78.

Das Vermögen des Willens, sich selbst zu bestimmen, ist eine natürliche, nach Naturgesetzen Veränderungen unterworfenene Kraft, und zur Hervorbringung innerer und äußerer Veränderungen ist erforderlich, daß der Wille andere, ihm unterworfenene, von der Natur gegebene Kräfte des Geistes und Körpers in Bewegung setze. Insbesondere kann ein Mensch eine äußere Veränderung in der Körperwelt nicht anders bewirken, als dadurch, daß die Kräfte anderer Körper durch die Kräfte seines Körpers oder der Theile desselben überwältigt werden. Da nun innere und äußere Veränderungen auch durch die Wirksamkeit der Natur in den Kräften des Menschen ohne Mitwirkung seines Willens hervorgebracht werden können (§. 77.), und manche Kräfte des Körpers gar nicht seinem Willen unterworfen sind, so werden nur diejenigen Kraftäußerungen Handlungen genannt, welche sein Wille durch ihm unterworfenene Kräfte bewirkt, und auch hätte unterlassen können, und es werden Handlungen, wie Unterlassungen ihm nur dann zugerechnet, wenn man weiß, daß sein Wille die Ursache derselben ist, daß er folglich Erstere hätte unterlassen und die unterlassenen Handlungen hätte verrichten können.

Dem Willen des Menschen können z. B. die Schwerkraft des Körpers und die Lebenskräfte, welche die Lebensfunktionen des Athmens, des Puls-

schlags, des Schlags u. s. w. bewirken, nicht unterworfen werden.

§. 79.

Noch mehr beschränkt ist die Freiheit seines Willens durch die Abhängigkeit des Daseyns und Wachstums seiner Geisteskräfte, selbst seiner Willenskraft, insbesondere der Kräfte und Werkzeuge seines Körpers von Einwirkungen äußerer Körper und ihrer natürlichen Veränderungen, um deren willen ihm äußere Dinge zu seiner Ernährung und zu Abwendung seinen Körper und mittelbar seine Geisteskräfte zerstörender oder schwächender äußerer Eindrücke unentbehrlich sind (§. 23.). Die unabwendliche Nothwendigkeit, solche Dinge zu gebrauchen, oder zu gedachten Zwecken gewisse Handlungen zu verrichten, heißt ein Bedürfnis. Der Mensch muß seine Bedürfnisse befriedigen, und alle nachtheilige Einwirkungen von sich entfernen, und geräth, wenn er es nicht thut, in Noth und Lebensgefahr. Er muß daher die Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse und zu Abwendung von Uebeln sich durch eigene Thätigkeit verschaffen und zu seiner Erhaltung gebrauchen wollen. Sein freier Wille ist durch diese Nothwendigkeit eingeschränkt, weil er nicht alle zu jenen Zwecken dienende Handlungen unterlassen kann, wenn er sich erhalten will, ist in stetem Kampfe mit den Forderungen der Natur, und so oft ein wirkliches Bedürfnis eintritt, genöthigt, es zu befriedigen.

§. 80.

Würde er seine Bedürfnisse nur dann wissen, wenn er sie fühlt, oder würde nach jedem befriedig-

ten Bedürfnisse ein anderes eintreten, und jedes nur durch eine einzige Handlung befriedigt werden können, so wäre sein ganzes Leben eine Reihe nothwendiger Kraftäufserungen, wenn er sich gleich derselben bewußt würde, und er hätte keinen freien Willen. Da er aber seine Bedürfnisse kennt, ehe sie eintreten, solche nicht immer unmittelbar auf einander folgen, und die Erde eine große Menge verschiedener Befriedigungsmittel derselben theils von selbst darbietet, theils sich durch seine Thätigkeit abgewinnen läßt, so ist er im Stande, sich einen größern Vorrath solcher Mittel zu verschaffen, als er jederzeit bedarf, die künftige Erwerbung derselben vorzubereiten, unter den Mitteln, so wie unter den Handlungen ihres Erwerbs und Gebrauchs diejenigen zu wählen, die ihm jederzeit die tauglichsten zu gedachten Zwecken zu seyn scheinen, seine Bedürfnisse vor ihrer Entstehung zu befriedigen, überdiß auch für seine Vervollkommnung und sein Wohl zu sorgen, und sich die Fähigkeit, nach Belieben Handlungen zu verrichten oder zu unterlassen, zu verschaffen, mit andern Worten, sich einen freien Wirkungskreis zu bilden. Hiezu wird er durch die Erkenntniß der ursächlichen Verbindung der äußern Dinge und Veränderungen mit seinem Wohle fähig, und durch natürliche Triebe, es zu befördern, angetrieben.

In dem eigenen und andern Körpern, ihren Veränderungen und ihrer Verbindung mit einander ist mithin der menschlichen Willkühr nicht bloß die Materie, der Gegenstand ihrer Thätigkeit gegeben, so daß sie ihm jede beliebige Form geben kann, sondern die Kenntniß derselben, durch welche sie allein Gegenstände der Willkühr des Menschen werden, überzeugt ihn auch von der Einschränkung seiner Willkühr durch die Nothwendigkeit, sich erst

durch ihre Unterwerfung unter seinen Willen einen freien Wirkungskreis zu verschaffen.

§. 81.

Da die Bedürfnisse des Menschen täglich wiederkehren, die Erlangung der Befriedigungsmittel derselben oft große und lange fortgesetzte Arbeiten erfordert, und Jeder desto mehr Freiheit des Willens von der Gewalt der Natur und Fähigkeit, denselben nach Belieben zu äußern, erlangt, je mehrere Mittel er erwirbt, seinen Bedürfnissen zuvorzukommen, und sein Wohl mit freier Wahl zu vermehren, ohne daß der Begriff der Freiheit eine bestimmte, nicht zu überschreitende Grenze ihres Erwerbs zuläßt, so beschäftigt dieses Streben seine Kräfte das ganze Leben hindurch, und alle freie Handlungen des seine ursächliche wechselseitige Verbindung mit der Außenwelt erkennenden Menschen haben den nothwendigen Zweck der Erhaltung und Erweiterung seines freien Wirkungskreises. Alle Dinge muß er in Beziehung auf den Nutzen oder Nachtheil, den sie für ihn in Ansehung dieses Zwecks haben, betrachten, die nützlichen zu erwerben, die Uebel zu entfernen suchen.

§. 82.

Das stete Streben nach diesem Zwecke erkennt er aus Aeufserungen des Gewissens bei Vernachlässigung desselben zugleich als sittlich geboten, und sich zu Verfolgung desselben auch gegen seine Neigung, wenn er z. B. zur Trägheit geneigt, oder des Lebens überdrüssig ist, oder durch heftige Leidenschaften zu ihm nachtheiligen Handlungen hingerissen werden kann, verpflichtet, weil er sich das Leben, seine Gei-

stes-, Willens- und körperliche Kräfte nicht selbst gegeben, sich nicht selbst in diese Verbindung mit der Außenwelt gesetzt hat, und die Erhaltung eines freien Wirkungskreises Bedingung seiner Fähigkeit ist, Pflichten gegen andere Menschen zu beobachten. Durch jenen Zweck sind alle seine Pflichten gegen sich selbst bestimmt, Würde er sich selbst Entbeh- rungen und Uebel durch seine Handlungen zuziehen, oder den natürlichen Bedürfnissen und Uebeln nicht begegnen, so würde er aus Mangel an Kräften und Mitteln nicht frei handeln können, und den Uebeln zuletzt unterliegen; würde er Bedürfnisse erst, wenn sie eintreten, befriedigen, so wäre er zu den Hand- lungen genöthigt, durch welche allein er sie befriedi- gen könnte, und würde er seine Neigungen nicht be- herrschen, so stünde sein Wille unter ihrer Gewalt, und könnte sich wieder nicht frei äußern. Weil sein Leben und seine Kräfte, selbst seine Willenskraft, von natürlichen Einwirkungen äußerer Dinge und seiner Einwirkung auf diese abhängig bleiben, soll und muß er seine Kenntnisse von dem Einflusse äu- ßerer Veränderungen auf seinen Zustand und durch denselben gemäße Handlungen seinen freien Wir- kungskreis zu erweitern suchen. Die Erkenntniß der natürlichen Nothwendigkeit fällt hier mit der sittli- chen zusammen, und die Pflichten gegen sich selbst werden größtentheils durch die Neigung unterstützt. Sie legen aber immer Einschränkungen der Freiheit, zu thun und zu lassen, was man will, auf, wiewohl durch ihre Beobachtung die Fähigkeit, von der Ge- walt der Natur unabhängig zu handeln, erst erlangt wird.

§. 83.

Wenn hingegen der Mensch überdißs aus sittlichen Gefühlen und Regungen seines Gewissens die Pflicht erkennt, keinem Menschen ein unverschuldetes Uebel zuzufügen, und das Wohl Anderer so sehr als möglich zu befördern, so fordern die Pflichten gegen Andere eine Selbstbeschränkung des freien Willens, die für den Verpflichteten die Nichterweiterung und selbst eine Verengung seines freien Wirkungskreises und sogar eine Entbehrung von Mitteln zu Befriedigung seiner Bedürfnisse, die er mit Verletzung jener Pflichten sich verschaffen oder behalten, und zu Abwendung von Uebeln, denen er sonst begegnen könnte, für denjenigen aber, gegen den sie beobachtet werden, eine Erweiterung oder wenigstens die Erhaltung seines freien Wirkungskreises zur Folge hat.

Für ein Uebel wird von Allen nicht nur die Beraubung der Freiheit (Gefangenschaft) oder der Fähigkeit, gewisse Handlungen zu verrichten, sondern auch die Entziehung des Lebens und der Gesundheit, jede Schwächung der Kräfte des Geistes oder Körpers, jede Verletzung der Theile desselben oder der dem Willen eines Menschen unterworfenen Sachen und Mittel zu Beförderung seines Wohls, wie z. B. des guten Namens, jedes Leiden und jede Unlust angesehen. Alle Güter, deren völlige oder theilweise Entziehung oder Verhinderung ihres Gebrauchs ein Uebel ist, sind aber Ergänzungsstücke seines freien Wirkungskreises, die er wegen seiner Abhängigkeit von der Natur zu erhalten suchen soll, ob er gleich nach Gutdünken Einzelne von ihnen sich entbehrlich finden und freiwillig aufgeben kann.

§. 84.

Beide Arten von Pflichten gegen Andere unterscheiden sich wesentlich insbesondere in Ansehung

des Einflusses ihrer Beobachtung oder Verletzung auf den Umfang ihres freien Wirkungskreises. Wer die Handlungen unterläßt, durch welche er einem Andern ein Uebel zufügen würde, ob er sich gleich ein Gut dadurch verschaffen könnte, erweitert zwar seinen eigenen freien Wirkungskreis nicht, verengt aber auch den des Andern nicht, läßt mithin beide Wirkungskreise ungeändert und unabhängig von seinen Handlungen, wie derjenige, welcher das Wohl Anderer zu befördern, wenn er es gleich vermag, unterläßt. Wer hingegen die erste Ursache eines Uebels für einen Andern wird, verengt oder vernichtet dessen freien Wirkungskreis, er mag hiedurch seinen eigenen erweitern oder nicht, und wer das Wohl eines Andern befördert, erweitert den Wirkungskreis desselben, indem er entweder seinen eigenen verengt, oder die ihm mögliche Erweiterung desselben unterläßt, oder auch ohne solchen Nachtheil für ihn selbst. Wer daher Niemanden ein Uebel zufügt, schränkt seinen freien Willen weit weniger ein, als wer Andern Gutes erweist, obgleich erstere Pflicht gegen alle Menschen beobachtet werden soll, letztere von Jedem nur gegen Wenige beobachtet werden kann, erstere Pflicht eben sowohl bei der Erwerbung, als bei dem Gebrauche äußerer Dinge beobachtet werden soll, letztere nur den Gebrauch der Dinge, die man besitzt, betrifft.

§. 85.

Da Jeder die Erhaltung seines freien Wirkungskreises als die Bedingung seiner Fähigkeit, fortzuleben und Pflichten zu erfüllen, erkennt, so geht nicht nur die Pflicht, keinem Menschen ein Uebel zu-

zufügen, der Pflicht, Andern Gutes zu erweisen, in der Regel vor, sondern die Pflicht eines Jeden, seinen freien Wirkungskreis zu erhalten und möglichst zu erweitern, schließt auch die Pflicht gegen Andere aus, Uebel, deren erste Ursache ihr Wille ist, ohne Widerstand gegen dieselben zu erdulden. Jeder muß also das Recht haben, den Willen Anderer, ihm Uebel zuzufügen, durch Zwangsübel zu ändern, und schon zugefügte Uebel auf den Urheber derselben zurückzuwälzen. Der, ohne Andern Uebel zuzufügen, erlangte freie Wirkungskreis heißt das Rechtsgebiet des Menschen, in welches Keiner einen Eingriff machen soll, und jeder Eingriff in dasselbe berechtigt den Inhaber zur gewaltsamen Abwehrung desselben. Wer einen Eingriff in das Rechtsgebiet des Andern macht, verschuldet sich gegen ihn, wird der Urheber eines nicht verschuldeten Uebels für letztern, und bewirkt, daß dieser nicht durch eine Pflicht gegen ihn abgehalten wird, durch Zwangsübel, die immer ein Eingriff in den freien Wirkungskreis des Beleidigers sind, seinen Willen zur Unterlassung oder Wiederaufhebung des Unrechts zu bestimmen. Nur ein Recht, nicht eine Pflicht hiezu erwächst dem Verletzten aus dem erduldeten Unrechte, wenn es auch in der Vernichtung unentbehrlicher Güter besteht, weil Jeder, ohne eine Pflicht gegen Andere zu verletzen, auf jeden Theil seines freien Wirkungskreises verzichten kann, und im Wirkungskreise eines Jeden wegen des unbegrenzten Umfangs der Freiheit viele im Augenblicke entbehrliche Theile sich finden müssen.

§. 86.

Wer hingegen Andere nöthigen würde, ein ihm durch seine Schuld oder natürliche Ereignisse zu-

stossendes Uebel von ihm abzuwenden oder ein Gut ihm zu verschaffen, der würde, ohne daß sie ihm durch Eingriffe in sein Rechtsgebiet Ursache dazu gegeben haben, der Urheber eines Eingriffs in das ihrige seyn, sowohl mittelst der Uebel, welche er ihnen zufügte, um sie zu nöthigen, als wegen des Aufwands an Kräften und Mitteln, zu welchem sie genöthigt würden, ihnen mithin Ursache geben, seine Zwangsübel mit Gewalt von sich abzuwenden. Jeder hat mithin die Pflicht, Niemand zum Gutes thun zu nöthigen, wenn auch von der Erweisung der Wohlthat die Erhaltung seines Lebens abhängen würde. Liebespflichten sollen und müssen durchaus freiwillig beobachtet werden, und die Rechtspflichten sind die einzigen Pflichten, zu deren Erfüllung Jeder von Andern durch Zufügung von Uebeln genöthigt werden darf, welche er nicht von sich abzuwenden das Recht hat.

§. 87.

Das Rechtsgesetz legt also dem Willen eines Menschen keine andere Selbsteinschränkung auf, als alle Handlungen zu unterlassen, durch welche er in den freien Wirkungskreis des Andern eingreifen, und solche Willensäußerungen desselben, durch welche dieser in den freien Wirkungskreis des erstern nicht eingreift, verhindern würde, woraus von selbst folgt, daß es Keinem einen Eingriff in den freien Wirkungskreis derer verbietet, welche seine rechtmäßige Willensäußerungen verhindern, wofern er ihnen nicht mehr Gewalt zufügt, als zu Aenderung ihres Willens, das Rechtsgesetz zu übertreten, nothwendig ist. Jede Willensäußerung eines Menschen, die nicht die unmittelbare Ursache eines unverschuldeten Uebels für

einen Andern ist, darf von Andern nicht gehindert werden, ist rechtmässig, erlaubt, und alle durch solche Handlungen eines Menschen ihm unterworfenen Dinge dürfen von Andern nicht ohne seinen Willen verletzt oder ihrem Willen unterworfen werden. Nur wer eine Rechtspflicht verletzt, ladet hiedurch eine solche Schuld auf sich, dass diejenigen, gegen welche er sie verletzt, ihm Uebel zufügen dürfen, ohne sich dadurch zu verschulden, und ohne dass er diese Uebel mit Gewalt von sich abwenden darf; Wer aber andere Pflichten verletzt, verschuldet sich, ohne dass deswegen Andern das Recht zustünde, ihm Uebel zuzufügen; Wer Liebespflichten erfüllt, erwirbt sich um Andere ein Verdienst, macht sich der Belohnung würdig, wogegen derjenige, der seine Rechtspflichten erfüllt, bloß seine Schuldigkeit thut, und von Andern kein Uebel zu erdulden haben soll, ohne an eine Belohnung Ansprüche zu erwerben.

Nicht also aus Furcht vor dem Unrechte ist das Recht erst erfunden worden, sondern mit dem Begriffe des Unrechts ist auch der Begriff des Rechts, dieses mit Zwang von sich abzuwenden, und alles zu thun, wodurch keinem Andern ein Unrecht zugefügt wird, allen Menschen gegeben. Würde das Recht erst von den Menschen erfunden, so würde eben damit auch das Unrecht erst von ihnen erfunden. Wohl aber müssen die Mittel, Allen Sicherheit vor Unrecht zu verschaffen, erst erfunden und durch willkührliche Gesetze und Anstalten eingeführt werden, weil das Daseyn des Rechtsgesetzes in dem Gewissen der Menschen seine allgemeine Beobachtung noch nicht bewirkt, noch verbürgt. Die Sicherung der Rechte kann aber von Menschen nicht anders bewirkt werden, als indem sie einen Theil ihrer Rechte aufgeben, namentlich die Erkenntniß über ihre Rechte und deren Verfolgung mit Gewalt Andern übertragen, und sich zu jenem Zwecke weiteren Einschränkungen unterwerfen, ohne hiedurch die

Rechte eines Dritten zu verletzen. Will man also durch jenes Sprichwort nicht ausdrücken, daß, um das Unrecht so gut als möglich zu verhindern, willkürliche Gesetze ausgesonnen worden seyen, so ist es unrichtig, und beruht auf dem von den Alten auf uns überlieferten Irrthume, daß das Recht nicht moralische Grundsätze, sondern die bloßen Willenserklärungen der Einzelnen zur Grundlage habe, einem Irrthume, dem auch der beinahe allen Rechtstheorien gemachte Vorwurf, daß sie das Dürfen von den Sollen ableiten, sein Daseyn verdankt und das Wort redet.

§. 88.

Die Rechtspflichten beruhen ebensowohl, als die Liebespflichten, auf dem bloßen Pflichtgebote, ohne durch die Neigung unterstützt zu werden; sie sind aber überdiess mit der Erkenntniß verbunden, daß ihnen ein Recht Anderer gegenüberstehe, zu dessen Ausübung Pflicht und Neigung, selbst das Bedürfnis dieselben antreiben können. Der Grund des Rechts, zu ihrer Erfüllung zu zwingen, ist nemlich nicht das Bedürfnis der Freiheit von Uebeln, noch die Pflicht des Berechtigten gegen sich selbst, jedes Uebel von sich abzuwenden, allein, sondern überdiess und vorzüglich die Erkenntniß des Berechtigten und des Verpflichteten, daß Ersterer das ihm zugefügte Uebel nicht durch Uebertretung der Rechtspflicht gegen Letzteren verschuldet hat, nicht zuerst der Urheber eines Uebels für ihn war. Nur desswegen darf Keiner Andere zu Erweisung von Wohlthaten und Entfernung ihm zugestossener oder bevorstehender Uebel nöthigen, weil sie solche nicht ihm zugezogen und ihn nicht damit bedroht haben. Wie Jeder die Güter, die ihm die Natur gewährt, und er selbst sich erwirbt, selbst gebrauchen und genießen darf, so soll auch Jeder die Uebel, welche die Natur über ihn ver-

hängt, oder er selbst sich zuzieht, selbst allein und ohne Ueberwälzung auf Andere tragen, wofern er sie nicht mit seinen Kräften von sich abwenden kann, noch die Beihülfe Anderer zu ihrer Abwendung sich erworben hat, oder freiwillig von ihnen erhält; mithin soll Keiner den Zustand des Andern gegen seinen Willen verändern. Diefs muß das erste und höchste Gesetz des Verhaltens der Menschen gegen einander in einer Welt seyn, in welcher Jeder mit natürlichen Uebeln stets zu kämpfen hat, und die grössere Kraft die geringere beherrscht.

Merkwürdig ist die Beziehung der zwei Hauptarten von Pflichten gegen Andere auf einander, so wie auf die zwei Hauptarten der Pflichten gegen sich selbst, und die Aehnlichkeit der erstern mit den letzteren. Die Erfüllung der Rechtspflicht durch den Einen macht dem Andern die Beobachtung der Rechts- und Liebespflichten möglich, wie die Erfüllung der Pflicht, seine Bedürfnisse zu befriedigen, die Erfüllung der Pflicht, durch Thätigkeit und Selbstbeherrschung sich einen freien Wirkungskreis zu bilden, möglich macht. Die Rechtspflicht hat ihre bestimmte Grenze, wie die Befriedigung der Bedürfnisse; die Liebespflicht so wenig, als die Pflicht, sich hinlängliche Mittel zur Aeufserung des freien Willens zu verschaffen. Beide können von Jedem in der ihm beliebigen Ausdehnung erfüllt werden. Die Rechtspflicht des Einen bezieht sich auf die Pflicht des Andern, seine Bedürfnisse zu befriedigen, wie die Liebespflicht des Einen auf die Pflicht des Andern, einen möglichst grossen Wirkungskreis für seinen freien Willen zu erlangen; weil aber die Rechtspflicht nicht wie die Pflicht, seine Bedürfnisse zu befriedigen, durch die Neigung unterstützt wird, so erhalten beide durch die Erkenntniß des Zusammentreffens der Pflicht dessen, gegen den sie zu erfüllen sind, mit seiner Neigung, sie erfüllt zu sehen, nur eine grössere Stärke, als die Liebespflicht und die Pflicht der Behauptung eines freien Wirkungskreises haben.

§. 89.

Das Rechtsgesetz ist eben sowohl ein absolutes Princip, als das Gebot der Menschenliebe, aus welchem es fließt. Aus jenem entspringen unmittelbar sowohl Rechtspflichten des Einen, als Rechte des Andern, ohne daß sich von diesen und jenen ein weiterer Grund angeben läßt, als das Gesetz. Aus dem Gebote der Menschenliebe fließen zunächst nur Pflichten, sowohl positive als negative, und unter letztern auch die Rechtspflicht. Daß aber nur der Rechtspflicht, nicht auch einer andern Tugendpflicht ein Recht eines Andern gegenübersteht, hievon liegt die Ursache in der Erkenntniß, daß Jeder für seine Bedürfnisse und Güter selbst sorgen soll, und allein selbst hinlänglich sorgen kann, auch Jeder der Freiheit von Uebeln bedarf.

Der Rechtsbegriff ist also ein absoluter sittlicher Begriff, der keinen andern Grund hat, als das Rechtsgesetz. Man mißkennt den Begriff eines Principis, eines ersten, ursprünglichen, andern zum Grunde liegenden und selbst auf keinem andern Grunde beruhenden Grundsatzes, wenn man dem, welcher sich auf das Rechtsgesetz beruft, um die Rechtmäßigkeit einer Handlung, z. B. der Besitznahme herrenloser Dinge, zu beweisen, eine *petitio principii* vorwirft, und das Recht zu jener Handlung etwa in einer fingirten Uebereinkunft der Menschen mit einander sucht, deren Rechtskraft doch selbst erst aus dem Rechtsgesetze hergeleitet werden muß und kann. Dieses Princip ist aber keine willkührliche Hypothese, da es von allen Menschen erkannt wird, und anerkannt werden muß.

§. 90.

Die Rechtspflichten sollen eben sowohl als die Liebespflichten freiwillig beobachtet werden, und würden von

den meisten Menschen, besonders den Stärkern und Mächtigen, gar nicht beobachtet, wenn sie sie nicht freiwillig beobachten wollten. Die Erkenntniß der sittlichen Fähigkeit Anderer, zur Erfüllung der Rechtspflicht zu nöthigen, verstärkt nur den Verpflichtungsgrund zu ihrer Beobachtung, und bewirkt noch weniger eine Nöthigung dazu, weil das Recht zu zwingen nicht immer mit der zu Ausübung eines Zwangs erforderlichen Kraft, noch dem Willen, ihn auszuüben, verbunden ist. Ist aber auch an der Kraft, zu zwingen, gar nicht zu zweifeln, wie z. B. bei der Staatsgewalt, so kann diese von den Inhabern derselben ebensowohl dazu gebraucht werden, Andere zur Erfüllung bloßer Liebespflichten zu nöthigen, und wird wirklich in jedem Staate hiezu gebraucht, weil die positiven Gesetze manche Liebespflichten für erzwingbar erklären müssen. Auch kann diese Gewalt manches Unrecht ungeahndet lassen, und selbst zu Ausführung ungerechter Handlungen gebraucht werden, wie der Stärkere seine Kraft gebrauchen kann, um Andern das Ihrige zu nehmen, oder sie zur Erfüllung einer Liebespflicht, wenn gleich ohne Befugniß, zu nöthigen.

§. 91.

Der vernünftige Mensch thut jedoch nichts ohne Grund. Die Verpflichtungsgründe können nur bei den Pflichten gegen sich selbst Beweggründe zu ihrer Beobachtung für ihn werden, wenn er einsieht, daß er durch solche sein eigenes Wohl befördert. Sämmtlichen Pflichten gegen Andere, auch den Rechtspflichten, Genüge zu leisten, und ihnen gemäß seine Freiheit einzuschränken, müßte er für desto unver-

nünftiger halten, da er um derselben willen oft seinen angenehmsten Wünschen, Hoffnungen und Empfindungen entsagen, und seine heftigsten Begierden unbefriedigt lassen soll, wenn er nicht einen Bestimmungsgrund zu ihrer Erfüllung hätte, der stärker, als alle Begierden, auf seinen Willen wirkt.

§. 92.

Ein solcher, alle Grundtriebe des Menschen überwiegender Beweggrund ist der Erfahrung zufolge weder die Versicherung der Weltweisen, daß Tugend dem Menschen den größten Werth gebe, Untugend ihn erniedrige, noch die Ehre und der Ruhm, den man durch Uebung jener erwirbt, noch weniger das Selbstgefühl, daß man nur den angeblich sich selbst gegebenen Gesetzen gehorche, noch die Unbedingtheit der Tugendgebote, sondern ganz allein die aus der vernünftigen Betrachtung der Welt und des Menschen hervorgehende Ueberzeugung von dem Daseyn eines sinnlich nicht erkennbaren Urhebers derselben, welcher nicht blos dem Weltalle und allen einzelnen Naturerzeugnissen die Gesetze ihrer Wirksamkeit vorgeschrieben, sondern auch dem Menschen durch dessen Gewissen in den Pflichtgeboten seinen Willen eröffnet habe, und deren Befolgung und Uebertretung vergelten werde.

Auch die alten Weltweisen leiteten die Gesetze der Sittlichkeit von einem höchsten Gesetzgeber her. Weil sie aber von demselben nicht die würdige Vorstellung eines Weltschöpfers hatten, welche erst das Christenthum verbreitete, und ein Fatum (*ἑλόν*) die Welt lenken ließen, so legten sie, wie z. B. Platon ehrlich bekannte, der Tugend der Gerechtigkeit, nur so fern sie Ehre bringt, nicht aber unbedingten Werth bei.

§. 93.

Andern Menschen ist es zunächst nur darum zu thun, daß eine Pflicht der Gerechtigkeit oder der Menschenliebe gegen sie wirklich erfüllt werde, und wenn dieß geschieht, haben sie nur dann Grund, auch die Beweggründe des Handelnden zu ihrer Erfüllung kennen zu lernen, wenn sie eben diese Pflicht fernerhin von ihm beobachtet zu sehen wünschen; denn wer eine Pflicht im einzelnen Falle nur wegen eines Vortheils, den er durch ihre Erfüllung zu erlangen hofft, oder aus Furcht vor den Uebeln, die ihm im Falle ihrer Verletzung Andere zufügen werden, oder aus Ehr- und Ruhmsucht beobachtet, von dem ist weniger zu erwarten, daß er sie auch dann, wenn er sie von Andern unbemerkt verletzen kann, beobachten werde, als von demjenigen, welcher sie aus Achtung vor dem höchsten, nicht menschlichen Gesetzgeber erfüllt. Der Wille, gewisse Pflichten zu erfüllen oder zu verletzen, heißt die Gesinnung, und wenn er auch unter Hindernissen auf Erfüllung oder Verletzung derselben beharrt, der Charakter eines Menschen. Die gute oder böse Gesinnung und der feste oder veränderliche Charakter hängt deswegen von den Beweggründen ab, durch welche der Wille eines Jeden zu Handlungen bestimmt wird, und Andern kann aus den angegebenen Ursachen die Kenntniß derselben wichtig seyn.

§. 94.

Nur in Hinsicht auf die Rechtspflichten haben alle Menschen ein Interesse, so viel Gewißheit als möglich zu erlangen, daß Jeder, mit dem sie leben, sie jederzeit und unter allen Umständen beobachten werde,

weil von dieser Gewissheit die Sicherheit ihres Lebens und ihrer Rechte abhängt. In Ansehung anderer Tugendpflichten hingegen können nur Einige Gewissheit von ihrer Erfüllung durch Einzelne zu erhalten wünschen. Die Wahrscheinlichkeit, daß Jemand die Pflichten gegen sich selbst erfülle, ist nur denen wichtig, welche entweder wegen näherer Verbindung mit ihm besondern Antheil an seinem Wohle nehmen, oder einsehen, daß, wer den Menschencharakter in seiner eigenen Person nicht achtet, Anderer Rechte noch weniger zu achten geneigt ist, und die Wahrscheinlichkeit, daß ein Anderer Liebespflichten zu erfüllen geneigt sey, hat zunächst für die fremder Unterstützung Bedürftenden und solche, welche an dem Schicksale derselben Antheil nehmen, für wohlwollende Menschenfreunde ein Interesse; dann aber auch für alle diejenigen, welche aus Erfahrung wissen, daß jeder Mensch durch unabwendliche Ereignisse in einen Zustand kommen kann, in welchem seine Erhaltung von der Unterstützung Anderer abhängt.

§. 95,

Da Sittlichkeit oder Uebereinstimmung aller Handlungen mit den Pflichtgeboten nur von dem erwartet werden kann, über dessen Willen die Achtung vor den Pflichtgeboten und deren höchstem Gesetzgeber größere Gewalt hat, als jeder andere Beweggrund (§. 92.), so wird auch einzelnen Handlungen nur dann sittlicher Werth beigelegt, wenn die Achtung vor dem Pflichtgebote den Handelnden zu ihrer Verrichtung bestimmte, mögen sie überdies seiner Neigung zusagen oder nicht. Auch die Verrichtung einer rechtlich nothwendigen Handlung und die Unterlas-

sung von Handlungen, durch welche Jemand zu sittlich guten Handlungen oder zur Erfüllung einer Rechtspflicht gegen den Zwingenden genöthigt würde, kann sittlichen Werth haben, wenn nämlich der Verpflichtete durch die bloße Achtung vor dem Rechts- oder einem andern Pflichtgesetze, nicht durch Zwang oder Furcht vor Zwang oder andern Uebeln dazu bewogen wird. Alle unsittliche, mithin auch ungerechte Handlungen können keinen sittlichen Werth haben, weil keine Pflicht aus Achtung vor dem Pflichtgesetzgeber verletzt werden kann; wohl aber kann die Verfolgung eines Rechts aus Achtung vor der Pflicht gegen sich selbst geschehen. Weder Werth noch Unwerth haben endlich Handlungen und Unterlassungen, die im Zustande der Unfähigkeit, die Folgen derselben zu erkennen, und sie mit Pflichtgeboten zu vergleichen, oder, wenn gleich vorsätzlich, in dringender Noth vorgehen, weil der Handelnde nicht durch die Erkenntniß seiner Pflicht geleitet werden, noch frei handeln konnte.

§. 96.

Ob die gute Handlung eines Menschen aus guter Gesinnung, aus reinen Beweggründen hervorgehe, weiß nur der Handelnde gewiß. Andere schließen zwar daraus, daß sie ihn mehrere gleichartige pflichtmäßige Handlungen in Uebereinstimmung mit seinen Reden, und selbst unter Umständen, wo er sich von ihrer Verrichtung keine Vortheile, von ihrer Unterlassung sogar Nutzen versprechen könnte, verrichten sahen, daß er die ihnen entsprechende Pflicht der Wohlthätigkeit, der Gerechtigkeit etc. unter allen Umständen zu beobachten sich bestrebe. Wenn

aber auch die Handlungen, aus denen sie auf seine Gesinnung schliessen, mit den Umständen, unter denen er sie verrichtete, richtig von ihnen wahrgenommen worden sind, so ist doch der Schluss aus denselben auf die Moralität seiner Gesinnung und jeder seiner einzelnen Handlungen niemals so zuverlässig, daß er für unfähig gehalten werden kann, die Pflicht aus unedlen, selbstsüchtigen Beweggründen, z. B. aus Ehrliche, zu erfüllen. Die sogenannte moralische Ueberzeugung, die auf der Wahrnehmung mehrerer pflichtmäßiger Handlungen eines Menschen beruht, begnügt sich mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit, und das Urtheil über die Gesinnung erlangt nur durch eine lange fortgesetzte Beobachtung des Beurtheilten einige Zuverlässigkeit.

§. 97.

Die sittliche Ueberzeugung von dem Willen eines Menschen, die Pflichten gegen sich selbst und Liebespflichten, so gut er es vermag, zu erfüllen, erweckt zwar bei Andern Achtung, Wohlwollen, Zutrauen, und das gegentheilige Urtheil Gleichgültigkeit, Lieblosigkeit, Abneigung, selbst Verachtung. Diese Ueberzeugungen Anderer haben also für den Beurtheilten unbemerkt grofse Vortheile oder Nachteile, in keinem Falle aber ihre Berechtigung zur Folge, ihm Uebel zuzufügen, wie diejenige moralische Ueberzeugung, deren Aeufserung ein rechtliches Urtheil genannt wird. Da nämlich Jeder von Andern muß gezwungen werden dürfen, positive Rechtspflichten gegen sie zu erfüllen, und negative nicht zu verletzen, und die Zufügung unverschuldeter Uebel ein Unrecht ist, so begründet das Urtheil, daß

Jemand eine positive Rechtspflicht zu erfüllen, oder eine negative verletzt habe, die Befugniss, ihn zur Erfüllung jener und zur Genugthuung wegen des verletzten Rechts zu zwingen, nur dann, wenn es auf deutlich erkannten Thatsachen beruht, weil sonst der Urtheilende sich irrigerweise ein Recht, Jenem Zwangsübel zuzufügen, zuschriebe, und ihm durch deren Zufügung ein Unrecht anthun würde, das er mit Gewalt von sich abwenden dürfte, mithin endlose gegenseitige Feindseligkeiten entstünden.

§. 98.

Ob und welche positive Rechtspflicht Jemand zu erfüllen, und welche negative er verletzt habe, weiß der Berechtigte und Beleidigte besser als jeder Andere. Denn Erstere entstand durch eine Handlung des Verpflichteten, die auf den Zustand des Berechtigten einwirkte, und Letztere wurde durch Verletzung eines Rechts des Berechtigten verletzt. Andere können die Verletzung eines Rechts aus der wahrgenommenen Uebelzufügung an sich selbst, da sie von dem Leidenden verschuldet seyn kann, ebenso wenig erkennen, als aus der Forderung des Einen, ob der Andere ihr zu entsprechen verpflichtet sey, oder ihre Befriedigung zu verweigern das Recht habe. Sie müssen aber sich von Beidem Kenntniss zu verschaffen berechtigt seyn, und bis zur erlangten Kenntniss davon den Zwang, den der Eine gegen den Andern ausüben will, verhindern dürfen; denn wenn der Eine wirklich eine Rechtspflicht verletzt hat, oder den Andern zur Befriedigung einer unrechtmässigen Forderung nöthigen will, so müssen sie befürchten, dass er, wenn sie solches nicht hin-

derten, auch ihre Rechte zu verletzen und unrechtmäßige Forderungen an sie zu machen, Neigung und selbst die Mittel dazu durch das gelungene Unrecht bekommen werde.

§. 99.

Obgleich die Betheiligten die Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen und die Verletzung ihrer Rechte am besten wissen, und ihre Rechte mit Zwang zu schützen berechtigt sind, so sind sie doch bei dem besten Willen der Gefahr am meisten ausgesetzt, durch ihren Vortheil, Irrthum oder Leidenschaft, zur Vorbringung größerer Ansprüche und Zufügung schwererer Zwangsübel, als zu welchen sie wirklich berechtigt sind, hingerissen zu werden. Dieser Gefahr und den endlosen gegenseitigen Beleidigungen, welche hieraus entspringen würden, vermögen sie nicht anders zu entgehen, als indem sie auf das Recht, über ihre angefochtene Rechtsansprüche und erlittene Rechtsverletzungen selbst zu urtheilen, und ihre Rechte selbst zu schützen, außer in Nothfällen verzichten, und die Ausübung dieses Rechts Andern übertragen, welche schon das Interesse an der allgemeinen Rechtssicherheit zum Schutze der Rechte jedes Einzelnen auffordert. Durch diese nicht rechtlich, sondern blos sittlich nothwendige Uebertragung des Rechtsschutzes an Einzelne erlangen Alle den weiteren Vortheil, ihre Rechte auch dann geschützt zu sehen, wenn sie dieselben selbst zu vertheidigen nicht im Stande wären, und diejenigen, welchen dieses Recht übertragen ist, haben nun die Rechtspflicht, die Handlungen, auf welche ein angesprochenes Recht gestützt wird, oder durch welche ein Recht verletzt worden seyn soll, durch Vernehmung beider einan-

der gegenüberstehender Personen und ihrer, nöthigenfalls beeidigten, Zeugen, so wie durch Betrachtung der äufsern Rechtsurkunden und der Wirkungen jener Handlungen genau zu untersuchen, und nach ihrer Vergleichung mit den Rechtsgesetzen zu bestimmen, wozu ein Jeder von ihnen berechtigt und rechtlich verpflichtet sey.

§. 100.

Um über die Rechtmäßigkeit einer Forderung zu erkennen, genügt die Untersuchung der Wahrheit der Thatsachen, auf welche sie und der Widerspruch des Andern gegründet werden, und das Urtheil, daß die Forderung gegründet sey, hat eine Nöthigung zu ihrer Berichtigung nur dann zur Folge, wenn der Verpflichtete solche verweigert, und der Berechtigte sie ihm nicht erläßt. Oft gewähren aber äufsere Kennzeichen, Urkunden, Aussagen von Zeugen und andere Beweise, wenn auch alle vorhandene beigebracht werden, keine solche Gewissheit von der behaupteten Thatsache, daß der Richter von der Unmöglichkeit ihrer Unrichtigkeit überzeugt seyn muß, und er kann in der Ableitung des Rechts aus der für wahr gehaltenen Handlung desto leichter irren, als er solches nur mittelst eines Schlusses von der Handlung auf den Willen, den der Handelnde dadurch äufserte, ableiten kann.

§. 101.

Bei Beurtheilung einer Rechte verletzenden Handlung soll der Richter überdiess untersuchen, ob der Thäter sie in der Absicht, den rechtswidrigen Erfolg oder eine andere Rechtsverletzung zu bewirken, oder aus blosem Leichtsinne, wiewohl er die Möglichkeit

eines solchen Erfolgs voraus sah, oder bei größerer Aufmerksamkeit auf die Rechte Anderer hätte voraussehen können, vollführt habe, mithin die Ursachen erforschen, die seinen Willen zur Uebertretung des Rechtsgesetzes bestimmten. Die Menschen wären des Besitzes ihrer Rechte nicht gewiß, wenn derjenige, der sie verletzte, nur zur Vergütung des angerichteten Schadens angehalten, nicht auch weitere Uebel bloß deswegen zu erdulden genöthigt würde, weil er unerachtet seiner Kenntniß von der Wichtigkeit der Rechtssicherheit nicht ebendieselbe Sorgfalt in Schonung der Rechte Anderer, als in Wahrung seiner eigenen gezeigt, oder gar jene zu verletzen sich entschlossen hat, und zwar so schwere Uebel, als wegen der Stärke seines rechtswidrigen Willens zu dessen Ueberwindung nothwendig gefunden werden. Zwar kann Niemand darüber bestraft werden, daß er eine rechtlich unerlaubte Handlung nicht aus Achtung vor dem Rechtsgesetzgeber, sondern aus eigennützigen Ursachen oder aus Furcht vor Strafen unterlassen hat, weil sich Niemand durch rechtmäßige Handlungen und Unterlassungen verschuldet. Wer sich aber rechtswidrige Handlungen, aus welchem Beweggrunde es seyn mag, erlaubt, verschuldet sich desto mehr, je mehrere und stärkere Beweggründe zu ihrer Unterlassung in ihm vorhanden waren, und auf seinen Willen hätten wirken sollen, und beweist, daß ihm empfindlichere Uebel zugefügt werden müssen, um ihn von ähnlichen Vergehungen abzuschrecken, wie gute Handlungen desto größeren Lobes und Lohnes würdig sind, je mehr Beweggründe der Handelnde zu ihrer Unterlassung und je weniger er zu ihrer Verrichtung gehabt hat.

§. 102.

Die rechtliche Beurtheilung der Handlungen eines Andern unterscheidet sich also von der sittlichen darin, daß sie dieselben bloß mit Rechts- letztere aber auch mit andern Tugendgesetzen vergleicht, und daß wegen der Folgen, welche das rechtliche Urtheil alsdann hat, wenn der Urtheilende die Kräfte und den Willen hat, das Recht mit Gewalt zu schützen, der rechtliche Beurtheiler die einzelnen Handlungen und ihre Wirkungen genauer zu untersuchen verpflichtet ist, als der sittliche. Die sittliche Ueberzeugung von der unrechtlichen Gesinnung eines Menschen ist fester und zuverlässiger, wenn sie auf erwiesene, als wenn sie auf vermuthete und wahrscheinliche Rechtsverletzungen sich gründet, und ebenso zuverlässig kann die sittliche Ueberzeugung von der unsittlichen Gesinnung eines Andern seyn, wenn sie auf unsittlichen Handlungen beruht, welche der Urtheilende selbst wahrgenommen hat. Jedoch nur solche Handlungen können sowohl sittlich, als rechtlich beurtheilt werden, von denen man weiß, daß der Handelnde sie mit freiem Willen und bei dem Besitze seiner Verstandskräfte, durch welche er ihre Wirkungen auf sich selbst und Andere erkennen, und sie mit seinen Pflichten vergleichen konnte, verrichtet hat, und sie sind sowohl unsittlich als unrechtlich nur durch den Willen, das Gesetz zu übertreten, oder sich vor Uebertretung desselben nicht sorgfältig zu hüten.

ZWEITE ABTHEILUNG.
VON
DEN ALLGEMEINEN RECHTS-
GESETZEN.

ERSTES KAPITEL.
ENTWICKLUNG DES RECHTSGESETZES AUS
DEM RECHTSBEGRIFFE.

§. 103.

Hat ein Mensch ein Recht zu denjenigen Handlungen, die Andere nicht verhindern dürfen und zur Unterlassung der Handlungen, zu deren Verrichtung ihn Andere nicht zwingen dürfen (§. 1.), so muß es Handlungen geben, welche Andere zu verhindern das Recht haben, durch deren Verrichtung der Handelnde ein Unrecht begeht, und solche, zu deren Verrichtung Andere zwingen dürfen, deren Unterlassung mithin unrechtmässig, unerlaubt, ein Unrecht ist. Denn da alles Denken nur durch Gegensätze möglich ist (§. 16. Anm.), so wäre der Rechtsbegriff ohne den Begriff eines Unrechts nicht denkbar.

§. 104.

Wer das Recht nicht hat, eine Handlung zu verrichten, ist verpflichtet, sie zu unterlassen, und Andere haben das Recht, ihn an Verrichtung derselben zu hindern, sind mithin nicht verpflichtet, ihn nicht zur Unterlassung derselben zu zwingen. Wer aber das Recht hat, eine Handlung zu verrichten, ist nicht verpflichtet, sie zu unterlassen, übrigens auch nicht

verpflichtet, sie zu verrichten, und Andere haben das Recht nicht, ihn zur Unterlassung der Handlung, noch zu ihrer Verrichtung zu zwingen, haben also die Pflicht, ihn weder zur Unterlassung, noch zur Verrichtung der Handlung zu nöthigen.

§. 105.

Dem Rechte des Einen steht daher immer die Pflicht Anderer gegenüber, den Berechtigten nicht an der Ausübung seines Rechts zu hindern, und diese Pflicht wird wegen des gegenüberstehenden Rechts eine Rechtspflicht oder eine rechtliche Verbindlichkeit genannt, zur Unterscheidung von andern Pflichten, denen kein Recht eines Andern gegenübersteht, etwas zu thun oder zu unterlassen. Rechte und Rechtspflichten sind auf einander sich beziehende, unzertrennlich mit einander verbundene, Begriffe (*correlata*), und es findet ebensowenig ein Recht ohne die Rechtspflicht eines Andern, als eine Rechtspflicht ohne das Recht einer andern Person Statt.

Jedem Rechte des Einen, etwas zu thun oder zu unterlassen, etwas von einem Andern zu fordern, einen Andern zur Unterlassung oder Verrichtung einer Handlung zu zwingen, steht die negative Rechtspflicht aller andern Menschen, die Handlung, die Forderung, die Nöthigung des Andern nicht zu hindern, gegenüber; dem Rechte zu einer Forderung an eine Person und zur Nöthigung einer Person, etwas zu thun oder zu unterlassen, aber überdies die positive Rechtspflicht diessr Person, das Geforderte zu leisten, und das, wozu sie gezwungen wird, ohne Widerstand gegen den Zwang zu thun oder zu unterlassen.

§. 106.

Hieraus folgt, daß der Rechtsbegriff sich immer auf das Verhältniß einer Person zu einer andern,

nicht aber zu sich selbst bezieht, und daß die Rechtspflichten Verbindlichkeiten gegen Andere sind, nicht Pflichten gegen sich selbst; denn ein Recht einer Person, etwas zu thun, beruht darauf, daß Andere eine Rechtspflicht haben, sie nicht daran zu hindern, und diese Pflicht ist deswegen rechtlich, weil sie dieselbe in Rücksicht auf das Recht der berechtigten Person haben.

1) Man spricht zwar bildlich von einem Rechte der Menschheit in der eigenen Person, welche die Erfüllung der Pflichten gegen sich selbst fordere, und der Wille des Menschen soll durch die Vorstellung von diesen Pflichten sich nöthigen lassen, sie auch gegen seine Neigung zu erfüllen. Aber die Menschheit, die Menschenwürde, der Menschencharakter ist eine bloße Idee ohne das Vermögen, etwas zu fordern, und wenn ein Mensch eine Pflicht gegen sich selbst seiner Neigung entgegen beobachtet, so ist es nicht die Vorstellung dieser Pflicht, sondern die Kraft seines Willens, welche in Rücksicht auf die Pflicht den Einfluß der Neigung auf ihn überwältigt. Sein Wille zeigt hiebei eine der Neigung überlegene Kraft, durch welche er sich selbst, von ihr unabhängig, bestimmt.

2) Gegen sich selbst hat der Mensch nur Pflichten, keine Rechte, noch Rechtspflichten, weil eine Verhinderung des Willens in seiner Selbstbestimmung durch den eigenen Willen nicht denkbar ist, wohl aber die Selbstbestimmung desselben in Rücksicht auf die erkannte Pflicht. Sich selbst kann daher Niemand ein Unrecht zufügen, noch durch eine von ihm verlangte Handlung eines Andern Unrecht leiden.

§. 107.

Ebendesswegen kann ein Recht nur Handlungen, Aeußerungen des Willens einer Person durch ihre Kräfte, nicht aber innere Veränderungen, Empfindungen, Begierden und Vorstellungen zum Gegenstande

haben; denn nur Jene können von Andern wahrgenommen und ihre Verrichtung gehindert werden. Eine Rechtspflicht ist daher immer eine Verbindlichkeit, eine Handlung zu verrichten oder zu unterlassen, deren Erfüllung der Berechtigte fordern darf.

§. 108.

Mit jedem Rechte ist die Befugniß, von Andern zu fordern, daß sie die Ausübung desselben nicht hindern, und sie nöthigenfalls hiezu zu zwingen, ist ein Zwangsrecht verbunden, und daher jede Rechtspflicht eine solche Pflicht, zu deren Erfüllung der Verpflichtete genöthigt werden darf, eine Zwangspflicht. Denn der Berechtigte könnte die Handlung, zu welcher er ein Recht hat, nicht ausführen, und sein Recht wäre unnütz, wenn er nicht Jeden, der ihn an derselben hindern wollte, zur Unterlassung der hindernden Handlungen zwingen dürfte. Ist aber Jener von einem Andern etwas zu fordern berechtigt, so würde er nicht zum Gegenstande seiner Forderung gelangen können, wenn er nicht den Verpflichteten, der ihn verweigert, zur Leistung und Alle, die den Verpflichteten an der Leistung oder den Berechtigten an dessen Nöthigung zur Leistung hindern wollen, zur Unterlassung der hindernden Handlungen zwingen dürfte.

§. 109.

Nicht jedes Recht ist aber ein Zwangsrecht, und es liegt nicht schon im Begriffe eines Rechts, daß die Befugniß, Andere zu zwingen, damit verbunden sey. Der Begriff eines Rechts ist dadurch vollständig gegeben, daß Andere eine Rechtspflicht haben, die Ausübung des Rechts nicht zu hindern. Das Recht, den

Verpflichteten zur Beobachtung seiner Rechtspflicht zu zwingen, tritt erst dann und nur soweit ein, als er die Handlung des Berechtigten hindern, dessen rechtliche Forderung nicht erfüllen will, kommt mithin zu dem bereits bestehenden Rechte zur Handlung nur in dem Falle, wenn der Verpflichtete seine Rechtspflicht nicht erfüllen will, deswegen hinzu, weil Rechte nach dem Willen ihres Besitzers, nicht Anderer, müssen ausgeübt werden können.

§. 110. X

Da indess jedes Recht mit der Befugniss, Andere nöthigenfalls zur Erfüllung der gegenüberstehenden Rechtspflicht zu zwingen, verbunden ist, so sind nur diejenigen Pflichten gegen Andere, zu deren Beobachtung der Verpflichtete gezwungen werden darf, Rechtspflichten, und um ein Recht zu einer Handlung zu haben, ist nichts erforderlich, als daß sie durch solche Gesetze nicht verboten sey, zu deren Befolgung ein Mensch den Andern muß nöthigen dürfen (§. 6.). Rechtsgesetze können daher nur solche Handlungen verbieten, zu deren Unterlassung, — und wieder nur solche gebieten, zu deren Verrichtung ein Mensch von Andern gezwungen werden darf, und sie unterscheiden sich ebenedurch von andern Sittengesetzen, zu deren Beobachtung kein Mensch von Andern genöthigt werden soll.

§. 111.

Das Recht des Einen und die entsprechende Rechtspflicht des Andern beziehen sich auf einander und auf ebendenselben Gegenstand, ebendieselbe Handlung, entstehen und bestehen zu gleicher Zeit. Wäh-

rend der Eine das Recht hat, eine Handlung, wenn er will, zu verrichten, hat der Andere die Rechtspflicht, ihn an ebendieser Handlung nicht zu hindern, und darf von dem Berechtigten gezwungen werden, ihn nicht zur Unterlassung derselben zu zwingen, und während der Eine die Rechtspflicht hat, dem Andern etwas zu leisten, hat dieser das Recht, die Leistung zu fordern, und ihn, wenn er sie nicht freiwillig erfüllt, zur Leistung zu nöthigen,

§. 112.

In eben derselben Zeit muß daher der Berechtigte sein Recht und der Verpflichtete seine sich darauf beziehende Rechtspflicht, folglich ebendasselbe Recht desselben kennen; denn wenn Jener sich zu einer Handlung berechtigt glaubte, zu welcher ihm Dieser kein Recht zuschriebe, so würde sich Letzterer nicht für rechtlich verpflichtet halten, Ersteren nicht zur Unterlassung der Handlung zu nöthigen, und Ersterer würde sich für berechtigt halten, dem Zwange des Verpflichteten Gewalt entgegenzusetzen. Mithin würde der Eine oder der Andere unrechtmäßige Gewalt gegen den Andern ausüben.

§. 113.

Sowohl dem Berechtigten ist sein Recht, als dem Verpflichteten seine Rechtspflicht in Ansehung eben derselben Handlung zu gleicher Zeit nur dann bekannt, wenn beide ebendasselbe Gesetz ihres Verhaltens gegen einander sich vorgeschrieben erkennen. Der Berechtigte erkennt sodann sein Recht zu einer Handlung und zum Zwange gegen den, welcher ihn an ihrer Verrichtung hindern will, daran, daß er sie

durch dieses Gesetz nicht verboten findet, und der Verpflichtete seine Rechtspflicht, Jenen an der Handlung nicht zu hindern, an dem durch eben dieses Gesetz ausgedrückten Verbot. Ist also ein Gesetz gefunden, von dem jeder Mensch weiß, daß er es gegen alle Andere beobachten soll, und zu dessen Beobachtung Jeder alle Andere zwingen und von allen Andern gezwungen werden darf, so hat man den Uebergang von dem Rechte des Einen zu der entsprechenden Rechtspflicht des Andern und umgekehrt nicht erst zu suchen.

§. 114.

Dieses allgemeine Rechtsgesetz muß negativ seyn, Handlungen nicht gebieten, sondern verbieten. Ein Recht, eine Leistung, die Verrichtung einer Handlung, zu fordern, und einen Andern zur Verrichtung derselben zu zwingen, kann allerdings durch die gegenseitige Willenserklärung des Berechtigten und des Verpflichteten entstehen, wenn der Letztere die Verbindlichkeit, welche er vorher nicht hatte, freiwillig übernimmt. Es gibt aber keine einzige, unter den Menschen möglichen Handlungen, die ein Einzelner gegen alle Andere verrichten kann, zu deren Verrichtung er also gegen jeden Andern verpflichtet seyn, und überdiß von Jedem gezwungen werden kann. Hingegen kann ein Jeder gegen alle Andere verpflichtet seyn, gewisse Handlungen zu unterlassen, und Jeder, welcher diese Pflicht gegen Andere nicht erfüllen will, kann von ihnen zur Unterlassung der pflichtwidrigen Handlung gezwungen werden. Die Rechtskraft positiver Rechtspflichten muß mithin aus einem allgemeinen negativen Rechtsgesetze abgeleitet werden

können, und dieses Letztere kann nicht durch den Willen Aller, welcher ohnehin nicht von Allen erklärt noch vernommen werden könnte, festgesetzt, sondern muß allen Menschen gegeben seyn, und von Jedem als Allen gegeben erkannt werden.

§. 115.

Der negative so wie der absolute Charakter des allgemeinen Rechtsgesetzes, mithin seine Unabhängigkeit von dem Willen der Menschen ist auch aus dem Begriffe eines Rechts ersichtlich. Der zu einer Handlung Berechtigte ist zu derselben nicht rechtlich verpflichtet (§. 104), aber der zur Unterlassung einer Handlung rechtlich Verpflichtete hat kein Recht, sie zu verrichten. Nicht sollen und nicht dürfen ist mithin gleich bedeutend, nicht aber Sollen und Dürfen. Sollen und nicht Sollen sind Ausdrücke von Pflichtgeboten; Pflichtgebote müssen aber den Menschen gegeben seyn, und als ihnen gegeben erkannt werden, weil alle von eben denselben Pflichten wissen, wenn sie auch von keinem Menschen ihnen jemals vorgeschrieben, noch ihre Beobachtung als der Wille eines Menschen bekannt gemacht, und wenn sie auch noch so häufig übertreten worden sind. Der zu einer Handlung Berechtigte hat das Recht, Andere zu zwingen, daß sie ihn nicht daran hindern, nicht bloß deswegen, weil sie die Pflicht haben, ihn nicht daran zu hindern, sondern auch und vorzüglich, weil das Gesetz ihm die Handlung nicht verbietet, und diese Rechtspflicht liegt ihnen wegen eben dieses gesetzlichen Verbots ob, nicht aber deswegen, weil der Berechtigte sie hiezu zwingen darf. Der Berechtigte hat das Recht, den Verpflichteten zu zwingen, wenn

es ihm auch dieser nicht eingeräumt hat, und wenn Jener gleich nicht davon Gebrauch macht, und zugleich hat der Verpflichtete kein Recht, den Berechtigten zu zwingen, sondern die Rechtspflicht, ihn nicht zu zwingen, wenn er ihn gleich zwingt, beide also vermöge eben desselben absoluten Rechtsgesetzes.

1) Ein Recht kann daher nicht als das Vermögen erklärt werden, Andere zu verpflichten, sondern nur als das rechtliche Vermögen, Andere zur Erfüllung einer vermöge des Rechtsgesetzes ihnen schon obliegenden Rechtspflicht zu nöthigen. Das Vermögen, Andere zu verpflichten, besitzt kein Mensch, weil Pflicht eine sittliche Nothwendigkeit ist, sich Tugendgesetzen gemäß freiwillig einzuschränken. Auch der Stärkste vermag Andern keine Pflichten aufzulegen, sondern nur sie zu zwingen, daß sie seinem pflichtmäßigen oder pflichtwidrigen Willen Genüge leisten, und daß sie sich selbst hiezu verpflichten und für verpflichtet erklären.

2) Die Ausdrücke: Pflicht, Verbindlichkeit und Schuldigkeit werden für gleichbedeutend angesehen und gebraucht. Alle Pflichten zu erfüllen, ist der Mensch sich selbst, seinem Gewissen und Gott, die Rechtspflichten gegen Andere zu erfüllen, ist er auch Andern schuldig. Insofern indess Schuldigkeit meistens von positiven rechtlichen Verbindlichkeiten gebraucht wird, könnte sie von andern Rechtspflichten, wie die Erlaubniß von der Befugniss (§. 1. Anm. 2.) unterschieden werden.

§. 116.

Die Rechtspflicht, einen Menschen nicht an den Handlungen, zu denen er ein Recht hat, zu hindern, folgt unmittelbar aus dem Gesetze: Zwinge Andere nicht zur Unterlassung von rechtmäßigen Handlungen, d. h. da alle Menschen gegenseitig eben dasselbe Gesetz zu beobachten haben (§. 113.), zur Unterlassung

solcher Handlungen, durch welche sie dich nicht zur Unterlassung rechtmäßiger Handlungen zwingen. Ein Mensch kann aber den Andern nicht anders nöthigen, (wider seinen Willen) etwas zu thun oder zu unterlassen, als durch Zufügung von Uebeln, und Jeder sucht jedes Uebel von sich abzuwenden, es mag ihm von Menschen in der Absicht, ihn zu etwas zu nöthigen, oder aus andern Ursachen zugefügt, oder durch andere Veränderungen aufser ihm bewirkt werden. Mithin verbietet das allgemeine Rechtsgesetz, Menschen ein Uebel zuzufügen, wenn sie solche nicht dadurch verschuldeten, daß sie Andern Uebel zufügten, mithin das Rechtsgesetz übertraten.

§. 117.

Dieses Gesetz ist ein reines unbedingtes Tugendgesetz, wie das Gesetz, das Wohl Anderer möglichst zu befördern, aus welchem es unmittelbar folgt (§. 6. Anm. 1.). Ein Naturgesetz kann es nicht seyn, weil es ein Sollen, kein Müssen ausdrückt, und nicht das eigene Wohl, sondern die Nichtstörung des Wohls Anderer bezweckt. Es ist also ein Sittengesetz, eine Regel für den freien Willen aller Menschen, die Jeder freiwillig beobachten soll, aber auch übertreten kann, und von der sich kein weiterer Grund angeben läßt, als die durch die Vernunft aus Gewissens-Regungen erkannte unbedingte Vorschrift, den Werth eines jeden Menschen zu schätzen. Die Reinheit, Unbedingtheit und Unveränderlichkeit dieses Gesetzes wird durch die Erzwingbarkeit seiner Befolgung, durch welche es von andern Tugendgesetzen geschieden ist, nicht im geringsten vermindert, weil die sittlich-rechtliche Möglichkeit, den, welcher es nicht freiwillig erfüllt, zur Befolgung zu nöthigen, ein, wie der

Zwang selbst, von Aussen hinzukommendes Merkmal ist, ohne welches das Gesetz dennoch Statt fände, und gültig wäre.

1) Nennt man das allgemeine und die von ihm abgeleiteten Rechtsgesetze Gesetze des natürlichen Rechts, zuweilen sogar sämtliche Sittengesetze Gesetze der menschlichen Natur, so denkt man sich unter Natur nicht die nothwendige Ursache der menschlichen Handlungen und der von dem Menschen zu beobachtenden Gesetze, sondern den Inbegriff seiner angeborenen Eigenschaften und Kräfte, deren Kenntniss allein hinreiche, die in jenen Gesetzen ausgedrückte, sittliche und rechtliche Nothwendigkeit einzusehen, während zur Erkennung einer positiven Rechtspflicht ausserdem die geschichtliche Kenntniss einer Handlung, einer Uebereinkunft oder eines willkührlichen Gesetzes erfordert wird.

2) Alle Sittengesetze und desswegen auch die Rechtsgesetze müssen innere, im Innern des Menschen durch ein unmittelbares Bewusstseyn erkannte, wenn gleich nicht durch seinen freien Willen, doch seinem Willen gegebene Verhaltensregeln seyn. Bloss die Naturgesetze kann man äussere Gesetze nennen, weil sie auch ausser dem Willen des Menschen in der gesammten Körperwelt beobachtet werden, und ihre Beobachtung nicht von seinem Willen abhängt. Rechtspflichten und Rechte können daher so wenig etwas Aeufseres seyn, als die sittliche Nothwendigkeit und Möglichkeit der Handlungen. Ein Zwangsrecht ist selbst nichts anders als die sittliche Möglichkeit, einen Andern zu zwingen, und zur rechtlichen Eigenschaft einer Handlung, einer Forderung wird nichts anders erfordert, als die sittliche Möglichkeit eines Zwangs gegen die, welche die Handlung hindern, der Forderung nicht genügen wollen, eine Möglichkeit, die aus der Uebereinstimmung des Zwangs mit dem Tugendgesetze der Gerechtigkeit erkannt wird. Ist dieses Gesetz, sind Rechtspflichten und Rechte etwas Aeufseres, so sind es auch andere Tugendgesetze und Pflichten, die gleichfalls in äussern Handlungen, zum Theile auch

mittelst Einwirkungen auf andere Menschen beobachtet werden, und verwirklicht werden sollen.

§. 118.

Das Gesetz, Niemanden Uebel zuzufügen, die er nicht verschuldet hat, ist das höchste allgemeine Rechtsgesetz, indem alle Rechtspflichten und Rechte eines jeden Menschen, die ihm von Natur und vor jeder Handlung jederzeit obliegen und zustehen, durch dasselbe unabänderlich bestimmt sind. Jeder hat die rechtliche Verbindlichkeit zur Unterlassung aller Handlungen, durch welche — und zur Verrichtung aller Handlungen, durch deren Unterlassung er der Urheber eines unverschuldeten Uebels für einen Andern würde, und darf zur Erfüllung dieser Pflicht gezwungen werden. Jeder hat das Recht zu allen Handlungen und Unterlassungen, durch welche er keinem Menschen ein unverschuldetes Uebel zufügt, so wie auch das Recht, Andern, die ihm Uebel zufügen wollen, so viele Uebel zuzufügen, als nöthig ist, um sie daran zu hindern. Auch können von jeder Handlung sowohl der Handelnde als die Andern, auf welche er durch dieselbe einwirken würde, wissen, ob er Letzteren ein unverschuldetes Uebel zufüge oder nicht.

1) Ein Uebel ist nach dem Anerkenntnisse aller Menschen jeder Verlust eines Guts, das ein Mensch entweder von Natur besitzt, oder durch seine Thätigkeit erworben hat, und jedes Hinderniß der Erwerbung äußerer Dinge, die er erwerben will. Nicht der Wille des Einzelnen macht erst das Leben, die Kräfte, die Gesundheit, die Willensfreiheit, die Sinnwerkzeuge, die äußern Dinge u. s. w. zu Gütern, die er zu erhalten oder zu erlangen wünscht, sondern Jeder ist durch seine Natur und die Erkenntniß derselben genöthigt, sie als Güter zu schätzen, ihren Verlust und ihre Entbehrung für

Uebel anzusehen, und zu vermeiden zu suchen. Durch eigene Empfindungen und Wahrnehmungen bei sich selbst und Andern lernt Jeder von Kindheit an nicht nur die Güter, die er selbst besitzt, und die Verschiedenheit ihres Werths, mithin auch die verschiedenen Uebel, die ihm durch Entbehrung oder Entziehung von Gütern zugehen würden, ihre Empfindlichkeit, Heilbarkeit oder Unheilbarkeit kennen, sondern bemerkt auch, daß andere Menschen, nicht vermöge eines gemeinschaftlichen Willens, sondern wegen gleicher Natur, gleichen Verhältnisses zur Aussenwelt, gleicher Empfindungen, Begierden und Bedürfnisse eben dieselben Eigenschaften und Dinge als Güter schätzen, und ihre Entbehrung oder Verlust als Uebel beklagen. Nur allmählig lernt aber Jeder die verschiedenen Handlungen kennen, durch welche er Andern Uebel zuziehen würde, weil hiezu Kenntniß der Kräfte der äufsern Dinge und der ursächlichen Verbindung der äufsern Veränderungen mit dem Zustande der Menschen erforderlich ist.

2) Weder eine einzelne, noch eine moralische Person, noch das ganze Menschengeschlecht kann durch die Erklärung seines Willens weder ein Uebel zu einem Gute machen, noch Einzelnen das Recht einräumen, einem Andern einseitig oder gegenseitig Uebel zuzufügen, die der Leidende nicht verschuldet hat; die Ertheilung einer solchen Erlaubniß ist ein Unrecht, wenn derjenige, dem das Uebel ohne seine Verschuldung unter gewissen Voraussetzungen zugefügt wird, nicht in die Erduldung desselben eingewilligt, oder der erlaubenden Person das Recht ertheilt hat, unter den Umständen, wo sie es für gut findet, die Uebelnzufügung zu gestatten. Dagegen steht das Recht, seine Rechte durch Bestrafung ihrer Verletzer zu sichern, mithin die durch Aufhebung der Rechtssicherheit verschuldeten Uebel ihnen zuzufügen, Jedem unmittelbar vermöge des Rechtsgesetzes zu, ohne daß eine vorherige Einwilligung des zu Bestrafenden in die auf einzelne Vergehen zu verhängenden Strafen erforderlich wäre, weil jeder ein Recht auf Rechtssicherheit hat, und wie jedes Recht, mit Zwang schützen

darf, und dieses Recht kann von Jedem an Andere übertragen werden.

§. 119.

Aus den Regungen des eigenen Gewissens und den Aeufserungen Anderer über die Beschaffenheit der Handlungen schliesst die Vernunft des Menschen die allgemeine, unbestimmte Sittenregel, dass er Andern Gutes erweisen, mithin kein Uebel zufügen soll, indem sie von allen Bedingungen der Möglichkeit ihrer Beobachtung hinwegsieht. Wird aber auf diese Rücksicht genommen, so erhalten sie die einschränkende Bestimmung, dass Jeder Andere so viel Gutes, als ihm möglich ist, und da Keiner Allen Gutes erweisen kann, weil hiezu Mittel erforderlich sind, welche Jeder nur in beschränktem Mafse besitzt und erwerben kann, vorzugsweise den Bedürftigen erweisen soll, und wieder, dass Jeder denen, welche ihm kein Uebel zufügen, keines zufügen soll. Während nämlich nicht Alle und Keiner zu jeder Zeit die nöthigen Kräfte und Mittel besitzt, um Anderen, wenn auch nur allen Bedürftigen, Wohlthaten zu erweisen, und Jeder allein selbst darüber urtheilen kann, ob er sie besitze, vermag dagegen Jeder, alle Handlungen zu unterlassen, von denen er befürchten muss, dass er dadurch einem Andern ein Uebel zufügen würde, und keine Verbindlichkeiten gegen Andere zu übernehmen, die er voraussichtlich nicht erfüllen kann, und Jeder weifs, dass alle Andere sich aller Handlungen zu enthalten vermögen, die für ihn die Ursache irgend eines Uebels würden.

§. 120.

Unter diesen Einschränkungen kann die Tugend der Wohlthätigkeit von Jedem geübt werden, weil

deren Uebung ganz allein von seinem Urtheile über seine Kräfte und Mittel dazu und über die Bedürftigkeit Anderer und von seinem freien Willen abhängig ist, und wird das Tugendgesetz, Keinem ein Uebel zuzufügen, durch die Beschränkung auf unverschuldete Uebel ein Rechtsgesetz; denn wenn eine Person dieses letztere Gesetz gegen einen Andern verletzen will, so wird hiedurch Letzterer von der Verpflichtung für frei erklärt, Jener kein Uebel zuzufügen, mithin behauptet, daß ihr das Recht zustehe, sie durch Zufügung von Uebeln zur Unterlassung der ihm Uebel verursachenden Handlungen zu nöthigen; sie wird wegen ihres Willens, das Rechtsgesetz zu übertreten, für schuldig erklärt, Zwangsübel von ihm zu erdulden, bis sie diesen ihren Willen ändert, und die Verpflichtung zur Beobachtung des Rechtsgesetzes wird durch die Bedingung begrenzt, wenn Andere es gegen den Verpflichteten beobachten, während das Tugendgesetz, wohlthätig zu seyn, einer gleichen Beschränkung weder fähig ist, noch bedarf.

§. 121.

Die angegebenen einschränkenden Bestimmungen der Tugendgesetze der Wohlthätigkeit, wie der Gerechtigkeit beruhen auf ebenderselben Ursache, wie die Gesetze selbst, auf der Abhängigkeit des Daseyns, der Thätigkeit und des Wohls des Menschen von den Gesetzen der Natur und den Veränderungen ausser ihm. Weil er des Gebrauchs äußerer Dinge zur Erhaltung seines Lebens und seiner Kräfte, zu seiner Vervollkommnung und seinem Wohle bedarf, und äußere Veränderungen auf seinen Zustand stets wohlthätig oder nachtheilig einwirken, muß er sich

selbst erst die Mittel zur Erhaltung seiner Kräfte und Beförderung seines Wohls, so wie zur Aeufserung seines freien Willens erwerben, muß selbst Uebeln aller Art und Entbehrungen zuvorkommen, und diejenigen, die ihm durch äußere Veränderungen zugestoßen sind, wieder nach Kräften entfernen. Deshwegen kann Einer dem Andern Gutes erweisen und Uebel zufügen, jedoch nur so weit, als er die Kräfte und Mittel dazu besitzt, und erkennt Jeder aus Gewissensäußerungen seine Pflicht, diejenigen Mittel, die er nicht zu seinem eigenen Wohle nöthig hat, zum Besten Anderer anzuwenden.

§. 122

Ebendeshwegen ist er vor allen Dingen genöthigt und sich selbst schuldig, sich von Uebeln frei zu erhalten und frei zu machen, kann daher nicht verpflichtet seyn, Uebel, die ihm andere Menschen zufügen wollen, nicht von sich abzuwenden, wofern er sich nicht gegen sie bereit erklärt hat, sie zu erdulden. Die Zufügung von Zwangsübeln muß als Mittel, die in dem Willen der Andern liegende Ursache ihm bevorstehender oder ihm zugefügter Uebel zu entfernen, Jedem erlaubt seyn, weil er sonst der Pflicht, für die Erhaltung der Kräfte und Mittel zu Aeufserung seines freien Willens und zur Erfüllung von Pflichten gegen Andere zu sorgen, nicht Genüge leisten könnte, nicht aber als Mittel, Andere zu Erweisung einer Wohlthat zu nöthigen, weil Jeder die Güter, deren er bedarf, selbst erwerben soll, und die Ursache seines etwaigen Unvermögens dazu nicht Andere, sondern die Natur oder seine eigene Trägheit und Nachlässigkeit ist.

1) Der Grund des Zwangsrechts kann nicht, wie es nach §. 116. scheinen könnte, die gleiche Verpflichtung Aller, die Rechtspflicht gegen einander gegenseitig zu beobachten, seyn; denn aus der Allgemeinheit eines Gesetzes folgt noch nicht, daß, wenn Andere es gegen mich nicht beobachten, ich von seiner Beobachtung gegen sie entbunden sey, weil Sittengesetze unbedingte Beobachtung fordern, und die Gleichheit und Gegenseitigkeit der Verpflichtung nicht der Grund des verpflichtenden Gesetzes ist. — Noch weniger kann der Wille aller Menschen die Ursache des Zwangsrechts seyn, weil es Jedem ohne Rücksicht auf den Willen Anderer zusteht, und Jeder zwar auf seine Ausübung freiwillig verzichten, es aber Andern nicht erst ertheilen kann. — Am wenigsten kann die Willensfreiheit des Menschen als die Ursache des Zwangsrechts angesehen werden, da diese Eigenschaft keinem Menschen auf andere Weise, als mit dem Leben, entzogen werden kann, noch seine Fähigkeit, freien Willen zu äußern, da diese in Hinsicht auf einzelne Handlungen durch den Zwang aufgehoben wird. Die sittliche Fähigkeit, sie aufzuheben, kann daher keine andere Ursache haben, als die Gefahr des Einen, sie durch Aeufserungen des Willens eines Andern in Ansehung einzelner Handlungen aufgehoben zu sehen, und die natürlichen Folgen dieser Aufhebung.

2) Auch hier wird das Dürfen von dem Sollen, ja sogar von einem natürlichen Bedürfnisse, mithin, scheint es, von einem Müssen, das mit dem Sollen zusammentreffe, abgeleitet. Allein es wird nur behauptet, daß die Erkenntniß des natürlichen Bedürfnisses, Uebel von sich abzuwenden, der Grund von der Pflicht eines Jeden gegen sich selbst sey, auch denjenigen Uebeln, welche Andere ihm zufügen wollen, zu begegnen, wobei es immer in dem freien Willen eines Jeden steht, dieser Erkenntniß und Pflicht gemäß zu handeln oder nicht. Nicht eine Pflicht gegen Andere, sondern eine Pflicht gegen sich selbst, wegen deren Beobachtung Jeder nur sich selbst und seinem Gewissen Rechen-

schaft zu geben hat, wird als der Grund angegeben, warum man gegen diejenigen, die Uebel zufügen wollen, nicht verpflichtet ist, ihnen keine Zwangsübel zuzufügen. Das Dürfen ist also zunächst von einem Nichtsollen, dieses aber von einem Sollen abgeleitet, das nicht in der Rechts- sondern in der Sittenlehre seine Stelle hat; das Recht ist mithin auf die Moral gestützt, aufser welcher es ganz keinen Boden haben kann, weil die Sittenlehre alle Verhaltensregeln für den freien Willen umfaßt. Ist Recht nicht einerlei mit zügelloser Freiheit, so muß es auf Gesetzen für den freien Willen, mithin auf einem Sollen beruhen, und es wird immer vergebliche Mühe seyn, das Dürfen auf sich selbst zu stützen, und aufser Verbindung mit Pflichtgeboten zu setzen, oder auf den verneinenden Begriff der Freiheit, der Unabhängigkeit von Gewalt, die Befugniss, Gewalt auszuüben, zu gründen zu suchen. Wie will man auch das grofse Interesse, das die Menschen für die Heilighaltung ihrer Rechte zeigen, erklären, wenn sie weder ein natürliches Bedürfniss dazu, noch eine Pflicht gegen sich selbst erkennen, sie zu erhalten?

3) Von der Erkenntniss des natürlichen Bedürfnisses, zwingen zu dürfen, mag es herrühren, dafs manche Rechtsphilosophen, die Befugniss, zu zwingen, mit der wirklichen Ausübung eines Zwangs verwechselnd, von einem Müssen im Rechtsgesetze sprechen. Dieses kann jedoch, als Gesetz für den freien Willen, nur ein Sollen für den Einen und ein Dürfen für den Andern aussprechen, für Jenen, wenn er nicht thut oder nicht unterläfst, was er thun oder unterlassen soll, ein Müssen herbeizuführen, das aber vor der wirklichen Ausübung eines Zwangs nicht Statt findet.

§. 123.

Unerachtet des Allen bekannten natürlichen Bedürfnisses und der Pflicht eines Jeden gegen sich selbst, Uebel mit Gewalt gegen diejenigen, welche sie zufügen wollen, von sich abzuwenden, spricht

man nur von einem Rechte, nicht von einer Pflicht, Andere zu zwingen, und versteht unter einer Zwangspflicht eine Pflicht, zu deren Erfüllung ein Mensch gezwungen werden darf, während man unter Zwangsrecht die Befugniß, zu zwingen, versteht. Auch denkt man sich nicht, wie mit jedem Rechte die Befugniß, zu zwingen, so mit jeder Pflicht die Verpflichtung, Andere zur Nichtverhinderung der sittlich nothwendigen Handlungen zu zwingen, verbunden, und erkennt nur die sittliche Möglichkeit, nicht die sittliche Nothwendigkeit, zur Erfüllung der Rechtspflichten zu nöthigen, an, während selbst die sittliche Möglichkeit eines Zwangs zur Beobachtung anderer Pflichten geläugnet wird. Denn da nur in der freiwilligen Erfüllung von Pflichten Tugend besteht, so muß Keiner den Andern zur Erfüllung von Pflichten zwingen dürfen, und das Zwangsrecht bezweckt nicht sowohl die Beobachtung der Rechtspflicht, als die Erlangung des Gegenstands eines Rechts wider den Willen derer, die es angreifen wollen. Durch den wirklichen Zwang zur Behauptung von Rechten wird zwar die Gewissensfreiheit, die Freiheit, nach seinem Gewissen Pflichten zu erfüllen oder nicht, in Ansehung der gegenüberstehenden Rechtspflichten aufgehoben, und muß aufgehoben werden dürfen, weil der Berechtigte sein Recht muß behaupten können, und der Verpflichtete dadurch, daß er die ihm bekannte Rechtspflicht nicht freiwillig beobachtet, Gewissenlosigkeit beweist. In Hinsicht auf alle andere Pflichten aber, selbst die dringendsten Pflichten gegen sich selbst, muß sie durch keinen Zwang aufgehoben werden dürfen, wofern die Verpflichteten in diese Aufhebung nicht selbst einwilligen, weil Jeder auf

alle seine Güter und Rechte, selbst das Leben verzichten, und allen Uebeln sich unterwerfen wollen kann, ohne Andern hiedurch Uebel zuzufügen, und Keiner von Andern anders, als durch Zufügung von Uebeln, mithin durch Uebertretung des Rechtsgesetzes, zu Beobachtung von Pflichten genöthigt werden kann.

Weil die Beschränkung des Begriffs einer Rechtspflicht auf die Nichtzufügung eines Uebels einen Zwang zur Verhinderung Anderer an der Erduldung und Selbstzufügung von Uebeln aller Art, auch derjenigen, durch welche sie die absolute moralische Würde in ihrer eigenen Person verletzen, obgleich dieselbe der Grund aller Rechte und Pflichten ist, ausschließt, so begeht derjenige kein Unrecht, sondern verletzt nur eine dringende Gewissenspflicht, der das freiwillige Anerbieten eines Andern zu seinem Slaven annimmt und benutzt, oder einen Andern auf die von ihm verlangte Art tödtet, oder ihm die verlangten Mittel darreicht, sich seines Verstands zu berauben. Weil aber diejenigen, die solche unheilbare Uebel sich zufügen oder von Andern zugefügt sehen wollen, geisteskrank und unfähig sind, sich selbst zu bestimmen, so begehen Andere kein Unrecht, wenn sie sie an solchen Handlungen hindern, und da der freiwillige Slave überdies zwar nicht zu jeder Pflichterfüllung, doch dazu rechtlich unfähig ist, seinem Herrn die ihm auferlegte Begehung von Verbrechen zu verweigern, auch voraussichtlich nicht zur Achtung der Rechte Anderer geneigt ist, nachdem er auf die seinigen freiwillig verzichtet hat, so haben die in eine Gesellschaft vereinigten Menschen zu Sicherung ihrer Rechte das grölste Interesse, über die Nichtduldung freiwilliger und noch mehr gezwungener Slaverei mit einander übereinzukommen.

§. 124.

Alle Pflichten, selbst die Rechtspflichten eines Menschen sind daher für Andere bloße, in seiner Will-

kühr stehende Rechte, werden von ihnen unter seinen Rechten begriffen, und als seine Rechte behandelt, indem es von seinem Willen abhängt, ob und welche Pflichten er erfüllen will. Erst wenn der Berechtigte von einem Andern die Verrichtung oder Unterlassung einer Handlung, als sein Recht fordert, oder wenn Jemand ein wichtiges, zumal ein unersetzliches, Gut entzogen wird, haben andere Ursache, die Nichterfüllung oder Verletzung einer Rechtspflicht zu vermuthen, und desto mehr Grund, sich Gewissheit darüber zu verschaffen zu suchen, um Gewaltthatigkeiten wegen vermeintlichen Rechts zu verhindern, und den Rechtsverletzer zum Schadenersatz und zu Leistung einer Sicherstellung vor künftigen Rechtsverletzungen zu nöthigen, als sie von Letzterem Gefahr für ihre eigene Rechte zu befürchten haben. Da aber alle Rechte mit Gewalt gegen die, welche ihre Ausübung hindern wollen, ausgeübt werden dürfen, so leidet die Möglichkeit, Pflichten zu erfüllen, keinen Abbruch dadurch, daß sie von Andern als bloße Rechte des Verpflichteten behandelt werden.

§. 125.

Deswegen gibt es ebensowohl Rechte zu Handlungen aus Pflichten, als weil man keine Rechtspflicht hat, sie zu unterlassen. Sowohl zu den durch das Rechts- oder ein anderes Tugendgesetz gebotenen, als zu den durch jenes nicht verbotenen Handlungen hat Jeder ein Recht (§. 6.). Die Ursache des Rechts zu allen Andern nicht nachtheiligen Handlungen ist die Erkenntniß, daß sie durch das höchste Rechtsgesetz nicht verboten sind, wobei es der Beurtheilung eines Jeden überlassen bleibt, ob sie ihm auch durch ein

anderes Tugendgebot nicht verboten seyen, und seinem Willen, ob er sie des Verbots durch ein solches unerachtet verrichten will. Das Recht zu manchen Handlungen beruht aber auf der freiwillig übernommenen Rechtspflicht, deren Nichterfüllung für den Andern, den Berechtigten, ein unverschuldetes Uebel zur unmittelbaren Folge hätte.

§. 126.

Der Rechtsbegriff drückt nicht das Verhältniß der Willkühr des Einen zur Willkühr des Andern, sondern der willkührlichen Handlung des Einen zum Zustande des Andern aus; denn wenn durch die willkührliche Handlung des Einen der Zustand Anderer nicht verschlimmert wird, so steht es nicht in ihrer Willkühr, ob sie ihn an ihrer Verrichtung hindern wollen oder nicht, und nur wenn sie ihn dennoch daran hindern, steht es in seiner Willkühr, sie zur Unterlassung der hindernden oder anderer, seinen Zustand verschlimmernden, Handlungen zu zwingen. Auch besteht der Zustand eines Menschen nicht durch seine Willkühr allein, wiewohl es in seiner Willkühr steht, ihn selbst zu verbessern oder zu verschlimmern, und ihn durch Andere verschlimmern zu lassen, oder nicht.

Das Recht zu zwingen, drückt das Verhältniß der rechtlich möglichen Willkühr des Einen zur rechtlich unmöglichen Willkühr des Andern aus; denn das Recht, Andern Gewalt anzuthun, ist durch den Willen derselben, dem Berechtigten dem Gesetze zuwider Uebel zuzufügen, bedingt.

§. 127.

Der Rechtsbegriff bezieht sich nicht bloß auf die Art, wie ein Mensch seinen Willen äußert, auf die

Form seiner willkürlichen Handlung, sondern auch auf die Materie derselben, den Zweck, den sich der Handelnde dabei vorsetzt; denn um ein Recht zu einer Handlung zu haben, darf der Handelnde nicht die Absicht haben, durch dieselbe einem Andern ein unverschuldetes Uebel zuzufügen, und sowohl durch diesen Zweck, als auch dadurch, daß er sich bei der Wahl der Mittel zu einem beliebigen Zwecke nicht zum Zwecke machte, sich sorgfältig davor zu hüten, daß er keinem Andern ein unverschuldetes Uebel zufüge, begeht er ein Unrecht.

§. 128.

Die Materie der Rechtsgesetze sind die Andern nachtheiligen Handlungen und Unterlassungen, so wie die Zwangsübel, welche zu Verhinderung der Erstern und zur Nöthigung zu Letzteren zugefügt werden dürfen. Erstere können nur durch Wahrnehmung der Wirkungen, welche äußere Veränderungen auf die Verschlimmerung des Zustands eines Menschen nach Naturgesetzen haben, Letztere durch Wahrnehmung der Wirkungen, welche die verschiedenen Uebel auf den Willen der Menschen zu äußern pflegen, mithin durch Erfahrung erkannt werden.

§. 129.

Die Form der Rechtsgesetze ist das sittliche Princip der Gleichheit aller Menschen in Ansehung ihrer Rechte und Rechtspflichten, vermöge dessen Keiner gegen den Andern zu andern Handlungen und Unterlassungen berechtigt ist und von diesem gezwungen werden darf, als der Letztere gegen Jenen unter gleichen Umständen beziehungsweise berechtigt und ver-

pflichtet ist. Diese Gleichheit der Rechte wird weder durch die Ungleichheit der Eigenschaften und Fähigkeiten des Geistes und Körpers, welche die Natur den Einzelnen verleiht, noch der äußern Güter, welche sie theils durch ihre Thätigkeit, theils durch glückliche Ereignisse erlangen, noch des Vermögens, ihre Rechte geltend zu machen, geändert, indem Jedem das Recht zum Gebrauche und zur Vertheidigung der Güter, welche er besitzt, und zur Erwerbung äußerer Dinge auf gleiche Weise, wie dem Andern, zusteht, und die Unfähigkeit hiezu nur die Nothwendigkeit herbeiführt, daß Andere dem Unvermögenden die erforderlichen Güter verschaffen, und seine Rechte gegen Gewalt schützen. Auch entsteht nicht eine Ungleichheit der Rechte und Rechtspflichten, sondern der Leistungen Anderer, wenn verschiedene Menschen durch Vertrag und andere Handlungen oder willkührliche Gesetze ein Recht an solche erwerben oder zu solchen rechtlich verpflichtet werden, weil das Rechtsgesetz absolut und negativ ist.

ZWEITES KAPITEL.

UNMITTELBARE ANWENDUNG DES HÖCHSTEN RECHTSGESETZES.

§. 130.

Das höchste Rechtsgesetz kann auf verschiedene Weise ausgedrückt werden, kann aber keine bestimmte Leistung vorschreiben, weil von Natur kein Mensch dem Andern, noch weniger Jeder Allen etwas zu leisten verbunden ist. Erkenne die Rechte Anderer an, ist ein ebenso negativer Ausdruck desselben, als: störe

die Rechte Anderer nicht, thue Niemanden ein unverschuldetes Uebel, ein Unrecht an, beleidige Niemand; denn nicht die Aeufserung, daß dem Andern Rechte zustehen, sondern die Nichtverletzung derselben durch Reden oder Handlungen ist es, worin das geforderte Anerkennniß besteht.

Die Formel: mache von deiner Freiheit einen solchen Gebrauch, daß Andere neben dir auch frey seyn können, drückt im Grunde das Verbot aus, seinen freien Willen auf eine die Aeufserung des freien Willens Anderer störende Weise zu äußern, in welchem man die Bestimmung der freien Aeufserungen, welche von Keinem gestört werden sollen, vermißt. Gerade diese Bestimmung muß aber das höchste Rechtsgesetz ausdrücken, weil sonst die Grenzen der freien Aeufserungen des Willens von Jedem nach Belieben bestimmt und ausgedehnt werden können, mithin das allgemeine Recht auf das willkührliche gestützt wird, da doch dieses auf jenem beruht.

§. 131.

Gegenstände eines Rechts sind daher immer Handlungen, durch welche Einer in dem Zustande Anderer entweder keine nachtheilige, oder eine solche ihnen unangenehme Veränderung hervorbringt, daß ihr Wille dadurch bestimmt wird, eine versuchte oder begonnene Verletzung seiner Rechte nicht auszuführen, oder ihm Entschädigung wegen verletzter Rechte und Sicherheit vor künftigen Rechtsverletzungen zu verschaffen. Da nämlich ein erduldetes Uebel nicht ungeschehen gemacht werden kann, so liegt allen Menschen am meisten an der größtmöglichen Gewissheit, daß ihnen kein Uebel ohne ihre Schuld von Andern zugefügt werde. Jeder hat daher das Recht, den ihm von Andern bevorstehenden unverschuldeten Uebeln zuvorzukommen, und die Rechtspflicht, nicht blos An-

dern kein Unrecht wissentlich und vorsätzlich zuzufügen, sondern auch sich sorgfältig zu hüten, dafs er nicht unversehens einem Andern Uebel zufüge.

§. 132

Der Zustand eines Menschen besteht in dem Besitze von Gütern, die er entweder unmittelbar von der Natur mit seinem Daseyn erhalten, oder durch seine Thätigkeit erworben hat, und diese Güter selbst, zu deren Besitze und Gebrauche er berechtigt ist, werden gleichfalls seine Rechte genannt, wiewohl hierunter das Recht zu Vertheidigung dieser Güter gegen mögliche Angriffe und Verletzungen durch Andere verstanden wird. Alle Güter kommen ihm als einer Person zu, welche um ihrer selbst willen da ist, im Gegensatze gegen alle andere Dinge in der Körperwelt (außer den Menschen), welche zum Gebrauche für ihn vorhanden sind, und keine Rechte haben können, gegen welche er daher auch keine Rechtspflicht haben kann. Insofern aber sein Zustand durch den Besitz gedachter zwei Arten von Gütern bestimmt ist, unterscheidet man zwischen Personen- und Sachenrechten, und versteht unter Ersteren die Rechte an den Besitz und Gebrauch seiner persönlichen Eigenschaften, Anlagen und Kräfte des Geistes und Körpers, und unter Letzteren die Rechte, welche ihm an äufsere Dinge und an die Forderung gewisser Leistungen anderer Menschen zustehen.

§. 133.

Als die unmittelbare Gabe der Natur besitzt der Mensch nichts, als seine Person, einen mit Verstands- und Vernunftkräften begabten Geist und einen leben-

digen, organisirten Körper, dessen Theile in enger Verbindung mit einander und seinem Geiste stehen, und Werkzeuge der Aeufserung seines freien Willens sind. Für die Erhaltung und möglichste Vermehrung dieser Güter durch alle ihm beliebige und Andern nicht nachtheilige Handlungen zu sorgen, steht ihm das Recht von der Zeit an zu, da er die hiezu erforderlichen Kräfte und Einsichten über die Wirkungen seiner Handlungen auf sein Wohl und den Zustand Anderer erlangt hat. Seine Erhaltung ist aber von der Empfängniß bis zur Geburt — der Mutter, und von der Geburt bis zu jenem Zeitpunkte beiden Eltern, durch deren willkührliche Handlung er das Daseyn erhielt, von der Natur anvertraut. Die Mutter verletzt daher durch Abtreibung ihrer Leibesfrucht, beide Eltern durch Vernachlässigung der Pflege des Unmündigen eine Pflicht, deren Erfüllung zu fordern, wie in der Folge gezeigt wird, Jener und Diesem das Recht zugeschrieben werden muß, weil von derselben ihre Entwicklung zu selbstständigen Personen abhängt.

Das Recht eines Menschen an seine Person, seinen Geist und Körper, das Leben, die Gesundheit, die Unverletztheit des Körpers, den ungestörten Gebrauch seiner Kräfte etc. wird das ursprüngliche, angeborene, das Urrecht des Menschen genannt, das ihm unmittelbar von Natur zusteht. Es ist aber im Grunde das Recht zu allen Handlungen, die er zu Vertheidigung dieser Güter vor Verletzung verrichten muß.

§. 134.

Aeufsere Dinge müssen von Jedem erst erworben werden, um von ihm zu beliebigen Zwecken gebraucht werden zu können. Durch die rechtmäßige Handlung des Erwerbs einer Sache in der Absicht,

sie zu behalten und beliebig zu gebrauchen, erlangt ein Mensch das Eigenthumsrecht an dieselbe, oder das Recht, jeden Andern nicht nachtheiligen Gebrauch von ihr zu machen, sie seinen Zwecken gemäß zu verändern, zu zerstören, und jedem Andern den Besitz und Gebrauch derselben zu verwehren. Ausser dem Körper anderer Menschen hat Jeder das Recht, sich alle äussere Dinge zuzueignen, die noch kein Anderer sich zugeeignet hat, oder in deren Erwerbung der Eigenthümer einwilligt, oder einzuwilligen rechtlich verpflichtet ist, weil er in diesen drei Fällen keinem Andern durch die Erwerbhandlung Unrecht thut.

1) Die Erwerbhandlung einer äussern Sache ist immer die Besitznahme, die durch körperliches Ergreifen oder durch Zeichen, durch eigene Thätigkeit oder einen Bevollmächtigten geschehen kann, und durch Bezeichnung und Veränderung der Sache zu einem bestimmten Zwecke wird es Andern bemerklich gemacht, daß sie erfolgt sey. Zur Rechtmäßigkeit der Erwerbhandlung ist aber noch erforderlich, daß durch sie keinem Andern ein unverschuldetes Uebel zugefügt werde. Ein solcher Rechtsgrund der Erwerbung findet Statt, wenn die Sache herrenlos, oder ihr Eigenthümer in Folge einer früheren unrechtlichen Handlung oder vermöge freiwilliger Einwilligung rechtlich verpflichtet ist, sie dem Erwerber zu überlassen. Von diesen drei Erwerbstiteln ist offenbar die Herrenlosigkeit der Sache der erste und letzte, ohne welchen die beiden letztern nicht Statt fänden, indem die Eigenthümer einer Sache sie nicht an einen Andern übertragen könnten, wenn sie nicht von den ersten Eigenthümern als herrenlos erworben und zuletzt auf sie übertragen worden wäre. Auch genügt die Herrenlosigkeit der Sache zur Begründung des Rechts sie zu erwerben, ohne daß man zu Ableitung desselben ein ursprüngliches angeborenes Gebrauchsrecht aller Menschen an alle Dinge anzunehmen nöthig hat.

Ein solches allgemeines Gebrauchsrecht kann es gar nicht geben, weil demselben die Rechtspflicht Einzelner oder Aller, sich des Gebrauchs der Sachen zu enthalten, gegenüberstehen müßte, das Gebrauchsrecht mithin nicht Allen zustände. Der letzte Grund alles Eigenthumsrechts kann daher nicht von einer wirklichen oder fingirten gegenseitigen Einwilligung aller Erdenbewohner und der dadurch bewirkten Anerkennung der Eigenthumsrechte Einzelner hergeleitet werden. Das Recht, jeden Andern zum Anerkenntnisse der dem absoluten Rechtsgesetze gemäß erworbenen Eigenthumsrechte zu zwingen, wird von Niemand als ein erst von dem Anerkenntnisse dieser Rechte durch Andere abhängiges Recht angesehen, und die Rechtskraft dieser Einwilligung, dieses Anerkenntnisses Anderer würde selbst erst der Begründung durch das Rechtsgesetz bedürfen. Der Besitzergreifer einer herrenlosen Sache greift zwar in die Freiheit Anderer, dieselbe sich zuzueignen, nicht aber in ihre Rechte ein, weil sie kein ausschließliches Recht haben, sie zu ergreifen, und sie nicht wirklich in Besitz genommen haben. Das Rechtsgesetz verbietet Allen, die von Jemanden sich zugeeignete herrenlose Sache ihm zu entziehen, und berechtigt ihn ohne weiteres, sie zum Anerkenntnisse seines Eigenthumsrechts an dieselbe zu nöthigen.

2) Das Eigenthumsrecht ist die Befugniss, die eigenthümliche Sache ausschließliche zu besitzen, und auf jede, Andern nicht nachtheilige Weise zu verwenden, mithin auch die Früchte, die aus ihr hervorgehen, zu benützen. Es wird ein dingliches Recht genannt, dem die Rechtspflicht aller Andern, den Besitz und Gebrauch der Sache nicht zu hindern, gegenübersteht, und das nur mit dem Tode des Eigenthümers oder mit dessen Einwilligung in die Veräußerung der Sache erlischt, — im Gegensatze gegen das persönliche Recht an einzelne Andere, eine Leistung oder die Uebergabe einer Sache zu fordern, dem bloß die Rechtspflicht dieser Personen, das Geforderte zu leisten, gegenübersteht, und das auch mit dem Leben des Verpflichteten erlischt. Durch gemeinschaftliche Erwerbung einer

Sache kann überdies ein Gesamt-Eigenthum Mehrerer entstehen, und einzelne, im Eigenthumsrechte begriffene, Befugnisse können durch den Willen des Eigenthümers auf Andere übergehen, mithin das Eigenthumsrecht beschränkt oder unvollständig werden, weil jedes Recht vom Berechtigten aufgegeben werden darf, und durch Aufgeben eines Rechts Andere nicht verletzt werden.

3) Da die Früchte (Erzeugnisse) einer Sache bis zu ihrer Absonderung von ihr Theile derselben, folglich Eigenthum des Eigenthümers der erzeugenden Sache sind, und das Eigenthumsrecht nur durch den Tod oder mit dem Willen des Eigenthümers, nicht aber durch die Ortsveränderung der Sache aufhört, so bleibt der Eigenthümer der Sache von selbst ohne eine neue Erwerbhandlung auch Eigenthümer ihrer Früchte nach ihrer Absonderung, er mag zu ihrer Erzeugung mitgewirkt, und sie bezogen haben, oder nicht, was auch im römischen Rechte anerkannt wird. Eine von Aussen in Zuwachs kommende Sache hingegen geht, wenn sie herrenlos ist, erst durch die Besitznahme in das Eigenthum des Eigenthümers der durch sie vergrößerten Sache oder jedes Andern über, der sie, ohne letztere zu verletzen, in Besitz nimmt. Ist aber der Zuwachs nicht herrenlos, so bleibt er das Eigenthum seines bisherigen Eigenthümers, und darf von ihm, wenn es ohne Beschädigung der Sache geschehen kann, von dieser abgesondert werden. Ist hingegen ihre Trennung ohne Verletzung der Sache, zu der sie kam, unmöglich, so haben die Eigenthümer beider Sachen an der durch ihre Verbindung oder Mischung entstandenen neuen Sache ein Miteigenthumsrecht im Verhältnisse des Werths, den Jede von Beiden vor ihrer Vereinigung hatte, und nur von beiden gemeinschaftlich darf, so lange nicht Einer den Andern für seinen Antheil entschädigt, über die Sache verfügt werden.

4) Die Kräfte, welche ein Mensch auf die Bildung einer Sache zu einem menschlichen Zwecke (Formation, Be- und Verarbeitung, Specifikation) verwendet, sind eben sowohl sein Eigenthum, als

die ihm eigengehörige Sache, welche er mit einer andern unzertrennlich vereinigt oder vermischt. Durch Aufwand von Kräften auf die Veränderung einer Sache wird sie aber nur, wenn sie herrenlos ist, erworben. Wer daher eine fremde Sache im guten Glauben, daß sie herrenlos oder sein Eigenthum sey, umbildet, benutzt, die Früchte daraus bezieht, sie verbessert und verschönert oder verschlimmert und beschädigt, ist schuldig, sie dem Eigenthümer, sobald dieser sein Eigenthumsrecht beweist, in dem Zustande, in welchem sie sich gerade befindet, nebst den noch vorhandenen Früchten derselben zu übergeben. Er darf nur, wenn er keine Früchte während des redlichen Besitzes daraus bezogen hat, Ersatz derjenigen Erhaltungskosten, welche auch der Eigenthümer auf die Sache hätte verwenden müssen, und in allen Fällen Erstattung des höhern Werths, den die Sache durch seine Thätigkeit erhalten hat, (nicht aber der Verbesserungs- und Verschönerungskosten) von ihm fordern, und er ist ihm keine Entschädigung wegen gemachten Gebrauchs, verzehrter Früchte, Verschlimmerung oder Verwahrlosung der Sache zu leisten schuldig, weil er sie als seine eigene Sache behandelt hat, und auf die Einrede des Eigenthümers, daß er die Werthserhöhung seiner Sache nicht gewollt habe, oder sie selbst in besserem Zustande erhalten hätte, entgegenen kann, daß er die Sache als sein Eigenthum hinlänglich hätte bezeichnen sollen, um die Folgen des vermeintlichen Besitzes durch ihn nicht zu verschulden. — Wer ferner in gutem Glauben mit einer fremden Sache seine eigene unzertrennlich verbindet oder vermischt, wird Miteigenthümer der entstandenen neuen Sache im Verhältnisse des Werths, den seine Sache zu dem Werthe der Sache des Andern hatte, weil er sein Eigenthum an eine beigemischte Sache ebensowenig ohne seine Schuld und seinen Willen verlieren soll, als der Eigenthümer der andern Sache. — Benutzt dagegen Jemand eine ihm als fremd bekannte Sache, bildet sie um, verbessert oder verwahrlost sie ganz ohne die Zustimmung des Eigenthümers, oder vermischt er seine eigene Sache mit derselben, so ist er rechtlich ver-

bunden, dem Eigenthümer die Sache mit ihren Verbesserungen, falls er diese nicht von ihr trennen kann, ohne Ersatz ihres höhern Werths zurückzugeben, und alle davon bezogene Früchte, die Verschlimmerung der Sache, selbst durch zufälligen Schaden, wenn solcher dieselbe nicht auch im Besitze des Eigenthümers auf eine diesem unvermeidliche Weise getroffen hätte, zu ersetzen; er verliert das Eigenthum an seine unzertrennlich damit verbundenen Sachen, und darf nur Ersatz der nothwendigen Erhaltungskosten der Sache von dem Eigenthümer fordern, weil er durch den unredlichen Besitz jene Verluste selbst verschuldet hat. — Die hievon abweichenden besondern Gesetze des römischen Rechts: die Nebensache folgt ihrer Hauptsache; das Eigenthum der fremden Sache gehört dem redlichen Umbildner; der wahre Eigenthümer hat die Erhaltungskosten der Sache dem redlichen und dem unredlichen, die Verbesserungskosten dem redlichen und die Verschönerungskosten keinem Besitzer zu erstatten, sind nicht mit einander übereinstimmend, und gewähren keine klare und leicht anwendbare Normen zu Bestimmung der Eigenthumsrechte eines Jeden. In der Regel ist die Substanz der Sache die Hauptsache, ihre Bildung die Nebensache, oft aber hat die letztere einen größeren Werth als die erstere; die Verschönerung einer Sache erhöht oft ihren Werth so sehr als ihre Verbesserung, und wenn das Eigenthumsrecht durch keine fremde Handlung ohne die Schuld oder den Willen des Eigenthümers rechtlich verloren werden kann, so kann auf der andern Seite auch Niemand anders, als durch seine widerrechtliche Handlung der Frucht seiner Thätigkeit zum Besten eines Andern verlustig werden. Der höhere oder geringere Werth, den die Sache während des fremden Besizes erhalten hat, muß freilich, wenn sich die Betheiligten nicht darüber vereinigen, von einem Dritten bestimmt werden, und nur dieser Werth ist die wirklich bei der Zurückgabe der Sache vorhandene Frucht der fremden Thätigkeit.

§. 135.

Die Verfügungsgewalt des Eigenthümers über seine Sache wird durch das Rechtsgesetz nicht weiter beschränkt, als dafs er keinen — Andern unmittelbar nachtheiligen Gebrauch davon machen soll. Es verbietet nicht eine solche Benutzungsart des Eigenthums, durch welche unmittelbar ein von Andern durch ihre Handlungen beabsichtigter Gewinn vereitelt, oder ein dem Eigenthümer unbekannter Schaden ihnen zugefügt, oder moralische Rücksichten hintangesetzt werden. Es gibt daher kein Recht des unschädlichen Gebrauchs fremder Sachen, noch ein Recht, in der Noth das Eigenthum eines Andern zu verletzen.

1) Desswegen ist der Büchernachdruck so wenig, als die Vervielfältigung eines andern neu erfundenen Fabrikats durch den Käufer unrechtlich, weil Jeder von dem rechtmäfsig und ohne die ausdrückliche Bedingung, es nicht nachzumachen, erkauften Buche jeden beliebigen Gebrauch machen darf. Da aber dem Verleger, wie dem ersten Erfinder eines Fabrikats, durch Vervielfältigung des Buchs der Verlust der auf die Erwerbung des Verlagsrechts, so wie dem ersten Fabrikanten der Verlust der auf die ersten Fabrikationsversuche gegangenen Kosten zugezogen wird, und dieser Verlust ihn und Andere von ähnlichen, im Anfange meist kostspieligen Unternehmungen zum Nachtheile des Publikums abschrecken könnte, so fordert das gemeine Beste Einschreitungen der willkührlichen Gesetzgebung, um das Publikum vor den Nachtheilen des unbeschränkten Rechts, so wie des unbeschränkten Verbots des Vervielfältigens zum Verkaufe zu schützen.

2) Der unschädliche Gebrauch fremden Eigenthums ist immer eine Störung des Verfügungsrechts des Eigenthümers darüber, mithin das Recht dazu nur in wenigen Fällen durch willkührliche Gesetze einzuräumen.

3) Ein Eingriff in fremdes Eigenthum kann zwar durch die grösste Noth, die äufserste Lebensgefahr

gerechtfertigt werden, weil die Noth kein Gebot kennt. Unrecht wird aber durch die Noth nicht zum Rechte, und der Beschädiger nicht von der Rechtspflicht entbunden, den zugefügten Schaden nachher, wenn und sofern er es vermag, wieder gut zu machen. Beruht ja selbst die Erzwingbarkeit der Rechtspflichten auf dem natürlichen Bedürfnisse, der Nothwendigkeit aller Menschen, im Besitze ihrer Rechte gesichert zu seyn!

§. 136.

Unmittelbar vermöge des Nichtverbots durch das höchste Rechtsgesetz steht Jedem das weitere Recht zu, jeder Person, die seine Rechte zu verletzen versucht, so viele Uebel zuzufügen, als nöthig ist, um sie zur Unterlassung rechtsverletzender Handlungen für jetzt und die Zukunft zu zwingen; denn das Rechtsgesetz verbietet nur, Andern unverschuldete Uebel zuzufügen, und legt daher nicht die Rechtspflicht auf, unverschuldete Uebel, welche Andere zufügen wollen, nicht von sich abzuwehren. Wer aber die Rechte eines Andern angreift, sucht ihm ein unverschuldetes Uebel zuzufügen, verletzt mithin das Rechtsgesetz, verschuldet hiedurch selbst die Zwangsübel, die ihm der Angegriffene zufügt, und hat zufolge des Rechtsgesetzes das Recht nicht, die ihm zu Abwendung der Rechtsverletzung zugefügten Zwangsübel von sich abzuwenden.

§. 137.

Das Recht, die Fortsetzung und Vollendung einer bereits angefangenen Beleidigung zu hindern, steht der angegriffenen Person zu, sie mag die dazu erforderlichen Kräfte haben oder nicht, und der Angriff mag auf ihre Person oder ihr Eigenthum, auf

die Entziehung eines Guts oder auf Verhinderung der rechtmässigen Erwerbung und Benutzung eines äussern Dings gerichtet seyn; denn Recht ist ein absoluter, sittlicher Begriff; seine Zuständigkeit hängt daher nicht von der Fähigkeit der Person, es geltend zu machen, und die Befugniss, den Gegenstand des Rechts vor Verletzung zu schützen, hängt nicht von der Beschaffenheit desselben ab.

§. 138.

Nicht blos wirkliche Rechtsangriffe, sondern auch die Gefahr wahrscheinlich bevorstehender Rechtsverletzungen von sich abzuwenden, sich die grösstmögliche Gewissheit, in seinen Rechten von Andern nicht gestört zu werden, die grösstmögliche Rechtssicherheit zu verschaffen, und deswegen den Angreifer zur Sicherheitsleistung vor künftigen Rechtsverletzungen zu nöthigen, muß Jedem das Recht zustehen; denn ohne diese Sicherheit würde Niemand seine Rechte ausüben und ihres Genusses froh werden können, weil er stets auf Bereithaltung der Mittel zu Abwendung der Gefahren seiner Rechte Zeit und Kräfte verwenden müßte, und Jeder zur Zeit des Schlafs, der Krankheit, der Schwachheit und anderer Zustände sie von sich abzuwenden unfähig wäre.

§. 139.

Das Recht, einem Andern Zwangsübel zuzufügen, tritt aber nur ein, wenn dieser der berechtigten Person bereits seinen Willen, ihre Rechte zu stören, durch Reden und Handlungen so deutlich erklärt hat, daß sie nicht mehr daran zweifeln kann. Würde sie ihn zu Unterlassung von Handlungen nöthigen

wollen, die er in der Absicht, ihre Rechte zu stören, vornehmen konnte, ehe er durch dieselben ihre Rechte angegriffen oder diese Absicht unzweifelhaft geäußert hat, so würde sie zuerst in sein Rechtsgebiet eingreifen, ihm ein unverschuldetes Zwangsübel zufügen, und selbst Schuld an den Uebeln seyn, welche er ihr zu Vertheidigung seines Rechts, jene Handlungen zu verrichten, zufügen würde. Jeder ist rechtlich verpflichtet, Andern ohne ihre Schuld kein Uebel zuzufügen, mithin Jeden Andern so lange für rechtlich gesinnt zu halten, bis er das Gegentheil durch Handlungen beweist.

Drohungen für sich allein, so wie Vorbereitungen zu Feindseligkeiten begründen daher noch nicht das Recht, dem Drohenden oder sich zum Kriege Rüstenden Uebel zuzufügen, sondern nur das Recht zu gegenseitigen Drohungen und Kriegsrüstungen, weil der wörtlichen Drohung die Ausführung derselben nicht immer folgt, und die Mittel zum Kriegführen auch zur Selbstvertheidigung gegen ungerechte Angriffe dienen.

§. 140.

Hat aber eine Person ihre Absicht, die Rechte eines Andern anzugreifen, unzweifelhaft durch bestimmte Erklärungen und solche Handlungen, die sie nur in dieser Absicht vernünftigerweise unternehmen konnte, an den Tag gelegt, so hat dieser nicht die Rechtspflicht, den wirklichen Angriff seiner Rechte abzuwarten, und blos das Recht der Gegenwehr auszuüben, sondern er ist auch befugt, dem unzweifelhaft bevorstehenden Rechtsangriffe durch Angriff ihrer Rechte, insbesondere durch Entziehung der Mittel zum Angriffe seiner Rechte zuvorzukommen, und sie zur Unterlassung desselben zu zwingen; denn hat

sie gleich seine Rechte noch nicht angegriffen, so hat sie doch die Sicherheit derselben durch unzweideutige Handlungen gefährdet, welche Jeder zu behaupten berechtigt ist (§. 138.), mithin den Eingriff in ihr Rechtsgebiet selbst verschuldet.

Kriegserklärungen und selbst ausweichende Erklärungen über die Ursachen vorgenommener Kriegsrüstungen begründen daher das Recht des bedrohten Staats zum Angriffe desto mehr, als Kriegsrüstungen wegen des größern Aufwands, den sie erfordern, nicht wie die Selbstbewaffnung von Privatpersonen, zu andern Zwecken, als Krieg zu führen, unternommen werden.

§. 141.

Die in ihren Rechten gefährdete oder angegriffene Person hat kein Recht, dem Angreifer mehr Zwangsübel zuzufügen, als nöthig ist, um den Rechtsangriff abzuwehren, und vor künftigen Angriffen und Verletzungen ihrer Rechte sich zu sichern. Würde sie ihm größere und mehrere Zwangsübel zufügen, als zu Erreichung dieser beiden Zwecke nöthig ist, so würde er weitere Uebel, als er verschuldet hat, von ihr erdulden, und diese von sich abzuwenden das Recht haben, weil das Rechtsgesetz unverschuldete Uebel zuzufügen verbietet.

Das Recht des Kriegs ist daher nicht unendlich, sondern auf Zufügung der nothwendigen Uebel zu Herstellung der Rechtssicherheit beschränkt. Da aber die Rechtssicherheit nicht blos von den Mitteln, sondern auch von dem Willen des andern Theils, sie nicht mehr zu stören, abhängt, und Andere nicht mit Gewißheit erkennen können, ob er sie nicht mehr stören wolle, so ist zwar die Entziehung und Schwächung der Mittel zum Kriegführen ein rechtmäßiges Mittel zu Herstellung der Rechtssicherheit, aber im Allgemeinen zu bestim-

men unmöglich, wie viele Mittel zur vollständigen Erreichung dieses Zwecks ihm entzogen werden müssen.

§. 142.

Welche und wie viele Gewalt auszuüben und Uebel dem Angreifer eines Rechts zuzufügen seyen, um die beabsichtigte oder angefangene Verletzung desselben zu verhindern, kann kein Mensch in jedem einzelnen Falle mit Gewissheit beurtheilen; denn Niemand kann voraus wissen, ob der Widerstand, der zu Abwehrung eines Angriffs auf ein minder bedeutendes Recht hinreicht, den Angreifer nicht zum Angriffe auf wichtigere Rechte, z. B. auf den Körper und das Leben des Angegriffenen veranlassen werde. Noch weniger kann Jemand erkennen, ob die Uebel, welche der Angreifer bei Abwehrung seines Angriffs erduldet hat, ihn für immer von Erneuerung desselben abschrecken werden, und ob er nicht vielmehr den Vorsatz gefasst habe, sich deshalb durch Eingriffe in noch wichtigere Rechte des Angegriffenen in der Folge zu rächen. Dennoch kann es nach dem Rechtsgesetze nicht erlaubt seyn, schwerere Uebel, als zu Abwehrung des Rechtsangriffs nöthig und zur wahrscheinlichen Abschreckung des Angreifers von künftiger Verletzung ebenderselben Rechte hinreichend ist, ihm zuzufügen; denn daraus, daß er ein Recht zu verletzen gesucht hat, kann nicht zuverlässig gefolgert werden, daß er auch andere (wichtigere) Rechte verletzen wollen. Die Menschen müssen sich daher mit Erlangung einer wahrscheinlichen Rechtssicherheit begnügen, und sind verpflichtet, die Abwehrungs- und Sicherungsmittel vor Rechtsangriffen nach der Wichtigkeit der angegriffenen Rechte

und der Stärke des geäußerten unrechtlichen Willens des Rechtsangreifers abzumessen.

§. 143.

Das Recht, zu beurtheilen, wann und welche Zwangsübel dem Angreifer zugefügt werden müssen, um den Rechtsangriff abzuwehren, und ihn von künftigen Rechtsangriffen abzuschrecken, steht unstreitig dem Angegriffenen zu. Seine Rechte sind es, welche angegriffen und zu vertheidigen sind. Von seinem Willen hängt es ab, ob er nicht lieber die Rechtsverletzung erdulden, als den Aufwand von Kräften, der zu ihrer Abwendung erforderlich ist, machen, mit immer ungewissem Erfolge machen wolle. Er gewinnt zunächst allein durch die Sicherheit seines Rechts, und wenn er sich solche verschaffen will, so hat kein Anderer von Natur die rechtliche Verbindlichkeit, seine eigene Kräfte zur Erreichung dieses ihm fremden Zwecks zu verwenden. Auch ist es möglich, daß der Angegriffene dem Rechtsgesetze gemäß nicht mehrere noch schwerere Zwangsübel dem Angreifer zufügt, als zur Erreichung der Rechtssicherheit nothwendig und zureichend sind, und von dem Angreifer selbst für nothwendig anerkannt werden.

§. 144.

Bei weitem in den meisten Fällen aber wird weder der Angegriffene das zureichende Maß der zu Herstellung einer dauerhaften Sicherheit nothwendigen Zwangsübel erkennen, und nicht überschreiten, theils weil ihn der gerechte Unwille über die versuchte oder erlittene Beleidigung zur Ueberschreitung der Rechtsgrenzen hinreißen kann, theils weil

er die Absichten und die Hartnäckigkeit des Angreifers in Verfolgung des unternommenen oder künftiger Erneuerung ähnlicher oder gefährlicherer Angriffe nicht voraus zu wissen, noch mit Gewißheit aus äußern Zeichen zu schliessen vermag; noch wird der Angreifer in den meisten Fällen einsehen, daß ihm der Angegriffene keine schwerere Zwangsübel zugefügt habe, als nöthig war, um ihn von künftigen Rechtsverletzungen abzuschrecken. Letzterer würde größtentheils dieselben für Ausbrüche ungerechter Rache, und sich selbst für berechtigt ansehen, ihm weitere Uebel zuzufügen, sobald er es vermag. Die meisten Rechtsangriffe würden daher gegenseitige Feindseligkeiten nach sich ziehen, die nur mit dem Tode des Einen der Kämpfenden sich endigen würden.

§. 145.

Den meisten Rechtsangriffen würde überdies der Angegriffene gar nicht zu widerstehen die nöthigen Kräfte haben, noch weniger so viele Zwangsübel dem Angreifer zuzufügen, als er zu Herstellung der Rechtssicherheit für nothwendig erkennt. In der Erwartung einer möglichst wirksamen Gegenwehr wird sich nur der Stärkere in der Regel entschliessen, die Rechte des Schwächeren anzugreifen, und überhaupt so oft der Angegriffene selbst die Gewalt des Angreifers von sich abwehren muß, die Behauptung des Rechts von dem Zufalle abhängen, daß der Berechtigte dem Angreifer an natürlichen Kräften überlegen ist. Wenn Jeder stets seine Rechte selbst vertheidigen muß, so wird immer die Ueberlegenheit der Kräfte den Ausschlag geben, und statt des Rechts willkührliche Gewalt herrschen.

§. 146.

Da nun auch über den Stärksten mehrere schwächere Personen wenigstens in den Zuständen, da seine Kräfte geschwächt sind, Ueberlegenheit erhalten können, so gibt es durchaus kein anderes Mittel, Sicherheit der Rechte aller Einzelnen zu erhalten und nach ihrer Störung durch rechtliche Mittel wieder herzustellen, als daß sie sich der Selbstvertheidigung jedes wahren oder vermeintlichen Rechts, so oft nicht Gefahr auf dem Verzuge haftet, enthalten, und nicht nur Dritte beurtheilen lassen, ob ein Recht wirklich durch die Handlung eines Menschen angegriffen worden sey, und welche Zwangsübel der Angreifer zu erdulden habe, sondern auch dritten nicht Betheiligten die Zufügung dieser vorausbestimmten Zwangsübel überlassen. Gewalt und Zwangsübel sind die einzigen Mittel, Rechte geltend zu machen, zu schützen und zu sichern; da aber bei jedem Kampfe, mithin bei jedem Angriffe und Vertheidigung von Rechten die größte Gewalt obsiegt, und der Berechtigte nicht immer der Stärkste ist, so kann die Gefahr, Unrecht zu leiden und bei Verfolgung seiner Rechte Unrecht zu thun, nicht besser nach Möglichkeit vermieden werden, als wenn die zum Rechtsschutze nöthige Gewalt von andern, nicht Betheiligten ausgeübt wird.

§. 147.

Jeder hat nämlich die Befugniss, seinem Rechte, den bevorstehenden oder unternommenen Rechtsangriff und die rechtmäßigen Vertheidigungsmittel einzelner Rechte selbst zu beurtheilen und letztere selbst anzuwenden, für einzelne Fälle oder für im-

mer zu entsagen, und dasselbe Andern einzuräumen, und Andere sind berechtigt, die Uebertragung dieses Rechts anzunehmen. Ueberdies haben Andere, auch unaufgefordert, die Befugniss, wenn sie die Rechte einer Person von einer Andern angegriffen sehen, genaue Kenntniss von der Ursache des Angriffs sich zu verschaffen, darüber, ob ein Uebel Jemanden ohne seine Schuld zugefügt werden wolle, zu urtheilen, und ihre Kräfte zu Abwendung des Unrechts von demselben anzuwenden; denn sie fügen dem Angreifer kein unverschuldetes Uebel zu, wenn sie den Angegriffenen, nachdem sie sich überzeugt haben, daß ein wirkliches Recht desselben gefährdet sey, mit ihren Kräften vor der ihm bevorstehenden Beleidigung schützen, und sichern hiedurch ihre eigene Rechte gegen die Gefahr, sie von demselben Rechtsverletzer angegriffen zu sehen.

Wer unaufgefordert und ohne zugleich in seinen eigenen Rechten angegriffen zu seyn, den Unrechtleidenden gegen den Beleidiger zu schützen sucht, unterwirft zwar den Angreifer seinem Urtheile und seiner Gewalt, thut aber hiedurch kein Unrecht, und verletzt die Rechtsgleichheit Aller nicht mehr, als der Angreifer durch den Angriff die Rechtsgleichheit des Angegriffenen verletzt, und als wenn der Vertheidiger Letzteren auf dessen Aufforderung vor Unrecht schützen würde. Von den ältesten Zeiten an sind diejenigen, welche die Rechte Anderer auch unaufgefordert vor Unterdrückung schützten, als edelmüthige Wohlthäter der Menschen verehrt, und ist die Tugendpflicht, vor Unrecht zu schützen, von den Alten sogar für eine Rechtspflicht angesehen worden. Auch gibt es, weil das Recht nicht durch den Besitz der gröfseren Gewalt, sondern durch Gründe bestimmt ist, keinen andern rechtlichen Weg, zwischen unabhängigen Personen, z. B. Staaten, den Rechtszustand zu erhalten, als daß bei jedem Rechtsstreite und jedem Rechtsan-

griffe, der zwischen ihnen zu entstehen droht, die übrigen nicht Betheiligten ihr Urtheil darüber äußern, denjenigen Theil, der sich demselben nicht freiwillig unterwerfen will, mit Unterstützung seines Gegners bedrohen, und diese Drohung gegen den Hartnäckigen vollziehen.

DRITTES KAPITEL.
VON DEN BEDINGTEN RECHTSGESETZEN.

§. 148.

Aus dem unbedingten Rechtsgesetze: Niemand zu beleidigen, folgen mehrere allgemeine Rechtsgesetze, welche eine Bedingung ausdrücken, unter welcher eine Person gegen eine gewisse Andere zu bestimmten Handlungen oder Unterlassungen rechtlich verpflichtet ist, so daß sie von der Letztern dazu gezwungen werden darf; denn die Handlung des Einen kann eine solche Veränderung in dem Zustande des Andern bewirken, daß Letzterer ein Uebel zu erdulden hätte, wenn es nicht durch eine andere Handlung oder Unterlassung des Ersteren aufgehoben würde. Die Handlung einer Person kann die Bedingung des natürlichen Bedürfnisses einer Andern werden, die Verrichtung oder Unterlassung einer andern Handlung von Jener zu fordern.

§. 149.

Die rechtliche Verbindlichkeit, welche ein bedingtes Rechtsgesetz auflegt, kann einer Person nur gegen eine oder Mehrere Andere, nicht gegen alle andere Personen obliegen; denn Niemand ist im Stande, durch eine Handlung den Zustand aller andern Menschen zu verändern, mithin auch nicht eine positive recht-

liche Verbindlichkeit gegen alle Andere durch eine Handlung auf sich zu laden. Das bedingte Rechtsgesetz ist daher nur insofern allgemein, als die durch dasselbe bedingt ausgesprochene Verbindlichkeit jeder Person, bei welcher die Bedingung Statt findet, gegen jede Person, deren Zustand durch sie verändert wird, obliegt.

§. 150.

Die Bedingung, unter welcher eine solche Verbindlichkeit eintritt, kann nur eine Handlung des rechtlich Verpflichteten seyn, nicht eine durch den Lauf der Natur oder eine Handlung des Berechtigten bewirkte Veränderung in dessen Zustande. Denn wenn dieser in einem der zwei letztern Fälle, oder auch nachdem eine an sich rechtmäßige Handlung des Erstem mittelbar nachtheilige Folgen für den Zustand des Berechtigten gehabt hat, den Ersteren zu der durch ein solches Gesetz vorgeschriebenen Handlung zwingen wollte, so würde er ihm ein unverschuldetes (Zwangs-) Uebel zufügen, mithin das höchste Rechtsgesetz übertreten, weil Letzterer nicht der unmittelbare Urheber des Uebels wäre, das Jener erduldet.

§. 151.

Ein Recht, die Verrichtung einer Handlung von einem Andern zu fordern, und die Rechtspflicht desselben, etwas zu thun, kann ganz allein durch die vorherige Handlung des Verpflichteten entstehen; denn das höchste Rechtsgesetz verbietet nur Handlungen, gebietet nur die Unterlassung von Handlungen (§. 114 und 115.), kann also Handlungen nur mittelbar wegen einer vorhergehenden Handlung des Verpflichteten gebieten. Das bedingte Rechtsgesetz kann aber auch die

Unterlassung von Handlungen gebieten, welche vermöge des höchsten Rechtsgesetzes erlaubt wären, weil durch die Handlung des Verpflichteten der Zustand eines Andern auch auf solche Weise verändert werden kann, daß seine Herstellung die Unterlassung gewisser an sich rechtmäßiger Handlungen durch den Verpflichteten fordert.

§. 152.

Die Handlung einer Person kann die Ursache einer Rechtspflicht, eine andere Handlung zu verrichten oder zu unterlassen, für sie werden, entweder unmittelbar dadurch, daß sie dem Rechtsgesetze entgegen eine nachtheilige Veränderung in dem Zustande eines Andern ohne dessen Schuld bewirkt, oder mittelbar, indem die Handlung zwar an sich rechtlich erlaubt ist, und keine nachtheilige, aber mit Wissen des Handelnden eine solche Veränderung in dem Zustande einer andern Person bewirkt, daß diese entweder vermöge einer Einrichtung der Natur oder wegen der nothwendigen Bestimmung ihres Willens durch seine Handlung ein oder mehrere Uebel ohne ihre Schuld erdulden würde, wenn er nicht andere bestimmte und ihm bekannte Handlungen verrichten oder unterlassen würde.

A) Aus unrechtmäßigen Handlungen entspringende Rechtspflichten.

§. 153.

Unmittelbar aus dem höchsten Rechtsgesetze folgt das Gesetz, daß, wer einem Andern durch Entziehung, Verminderung oder Verletzung eines Guts oder Verhinderung des Erwerbs von Gütern ohne dessen

Schuld durch seine eigene oder die nicht von ihm verhinderte Kraftäußerung derjenigen Lebendigen, die in seiner Gewalt sind, einen Schaden zugefügt hat, den Beschädigten vollständig zu entschädigen, ihm das entzogene Gut, wenn es noch vorhanden ist, zurückzugeben, und für jeden zugefügten Schaden Ersatz mit Gütern von gleichem Werthe zu leisten, rechtlich verbunden ist. Der mit Unrecht Beschädigte hat das Recht, sein Eigenthum, wenn es noch vorhanden, zurückzufordern, von jedem Besitzer zu vindiciren, und wenn es nimmer vorhanden, oder sein Körper, seine Gesundheit, seine äußere Ehre verletzt worden ist, vollkommenen Ersatz der auf seine Herstellung gegangenen Kosten und des während derselben entbehrten Erwerbs, Erstattung von Gütern von gleichem Werthe mit den entzogenen und Ehrenerklärung von dem Beschädiger zu fordern; denn da Niemand dem Andern ein unverschuldetes Uebel zufügen darf, so begeht derjenige, der dem Andern solches zufügte, ein Unrecht, das so lange fort dauert, bis er den Zustand desselben wieder wo möglich so hergestellt hat, wie er vor der Verschlimmerung durch den Beschädiger gewesen ist.

Güter von größerem Werthe, als das beschädigte Gut zu erstatten, kann der Beschädiger nicht verbunden seyn, weil er sonst durch Leistung der Entschädigung ein größeres Uebel erdulden würde, als er zugefügt hat. Mit einem geringeren Gute ist der Beschädigte nicht rechtlich verbunden, sich zu begnügen. Der Betrag des zugefügten Schadens, mithin der Werth des zu ersetzenden Guts ist aber oft schwer auszumitteln, zumal wenn der Schaden in Verhinderung des Erwerbs von Gütern bestand, welche nach dem gewöhnlichen Laufe der Natur oder in Folge getroffener Anordnungen erworben worden wären, oder in Beschädigung der Person an ihrem

Körper, ihrer Gesundheit, ihrer Freiheit u. s. w. In der Regel wird der Beschädigte über diesen Werth mit dem Beschädiger nicht übereinstimmen, und desswegen derselbe von Dritten nicht Betheiligten, oft von Kunstverständigen nach dem Preise, den ein Gut von gleicher Nützlichkeit zu derselben Zeit und an demselben Orte hat, angeschlagen werden müssen.

§. 154.

Entschädigung darf der Beleidigte nur für denjenigen Schaden fordern, der ihm durch eine rechtswidrige Handlung des Beschädigers oder durch Zulassung solcher Handlungen von denen, die unter seiner Gewalt stehen, zugefügt worden ist, nicht aber für solchen, den zufällige, nicht vom Beleidiger bewirkte Ereignisse nach sich zogen, noch der aus seiner rechtmässigen Handlung für einen Andern entspringt, noch wenn der Beschädiger nicht bei dem Gebrauche des Verstandes war. Hingegen steht ihm das Recht auf vollständige Schadloshaltung zu, der Beschädiger mag ihn absichtlich beschädigt, oder auch nur eine willkührliche Handlung vorgenommen haben, welche unmittelbar schädliche Folgen für denselben hatte, er mag dieselben vorhergesehen haben oder nicht, so wie wenn der Beschädiger früher von ihm beschädigt worden ist, und nun ihm einen größern Schaden zufügt, als zur Erstattung des erlittenen hinreichend wäre.

Gegen Kinder, Wahnsinnige und dergleichen findet daher ein Recht zur Gegenwehr und Zurücknahme des von ihnen Genommenen, so wie ein Recht, sie außer Stand zu setzen, Andern zu schaden, nicht aber ein Recht Statt, Erstattung des erlittenen Schadens von ihnen zu fordern. Dagegen steht dieses Recht dem Beschädigten gegen diejenigen zu, welche Kinder, Wahnsinnige, Thiere von Be-

schädigungen Anderer abzuhalten rechtlich verpflichtet sind, und diese Pflicht aus Nachlässigkeit nicht erfüllen, weil deren Nachlässigkeit sodann als die Ursache der von ihnen erlittenen Beschädigung anzusehen ist.

§. 155.

Die rechtswidrige Handlung eines Menschen begründet nicht nur seine (positive) Rechtspflicht, dem Beschädigten vollen Ersatz für den dadurch angerichteten (positiven und negativen) Schaden, so weit es der Beschädiger vermag, zu leisten, sondern auch die Rechtspflicht, die durch seine Handlung gestörte Sicherheit der Rechte des Beschädigten und anderer mit ihm lebender Menschen wieder herzustellen, und das Recht derselben, sich gegen seinen rechtswidrigen Willen sicher zu stellen. Durch Verletzung eines dem Handelnden bekannten Rechts wird, wie durch einen Rechtsangriff, der Wille des Handelnden, die Rechte Anderer zu kränken, an den Tag gelegt, und, wenn gleich weder der Beleidigte, noch Andere mit Gewissheit daraus schliessen können, daß er auch in der Folge ihre Rechte werde verletzen wollen, so erkennen doch Jener, wie Diese, aus dem Rechtsangriffe und der Rechtsverletzung, daß der Thäter die Rechte Anderer nicht gewissenhaft achte, mithin ihre Rechte durch ihn gefährdet seyen. Die Gefahren der Rechtssicherheit zu entfernen, ist aber Jeder befugt (§. 138.), und da der bloße Zwang zur Entschädigung des Beschädigten oder zur Abwehrung des Rechtsangriffs den Beleidiger wahrscheinlich nicht von künftigen Rechtsverletzungsversuchen abschrecken würde, weil er in dem bloßen Mißlingen des gemachten Versuchs keinen Grund fände, solchen nicht mehr zu wieder-

holen, so sind der Beleidigte und Andere berechtigt, ihm wegen der durch seine rechtswidrige Handlung herbeigeführten Rechtsunsicherheit weitere Uebel zuzufügen, von denen sie die Wirkung der Abschreckung von gleichen Rechtsverletzungen mit Wahrscheinlichkeit hoffen können. Die Rechtssicherheit ist Jedem, auch dem Rechtsverletzer, als das wichtigste Gut bekannt, und da er dieses durch seine That Andern entzogen hat, so sind sie berechtigt, es durch Zufügung von Strafübeln wieder zu erwerben, und er ist rechtlich verpflichtet, durch Erduldung derselben ihnen die Hoffnung, es wieder erlangt zu haben, zu verschaffen, weil es kein anderes Mittel gibt, die größtmögliche Gewissheit davon zu erlangen.

1) Läugnet man das Recht Dritter, sich den Angriffen und Verletzungen fremder Rechte zu widersetzen, weil eine solche gewaltsame Einmischung in einen Rechtsstreit zwischen zwei Andern der ursprünglichen Gleichheit und Unabhängigkeit der Menschen, vermöge welcher Keiner sein Urtheil dem Andern zum Gesetze machen könne, entgegen sey, so muß man noch weit mehr das Recht Anderer, mithin auch der Staatsgewalt, läugnen, fremde Rechtsangriffe und Rechtsverletzungen zu bestrafen. Allein die Verhinderung und Bestrafung der Angriffe und Verletzungen entschiedener Rechte Anderer ist keine Einmischung in einen fremden Rechtsstreit, weil kein Recht streitig ist, und keine Unterwerfung des Beleidigers unter das Urtheil dessen, der ihn bestraft, sondern ein zu des Letzern Sicherheit notwendiger Versuch, ihn durch Strafen von ferneren Rechtsverletzungen abzuschrecken, der unter der gegründeten Voraussetzung gemacht wird, der Bestrafte habe selbst die begangene That vor ihrer Begehung als rechtsgesetzwidrig erkannt.

2) Behauptet man, daß durch die Entschädigung des Beleidigten der Anspruch desselben an den Beleidiger vollkommen befriedigt, und das Rechtsverhältniß zwischen ihnen hergestellt sey, so spricht

man Jenem das Recht auf Sicherheit seiner Rechte und deren Wiederherstellung, wenn sie gestört worden ist, ab. Längnet man das Recht des Einzelnen (im Naturstande), den einzelnen Beleidiger zu bestrafen, weil Strafe sich auf das Verhältniß des Uebertreters zum Gesetze beziehe, räumt es aber dem Staate ein, weil derselbe den von ihm erlassenen Gesetzen durch Androhung und Vollziehung von Strafen an dem Uebertreter Unverbrüchlichkeit verschaffen müsse, so läßt man durch die Vereinigung der Menschen zu einer Macht im Staate ein neues Recht entstehen, das den Einzelnen nicht vermöge ihrer sittlichen Natur, sondern nur der vereinigten Menge zukomme, läßt also durch positive Gesetze nicht blos die natürlichen Rechtsgesetze näher bestimmen, und auf die Gegenstände natürlicher Rechte verzichten, sondern auch neue Rechte erzeugen. Strafe bezieht sich allerdings auf das Verhältniß des Uebertreters zum Gesetze, aber zu dem Allen, auch dem Uebertreter, von Natur bekannten Rechtsgesetze, und sie unterscheidet sich von andern Zwangsmitteln zu dessen Beobachtung nur darin, daß sie erst, wenn die Nothwendigkeit ihrer Anwendung aus einer versuchten oder vollendeten Rechtsverletzung erkannt wird, angewendet werden darf. Gäbe es im Naturstande kein Strafrecht, so könnte solches auch nicht der Obrigkeit im Staate übertragen, noch von ihr gegen Ausländer ausgeübt werden.

3) Erkennt man das Recht der Menschen an, zu ihrer Sicherstellung mit überwiegender Wahrscheinlichkeit bevorstehenden Rechtsangriffen zuvorzukommen, so muß man ihnen auch das Recht zugestehen, wenn sie aus einer begangenen Rechtsverletzung die Fähigkeit des Thäters, Rechte Anderer zu verletzen, erkennen, den künftig von ihm zu befürchtenden Rechtsangriffen durch Bestrafung der Begangenen zuvorzukommen, und selbst durch seinen Tod, wenn sie solchen zu ihrer Sicherheit durchaus nothwendig finden, dieselbe wiederherzustellen. Aus dem unternommenen Angriffe eines dem Angreifer bekannten Rechts, so wie aus der vollendeten Verletzung desselben kann sogar mit

mehr Wahrscheinlichkeit gefolgert werden, daß der Thäter auch in der Folge durch sein Gewissen und seine Ueberzeugung von der Wichtigkeit der Rechtssicherheit sich nicht abhalten lassen werde, die Rechte Anderer anzugreifen, als aus den bestimmtesten Erklärungen des Willens einer Person, Rechte eines Andern antasten zu wollen, vor wirklichen Eingriffen in dessen Rechtsgebiet geschlossen werden kann, daß sie ihren erklärten Willen durch rechtswidrige Handlungen ausführen werde. Das Recht, begangene Rechtsangriffe zu bestrafen, ist daher eine zuverlässigere Folge von dem Rechte auf Rechtssicherheit, als das Recht, wahrscheinlich bevorstehenden Angriffen zuvorzukommen.

§. 156.

Schadenersatz darf der Beschädigte für jeden Schaden fordern, der ihm durch die Handlung eines vernünftigen Menschen, oder durch Unterlassung der Handlungen, durch welche derselbe die in seiner Gewalt befindlichen Menschen oder Thiere von schädlichen Kraftäusserungen hätte abhalten sollen, mit Unrecht zugefügt worden ist, der Beschädiger mag die rechtswidrigen Folgen seiner Handlung gewollt und vorhergesehen haben oder nicht, und selbst wenn er sie gar nicht vorhersehen konnte; denn Niemand ist rechtlich verbunden, die nicht von ihm selbst verschuldeten übeln Folgen der Handlungen Anderer zu tragen. Strafe darf aber nur demjenigen vernünftigen Menschen zugefügt werden, der durch eine Handlung ein ihm bekanntes Recht eines Andern absichtlich verletzte, oder die rechtswidrige Folge derselben voraussah, oder wenigstens bei Anwendung der rechtlich nothwendigen Aufmerksamkeit auf die Rechte Anderer hätte voraussehen können und sollen; denn nur in den drei letztern Fällen, aber auch in allen

dreien wird aus der begangenen That erkannt, daß der Thäter die Rechtssicherheit Anderer gefährde, entweder durch einen auf Rechtsverletzungen gerichteten Willen oder durch Mangel an der zur Rechtssicherheit erforderlichen Aufmerksamkeit auf die Rechte Anderer, welche von Jedem wegen der ihm bekannten Wichtigkeit seiner eigenen Rechtssicherheit ohne vorherige Belehrung gefordert werden kann. Deswegen dürfen auch bloße Rechtsangriffe und Versuche, Rechte Anderer zu verletzen, wenn sie gleich keinen rechtswidrigen Erfolg haben, bestraft werden, wiewohl sie keine Entschädigungsforderung begründen, weil auch sie einen rechtsgefährdenden Willen beweisen, und die nur ideale Rechtssicherheit das einzige Gut ist, welches durch die Existenz eines solchen Willens Andern theilweise entzogen ist.

Arglistig (dolus) handelt sowohl derjenige, der bloß die erfolgte rechtswidrige Wirkung — als der, welcher irgend ein Recht des Andern zu verletzen beabsichtigte, er mag durch die Handlung seine Absicht erreichen oder nicht. Bloße Verschuldung (culpa) bei Verletzung eines Rechts wird aber sowohl dem zugeschrieben, welcher entweder die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines rechtswidrigen Erfolgs seiner Handlung voraussah, und sie dennoch, wiewohl in einer andern, nicht rechtsverletzenden Absicht verrichtete, oder aus Unwissenheit oder Unachtsamkeit auf seine Rechtspflichten oder die möglichen Folgen seiner Handlung den rechtswidrigen Erfolg derselben, den er hätte vorhersehen können und sollen, nicht vorhersah. Daß der arglistig Handelnde immer gefährlicher, mithin strafbarer sey, als der sich bloß Verschuldende, und daß derjenige, der den wahrscheinlichen rechtswidrigen Erfolg voraussah, größere Strafe verdiene, als der, welcher die schuldige Achtsamkeit auf die Rechte Anderer nicht zeigte, leuchtet von selbst ein.

Die Ursache des Strafrechts kann keine andere seyn, als die Ursache des Zwangsrechts und des Rechts der Gegenwehr, das allgemeine Bedürfnis der Sicherheit aller Rechte, und die Einsicht in die Unmöglichkeit, sie auf andere Weise, als durch Bestrafung ihrer Störungen zu erlangen und zu behaupten. Der Zweck der Strafe, (die Absicht der Strafenden, der Grund der Strafzufügung) kann und soll daher kein anderer seyn, als die gestörte Rechtssicherheit, (die Gewissheit, daß die Rechte Aller von Keinem werden angegriffen und verletzt werden wollen), dadurch wiederherzustellen, daß derjenige, der durch eine rechtswidrige That entweder den Willen, die Rechte Anderer zu kränken, oder wenigstens nicht jede mögliche Kränkung derselben sorgfältig zu vermeiden, an den Tag gelegt hat, je nach dem Bedürfnisse zu Erreichung des Zwecks der Rechtssicherheit entweder ganz unfähig gemacht wird, die Rechte Anderer zu kränken, oder daß solche Uebel ihm zugefügt werden, von denen mit Wahrscheinlichkeit erwartet werden kann, daß das Gefühl und das Andenken an dieselben, mithin die Furcht, sie wieder erdulden zu müssen, in seinem Willen über die künftige Neigung zu gleichen Vergehungen das Uebergewicht behalten werde. Der Zweck der Strafe kann und soll daher ganz allein Abschreckung des Verbrechers und Anderer vor gleichen Verletzungen des Rechtsgesetzes seyn, weil durch ihre Straflosigkeit die Lust zu gleichen Vergehungen in ihm und Andern geweckt und genährt, mithin die Sicherheit der Rechte untergraben würde, durch die Vollziehung der Strafe aber und den Anblick derselben oder wenigstens die Wissenschaft davon die Neigung zu glei-

chen Rechtsverletzungen im Verbrecher und Andern geschwächt und unterdrückt, folglich die Gefahren der Rechtssicherheit entfernt zu werden pflegen.

1) Jede neue Begehung eines Verbrechens beweist zwar, daß durch dessen frühere Bestrafung nicht Alle von Begehung desselben abgeschreckt worden, mithin die Strafen kein hinreichendes Mittel seyen, allen Verbrechen zuvorzukommen. Es ist aber unstreitig, daß durch völlige Strafflosigkeit die Unsicherheit aller Rechte außerordentlich vermehrt würde, daß es kein anderes Mittel gibt, Rechtssicherheit zu erhalten, als Strafzufügung, und daß niemals und durch kein Mittel völlige Gewissheit, sondern nur grössere Wahrscheinlichkeit ungestörten Rechtsgenusses von Menschen bezweckt und erreicht werden könne. — Es ist ferner unrichtig, daß, wenn der Zweck der Strafe in der Abschreckung bestehe, derselbe durch die schwersten Strafen am sichersten erreicht werde, indem der Erfahrung zufolge die Menschen aus gerechtem Mitleiden die schwersten, in den positiven Gesetzen angedrohten Strafen nicht zu vollziehen pflegen, und durch schwere Bestrafung geringer Vergehen angetrieben würden, nicht solche, sondern stets nur schwere Verbrechen zu begehen, auch geringe Strafübel, wenn sie stets vollzogen werden, zur Abschreckung meistens hinreichen. — Endlich dient zwar die Todes- und die lebenslängliche Freiheitsstrafe nicht zur Abschreckung des Bestraften, sondern Anderer von gleichen Vergehungen; hieraus folgt aber nicht, daß Jener bei der Vollziehung dieser Strafen als bloßes Mittel zur Abschreckung Anderer gebraucht werde, sondern sie werden deswegen an ihm vollzogen, weil er durch sein Verbrechen bewiesen hat, daß seine Entfernung aus der Gesellschaft das einzige Mittel zu Herstellung der Rechtssicherheit ist. Die Abschreckung Anderer durch die Furcht vor gleichen Strafen wird allerdings als die gewöhnliche, wenn gleich bei jedem Einzelnen zufällige, Folge von dem Anblicke der Vollstreckung derselben zugleich beabsich-

tigt, aber nicht blos um dieser Absicht willen diese Strafen vollzogen.

2) Eine Strafe kann und soll zwar nur dann zugefügt werden, wenn das Rechtsgesetz übertreten worden ist. Aber die erfolgte Uebertretung desselben ist nur der Erkenntnißgrund von dem Daseyn eines rechtswidrigen Willens, der die Rechtssicherheit gefährdet, und durch Strafübel in die Schranken des Rechts zurückgetrieben, oder wenn dieß nicht möglich zu seyn scheint, gänzlich entfernt werden müsse. Der Zweck der Strafe kann daher nicht seyn, die Uebertretung des Rechtsgesetzes zu vergelten oder abbüßen zu lassen, indem kein Mensch dem Andern blos deswegen, weil er das Gesetz übertreten und Uebel zugefügt hat, Uebel zuzufügen befugt ist, noch Allen eine öffentliche Genugthuung zu verschaffen, weil zwar der Beschädigte eine Schadloshaltungsforderung, Andere aber keine Genugthuungs- sondern blos Rechtsversicherungsansprüche an den Rechtsverletzer haben können, noch den intellectuellen Schaden, den das Verbrechen bei dem Thäter und Andern dadurch angerichtet haben soll, daß es Allen die Achtung vor dem Rechtsgesetze und dem Verbrecher das Zutrauen Anderer entzogen hat, wieder aufzuheben, weil die Größe dieses Schadens nicht ermessen. noch derselbe durch die Strafe wieder aufgehoben werden kann, und auch die Sünde, welche kein Mensch bestrafen darf, solchen intellectuellen Schaden stiftet. Dagegen ist die wahrscheinliche Wirkung der Strafe die Abschreckung des Bestraften und Anderer von gleichen Rechtsverletzungen; sie kommt daher solchen zuvor, bewirkt Besserung im Benehmen gegen Andere, und führt nicht selten, zumal wenn sie nicht durch ihre Härte das Gefühl abstumpft, auch sittliche Besserung der Gesinnung herbei.

§. 158.

Rechtlich mögliche Strafarten sind alle Uebel, durch deren Zufügung das Rechtsgesetz nicht ver-

letzt wird, die mithin nicht ohne die Verschuldung des Bestraften verhängt werden, und nicht größer sind, als zur Abschreckung von der zu bestrafenden Rechtsverletzung, mithin zur Sicherung der Rechte zuzufügen nöthig ist. Auch Todesstrafen sind rechtmässig, wenn sie nur zu Bestrafung der schwersten Verbrechen gebraucht werden, die einen für die theuersten Rechte der Menschen so gefährlichen Willen bewiesen, daß der Tod des Verbrechers als das einzige, unumgänglich nothwendige Mittel zu Herstellung der Rechtssicherheit erscheint. Die zweckmässigste Strafe ist dasjenige Uebel, dessen Empfindung der Begierde und Lust zu dem Verbrechen zunächst und am meisten entgegenwirkt, nicht jedoch ebendasselbe Uebel, das der Verbrecher dem Beleidigten zugefügt hat, weil eine solche Wiedervergeltung nicht immer den Zweck der Strafe am meisten befördert, und oft für den Bestraften ein empfindlicheres Uebel wäre, als das zugefügte Unrecht für den Verletzten ist. Grausame Strafarten sind niemals nöthig, nicht einmal zweckmässig, oft sogar schädlich.

Zur rechtlichen Möglichkeit der Todes- und anderer Strafen ist nicht erforderlich, daß sich ihnen der Mensch bei dem Eintritte in den Staat auf den Fall, daß er ein Verbrechen begehe, ohne Verletzung der Würde eines moralischen Wesens durch Vertrag unterwerfen könne. Denn das Recht, zu strafen, entsteht ebenso, wie das Recht, zu zwingen, nicht erst durch Vertrag, sondern steht allen Menschen wegen des natürlichen Bedürfnisses der Rechtssicherheit unmittelbar vermöge des Rechtsgesetzes, das nur unverschuldete Uebel zuzufügen verbietet, und schlechtweg zu. Sowohl Straf- als Zwangsübel dürfen die Menschen einander zur Erhaltung der Rechtssicherheit zufügen, sie mögen sich ihnen unterwerfen zu wollen erklärt haben,

oder nicht, und es würde sehr schwer seyn, die Uebel anzugeben, denen man sich nicht ohne Verletzung der moralischen Menschenwürde auf den Fall der Rechtsverletzung unterwerfen könne. Jede Rechtsverletzung ist eine Verletzung der Würde eines moralischen Wesens in der Person des Rechtsverletzers; die darauf folgende Strafe aber kann es nicht seyn, weil sie von Andern über den Verbrecher ohne seinen Willen verhängt wird. In den Staat zu treten, ist nur eine Gewissens- keine Rechtspflicht; und da Niemand ein Recht, über sein Leben zu verfügen, sich zuschreiben soll, wenn gleich Andere keine Rechtspflicht haben, ihn an der Verfügung über sein Leben zu hindern, so soll und kann auch Niemand dieses Recht auf Andere, mithin auch nicht auf den Staat übertragen.

§. 159.

Ein Recht, zu strafen, findet vermöge des Rechtsgesetzes nur dann Statt, wenn erwiesen ist, daß ein Recht wirklich absichtlich oder aus verschuldeter Unachtsamkeit auf die Rechte Anderer verletzt, und zwar von demjenigen verletzt worden ist, welcher der That nicht nur verdächtig ist, sondern sie wirklich vollbracht hat, und die GröÙe des zuzufügenden Strafübels muß im Verhältnisse mit der erwiesenen Gefährlichkeit des Rechtsverletzers für die Rechtssicherheit Aller stehen, mithin zu Herstellung der Letztern nothwendig seyn, wenn sie das durch das Rechtsgesetz bestimmte Maß nothwendiger verschuldeter Uebel nicht überschreiten soll.

1) Da die Sicherheit der Rechte für Alle das wichtigste Gut und die Bedingung des ungestörten Besitzes aller Rechte und Güter ist, so haben in den neuern Staaten die öffentlich aufgestellten Richter die Rechtspflicht, jede zu ihrer Kenntniß kommende Spur eines begangenen Verbrechens von Amtswegen zu verfolgen, den Thäter zu erforschen

zu suchen, und alle Umstände, unter denen es begangen wurde, zu untersuchen, ohne erst, wie es bei den Alten geschah, abzuwarten, ob der Verletzte oder dessen Verwandte über dasselbe Klage führen, und hinreichende Beweise beibringen, daß der von ihnen Beschuldigte es wirklich begangen habe. Diese Untersuchung ist nichts anders, als die Aufsuchung der Beweise, daß das Verbrechen von einer bestimmten Person, und der Beweggründe, aus denen es von ihr begangen wurde, um den Grad der Gefährlichkeit derselben für die öffentliche Sicherheit, mithin ihrer Strafbarkeit hienach abmessen zu können.

2) Ein Strafrecht findet daher nicht wegen Unterlassung von Handlungen Statt, zu denen Jemand rechtlich verpflichtet ist, wofern aus dieser Unterlassung kein von dem Verpflichteten vorausgesehenes unheilbares Uebel für den Berechtigten entsteht, weil in diesem Falle keine Rechtspflicht verletzt, sondern eine vorhandene nur nicht erfüllt wird, und die stete Möglichkeit, zu ihrer Erfüllung zu zwingen, hinreichenden Rechtsschutz gewährt, mithin die Strafe unnöthig ist.

§. 160.

Die Gefährlichkeit eines einer Rechtsverletzung beschuldigten Menschen ist daher sowohl aus der (objektiven) Beschaffenheit der That selbst, als aus der (subjektiven) Beschaffenheit des Willens und der Art, wie er sich bei Ausführung der That äußerte, zu er-messen. In ersterer Hinsicht ist seine Verschuldung und Strafwürdigkeit desto größer, je wichtigere und je mehrere Rechte einer oder mehrerer Personen durch seine Handlung verletzt worden sind, je weniger sie von dem Verletzten abgewendet, und die Folgen der Handlung wieder aufgehoben werden konnten, weil in eben dem Verhältnisse eine desto größere Arglist oder Unachtsamkeit und Leichtsinn erforder-

lich war, um sich zur Handlung zu entschliessen. In letzterer (subjektiver) Hinsicht zeigt sich ein Verbrecher desto gefährlicher, wenn er das Verbrechen mit seinen vorausgesehenen Folgen, oder wenn er irgend einen rechtswidrigen Erfolg, sey es nun einen vorzugsweise, oder jeden möglichen, vorsätzlich bewirken wollte, als wenn er aus Leichtsinn und Unachtsamkeit auf die vorausgesehenen oder die möglichen Folgen der Handlung sie ausführte, wenn ferner grössere Stärke und Festigkeit des Willens zu Fassung und Ausführung des rechtswidrigen Entschlusses erforderlich war, der Thäter mithin mehrere innere und äussere Beweggründe zu Unterlassung der That, die in seinen besondern Rechts- oder Gewissenspflichten, in äussern Hindernissen ihrer Ausführung, in der Erinnerung an die wegen gleicher oder anderer Vergehen erlittenen Strafen lagen, zu überwinden hatte, und nicht in einer heftigen Gemüthsbewegung, sondern mit Ueberlegung handelte, und wenn er der Verhinderung und zeitigen Entdeckung der That sorgfältig vorgebeugt hat, woraus sowohl ihre absichtliche, als wohl überlegte Ausführung erhellt.

1) Nicht die That an sich selbst, als Veränderung in der Sinnenwelt, sondern der Wille, Rechte zu verletzen, oder sich nicht vor jeder Rechtsverletzung sorgfältig zu hüten, der aus der That erkannt wird, ist strafwürdig, weil er die Sicherheit der Rechte gefährdet. Es ist daher möglich, dass eine Handlung, durch welche einem Andern das wichtigste Recht, das Leben, entzogen wird, nur mit einer geringen oder gar keiner Strafe gerügt werden darf, wenn nämlich der Handelnde diesen Erfolg der Handlung nicht gewusst, noch gewollt hat, und die Entziehung eines unbedeutenden Guts kann sehr strafwürdig dadurch werden, dass der Han-

delnde vorher wufste, die Erhaltung des Beschädigten sey in diesem Augenblicke von dem Fortbesitze desselben abhängig gewesen, und es ihm dennoch vorsätzlich entzogen hat.

2) Auch im Staate pflegt man schwerer zu entdeckende Verbrechen schärfer zu bestrafen, damit durch die Gröfse der Strafe die Furcht vor dieser ihrer Folge so sehr verstärkt werde, als sie durch die Hoffnung der Straflosigkeit vermindert wird.

§. 161.

Aus den äufsern Kennzeichen eines verletzten Rechts ist es oft schwer, selbst unmöglich, zu erkennen, ob der Verletzte sich nicht selbst absichtlich oder durch unvorsichtige Handlungen das Uebel zugezogen hat. Oft kann auch nicht aus seinen Angaben die Ursache des erlittenen Uebels erhoben werden, z. B. wenn er das Leben dadurch verloren, oder die That, wodurch er beschädigt worden, nicht selbst wahrgenommen hat, oder seine Aussagen wegen seines sonstigen Betragens keinen Glauben verdienen. Noch schwerer ist es in vielen Fällen, den Rechtsverletzer mit Gewifsheit zu erforschen, und am schwersten seine Beweggründe zu der begangenen That zuverlässig auszumitteln, wofern er sie nicht entweder selbst auf eine unverdächtige Weise angibt, oder durch die mit Eiden bekräftigten Aussagen der Zeugen der That und der Vorbereitung zu derselben, so wie durch die mit denselben übereinstimmenden Aussagen des Verletzten, die wahrnehmbaren Wirkungen der That und die Umstände, unter denen sie vorfiel, von seiner Verschuldung mit Absicht oder aus Leichtsinne überführt wird. Da nun nach dem Rechtsgesetze Niemand ein größeres Strafübel einem Andern zufügen darf, als Jener zuverlässig weiß, daß Dieser

durch die von ihm bewirkte Störung der Rechtssicherheit verschuldet hat, so sollen die Strafen nach dem Grade der erlangten Gewissheit von der Grösse der Verschuldung abgemessen, und darf die schwerste unter den auf ein Verbrechen bestimmten Strafen, zumal die Todesstrafe, ganz allein auf den Grund eines unzweideutigen Bekenntnisses des Verbrechers verhängt werden. Ueberhaupt kann die Ungerechtigkeit allzu schwerer Strafen nur durch vorherige Bestimmung der höchsten und niedrigsten Strafen, die auf jedes der möglichen Verbrechen nach dem Grade der Verschuldung des Thäters folgen sollen, vermieden werden, und verdienen gelindere Strafen in der Regel den Vorzug, wofern die absichtliche Begehung eines Verbrechens nicht ausser allen Zweifel gesetzt ist, theils weil die Menschen meistens aus Schwachheit Rechte verletzen, theils weil durch harte Strafen das sittliche Gefühl abgestumpft wird.

§. 162.

Die Bestimmung der Grösse und des Werths der wegen zugefügten Schadens zu leistenden Entschädigung, die genaue Untersuchung des Grads der Gefährlichkeit und Strafwürdigkeit eines Verbrechers und die vorherige Festsetzung der grössten und geringsten Strafübhel, welche Jedem, der eines der verschiedenen möglichen Verbrechen begeht, werden zugefügt werden, gehören zwar zu den Rechten, welche jedem Menschen von Natur zustehen, können aber von Einzelnen niemals auf eine solche Weise ausgeübt werden, dafs sie gewifs wissen, durch die hiernach bestimmte Entschädigungsforderung und auferlegten Strafübhel werden dem Beschädiger und Rechts-

verletzer keine grössere Uebel zugefügt, als er durch seine rechtswidrige Handlung verschuldet hat. Denn der Verletzte, welcher die Grösse des erlittenen Schadens und die Gefährlichkeit des Beschädigers, wie sie sich aus der ihm bekannten That ergibt, noch am besten kennen würde, ist in Gefahr, durch das Gefühl der erlittenen Beleidigung zur Ueberschätzung der Grösse seines Schadens und des Grads der bewirkten Störung der Rechtssicherheit hingerissen zu werden, und wenn er auch vor Erduldung eines Rechtsangriffs die Strafübel festsetzt, die er auf jede einzelne Verletzung seiner Rechte verhängen zu müssen glaubt, so ist diese Bestimmung nur für ihn gültig, sofern er sie sich zum Gesetze machen will, und Andere dürfen schwerere Strafübel über ihn verhängen, wenn er ebendasselbe Recht Anderer verletzt. Die Festsetzung einer Stufenleiter von im Verhältnisse mit der Grösse der Rechtsverletzungen stehenden Strafen erfordert eine bei keinem Einzelnen sich findende Kenntniss der gewöhnlichen Triebfedern der menschlichen Handlungen, und der Verbrecher würde eine Menge verschiedener Strafübel, mithin stets eine zu schwere Strafe für jedes Verbrechen erdulden, wenn Jeder, der von der Störung der öffentlichen Sicherheit, die derselbe sich zu Schulden kommen liefs, Kenntniss erlangte, für sich allein ihm die Strafen zufügen würde, die er zu seiner Sicherstellung für nöthig erachtet. Zudem bringt es die Natur des Zwangs und der Strafe mit sich, dafs sie nur von dem Stärksten und Mächtigsten gegen die Schwächern ausgeübt werden können, mithin die Sicherheit der Rechte Aller nicht anders, so gut als unter Menschen möglich ist, erhalten werden kann, als wenn die in Einer Gesellschaft Lebenden das Recht

zur Ausübung der Zwangs- und Strafgewalt Einem oder Einigen von ihnen übertragen, welche die Kräfte Aller dazu in Anspruch nehmen und verwenden, die Strafen vorher festsetzen, und die Verbrechen durch erfahrene, geübte Richter untersuchen lassen dürfen. Eine solche Verbindung wird ein Staat genannt; Sicherheit der Rechte kann daher nur im Staate dem Rechtsgesetze so gemäß als möglich gegründet und aufrecht erhalten werden.

1) Zwischen unabhängigen Personen, z. B. den Staaten, findet daher keine so vollkommene Sicherheit der Rechte Statt, als zwischen den einzelnen, ebenderselben Regierung unterworfenen Mitgliedern eines Staats, weil es von der Willkühr der bei dem Rechtsangriffe eines Staats gegen den Andern nicht betheiligten Staaten abhängt, ob sie der Beeinträchtigung einzelner Bürger des einen Staats oder seiner Regierung durch Handlungen eines andern Staats sich widersetzen, oder dem beleidigten Staate die Vertheidigung der Rechte seiner Regierung und seiner Mitbürger durch Repressalien oder Waffengewalt überlassen wollen. Dieses sind nämlich die einzigen Mittel, wodurch ein Volk wegen erlittener Beleidigung von einem Andern sich Genugthuung verschaffen und es nöthigen kann, die Sicherheit seiner Rechte nicht mehr zu stören. Daraus aber, daß die Geschichte kein Beispiel von einem bloßen Strafkriege aufweist, kann nicht gefolgert werden, daß unabhängige Personen im Naturstande kein Strafrecht haben; denn der Krieg ist selbst das größte Strafübel für ein Volk, hat gewöhnlich außer den unmittelbar im Kriege zugefügten Uebeln die Folge, daß dem Besiegten große Aufopferungen von Ländern und Mitteln zur Gegenwehr und Vertheidigung auferlegt werden, und ist nur dann gerecht, wenn er zur Erhaltung der gestörten Sicherheit unternommen, und nach Herstellung derselben beendigt wird. Ob und wie viele der dem Besiegten im Kriege zugefügten Uebel und bei Endigung desselben auferlegten Verluste und Lasten als Entschädigung

des Siegers für den auf die Führung des Kriegs gemachten Aufwand, und wie viel dagegen als weitere Sicherungsmittel vor künftigen Rechtsangriffen, mithin als Strafübel zu betrachten seyen, läßt sich niemals bestimmen, weil der Sieger, als unabhängiger Staat, keinem Andern Rechenschaft über den gehaltenen Kriegsaufwand und die Beweggründe zu seinen Forderungen zu geben schuldig ist. Da nun in der Regel der stärkere Staat den schwächern unter dem Vorwande verletzter Rechte seiner Staatsgenossen mit Krieg überziehen, ihn besiegen und ihm härtere Friedensbedingungen machen wird, als zu Herstellung seiner Sicherheit nöthig ist, wofern er nicht durch die Drohungen und Kriegsrüstungen anderer Staaten sowohl vom Kriegführen als von rechtswidrigen Friedensbedingungen abgeschreckt wird, so ist einleuchtend, daß Kriege und Repressalien oder Retorsionen, die gewöhnlich nur unschuldige Staatsgenossen in große Verluste, Leiden und Elend versetzen, so wenig als eigene Gewalt der Privatpersonen gegen einander, rechtliche Mittel sind, die Rechte der Staaten vor Angriffen und Verletzungen zu schützen, und den Rechtszustand zwischen Staaten zu erhalten, vielmehr zu denselben nur im äußersten Nothfalle, nemlich zur Erhaltung der Unabhängigkeit des ganzen Staats geschritten werden soll, wenn nicht durch schiedsrichterliches Erkenntniß anderer, nicht betheiligter Staaten entstandene Rechtsstreitigkeiten beigelegt und Genugthuung wegen Beleidigungen dem beleidigten Staate ausgewirkt werden können, so wie, daß die Einmischung fremder Staaten in die Streitigkeiten zweier Andern mit einander und ihre Drohungen mit Krieg gegen den, der den Andern zu bekriegen anfangen würde, die einzigen rechtlich möglichen Mittel sind, dem Rechtsgesetze auch im Verhältnisse der Staaten zu einander durchgängig Kraft zu verschaffen.

2) Die Vereinigung aller Menschen auf Erden in einen einzigen Staat und unter eine einzige Regierung würde, wenn es auch Menschen möglich wäre, eine so große Menge der verschiedenartigsten Völker auf dem großen Erdenrunde nach gleichen Ge-

setzen zu regieren, nicht die gewünschte Rechtssicherheit bewirken, weil die mit solcher Machtvollkommenheit regierenden Herrscher durch keine Furcht vor der Gewalt eines Andern mehr abgehalten würden, die heiligsten Rechte ihrer Unterthanen nach Belieben zu verletzen. Die Geschichte beweist, daß ausgedehnte Reiche selten lange bestanden haben, nur durch despotische Gewalt zusammengehalten werden konnten, und ihre Bewohner in Slaverie, Sitten- und Gesetzlosigkeit versunken sind, welche früher oder später den Zerfall der Reiche herbeiführten. Zu Erhaltung der bestmöglichen Rechtssicherheit gibt es daher kein anderes Mittel, als daß die Völker der Erde in verschiedene Staaten vereinigt werden, und die Rechtsstreitigkeiten und Rechtsverletzungen der einzelnen Genossen eines Staats von dessen Regierung, die der Staaten gegen einander aber durch schiedsrichterliches Urtheil und nöthigenfalls durch Einmischung fremder, nicht betheiligter Staaten entschieden und beigelegt werden. Die letztere Einrichtung wird das System des politischen Gleichgewichts unter den Staaten genannt. Sie schützt den schwächsten Staat neben dem mächtigsten vor dessen Rechtseingriffen, kann auch zu Vertheidigung der Rechte der Regierungen gegen die Unterthanen und dieser gegen jene benutzt werden, und ist die schönste Frucht der Civilisation der christlichen Völker des europäischen Erdtheils.

B) Aus rechtmässigen Handlungen entstehende Rechtspflichten.

§. 163.

Nicht bloß aus rechtswidrigen Handlungen oder Unterlassungen einer Person entstehen Rechtspflichten derselben, der mit Unrecht Beleidigten etwas zu leisten, und den Widerstand gegen die von ihr und Andern wegen der begangenen Rechtsverletzung zu erduldenen Uebel zu unterlassen. Auch rechtlich

erlaubte Handlungen können die Ursache rechtlicher Verbindlichkeiten des Handelnden zu gewissen Handlungen und Unterlassungen gegen diejenigen werden, auf deren Zustand er durch erstere Handlung eingewirkt hat, weil diese Einwirkung wegen der Abhängigkeit aller Menschen von der Außenwelt ein nicht von ihnen verschuldetes, noch abwendbares Uebel für sie zur Folge hätte, wenn er letztere Handlungen nicht verrichtete, und ihm bekannt ist, daß sie sonst diese Folge haben würde.

§. 164.

Die rechtmäßige Handlung einer Person, wodurch sie auf den Zustand eines Andern einwirkt, kann für diesen ein unverschuldetes; nicht von ihm abwendbares Uebel unmittelbar zur Folge haben, entweder weil er durch dieselbe außer Stand gesetzt wird, sich die zu Befriedigung seiner täglichen Bedürfnisse erforderlichen Mittel selbst zu verschaffen, oder sein Wille dadurch bestimmt wird, einen Gegenstand seines Begehrens sich nicht auf andere Weise zu erwerben.

a) *Rechtspflichten wegen der für Andere verderblichen Folgen rechtmäßiger Handlungen.*

§. 165.

Um Beispiele von solchen positiven Rechtspflichten anzuführen, welche aus einer früheren rechtmäßigen Handlung des Verpflichteten wegen des vermöge der Natur des Menschen aus derselben entspringenden Bedürfnisses des Berechtigten entstehen, so ist die Gefangenhaltung eines wegen begangenen Verbrechens der Flucht verdächtigen Menschen rechtlich

erlaubt, die Abreichung der täglichen Nahrung und Nothdurft desselben aber bis zu seiner Freisprechung oder Bestrafung, so wie während der Strafzeit, eine rechtliche Verbindlichkeit dessen, der ihn gefangen hält, weil er ihn außer Stand setzt, sich seine Bedürfnisse selbst zu verschaffen, und der Beschuldigte durch den Verdacht, eines Verbrechens den Hungertod nicht verschuldet hat. — Wer einen Andern zu Vollziehung eines Auftrags von Haus absendet, ist während dessen Abwesenheit seine ihm bekannte Rechte vor Angriffen und Verletzungen zu schützen rechtlich verbunden, wenn er ihm solchen Schutz auch nicht ausdrücklich versprochen hat, weil er durch seine Absendung ihm den unverschuldeten Verlust seiner Rechte zuziehen würde, wenn er sie nicht vertheidigte. — Wer eine Weibsperson mit ihrer Einwilligung schwängert, begeht keine rechtswidrige Handlung, wird aber hiedurch Miturheber der mit ihrer Entbindung verbundenen hülfsbedürftigen Lage, in welcher sie ohne seine Unterstützung aus Unfähigkeit, sich selbst ihre Bedürfnisse zu verschaffen, umkommen könnte, und ist deßwegen rechtlich verpflichtet, ihr die nöthige Unterstützung zu leisten.

§. 166.

Insbesondere haben beide Eltern die Rechtspflicht, dem von ihnen gezeugten Kinde die zur Erhaltung seines Lebens erforderliche Nahrung und Pflege zu gewähren, und es vor allen Uebeln, die es sich selbst und Andern zufügen könnte, zu verwahren, so lange es nicht selbst für seine Bedürfnisse zu sorgen, und sich vor Uebeln zu hüten vermag. Die Empfängniß ist zwar eine zufällige Folge des Beischlafs, aber wo sie eintritt, ist diese willkührliche Handlung die Ur-

sache von dem Daseyn des Kinds in der Körperwelt, das vermöge einer Allen bekannten Einrichtung der Natur so hülfsbedürftig ist, daß es ohne die tägliche Pflege und Ernährung durch Aeltere bald umkommen würde. Das Kind hat ein Recht, die nöthige Nahrung und Pflege bis zu seiner Mündigkeit von seinem Vater und seiner Mutter zu fordern, ob es gleich dieses Recht nicht kennt, noch weniger geltend zu machen vermag: denn seine Hülfslosigkeit ist nicht von ihm verschuldet, sondern mit seinem durch die willkührliche Handlung des Zeugens bewirkten Leben unzertrennlich verbunden, und beiden Eltern als eine unmittelbare Folge dieser Handlung bekannt; es hat aber dieses Recht nur gegen seine beide Eltern, nicht gegen andere Menschen (nicht einmal gegen seine beiderseitigen Großeltern, weil sein hülfsbedürftiges Daseyn keine unmittelbare Folge davon ist, daß dieselben seine Eltern gezeugt haben), und sein Recht gegen die Eltern erstreckt sich nicht weiter, als die zu seiner Erhaltung durchaus nothwendigen Nahrungsmittel und andere Bedürfnisse zu fordern, noch dehnt es sich auf eine längere Zeit aus, als bis es selbst das natürliche Vermögen, sich dieselben zu verschaffen, erlangt hat, d. h. bis es mündig ist.

*) Die Behauptung, daß ein Kind nicht einmal seine Eltern, wenn es solches vermöchte, zwingen dürfte, es zu ernähren und zu erziehen, sondern die Erziehungspflicht der Eltern eine reine Gewissenspflicht derselben, eine Folge der auf einer Naturanstalt beruhenden, durch Vernunft zum Pflichtgebote erhobenen elterlichen Liebe sey, beruht auf der irrigen Ansicht, daß die Rechtspflichten keine Gewissenspflichten seyen, sondern durch den Willen der Menschen erst festgesetzt werden, damit die Freiheit des Einen sich mit der des Andern vertrage. Eben dieselbe Vernunft, welche die

elterliche Liebe als eine Pflicht erkennt, erkennt auch, daß das Kind von seiner Entstehung an Menschenrechte habe, daß es durch eine willkürliche Handlung der Eltern entstanden sey, daß es ohne die Pflege und Ernährung der Eltern umkommen würde, und daß desswegen sein Recht, zu leben, die Befugniss, seinen Lebensunterhalt von denen zu fordern, die ihm das Leben gegeben haben, in sich schliessen müsse, weil sie ihm sonst durch die Zeugung das Uebel, aus Mangel an Unterhaltungsmitteln sterben zu müssen, zuziehen würden. Die Vernunft erkennt also die Erziehungspflicht der Eltern als eine solche, welche müsse erzwungen werden dürfen, wenn sie gleich von dem Berechtigten nicht erzwungen werden kann. Desswegen, nicht bloß wegen der ihm wichtigen Bestimmung des Unmündigen zum künftigen Bürger (oder Bürgerin) schützt der Staat die Rechte des Unmündigen, ja selbst des noch nicht Geborenen, gegen die Nachlässigkeit pflichtvergessener Eltern, und belangt die Mutter, welche sich durch Aussetzung ihres Kinds der Erfüllung ihrer Rechtspflicht, es zu ernähren, zu entziehen sucht, peinlich, wenn auch kein positives Gesetz, das jede Mutter und jeder Vater, sein Kind zu ernähren, rechtlich verpflichtet, von ihm erlassen, wenigstens denselben keines bekannt gemacht worden ist. Er setzt also voraus, daß es der äufsern Sanktion der Erziehungspflicht der Eltern durch den Staat nicht bedürfe, damit sie dieselbe als eine Zwangspflicht erkennen, obgleich der Unmündige sie nicht zu ihrer Erfüllung zwingen kann.

2) Die Erziehung elternloser oder von ihren Eltern verwahrloster Kinder zu übernehmen, haben alle andere Menschen außer den Eltern ein Recht und eine sehr starke Gewissenspflicht, die nächsten Verwandten in aufsteigender Linie und sodann in den Seitenlinien aber wegen der durch Bande des Bluts verstärkten Liebe zu ihnen und ihrer stärkeren Verpflichtung dazu ein Vorzugsrecht vor Fremden, Alle aber keine rechtliche Verbindlichkeit, weil sie nicht die Handlung gethan haben, von welcher der hilflose Zustand jener Kinder die natürliche Folge ist. Die in einem Staate vereinigten

Menschen sind daher befugt, und durch eine dringende Gewissenspflicht, nicht aber rechtlich verbunden, Waisen und verwahrlosten Kindern, wenn ihre Verwahrlosung durch ihre Eltern erwiesen ist, Pfleger und Vormünder zu bestellen, oder durch die Obrigkeit bestellen zu lassen, welche durch die Uebernahme der Erziehung zur Erfüllung der Rechtspflichten der Eltern sich rechtlich verpflichten, was auch durch Vertrag der Eltern mit Fremden geschehen kann. Insofern aber kein Einzelner rechtlich verbunden ist, den Erziehungsaufwand auf ein fremdes Kind allein zu bestreiten, hängt es, wenn sich Niemand findet, der diese Pflichten unentgeltlich übernehmen will, von der Uebereinkunft der Eltern, die ihr Kind einem Andern anvertrauen wollen, der Gesellschaft oder der Obrigkeit mit dem Erzieher ab, welche Entschädigung derselbe aus dem Vermögen der Eltern oder des Kinds, wenn es solches durch Erbschaft erlangt oder zu hoffen hat, und in dessen Ermangelung durch die von dem Kinde nach erlangter Volljährigkeit zu leistenden Dienste, oder durch Beiträge der andern Mitglieder der Gesellschaft erhalten soll.

3) Die Rechtspflicht und das Recht, die Rechte der Unmündigen zu vertheidigen, sie vor Erduldung und Zufügung von Uebeln zu verwahren, sie zu ernähren, und zu Erwerbung der für ihr weiteres Fortkommen nöthigen Fertigkeiten anzuhalten, steht Eltern und Erziehern bloß wegen der natürlichen Unfähigkeit der Unmündigen zu, ihre Rechte selbst zu verwalten, und sich selbst die gedachten Fertigkeiten zu erwerben. Es hört daher auf, sobald der Unmündige diese Fähigkeit erlangt hat, und da nicht bloß dem Erzieher und dem Erzogenen, sondern auch den andern Mitgliedern der Gesellschaft das Recht zusteht, darüber zu urtheilen, ob der Zögling die zur Selbstverwaltung seiner Rechte erforderlichen Fähigkeiten besitze, und ihn gegen den Erzieher, welcher sein Erziehungsrecht längere Zeit fortsetzen, oder den Erzieher gegen den Zögling, der sein Erziehungsrecht vor der Zeit bestreiten wollte, zu schützen, so sind sie auch befugt, Altersepochen festzusetzen, in welchen de

Kindern der Gesellschaftsglieder die Selbstverwaltung gewisser Rechte von den Erziehern eingeräumt werden sollen, und das Alter der Volljährigkeit nach dem gewöhnlichen Laufe der Natur unter dem Vorbehalte zu bestimmen, daß die Obrigkeit bei einzelnen Zöglingen nach dem besondern Bedürfnisse derselben die Dauer der Erziehung abkürze oder verlängere.

Dagegen ist das aus dem römischen Rechte in mehrere Gesetzgebungen neuerer Staaten übergegangene Gesetz, daß Kinder dem Stande des Vaters gemäß erzogen werden sollen, ein Eingriff in das Recht der Eltern, ihre Kinder zu derjenigen bürgerlichen Lage vorzubereiten, für welche sie sie nach ihren natürlichen Anlagen mit Erfolg bilden zu können hoffen, und nach ihren Mitteln zu bilden vermögen.

4) Auch das römische Recht unterscheidet zwischen natürlichen (nothwendigen) und bürgerlichen (durch willkührliche Gesetze auferlegten) Alimenten, bestimmt aber das rechtliche Verhältniß der Eltern und Erzieher gegen die Kinder weder den Menschenrechten der Letztern gemäß, noch consequent. Die wahrscheinlich vom Oriente herübergekommene Sitte, die Kinder als Eigenthum des Vaters zu betrachten, das er, wie seine Slaven (*mancipia*) veräußern, selbst tödten könne, um derenwillen die Söhne der Römer feierlich emancipirt werden mußten, ward durch die Fiktion einer persönlichen Einheit zwischen Vater und Sohn wenig gemildert; vielmehr war deßwegen der Vater wegen der freien Handlungen des Sohns in mehreren Fällen, als wegen des Schadens, den seine Slaven und Haushiethiere anrichteten, verantwortlich, war der eigene Sohn und Enkel ohne Antritt der Erbschaft nothwendiger Erbe des Vaters und Großvaters, und stand dem Vater die Nutznießung des eigenen Vermögens des Sohns zu, während der von der Obrigkeit beaufsichtigte Vormund des vaterlosen Waisen über die Verwendung seines Vermögens zur Erziehung des Mündels und Ersparung des Ueberschusses strenge Rechnung ablegen mußte. Der Mutter

legte die römische Gesetzgebung keine Rechte, noch Rechtspflichten gegen die Kinder bei, und die Tochter wurde vom Vater nebst dem gesetzlichen Heirathgute in die Gewalt des Ehemanns übergeben, sollte auch nach der Scheidung, und zwar, wenn sie unschuldig war, mit dem Heirathgute dem Vater wieder, wie sein Eigenthum, zufallen.

§. 167.

Mit der Rechtspflicht der Eltern, Pfleger und Erzieher, die Kinder zu pflegen, zu ernähren, vor Uebeln zu schützen, von Beleidigung Anderer abzuhalten, und ihnen die Fähigkeit, ihren Unterhalt dereinst selbst zu erwerben, zu verschaffen, ist das Recht verbunden, sie nöthigen Falls zur Verrichtung der vom Erzieher zu jenem Zwecke für nöthig erachteten Arbeiten und zu Unterlassung aller Handlungen, wodurch sie sich oder Andern ein Uebel zuziehen würden, mithin auch unsittlicher Handlungen zu zwingen, und Gehorsam und Ehrerbietung, letztere als Anerkennniß ihrer Unterwerfung unter den Erzieher und der Aufopferungen desselben zu ihrem Besten, von ihnen zu fordern. Denn ohne das Recht zu dieser Gewalt würde er den Zweck der Erziehung nicht erreichen können. Sie ist aber auch auf die Mittel beschränkt, welche der Erzieher zur Erreichung des Erziehungszwecks nothwendig findet, und wenn er sie weiter ausdehnt, als zu Erzwingung des Gehorsams gegen seine, das Wohl des Zöglings bezweckende Weisungen erforderlich ist, wenn er ihn zu Arbeiten, die seine Kräfte übersteigen, zu unsittlichen oder gar unrechtlichen Handlungen nöthigt, wenn er ihm den nöthigen Unterhalt und Pflege verweigert, oder wegen Unfolgsamkeit allzuscharf,

zumal mit Verletzung seines Körpers züchtigt, so darf jeder Andere, der davon weiß, im Staate die Obrigkeit ihn von solchem Mißbrauche der Erziehungsgewalt nöthigenfalls mit Zwang abhalten. Ein Recht, für den Erziehungsaufwand Ersatz zu fordern, haben die Eltern nicht, weil sie zu Bestreitung des nothwendigen Aufwands vermöge des Rechtsgesetzes rechtlich verpflichtet sind, und den überflüssigen freiwillig gemacht haben, wohl aber andere Erzieher, denen daher auch der Zögling den ihnen durch seine Arbeiten verschafften Gewinn aufrechnen darf.

1) Die rechtliche Gewalt des Erziehers über den Zögling kann, weil die Entwicklung seiner Anlagen zum eigenen freien Gebrauche von selbst erfolgt, wenn seine Bedürfnisse befriedigt und seine Kräfte geübt werden, nur darin bestehen, daß er ihn zur Uebung seiner Kräfte im Gebrauche der Dinge und zur Vermeidung alles Unrechts nöthigt, mithin die in seinem Willen liegenden Hindernisse seiner physischen, intellektuellen und moralischen Entwicklung beseitigt. Sie ist daher weniger eine *vis* als eine *potestas in capite libero*, und da der Zögling über die Zweckmäßigkeit der zu seiner Erziehung angewendeten Mittel nicht urtheilen kann, so muß Andern, ob sie gleich rechtlich verpflichtet sind, den Erzieher an Ausübung der Erziehungsgewalt, insbesondere an der Aufsicht über ihn nicht zu hindern, doch das Recht zustehen, den Zögling gegen den Mißbrauch der Erziehungsgewalt zu schützen, mithin darüber zu urtheilen, ob sie vom Erzieher mißbraucht werde; daher auch positive Gesetze Jedem, der Kenntniß von ihrem Mißbrauche erhält, gestatten und zur Pflicht machen, bei der Obrigkeit darüber zu klagen. Von unrechtlichen und allen unsittlichen Handlungen, zumal solchen, welche leicht zu Rechtsverletzungen führen, muß der Zögling durch mehr oder minder scharfe Züchtigungen abgehalten werden dürfen. Ihn aber zur Ausübung positiver Tugenden zu

zwingen, widerspricht der Natur der Sittlichkeit, deren freiwillige Uebung allein Werth hat.

2) Das römische Recht macht gewisse Aeufserungen der Ehrerbietung und der Dankbarkeit auch nach vollendeter Erziehung zur Zwangspflicht der Kinder gegen die Eltern. Die östreichische Gesetzgebung verwirft dagegen das im römischen Rechte den Eltern eingereimte Nutzniefsungsrecht des eigenen Vermögens der Kinder, als eine Folge der allzu ausgedehnten väterlichen Gewalt, spricht aber beiden Eltern (wie andere Vormünder) eine billige Entschädigung für den Erziehungsaufwand aus dem Vermögen der Kinder zu, als ob sie zu dessen Bestreitung nicht schon vermöge des Rechtsgesetzes verbunden wären, und legt ihnen dennoch ohne Rücksicht darauf, ob sie Ersatz dafür von den Kindern erhalten werden, die Pflicht ihrer standesmäßigen Erziehung auf. Eher dürfte aber der Staatsverein berechtigt seyn, die vollkommene Gewissenspflicht der Kinder, ihre Eltern in Zeiten der Krankheit und des Alters durch ihre Pflege und mit ihren Mitteln zu unterstützen, und ihnen so zur Zeit des Bedürfnisses den Erziehungsaufwand, so weit sie vermögen, zu ersetzen, auch sich ihr Leben lang jeder unehrerbietigen Aeufserung gegen sie zu enthalten, für eine Zwangspflicht zu erklären.

§. 167.

Das Verhältniß der Eltern zu dem Kinde ist nicht blos rechtlich, sondern auch moralisch. Die natürliche Liebe treibt die nicht ganz gefühllosen Eltern an, nicht nur für seine nothdürftige Erhaltung, sondern auch für sein Wohl und seine Vervollkommnung, wie für ihre eigene, zu sorgen, und muß ihnen den Wunsch einflößen, im Falle ihres frühen oder späten Todes die Vollendung ihrer Erziehung und den Besitz der von ihnen erworbenen Güter ihm gesichert zu sehen. Die Erfüllung dieses Wunsches, von welcher im Falle ihres frühen Todes sogar die

Erhaltung des Kinds abhängt, vermögen sie jedoch nicht anders zu bewirken, als durch eine Uebereinkunft mit sämtlichen Mitgliedern der Gesellschaft, vermöge welcher Alle auf ihr Besitzergreifungsrecht des Nachlasses eines jeden Einzelnen zum Besten seiner Nachkommen, falls er nicht anders darüber verfügt hat, verzichten, und denjenigen Verwandten, bei welchem die grösste Liebe gegen dieselben vorausgesetzt werden kann, oder den, welchen der Vater selbst dazu gewählt hat, zum verantwortlichen Pfleger derselben zu ernennen, sich rechtlich verpflichten. Die grösstmögliche Gewissheit, dafs eine solche Uebereinkunft von den andern Mitgliedern der Gesellschaft werde nach ihrem Tode erfüllt werden, können sie jedoch nur durch die Unterwerfung Aller unter eine Jedem überlegene Gewalt erlangen, welche Jeden zu Beobachtung der allgemeinen Uebereinkunft, als eines willkührlichen Gesellschaftsgesetzes, nöthigen kann und will.

1) Die moralische Beschaffenheit des Verhältnisses zwischen Eltern und Kindern gehörte bisher zu den Hindernissen, die rechtliche Natur desselben zu erkennen, und die erzwingbaren Erziehungspflichten von den nicht erzwingbaren auszuscheiden. Weil sie gewöhnlich freiwillig beobachtet, und von den Eltern den Kindern mehr geleistet zu werden pflegt, als wozu sie gezwungen werden dürften, auch die Kinder keine Kenntnifs ihrer Rechte, noch das Vermögen haben, zu beurtheilen, ob dieselben von den Eltern nicht verletzt werden, noch die Verletzung ihrer Rechte abzuwenden, sprach man von einer bloßen Gewissenspflicht und einem bloßen Rechte Aller an die Erziehung eines Unmündigen, zu dessen Ausübung Keiner von Andern gezwungen, noch daran von Andern gehindert werden dürfe, jenes auch dann nicht, wenn der Einzelne von seinem Rechte kei-

nen Gebrauch machen, und dieses nicht, wenn er die Erziehungsgewalt über die durch den Zweck bestimmten Grenzen ausdehnen wollte, noch wenn Mehrere ihr Erziehungsrecht an einem Unmündigen zugleich ausüben wollten. Wie ist aber die Erziehung eines Unmündigen möglich, wenn Jeder von Allen, die es wollen, erzogen werden, und Keiner den Andern an Ausübung dieses Rechts hindern darf? Das Recht, Erziehungsgewalt auszuüben, muß also durch die Rechtspflicht dazu bestimmt seyn, und den Eltern dieselbe obliegen, weil sie die üblen Folgen, welche die Zeugung vermöge des Naturgesetzes für den gezeugten Unmündigen haben würde, von demselben zu entfernen rechtlich verpflichtet sind; Andern aber, weil sie aus Achtung für den Menschenwerth der Kinder und aus Fürsorge für ihre eigenen Kinder sich gegen die Gesellschaft, in welcher sie leben, freiwillig gegenseitig dazu verpflichtet haben.

2) Die pflichtmäßige Fürsorge für die Kinder hat ohne Zweifel den Wunsch, über sein erworbenes Eigenthum auch über die Lebenszeit hinaus zu verfügen, erzeugt, und zur Einführung von Erbrechten in der Gesellschaft Anlaß gegeben; wenigstens läßt sich die gesetzliche Bestimmung des römischen Rechts, daß gewissen nächsten Verwandten eine Quote des Nachlasses, als Pflichttheil frei verbleiben soll, nur aus jener Fürsorge erklären. Die Festsetzung desselben war jedoch in den alten Staaten zu Sicherung des Unterhalts und der Erziehung der Nachkommen weniger nothwendig, da die Kinder der Slaven von dem Herrn genährt werden mußten, und wegen des Unterhalts der Kinder desselben selten eine Verlegenheit, ihn aufzubringen, eintreten mochte. In unsern Staaten hingegen, wo die Güter in kleinen Theilen unter Mehrere vertheilt, seltener große Reichthümer in Einer Hand vereinigt, und keine Slaven sind, dagegen die Pflicht der Menschlichkeit, für den Unterhalt erwerbsunfähiger Armen auf öffentliche Kosten zu sorgen, zur Zwangspflicht erklärt ist, dürfte es zur Erleichterung der Gemeinden, denen die Sorge für diesel-

ben gesetzlich auferlegt ist, zweckmässig seyn, den Pflichttheil für hilflose Verwandte unter Festsetzung eines Minimums nach Quoten des Nachlasses zu bestimmen, und überhaupt eine der Folge der Zeugungen, dem Bedürfnisse und der natürlichen Neigung zu den nächsten Verwandten entsprechende Erbfolgeordnung, wie es die österreichische ist, einzuführen, auch die Pflicht der Verpflegung hilfloser Armen denjenigen ihrer Verwandten aufzulegen, welche sie nach einer solchen Erbfolgeordnung beerben würden.

b) Rechtspflichten aus rechtmässigen Einwirkungen auf den Willen Anderer.

1) der Vertrag.

§. 169.

Unmittelbar vermöge des Rechtsgesetzes kann Jeder von der Andern Person fordern, dass sie ihm kein Uebel ohne seine Schuld zufüge; mithin die widerrechtlich beleidigte Person von dem Beleidiger, dass er die unmittelbaren Wirkungen der Beleidigung wieder durch andere Leistungen aufhebe, und sie vor künftigen Beleidigungen sichere, auch derjenige, der durch die natürlich nothwendigen Folgen der rechtlich erlaubten Handlung einer andern Person unabwendliche, ihr bekannte Uebel zu erdulden Gefahr läuft, kann von derselben Abwendung dieser Uebel durch andere Handlungen verlangen. Mittelbar vermöge des Rechtsgesetzes ist Jeder rechtlich verbunden, das einer andern Person gegebene und von dieser angenommene Versprechen zu halten, weil sie sonst ein ihm bekanntes, nicht von ihr verschuldetes Uebel von ihm erdulden würde; denn durch ein solches Versprechen wird der Wille der andern Person bestimmt, den Gegenstand desselben sich nicht auf andere Weise zu verschaffen, und aus der Annahme desselben erkennt

der Versprecher, daß sie sich den Gegenstand nicht auf andere Art verschaffen werde, mithin durch Nichtleistung desselben eine Entbehrung, ein Uebel ohne ihre Schuld von ihm erdulden würde. Der Vertrag ist also eine solche rechtmäßige Handlung, durch welche dem Einen eine Rechtspflicht zu einer andern Handlung oder einer Unterlassung auferlegt, und dem Andern zugleich das Recht, dieselbe zu fordern, eingeräumt wird, und, Verträge zu halten, ist ein allgemeines, von dem höchsten abgeleitetes Rechtsgesetz.

1) Da der selbstständge Mensch seine Kräfte nach seinem freien Belieben gebrauchen darf, wie er will, wofern er Andere nicht dadurch beleidigt, und der Unselbstständige von Andern geleitet und in seinen Rechten vertreten wird, so ist die freiwillige Uebnahme durch Vertrag die Quelle der meisten positiven Rechtspflichten und der meisten Rechte gegen Andere. Desswegen, vielleicht auch, weil das Obligationenrecht von den Römern am besten ausgebildet wurde, suchte man den Grund aller Rechtspflichten und Rechte in der Selbstbestimmung des freien Willens, der Selbstgesetzgebung der Vernunft, dem allgemeinen Willen, ohne zu bedenken, daß der Wille und die Vernunft Aller durch ein ursprünglich gegebenes Gesetz beschränkt, und ihre Aeufserungen demselben gemäß seyn müssen, um für den sich Aeufsernden Gesetzeskraft zu haben. Man übersah, daß der wichtigste Theil der allgemeinen Rechtslehre, das von den Alten weniger ausgebildete ursprüngliche Personen- und das peinliche Recht für sich selbst ohne die Selbstbestimmung des Willens bestehen, vielmehr durch die Vernunft als gegebene Normen derselben erkannt werden, mithin auf einem außer dem Gebiete des Willens liegenden Principe beruhen, und selbst erst das Vertragsrecht begründen müssen, und ebendesswegen mißkannte man auch diejenigen positiven Rechtspflichten, welche aus einer frühern rechtmäßigen Handlung wegen der aus ihr unvermeidlich für Andere entspringenden übeln Folgen entstehen.

2) Dieß war auch die Ursache; warum man die unerschütterliche Rechtskraft der Verträge nicht befriedigend zu erklären vermochte. Leitete man sie von der Pflicht der Wahrhaftigkeit her, so müßte man auch die Rechtskraft der von dem Promissar nicht angenommenen Versprechungen behaupten, und überhaupt die Pflicht, die Wahrheit zu reden, als eine erzwingbare Rechtspflicht ansehen, wie die alten Aegyptier Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit für gleichbedeutend hielten. — Erklärte man sie mit Puffendorf daraus, daß das menschliche Geschlecht den größten Theil des Nutzens verlöre, den es aus dem gegenseitigen Verkehre mit Sachen und Diensten ziehen kann, wenn Verträge nicht gehalten würden, so stellte man sie als eine Regel der Klugheit, nicht als eine Zwangspflicht dar, weil Niemand verbunden wäre, sich und Andern die aus der Erfüllung der Verträge entspringenden Vortheile zu verschaffen. — Behauptete Kant, die Rechtskraft der Verträge sey ein unerweisliches Postulat der Vernunft, so umging er eine der Hauptaufgaben der Rechtsphilosophie, und wenn er überdieß die Erwerbung eines Rechts durch Vertrag nur deswegen für möglich hält, weil die Zeit, in welcher das Versprechen gegeben wird, mit der Zeit der Annahme desselben durch den Promissar in Gedanken zusammenfalle, so wird dieses Zusammenfallen beider Zeitmomente so wenig erfordert, daß man dem Promissar ein Recht auf Schadloshaltung einräumt, wenn der Promittent ein schriftliches Versprechen, dessen Annahme er erwarten kann, in einem zweiten vor dem Einlaufen der Annahme des Versprechens erlassenen Schreiben zurücknimmt. — Geben die Anhänger Kants die Nothwendigkeit der Verträge zur vernunftmäßigen Coexistenz der Menschen als die Ursache ihrer Rechtskraft an, so wünscht man zu wissen, ob jene Nothwendigkeit eine physische oder moralische oder rechtliche sey, und warum die Menschen nicht der Vernunft gemäß neben einander bestehen können, ohne Verträge zu schließen und zu halten. Rathen endlich Andere, auf alsbaldige Erfüllung der Verträge zu dringen, weil man nur zu Haltung der von Einem Paciscenten erfüll-

ten Verträge verbunden, und die behauptete Rechtskraft einseitiger Versprechungen eine grundlose Einschränkung der menschlichen Freiheit sey, so führt sie die Verwechslung der Begriffe von Freiheit und Recht auf Behauptungen, denen das tägliche Urtheil der Menschen und das römische Recht widerspricht, das zwar auf den Grund einfacher Versprechungen und ohne die gesetzlichen Förmlichkeiten eingegangener Verträge (pacta) aus Gründen der Klugheit kein Klagrecht gestattete, jedoch die Einrede der einseitig gemachten Zahlung zuließ, und die Zurückforderung des Bezahlten nicht erlaubte. Die Rechtspflicht, angenommene Versprechen zu halten, läßt sich, wie alle Rechtspflichten, nur von dem unbedingten Verbote, Andern ein unverschuldetes Uebel zuzufügen, herleiten. Aus der Annahme des Versprechens erkennt der Versprechende, daß der Promissar die versprochene Leistung zuverlässig erwarte und darauf rechne, sie auf keine andere Art zu erwerben suche, mithin durch die Nichtleistung ohne seine Schuld in einen Schaden, eine Entbehrung des Zugesagten versetzt würde, welche mit Gewalt von sich abzuwenden, er ein natürliches Bedürfnis haben kann, weil Jeder wegen seiner gefühlten, ihm bekannten Bedürfnisse diejenigen Dinge, die er zu ihrer Befriedigung für dienlich hält, und die Dienste Anderer, durch welche sie zu seinen Zwecken tauglich werden, zu erwerben sucht und erwerben muß.

§. 170.

Die Beschädigung durch unrechtliche oder durch unerwartete Folgen rechtmässiger Handlungen begründet unmittelbar vermöge des Rechtsgesetzes ein Recht an Sachen und Dienste Anderer ohne die Absicht des Beschädigten und des Beschädigers; der Vertrag hingegen ist die einzige absichtliche Erwerbungsart fremder Güter und Dienstleistungen, welche das Rechtsgesetz nicht verbietet, ob er gleich jedesmal die ausdrückliche Erlaubnis einer durch dasselbe ver-

botenen Handlung oder der Unterlassung einer durch einen frühern Vertrag für rechtlich nothwendig erklärten Handlung enthält. Denn das Rechtsgesetz verbietet Jedem unbedingt, die Kräfte und Dinge eines Andern zu eigenen Zwecken zu gebrauchen, und können desswegen dieselben nur mit dem Willen des Eigenthümers auf rechtliche Art an einen Andern übergehen. Wer also seinen Willen erklärt, gewisse von einem Andern gewünschte Handlungen zu verrichten, oder gewisse, ihm eigenthümlich gehörige Sachen dem Andern zu übergeben, oder Handlungen des Andern, durch welche dieser ihn beschädigen würde, nicht zu verhindern, der räumt demselben ein Recht ein, das er unmittelbar vermöge des Rechtsgesetzes nicht hätte, erlaubt ihm eine Abweichung von dem Rechtsgesetze in Ansehung der zugesagten positiven oder negativen Dienste und Sachen, erklärt seinen Willen, sich der Gewalt nicht zu widersetzen, durch welche er von ihm zu Leistung der versprochenen Dienste und Sachen etwa genöthigt werde, ob er gleich vermöge des Rechtsgesetzes allein zu diesem Zwecke keine Gewalt gegen ihn ausüben dürfte. Es wäre unnöthig, daß er ihm dieses Recht erst einräumte, wenn es ihm schon vermöge des Rechtsgesetzes zustände, d. h. wenn nicht beiden das allgemeine Rechtsgesetz schon gegeben wäre (§. 11.).

1) Durch den Vertrag erlangt ein Paciscent nur ein persönliches Recht gegen den andern Paciscenten, ihn zu Leistung eines oder mehrerer Dienste, zur Uebergabe einer Sache oder zur Nichtverhinderung einer an sich selbst unrechtlichen Handlung oder zu Unterlassung einer Jenem rechtlich erlaubten zu nöthigen. Erst durch die Uebergabe der Sache und die Leistung des Diensts

erlangt Jener ein dingliches Recht an die Sache und das durch die Dienstleistung Bewirkte.

2) Jeder Vertrag verpflichtet den einen Paciscenten zur Verrichtung einer Handlung, die er vermöge des höchsten Rechtsgesetzes oder eines andern Vertrags hätte unterlassen, oder zur Unterlassung einer Handlung, die er vermöge einer dieser Normen hätte verrichten dürfen, und berechtigt den andern Paciscenten, Jenen zur Verrichtung oder Unterlassung der fraglichen Handlung erforderlichen Falls zu zwingen. Verpflichtende Verträge nennt man aber insbesondere diejenigen, durch welche eine vermöge des Rechtsgesetzes nicht obliegende Verbindlichkeit auferlegt, im Gegensatze gegen Befreiungsverträge, durch welche eine durch frühern Vertrag begründete Verbindlichkeit wieder aufgehoben wird.

§. 171.

Zur Gültigkeit eines Vertrags ist daher erforderlich, daß der Promittent ein Recht habe, den Gegenstand desselben auf den Promissar zu übertragen, und, ohne durch unrechtmäßige Gewalt oder Betrug des andern Paciscenten dazu bewogen zu seyn, auch nicht aus einem wesentlichen Irrthum oder aus Verstellung darein gewilligt habe.

§. 172.

Wegen der ersten Bedingung muß der Gegenstand des Vertrags der Willkühr des Promittenten rechtlich unterworfen seyn, und dieser, so wie der Promissar, fähig seyn, mit Ueberlegung seinen Willen zu erklären. Ungültig sind daher diejenigen Verträge, worin von Menschen, die nicht bei dem vollen Gebrauche des Verstandes sind, wie Kinder, Wahnsinnige, Betrunkene, oder einer solchen Person eine Leistung versprochen, oder eine physisch oder recht-

lich unmögliche oder von beiden Paciscenten für unsittlich erkannte Handlung zugesagt wird; wohl aber gelten Versprechungen, gewisse unrechtliche oder unsittliche Handlungen zu unterlassen, wiewohl Erstere unnöthig sind, Letztere unnöthig seyn sollten, und wird durch Letztere die Unterlassung unsittlicher Handlungen eine erzwingbare Pflicht, wie es auch die Verrichtung löblicher Handlungen durch Vertrag werden kann.

1) Gegen Kinder und andere nicht selbstständige Personen finden bloße Zusagen (Policitationen), keine rechtskräftige Versprechungen Statt, weil sie nicht den erforderlichen Verstand haben, um die Annahme des Versprechens mit reifer Ueberlegung zu erklären, und ihre Handlungen nach denselben einzurichten.

2) Physisch unmöglich können Leistungen schon zur Zeit des Vertragsschlusses seyn, oder erst nachher durch den Tod des Versprechenden, den Untergang der versprochenen Sache und die Veränderung der Umstände werden, deren Fortdauer bei Eingehung des Vertrags ausdrücklich oder stillschweigend vorausgesetzt wurde. In allen diesen Fällen ist der Vertrag ungültig; wenn aber der Versprecher schon bei Eingehung des Vertrags wußte, daß er ihn nicht erfüllen könne, und der Promissar bei aller Wachsamkeit dieses nicht wissen konnte, so ist Jener Letzterem nicht nur Entschädigung für den durch diese Täuschung verursachten Schaden schuldig, sondern nach Umständen auch strafbar, und dieß ist auch der Fall, wenn er vorsätzlich die Umstände herbeigeführt hat, unter denen er den Vertrag nicht mehr erfüllen kann.

3) Rechtlich unmöglich ist eine versprochene Leistung, wenn dieselbe der Willkühr des Versprechenden nicht mit Recht unterworfen ist, wenn er z. B. die versprochene Sache nicht rechtmäßig besitzt, oder durch die versprochene Handlung einem Dritten ein unverschuldetes Uebel zufügen würde, oder wenn er sich vorher gegen einen Dritten zu ihrer Unterlassung verpflichtet hat; sittlich unmög-

lich aber, wenn er dadurch eine bloße Tugendpflicht gegen sich selbst oder Andere verletzt. Dafs nun durch Vertrag Niemand ein Recht, eine rechtswidrige (einen Dritten verletzende) Handlung zu verrichten, oder von einem Andern zu fordern, erwerben könne, ist daraus von selbst einleuchtend, dafs Rechte und Rechtspflichten aus einem Allen gegebenen Gesetze folgen, nicht erst durch die Willenserklärung der Menschen geschaffen werden. Weil aber Jeder dem freien Willen des Andern überlassen soll, ob er bloße Gewissenspflichten verletzen oder erfüllen wolle, so glaubte man, dafs sittlich unmögliche Leistungen durch Vertrag rechtsgültig versprochen, mithin eine Rechtspflicht, unsittlich zu handeln, und ein Recht, unsittliche Handlungen von Andern zu fordern, durch Vertrag begründet werden könne, und rechnete dann solche unsittliche Handlungen, durch welche der Promittent eine unbedingte Pflicht gegen sich selbst verletzt, z. B. sich selbst einem Andern zum Sklaven hingibt, zu den rechtlich unmöglichen. Allein auch die unsittlichen Handlungen dieser Art sind nur unsittlich, nicht unrechtlich, weil ein Recht sich immer auf das durch eine erzwingbare Pflicht bestimmte Verhältniß eines Menschen zu Andern bezieht, und die absolute, sittliche Menschenwürde wird durch jede Ausschweifung aus den Grenzen der Sittlichkeit verletzt. Die Gesetze der Tugend sind Allen ebenso unbedingt, als die auf ihnen beruhenden Gesetze der Gerechtigkeit vorgeschrieben; mithin ist die Erfüllung oder Verletzung derselben kein der Willkühr der Menschen unterworfenen Gegenstand, noch weniger eine Verpflichtung des Einen durch Vertrag, sie zu verletzen, und ein Recht des Andern, zu ihrer Verletzung zu zwingen, denkbar. Auch das römische Recht erklärt nicht nur die vertragsmäßige Sklaverei, sondern auch jede Verletzung der guten Sitten für rechtlich unmöglich. (L. 15. D. de cond. inst. quae facta laedunt pietatem, existimationem, verecundiam nostram, et, ut generaliter dixerim, contra bonos mores fiunt, nec facere nos posse credendum est.) Es liefs keine auf einer sittlichen Schänd-

lichkeit beruhende Klage zu, gestattete die Zurückforderung dessen nicht, was vermöge erkennbarer Gewissenspflichten bezahlt worden war, und erklärte sogar Verträge, durch welche die Unterlassung unsittlicher Handlungen versprochen wurde, für ungültig, weil man durch dieselben die Verrichtung solcher Handlungen für möglich erkläre. Aus dem angegebenen allgemeinen Grunde sind indeß nicht bloß nach dem positiven römischen, sondern auch nach dem allgemeinen Rechte alle Verträge über Leistungen, deren Unsittlichkeit einer der beiden Paciscenten erkennen kann, an sich selbst ungültig, und kann der Promissar durch solche weder ein Recht, die Leistung, noch, wenn auch er bei dem Abschlusse des Vertrags die Leistung als unsittlich erkennen konnte, eine Entschädigung wegen unterlassener Leistung zu fordern, erlangen, noch wenn im letztern Falle die Unterlassung einer unsittlichen Handlung gegen eine Gegenleistung bedungen wurde, zu dieser Gegenleistung verpflichtet seyn. Verträge über Leistungen aber, deren Unsittlichkeit der Promittent, nicht aber der Promissar erkennen kann, begründen zwar nicht das Recht zu ihrer Erfüllung, wohl aber das Recht, zum Ersatze des etwa durch ihren Abschluß dem Promissar zugefügten Schadens zu zwingen.

§. 173.

Wegen der zweiten Bedingung ist ein Vertrag ungültig, wenn der Promittent nicht bestimmt seinen Willen erklärte, zur Leistung des Versprochenen verpflichtet seyn zu wollen, oder durch gegründete Furcht vor der unrechtmäßigen Gewalt des Promissars oder durch Betrug desselben dazu bewogen wurde, oder ihn aus bloßer Verstellung eingieng, oder wenn er oder der Promissar aus Irrthum in Ansehung der Person, der wesentlichen Eigenschaften des Gegenstands und der im Vertrage ausgedrückten Beweggründe ihn abschloß, oder wenn die Annahme desselben

durch den Promissar nicht ausdrücklich erklärt, noch aus sprechenden Handlungen oder einem Stillschweigen, das ohne Voraussetzung der Einwilligung unvernünftig wäre, gefolgert werden kann. Durch einen gültigen Vertrag erlangt der Promissar nur das Recht, diejenige Leistung unter der Bedingung, zu der Zeit und in der Art von dem Promittenten zu fordern, zu welcher und unter welchen Bestimmungen er sich dazu, wenn man seine Worte nach ihrer gewöhnlichen Bedeutung dem Sprachgebrauche gemäß erklärt, verpflichtet hat.

1) Die bloße Aeußerung, etwas zum Besten eines Andern thun zu wollen, ohne Uebernahme einer Verpflichtung, ist noch kein bindendes Versprechen, wofern nicht aus den Umständen, unter denen der Redende es äußert, die Erklärung seines ernstesten Willens erhellt. Scherzhafte Reden, Höflichkeitsbezeugungen, aus Verstellung gegebene Zusagen und alle Aeußerungen, welche die Einwilligung nur vermuthen lassen, begründen keine Zwangspflicht,

2) Nicht alle erzwungene Verträge, sondern nur diejenigen sind gültig, zu denen der Promittent durch einen rechtlich erlaubten Zwang des Promissars, der z. B. zum Schutze eines angegriffenen oder zur Wiederherstellung eines verletzten Rechts angewendet worden ist, veranlaßt wurde, und diese verpflichten nur zu denjenigen Leistungen, welche zur Sicherung oder Schadloshaltung des Promissars erforderlich sind. Ob der Zwang mechanisch oder psychologisch wirkte, macht hier keinen Unterschied. Denn mechanischer Zwang zu einem Vertrage ist gar nicht möglich, und bei dem psychologischen, (der Furcht vor ungerechter Gewalt,) findet gleichfalls keine ganz freie Einwilligung Statt, weil der Gezwungene zwar zwischen dem Uebel des Zwangs und dem des Vertrags wählt, aber nicht das Vermögen hat, beide Uebel zu vermeiden. In allen Fällen sind aber Verträge gültig, zu denen der Promittent durch einen von einem Dritten mit Recht oder Un-

recht angewandten Zwang veranlaßt oder genöthigt wurde, wofern der Promissar die dadurch erregte Furcht des Promittenten nicht benutzt hat, um ihm das Versprechen abzudringen. Der widerrechtlich Gezwungene hat aber Entschädigungsansprüche an den Dritten, der ihn gezwungen hat.

§. 174.

Verträge sind entweder einseitig, wohlthätig, unentgeltlich, wodurch nur ein Recht von einer Person auf einen Andern übertragen wird, oder gegenseitig, lästig, entgeltlich, in welchen die andere Person der Erstern eine Gegenleistung verspricht, und da durch jedes Versprechen entweder eine vorhandene oder zu erwartende Sache, als Eigenthum, oder das Recht ihres Gebrauchs oder die Thätigkeit eines Andern erworben wird, so wird durch lästige Verträge entweder eine Sache (zum Gebrauche oder Eigenthume) für eine andere Sache oder für eine oder mehrere Handlungen des Andern, oder die Handlung des Einen für die Handlung des Andern versprochen. Auch kann ein durch einen Vertrag begründetes Recht durch einen weitem Vertrag oder einen Zusatz zu jenem sicher gestellt werden, in welchem bedungen wird, daß falls die dem Hauptrechte entsprechende Verbindlichkeit nicht erfüllt wird, entweder eine andere Person (der Bürge) sie erfüllen, oder der Hauptschuldner eine andere Entschädigung geben soll, oder der Gläubiger eine bestimmte Sache desselben zu seiner Befriedigung benutzen darf. Bei gegenseitigen Verträgen kann kein Paciscent von dem Andern fordern, daß er zuerst das Versprochene leisten soll, wenn es nicht verabredet ist, oder aus der Beschaffenheit des Vertrags erhellt; dadurch, daß der Eine

seine Verbindlichkeit nicht erfüllt, wird aber der Andere von der seinigen nicht frei, sondern kann nur volle Entschädigung verlangen.

Ohne willkürliche Anstalten der Staatsgesellschaft kann ein vertragsmäßiges Recht durch keinen Sicherungsvertrag allein, sondern bloß durch die Uebergabe des Pfands an den Gläubiger gesichert werden, weil die Zwangsmittel des Promissars zu Erfüllung des Sicherungsvertrags so wenig zureichen würden, als zu der des Hauptvertrags. Der Eid aber ist nur eine das Vertrauen des Gläubigers verstärkende Versicherung, kein objektives Sicherungsmittel der Zusage.

§. 175.

Jeder Vertrag hat für die sich Vertragenden Gesetzeskraft in Ansehung der bedungenen Leistung, so daß Keiner ohne die Einwilligung des Andern etwas daran ändern, ihn wieder aufheben oder seine Erfüllung verweigern, sondern Jeder, der dieses versucht, von dem Andern zur genauen Erfüllung gezwungen werden darf, nicht deswegen, weil beide in den Abschluß desselben eingewilligt haben, er also durch ihren gemeinschaftlichen Willen zu Stande gekommen ist, sondern weil diese beiderseitige Einwilligung bewirkt, daß durch den einseitigen Rücktritt des Einen von demselben der Andere eines erworbenen Rechts verlustig, mithin ein vom Andern bewirktes Uebel ohne seine Schuld erdulden würde, das er vermöge des höchsten Rechtsgesetzes von sich abwenden darf. Bei einem einseitigen Verträge legt sich der Promittent, bei einem gegenseitigen legen sich beide Paciscenten freiwillig das Gesetz auf, das Bedungene zu leisten, und sie dürfen sich dasselbe auflegen, wenn Jeder ein Recht zu der von ihm versprochenen Lei-

stung entweder unmittelbar vermöge des höchsten Rechtsgesetzes besitzt, oder mittelbar durch Vertrag erworben hat. Da aber ein Vertrag jederzeit erfüllt werden kann, so darf zwar derjenige Paciscent, welcher ihn ganz oder theilweise nicht erfüllen will, von dem andern Paciscenten und Dritten, welche dieser dazu auffordert, zur vollständigen Erfüllung mittelst Zufügung von Uebeln gezwungen, nicht aber wegen verweigerter Erfüllung bestraft werden, weil er dadurch noch nicht den Willen, das Recht des Andern zu verletzen, an den Tag legt, folglich auch nicht verpflichtet seyn kann, sich den Mafsregeln Anderer zu Sicherung ihrer Rechte vor der Gefahr, dafs er sie verletze, zu unterwerfen. Da es auch möglich ist, dafs in die von dem einen Paciscenten gewünschte Aufhebung oder Abänderung eines Vertrags der Andere willigt, oder ihm die versprochene Leistung erläfst, so sind dritte Personen, folglich auch im Staate die Obrigkeit, nicht berechtigt, einen Paciscenten zur Erfüllung eines ihnen bekannten Vertrags zu nöthigen, ehe sie von dem andern Paciscenten dazu aufgefordert werden.

2) Das willkührliche Gesetz.

§. 176.

Der Vertrag ist das einzige rechtliche Mittel, durch welches Gesellschaften von Menschen gestiftet, und willkührliche Gesetze in denselben geltend werden können; denn unter einer Gesellschaft versteht man die fortdaurende Vereinigung zweier oder mehrerer Personen mit der wechselseitigen Verpflichtung, zu Erreichung eines gemeinschaftlichen Zwecks mit Andern mitzuwirken, und willkührlich heisst ein

Gesetz, das nicht durch das höchste Rechtsgesetz schon bekannt, sondern erst durch die Willenserklärung Mehrerer, es zu beobachten, festgesetzt ist. Keine selbstständige Person kann aber von einer andern selbstständigen zu fordern berechtigt seyn, daß Letztere gegen ihren Willen zu irgend einem Zwecke der Ersteren mitwirke, und außer dem negativen Rechtsgesetze irgend ein Gesetz gegen sie beobachte. Mithin kann eine rechtliche Verbindlichkeit Mehrerer gegen Jeden von ihnen, zur Beförderung eines gemeinschaftlichen Zwecks mit ihm thätig zu seyn, und willkührliche Gesetze zu beobachten, nur durch die Erklärung des Willens eines Jeden, es zu thun, und die Annahme derselben durch die Andern, d. h. durch Vertrag entstehen.

1) Eine jede zu einem gemeinschaftlichen Zwecke vereinigte Gesellschaft Einzelner oder moralischer Personen, welche wegen ihres in Hinsicht auf den Zweck gemeinschaftlichen Willens Eine (moralische) Person bildet, und, wie der Einzelne, dem Rechtsgesetze im Verhältnisse gegen ihre Mitglieder und Auswärtige unterworfen ist, entsteht daher durch einen Vereinigungsvertrag, der von den ersten Mitgliedern, so wie den später Eintretenden, sowohl durch ausdrückliche Willenserklärung, als stillschweigend durch Theilnahme an den besondern Rechten und Rechtspflichten der Gesellschaftsglieder, eingegangen werden kann.

2) Ueber die Art, wie die Mittel zur Erreichung des Gesellschaftszwecks bestimmt und angewendet, wie insbesondere die anordnende und die vollziehende Gewalt, so wie das Aufsichtsrecht über die Gesellschaft ausgeübt werden soll, über die Bedingungen des Ein- und Austritts, der Aufnahme und der Ausschließung der Gesellschaftsglieder, über die besondern Rechte und Rechtspflichten einzelner Mitglieder gegen Andere, hat jedes Mitglied das Recht, (nicht aber, falls es sich nicht bei seiner

Vereinigung mit Andern dazu verpflichtet hat, die Rechtspflicht,) seinen Willen (seine Stimme) mit der Wirkung zu äussern, dass sie mit den Stimmen der Andern verglichen, und das, worin Alle oder die Meisten übereinstimmen, Beschluss, Grundgesetz, Grundvertrag der Gesellschaft werde. Nur ein Recht, keine Rechtspflicht, seine Stimme selbst über die Grundgesetze abzugeben, kommt Jedem vermöge des Vereinigungsvertrags zu, weil sich in demselben Alle gegen einander nur zur Mitwirkung zu dem gemeinschaftlichen Zwecke, nicht aber zur Mitwirkung bei der Wahl der Mittel dazu rechtlich verpflichten. Auch hat sowohl bei einer auf eine bestimmte Zeit geschlossenen (temporären), als bei einer immerwährenden Gesellschaft, falls in den Vereinsgesetzen oder dem Vereinigungsvertrage nichts darüber festgesetzt ist, Jeder das Recht, jeder Zeit aus dem Vereine zu treten, wofern er die während seiner Verbindung mit ihm entstandenen Rechtspflichten erfüllt, und die Gesellschaft darf Jedem, der seinen gegen sie übernommenen Verbindlichkeiten nicht Genüge leistet, die Theilnahme an einzelnen oder an allen Gesellschaftsrechten entziehen, und ihn aus ihrer Mitte ausschliessen.

3) Bei der grossen Verschiedenheit der Ansichten und Begehrungen der Menschen würde oft, wo es zum Wohle des Vereins dringend nöthig wäre, kein Beschluss gefasst werden, wenn nur der einstimmig erklärte Wille Aller als der allgemeine Wille des Vereins gelten würde. In jeder grösseren Gesellschaft wird es daher zur Erreichung des Vereinszwecks für nothwendig erkannt werden, in einzelnen Fällen für den gültigen allgemeinen Willen dasjenige zu erklären, was durch absolute oder relative Stimmenmehrheit, und wo die Stimmen zwischen zwei Meinungen gleich getheilt sind, durch die entscheidende Stimme eines Einzelnen beschlossen, oder was der ausgesprochene Wille einer gewissen einzelnen, (physischen oder moralischen,) Person ist, welcher die anordnende und vollziehende Gewalt mit oder ohne Einschränkungen übertragen wird. Zu Festsetzung eines solchen Grundgesetzes des Vereins ist zwar die Einstimmung aller

seiner Mitglieder nicht rechtlich nothwendig, aber allen nicht Einstimmenden der Austritt aus dem Vereine zu gestatten, weil die Vereinigung zu einem gemeinschaftlichen Zwecke zwar die Rechtspflicht, so lange sie dauert, den Vereinsbeschlüssen über die Mittel zu Erreichung des Zwecks Folge zu leisten, nicht aber die Pflicht in sich schließt, in dem Vereine unter allen Umständen zu bleiben. —

4) Die Uebertragung der gesamten Gesellschaftsgewalt an eine Person, welche ihren Willen, sie zu übernehmen, erklären muß, ist ein besonderer Vertrag, der Unterwerfungsvertrag, durch welchen diese Person das Recht erhält, innerhalb der Grenzen des Vertrags, wofern ihr durch solchen ausdrücklich willkürliche Einschränkungen in Ausübung jener Gewalt gemacht worden sind, alles zu verfügen, was weder den Rechten der Einzelnen, die sie sowohl außer ihrem Verhältnisse zum Vereine, als auch vermöge der Grundgesetze im Verhältnisse zu andern Vereinsgliedern haben, noch dem Zwecke des Vereins entgegen ist, und alle Andere die besondere Rechtspflicht übernehmen, den Anordnungen jener Person, sofern sie diese Grenzen nicht überschreiten, zu gehorchen.

5) Nur über gesellschaftliche Angelegenheiten, nicht über die — Einzelnen für ihre Person zustehenden oder erworbenen Rechte kann eine Gesellschaft gültige Beschlüsse fassen, und die von einzelnen Mitgliedern vermöge der Grundgesetze erworbenen Rechte an die Gesellschaft können ihnen durch Aenderung der Grundgesetze nicht entzogen werden, weil durch solche Aenderungen nur die künftige Erwerbung von Rechten an die Gesellschaft bestimmt wird. Ueberhaupt kann die Gesellschaft nur unter denselben Bedingungen, wie Einzelne, Rechte an einzelne Mitglieder oder Auswärtige erwerben, und diese werden der Gesamtheit des Vereins, nicht einzelnen Gliedern erworben, wenn nicht das Letztere ausdrücklich im Erwerbungsakte festgesetzt wird. Ein gesellschaftlicher Vertrag zu Erreichung unrechtlicher oder unsittlicher Zwecke aber ist an sich selbst ungültig.

§. 177.

Auch der Staatsverein, dessen Hauptzweck die bestmögliche Gründung und Aufrechthaltung der Herrschaft des Rechtsgesetzes ist, (die bürgerliche Gesellschaft,) und die in demselben geltenden willkürlichen Gesetze können keine andere rechtliche Grundlage haben, als einen mit dem Vereinigungsvertrage verbundenen Unterwerfungsvertrag der selbstständigen Staatsgenossen mit dem Staatsoberhaupte. Zwar ist ohne eine solche Verbindung mit Andern selbst der Stärkste und Einsichtsvollste weder vor Rechtsangriffen durch die vereinte Gewalt Mehrerer, noch vor der Gefahr, sich in Beurtheilung des Mafses der Gewalt, die er zur Vertheidigung seiner Rechte anwenden darf, und noch mehr in Beurtheilung der Rechte Anderer, die er schützen möchte, zu irren, gesichert. Aus der Unbestimmtheit des Rechtsgesetzes wird die Nothwendigkeit vorläufiger willkührlicher Bestimmungen über die Art seiner Ausübung, insbesondere der Rechtsvertheidigung, und aus dem Bedürfnisse der Rechtssicherheit die Nothwendigkeit, daß Alle Zusammenlebende die Vertheidigung ihrer Rechte einem jeder Person überlegenen Gesamtwillen übertragen, erkannt. Da aber Jeder nur das Rechtsgesetz nach seinem besten Wissen und Gewissen gegen Andere zu beobachten, nicht aber sich und Andern Rechtssicherheit zu verschaffen, durch dasselbe rechtlich verpflichtet ist, und von keinem Andern die Ueberzeugung fordern darf, daß Rechtssicherheit nur durch Verzichtleistung auf jede Selbstvertheidigung seiner Rechte, aufser in Fällen augenblicklicher Gefahr, und durch Uebertragung dieses Rechts an ein Organ des Gesamtwillens am besten erreicht werde, vielmehr

Niemand die Rechte Anderer zu schützen rechtlich verpflichtet, noch Andere seinem Urtheile über ihre Rechte und seiner Gewalt in deren Vertheidigung wider ihren Willen zu unterwerfen berechtigt ist, so ist es auf der andern Seite eine Forderung der Gerechtigkeit wegen der Rechtsgleichheit Aller, daß ihre Unterwerfung unter eine physische oder moralische Person, als Organ des allgemeinen Willens, mit der freien Einwilligung eines Jeden d. h. durch Vertrag geschehe.

1) Da es nicht, wie die Alten behaupteten, eine Rechts- sondern eine bloße Gewissenspflicht ist, Andere gegen Unrecht zu schützen, Jeder für seine Rechtssicherheit auf die ihm am zweckmäßigsten scheinende Weise sorgen darf, und auch außer dem Staate das Rechtsgesetz, wenn gleich unvollkommen, beobachtet werden kann, so hat keine (physische, noch moralische) Person ein Recht, einen Einzelnen zum Eintritte in einen bestimmten, nicht einmal in irgend einen Staat zu zwingen, noch wegen verweigerten Beitritts zu einem Staatsvereine für unrechtlich gesinnt und zu Rechtsverletzungen geneigt zu erklären, noch am Austritte aus einem Staatsvereine in welchem er lebenslänglich zu bleiben sich nicht ausdrücklich verpflichtet hat, zu hindern. Wohl aber ist jeder Staat berechtigt, die auf seinem Gebiete lebenden oder mit seinen Bürgern in Verkehr tretenden Auswärtigen zur Befolgung auch der willkührlichen, ihnen bekannt gemachten Gesetze, die seine Bürger befolgen müssen, zu zwingen, und sie nach denselben zu behandeln, weil sie durch ihren Aufenthalt oder Verkehr beweisen, daß sie ihre Einwilligung hiezu für diese Zeit und diesen Verkehr stillschweigend gegeben haben. Auch darf jeder Staatsverein den Genuß gewisser bürgerlichen Vortheile von dem Eintritte in den Staat oder von der Uebernahme gewisser Lasten abhängig machen.

2) Der Eintritt des Einzelnen in einen bestehenden Staat kann durch ausdrückliche Willenserklä-

rung oder die Theilnahme an den nur den Staatsbürgern zustehenden Rechten erfolgen, und schließt sodann die Zustimmung des Aufgenommenen zu den im Staate bestehenden Gesetzen und zu der Oberherrschaft des rechtmässig vorhandenen Staatsoberhaupts in sich. Die Einwilligung zur Vereinigung mit Andern zu einem sich erst bildenden Staate aber ist schon aus dem Gehorsam der Einzelnen gegen die Anordnungen des Oberhaupts ersichtlich, denen sie sich, wenn sie sich ihm nicht unterwerfen wollten, widersetzen würden und dürften. Ein solcher stillschweigender, durch Gehorsam gegen einen Befehlenden eingegangener Vertrag ist der wirkliche Ursprung aller Staaten, und die Unterwerfung Mehrerer unter die widerrechtliche Gewalt eines Usurpators oder Eroberers begründet sein Recht an die Oberherrschaft über sie von der Zeit an, da sie sich derselben widersetzen konnten, und nicht widersetzt haben.

3) Die Oberherrschaft, d. h. das Recht, die Mittel zum Staatszwecke unabhängig von Andern zu wählen und als Gesamtwillen auszuführen, mag dem Staatsoberhaupte durch den Unterwerfungsvertrag ohne alle Einschränkungen oder mit gewissen grundgesetzlichen Bestimmungen über die Art seiner Wirksamkeit übertragen worden seyn, so hat es doch jenes Recht nur vermöge seiner Pflicht, den Staatszweck zu befördern, die, wenn es gleich als Organ des Gesamtwillens und der Gesamtkraft von den Unterthanen nicht zur Erfüllung derselben gezwungen werden kann und darf, doch eine durch Vertrag übernommene, mithin eine Rechtspflicht ist. Es ist daher in Ausübung seiner Gewalt in allen Fällen durch den Staatszweck, die Aufrechterhaltung der Rechtssicherheit durch rechtlich erlaubte Mittel, mithin in allen seinen Regentenhandlungen durch das Rechtsgesetz beschränkt. Zwar können weder Einzelne noch Alle seiner Unterthanen, nachdem sie im Staatsvertrage dem Rechte der Selbstvertheidigung (außer in Nothfällen, wo sie der Staat nicht schützen kann), entsagt haben, berechtigt seyn, ihm wegen ihnen mißfälliger Regentenhandlungen den Gehorsam aufzukündigen,

oder es der Regierung zu entsetzen, und es darf sie gleichfalls ohne ihre Einwilligung weder aufgeben, noch veräußern. Es hebt aber durch Verletzung der Staatsgrundgesetze, durch Verfügungen, die dem Staatszwecke zuwiderlaufen, und durch Mißbrauch der Staatsgewalt zur Unterdrückung der Rechte der Unterthanen die Grundlage seiner Macht und seines vertragsmäßigen Rechts an die Oberherrschaft selbst auf, es mag sich durch ausdrücklichen Vertrag mit ihnen zu Beobachtung des Rechtsgesetzes und zur Beförderung des Staatszwecks verpflichtet haben oder nicht. Wie die Erziehungspflicht der Eltern eine (erzwingbare) Rechtspflicht ist, ob sie gleich von den berechtigten Kindern nicht zu ihrer Erfüllung gezwungen werden können, so ist die vertragsmäßige Pflicht des Regenten, die Rechte seiner Unterthanen zu schützen, eine (erzwingbare) Rechtspflicht, ob er gleich von ihnen nicht zu ihrer Erfüllung gezwungen werden kann, sie mithin, wenn sie von ihm erfüllt wird, aus Gewissenhaftigkeit, nicht aus Zwang oder Furcht vor ihm sonst bevorstehenden Zwangsübeln erfüllt wird.

4) Durch den Staatsvertrag begibt sich jeder Staatsbürger des ihm außer dem Staate zustehenden Rechts, seine und, wenn er will, auch Anderer Rechte mit seinen Kräften zu vertheidigen, und erwirbt dagegen das Recht, von dem Staatsoberhaupt Schutz seiner Rechte und der Rechte Anderer zu fordern, übernimmt auch die Rechtspflicht, seine Kräfte zum Schutze derjenigen Rechte Anderer anzuwenden, deren Vertheidigung das Staatsoberhaupt ihm gebietet. Dieses aber verliert das Recht, den Staatsbürgern den Rechtsschutz nach Gutdünken zu verweigern, durch Uebernahme der Rechtspflicht, solchen allen Staatsbürgern zu gewähren, und erhält dagegen das Recht, die Kräfte aller Staatsbürger zur Vertheidigung ihrer Rechte in Anspruch zu nehmen. Die Staatsbürger haben also andere Rechte und ein anderes Rechtsgebiet, als die außer dem Staate Lebenden, und die besondern Rechte des Staatsoberhauptes kommen ihm

wegen seiner Rechtspflichten zu. Die Staatsbürger könnten aber das Recht, ihre Kräfte zum Rechtsschutze anderer Staatsbürger zu verwenden, nicht an das Staatsoberhaupt übertragen, wenn sie dieses Recht nicht von Natur hätten, und das Staatsoberhaupt könnte die Rechtspflicht, die Rechte der Staatsbürger zu schützen, nicht übernehmen, wenn es nicht von Natur die Gewissenspflicht und das Recht hätte, die Rechte Anderer zu schützen. Nur die im Naturstande stattfindende freie Wahl, ob sie diese Pflichten in einzelnen Fällen erfüllen wollen oder nicht, wird bei beiden Paciscenten durch den Unterwerfungsvertrag für aufgehoben erklärt.

§. 178.

Um die Rechte aller Einzelnen und Gesellschaften im Staate gegen Angriffe von Staatsbürgern und andern Staaten schützen zu können, muß die höchste Gewalt vollkommene Macht haben, alle Einzelnen und Gesellschaften im Staatsgebiete zum Gehorsam gegen ihre Anordnungen zu nöthigen, und die Kräfte und Mittel Aller, mithin selbst das Eigenthum des Einzelnen, wiewohl gegen Entschädigung für das, was er mehr, als er im Verhältnisse zu den andern Bürgern schuldig ist, dazu beiträgt, zu jenem Zwecke zu verwenden, und sie kann ebendesswegen nur von einer einzigen, physischen oder moralischen Person gehandhabt werden. Damit aber diese die höchste Gewalt nicht dazu gebrauche, ihre Willkühr statt des rechtlichen Gesamtwillens des Staatsvereins auszuüben, muß dieser Gesamtwille in deutlichen, allgemein bekannt gemachten Gesetzen ausgesprochen, und müssen die Staatsdiener, ohne welche der Regent wegen Unzulänglichkeit seiner persönlichen Kräfte die Staatsgewalt nicht in dem ganzen Staatsgebiete ausüben könnte, nicht nur dem Ober-

herrn, sondern auch dem ganzen Staatsvereine für die Vollziehung der Gesetze verantwortlich seyn, insbesondere aber die Rechte der Einzelnen unter den Schutz von der Staatsgewalt unabhängiger, wiewohl in ihrem Namen nach genauer Untersuchung der vorkommenden Rechtsstreitigkeiten und Rechtsverletzungen rechtsprechender Gerichte gestellt werden.

1) Es kann daher nicht zwei verschiedene Gewalten im Staate geben, z. B. eine bürgerliche und eine kirchliche, sondern das Oberhaupt einer jeden Kirche muß, wie die Direktion einer jeden andern Gesellschaft, dem Staatsoberhaupte von Rechtswegen unterworfen, und jede Kirche wegen aller ihrer Handlungen dem Regenten darüber Rechenschaft schuldig seyn, daß sie durch solche weder einzelnen Kirchenmitgliedern, noch andern Bürgern oder Gesellschaften im Staate Unrecht thue.

2) Das Staatsoberhaupt ist unverletzlich, weil ihm Niemand Gewalt zufügen darf, auch nicht um es zur Erfüllung seiner vertragsmässigen Rechtspflicht, Jeden in seinen Rechten zu schützen, noch zu Eingehung einer ausdrücklichen Verpflichtung dazu zu nöthigen. Die höchste Gewalt kann ihm daher nur in der rechtlichen Voraussetzung übertragen worden seyn, daß es wegen seiner Gewissenhaftigkeit und Machtvollkommenheit nicht Unrecht thun könne, und ein rechtlich gesinnter Regent wird keinen Anstand nehmen, die ihm ohnedieß obliegende Rechtspflicht, jeden Unterthan in den ihm nach den Gesetzen zustehenden Rechten zu schützen, durch ausdrücklichen Vertrag zu übernehmen, und sich vor der Gefahr, aus Irrthum Unrecht zu thun, dadurch sicher zu stellen, daß er die Gesetze durch ihm und dem Volke verantwortliche Staatsdiener vollziehen, und Jedem sein Recht durch unabhängige Gerichte zuerkennen läßt, deren Verfahren durch Gesetze bestimmt ist, damit weder durch Uebereilung noch lange Verzögerung der gerichtlichen Verhandlungen unverschuldete Uebel den ihr Recht Suchenden zugefügt werden, und deren

Urtheile mit den Entscheidungsgründen bekannt gemacht werden müssen, auch durch höhere Gerichtsinstanzen berichtigt werden können.

3) Sowohl zu Sicherung der Rechte des Staatsoberhauptes, als der Unterthanen ist es dienlich, daß nicht die Ausübung der ganzen Staatsgewalt in einzelnen Staatsgebietstheilen, sondern nur die Ausübung einzelner Zweige der Staatsgewalt einzelnen Staatsdienern und Behörden übertragen, und diese einander, so wie alle einer höchsten Staatsbehörde untergeordnet werden. Möge aber diese Organisation der Gewalten durch den bloßen Willen des Staatsoberhauptes oder durch Staatsgrundverträge festgesetzt seyn, so erhalten in allen Fällen die Staatsdiener durch das Vertrauen des Regenten mehrere Rechtspflichten und Rechte zu Ausübung von Gewalt, als andere Staatsbürger. Der Staatsverein ist daher nothwendig eine ungleiche Gesellschaft, indem zu der Verschiedenheit der Rechte, welche die Natur selbst durch die allmähliche Entwicklung des Menschen zur Selbstständigkeit einführt, der Staatsvertrag noch eine Verschiedenheit der Rechte in Ausübung von Gewalt hinzufügt. Die Gleichheit der Rechte aller Staatsbürger mit Einschluss des Staatsoberhauptes, als einer Privatperson, kann daher nur darin bestehen, daß die Handlungen Aller nach eben denselben Gesetzen beurtheilt, mit allen unter gleichen Umständen verrichteten gleiche rechtliche Folgen verknüpft, und kein Bürger durch die Gesetze oder die Willkühr Einzelner gehindert werde, sich in die Lage zu versetzen, mit welcher gewisse Rechte (mit Ausnahme der unveräußerlichen höchsten Gewalt) gesetzlich verbunden sind.

§. 179.

Jedes willkührliche Gesetz eines Staats kann nur dadurch rechtliche Gültigkeit haben, daß es den Gemeinwillen der Staatsgenossen (des Regenten und der Unterthanen) ausspricht (§. 176.), daß sie das darin Gebotene unter den im Gesetze ausgedrückten Umständen und Bedingungen einander zu leisten, das da-

rin Verbotene zu unterlassen rechtlich verpflichtet seyn wollen; denn durch die willkührlichen Gesetze wird entweder die Art, wie das höchste Rechtsgesetz in einzelnen Verhältnissen befolgt werden soll, und werden die rechtlichen Folgen, welche die Beobachtung und die Uebertretung desselben in einzelnen Fällen haben, näher bestimmt, oder es werden darin Umstände angegeben, unter denen ein Staatsbürger gewisse ihm vermöge des Rechtsprinzips nicht zustehende Rechte ausüben, und andere, die ihm vermöge dieses Prinzips zukämen, nicht ausüben darf. In beiden Fällen wird die Freiheit des einzelnen Staatsgenossen durch das willkührliche Gesetz mehr eingeschränkt, als durch das höchste Rechtsprincip, und auch jede nähere Bestimmung der Befolgungsarten desselben ist im Grunde eine Aufhebung des Rechts, die Art seiner Beobachtung nach eigenem Gutdünken zu wählen. Da nun Keiner ohne seinen Willen von Andern zu größern Einschränkungen der Freiheit, als das unbestimmte höchste Rechtsgesetz gebietet, verpflichtet ist, und von Andern gezwungen werden darf, so ist die ausdrückliche oder stillschweigende Einwilligung sämtlicher selbstständiger Staatsgenossen das rechtliche Erforderniß zu Festsetzung, Abänderung und Aufhebung willkührlicher Gesetze.

1) Nähere Bestimmungen der Ausübung des höchsten Rechtsgesetzes in einzelnen Fällen enthält z. B. die ganze peinliche Gesetzgebung eines Staats, welche die verschiedenen möglichen Rechtsverletzungen und Verbrechen, so wie die größten und die geringsten Strafen, mit denen der Richter jedes Verbrechen nach dem Grade der Verschuldung belegen soll, bestimmt anzugeben hat. Abweichungen vom allgemeinen Rechtsgesetze gestattet in manchen Fällen die bürgerliche Gesetzgebung, indem sie ausspricht, daß Alle unter gewissen Umständen auf

gewisse vermöge des höchsten Rechtsprincips ihnen zustehende Rechte zum Besten gewisser Anderer verzichten. Beispiele hievon sind die Verjährung und das Erbrecht, welche dadurch entstehen, daß alle Staatsglieder dem redlichen Besitzer gestatten, das eine gewisse Zeit hindurch redlich besessene fremde Eigenthum dem Eigenthümer nicht wieder zu erstatten, und dem Erben, die Güter des Erblassers in Besitz zu nehmen, obgleich der redliche Besitzer dem Eigenthümer und der Erbe allen Andern, die den herrenlos gewordenen Nachlaß des Verstorbenen vermöge des Rechtsgesetzes in Besitz nehmen dürften, durch jene willkürlich erlaubte Handlungen im aufserbürgerlichen Stande ein Unrecht zufügen würde.

2) Da die willkürlichen Gesetze nicht bloß nähere Bestimmungen der Anwendung der allgemeinen Rechtsidee auf die Verhältnisse der Bürger zu einander sind, sondern auch Abweichungen von derselben gestatten, so verhalten sie sich zu dem natürlichen Rechte nicht bloß so, wie das Allgemeine zum Besondern, sondern sind wesentlich von ihm verschieden, ob sie gleich nichts ihm zuwiderlaufendes festsetzen sollen. Im Gegensatze gegen dieses negative Rechtsprincip nennt man sie deßwegen mit Recht positive Gesetze, weil sie größtentheils etwas zu thun gebieten, wozu man vermöge des bloßen Rechtsprincips nicht verbunden wäre, und wenn sie Handlungen, die man kraft desselben verrichten dürfte, zu unterlassen vorschreiben, mithin negativ sind, nur vermöge der sie festsetzenden Willenserklärung derer, die sie befolgen sollen, und nur für diese bestehen. Das höchste Rechtsgesetz ist allerdings ein (nur in den Gedanken der Menschen sich findender) Grundsatz, aber nichts desto weniger ebensowohl ein — von Jedem zu beobachtendes und Jedem gegebenes — Gesetz, als die von den Staatsbürgern festgesetzten willkürlichen Gesetze, denen es erst Rechtskraft verleiht, wird also mit Recht gleichfalls ein Gesetz genannt.

3) Die Zustimmung der Staatsgenossen zu einem willkürlichen Gesetze ist außer Zweifel, wenn es

nichts anders als eine längst unter dem Volke bestehende Sitte, eine Rechtsgewohnheit ausspricht, und aus dem Gewohnheitsrechte eines Volks geht in der Regel seine positive Gesetzgebung hervor. Es ist die in Handlungen ausgedrückte Aeußerung des Volks, wie es das Rechtsgesetz beobachtet wissen wolle, und am Besten von Allen beobachtet zu sehen glaube, zu der es jedoch nur durch das Bedürfnis in einzelnen Fällen veranlaßt wird. Da sich aber die Einsichten der Menschen in die Mittel, das Rechtsgesetz vollkommener und folgerecht zu verwirklichen, erst durch Nachdenken über die gemachten Erfahrungen von den verschiedenen Wirkungen der menschlichen Handlungen allmählig erweitern, und, wie die aus dem Völkergewohnheitsrechte der Alten in das Römische übergegangene Sklaverei der Kriegsgefangenen, die ausgedehnte väterliche Gewalt, die Gültigkeit der allgemeinen Unterpfänder, die dingliche Rechtskraft der Privatunterpfänder und andere Beispiele beweisen, das Gewohnheitsrecht oft durch rohe Sitten, logische Irthümer und abergläubische Meinungen entstellt ist, so ändert es sich theils selbst im Fortschritte der Zeit, theils bedarf es nebst den bestehenden Gesetzen zuweilen einer Verbesserung durch willkürliche Gesetze, zu denen die Zustimmung der zu ihrer Beobachtung Verpflichteten um so mehr rechtlich erfordert wird, als jede Aenderung eines Gesetzes auf ihre rechtlich bestehenden Verhältnisse zu einander einwirkt, aber durch deutliche Belehrung über die Mängel und rechtswidrigen oder nachtheiligen Folgen des bisher gültigen Gesetzes leicht erlangt werden kann, wofern sie in der Pressfreiheit und Volksvertretung die Mittel haben, ihren Willen zu äußern.

§. 180.

Willkürliche Gesetze kann keine Gesellschaft zu Erreichung ihres Zwecks, am wenigsten aber kann solche der Staatsverein entbehren 1) wegen der Unbestimmtheit des allgemeinen Rechtsgesetzes, das verschiedene Folgen seiner Uebertretung zuläßt, 2) weil

die größtmögliche Sicherheit aller, so wie einzelner Rechte erst durch gemeinschaftliche Anstalten mehrerer Menschen, z. B. die Einführung von obrigkeitlichen Kauf- und Unterpfandsbüchern, die Festsetzung gleicher Masse und Gewichte, die Erwerbung von Wehr- und Kriegsmitteln u. s. w., bewirkt werden muß, 3) weil der Staatsverein auch noch andere Zwecke, die nicht von Einzelnen, sondern nur von Mehreren mit vereinten Kräften und durch gemeinschaftliche Anstalten erreicht werden können, und zur Beförderung des Staatszwecks der Rechtssicherheit dienen, verfolgen darf und soll, z. B. elternlose Waisen, Hülfslose, Gebrechliche zu unterstützen, Verbrechen und Beschädigungen durch Thiere und natürliche Ereignisse vorzubeugen, den erlittenen Unfällen abzuhelpen, und allgemeine Anstalten zu treffen, wodurch Jedem die beliebige Vermehrung seines Wohls, seiner Bildung und sittlichen Vollkommenheit erleichtert wird, und 4) weil die Erhaltung des Staatsverbands gesetzliche Bestimmungen über die Ausübung der verschiedenen Zweige der Staatsgewalt, die Gründung und Unterhaltung der Staatsanstalten und die Bestreitung des Staatsaufwands erfordert.

1) Die willkürlichen Gesetze eines Staats bilden das in demselben öffentlich anerkannte und gültige Recht, nach welchem die Handlungen der Staatsbürger gerichtet werden, und müssen, um keine Ungewissheit über die Rechte eines Jeden zu veranlassen, ein zusammenhängendes Ganzes ausmachen, dessen Theile sich auf einander beziehen und mit einander im Einklange stehen. Durch sie werden sowohl die Rechte und Rechtspflichten der einzelnen (physischen und moralischen) Personen im Staate gegen einander, als auch die des Staats gegen die einzelnen Bürger und gegen andere Staaten bestimmt; daher das positive Recht in

das Privat- und das öffentliche Recht, und Letzteres wieder in das Staats- und das Völkerrecht zerfällt wird. Das Privatrecht ist der Inbegriff der Rechte der Einzelnen, die ihnen theils unmittelbar vermöge des Rechtsgesetzes theils vermöge der bürgerlichen Gesetze, theils in Folge von Erwerbungen durch Handlungen, Verträge und willkürliche Gesetze zukommen, und theilt sich in das bürgerliche und peinliche Recht, in bestimmte Normen über den Besitz, die Ausübung, die Erwerbung und die Dauer von Rechten, und über die Bestrafung der Rechtsverletzungen; das sogenannte öffentliche oder Staatsrecht hingegen ist der Inbegriff der gesetzlichen Forderungen, welche der Staat an seine Angehörige macht, um eine auf die Sicherung der Rechte des ganzen Staatskörpers und aller einzelnen Bürger vor Beschädigungen durch Menschen oder natürliche Ereignisse gerichtete Ordnung im Innern des Staats zu bewirken, (Regierungs-Polizei- vormundtschaftliche Anordnungen und Handlungen der willkürlichen Gerichtsbarkeit,) Angriffe auswärtiger Staaten und ihrer Angehörigen abzuwehren, (Wehr- und Kriegsanstalten,) und den nothwendigen Staatsaufwand beizuschaffen (Finanz-Einrichtungen). Das durch die Handlungen der Staatsgewalt bestimmte öffentliche Recht bewirkt aber immer eine Verminderung der Rechte der Einzelnen und Vermehrung ihrer Rechtspflichten, weil die Staatsgewalt zu Erreichung der Staatszwecke ihnen mehrere Verbindlichkeiten auflegen muß, und durch Verträge mit andern Staaten ihre Unterthanen verpflichtet.

2) Die Rechte der Einzelnen, deren Erhaltung und Sicherung immer der Hauptzweck des Staatsverbands ist, würden der Gefahr, von den Organen der Staatsgewalt selbst verletzt und vernichtet zu werden, mehr ausgesetzt, diese sogar bei Klagen über Mißbrauch der Gewalt, und ungesetzliche Vertheilung der Staatslasten oft Parthei und Richter zugleich seyn, wenn die Verwaltungsbehörden auch über die ursprünglichen und erworbenen Rechte der Einzelnen und deren Verletzung erkennen würden. Es ist daher zu Sicherung der Rechte zwar

nicht durchaus nothwendig, sofern Rechtspflege und Verwaltung einander nicht gerade entgegengesetzt sind, jedoch für zweckmässig erachtet worden, dass über alle Rechtsstreitigkeiten wegen Ansprüche, welche Einzelne aus einem privatrechtlichen Rechtsgrunde an Einzelne, an Körperschaften, den Staat oder Auswärtige machen, so wie über Rechtsverletzungen Einzelner oder des Staats durch Organe der Staatsgewalt, von unabhängigen Gerichten erkannt, und den Verwaltungsstellen nur die Entscheidung der Streitigkeiten, die sich über Verbindlichkeiten des öffentlichen Rechts erheben, und der Uebertretungen derselben vorbehalten, Zweifel über die Competenz der Gerichts- und der Verwaltungsstellen aber von der höchsten Staatsbehörde entschieden werden. Alles Richten besteht jedoch in der Subsumtion einzelner Rechtsfragen unter das Gesetz. Das öffentliche Recht beruht ebenso wie das Privatrecht auf positiven Gesetzen, und beiderlei Rechte bestimmen sich gegenseitig so, dass in manchen Fällen das Privatrechtliche von dem zum öffentlichen Rechte Gehörigen nicht getrennt werden kann. Wenn nun auf der einen Seite die Einrichtung von Administrativjustizstellen den Vortheil gewährt, dass die auf das Wohl des Ganzen gerichteten Handlungen der Verwaltungsstellen nicht durch den oft schleppenden Gang des gerichtlichen Verfahrens gehemmt, und stets nach gleichförmigen, für nothwendig erkannten Verwaltungsnormen beurtheilt werden, so muss der Wirkungskreis derselben durch willkürliche Gesetze möglichst genau begrenzt, und müssen sie, damit auf der andern Seite die Sicherheit der Rechte nicht durch sie gefährdet werde, so unabhängig von der Staatsgewalt gestellt werden, als die Gerichte.

3) Welche Anordnungen zu der bestmöglichen Erhaltung der Rechtssicherheit und der Ordnung im Staate, so wie zur Beförderung des Wohls und der Bildung der Einzelnen zu treffen seyen, hängt von den jeweiligen Sitten und Bedürfnissen der Staatsgenossen und der Wissenschaft der Regierung von denselben ab. Da sie nun, um die Staatszwecke zu erreichen, die Kräfte und Mittel der

Staatsgenossen stets in Anspruch nehmen und deren Freiheit mehr einschränken muß, als vermöge des höchsten Rechtsgesetzes nöthig wäre, so wird eine weise und gerechte Regierung nicht alle Anstalten, die sie zur Beförderung der Bildung und des Wohls der Staatsgenossen zweckmäfsig findet, sondern nur diejenigen anordnen, welche sie zur Befestigung der Rechtssicherheit und Erhaltung des Staatsverbands für unentbehrlich erkennt, und in deren Einrichtung die Unterthanen (mittelst Stellvertreter) eingewilligt haben. Sie wird Niemand zur Benutzung der letztgedachten Anstalten, wenn er ihren Zweck auf andere Weise zu erreichen sucht, nöthigen, und den gesammten Staatsaufwand, so weit er nicht aus dem Staatsvermögen bestritten werden kann, durch Umlagen unter sämmtliche Staatsgenossen im Verhältnisse ihrer Mittel herbeischaffen.

§. 181.

Da alle willkührliche Gesetze den Gesamtwillen der Staatsgenossen ausdrücken, mithin eine gegenseitige Verpflichtung derselben gegen einander zu ihrer Beobachtung voraussetzen, so ist ihre rechtliche Gültigkeit an ebendieselben Bedingungen gebunden, wie die Rechtskraft der Verträge, und alle denselben nicht gemäße Gesetze sind in Hinsicht auf ihren Inhalt nichtig, wenn sie gleich von ihrer Bekanntmachung an als förmliches Recht gelten, und von den Staatsbehörden gehandhabt werden. Sie sollen daher nicht nur den wirklichen Willen Aller, sofern ihr Gegenstand der Willkühr der Menschen unterworfen ist, deutlich und Jedem verständlich aussprechen, sondern auch nichts physisch, noch rechtlich, noch sittlich Unmögliches vorschreiben, mithin keine Verzichtleistung Aller auf unveräußerliche Rechte und solche, deren Ausübung eine Gewissenspflicht gebietet, noch Rechtsverzichte, die einem Dritten zum

unvermeidlichen Nachtheile gereichen würden, noch andere schädliche Vorrechte Einzelner festsetzen, noch unsittliche Handlungen veranlassen, wohl aber dürfen durch dieselben, wofern es zur Beförderung der Staatszwecke für nöthig erkannt wird, manche Sittenpflichten für erzwingbar erklärt werden.

1) Zur verbindlichen Kraft eines positiven Gesetzes wird gewöhnlich nichts weiter gefordert, als daß es von der gesetzgebenden Gewalt erlassen, und als allgemeiner Wille allen Staatsbürgern bekannt, mithin allen, die es beobachten sollen, die Kenntniß derselben möglich gemacht werde. In dieser Hinsicht stellt man als Regel auf, daß ohne Recht kein Gesetz gültig sey, d. h. daß ein gültiges Gesetz von der zum Gesetzgeben berechtigten Behörde erlassen seyn müsse, bezeichnet den Zeitpunkt seiner Promulgation als den Anfang seiner Gültigkeit, und verlangt, daß Jeder sich in seinen Handlungen darnach achten soll, ohne allen Staatsgenossen durch Unterricht und Volksschriften die Mittel zu Erlernung der besondern Bestimmungen und Abweichungen des positiven Rechts von dem allgemeinen an die Hand zu geben. Das Zeitalter unserer meisten Gesetzbücher, mehr auf Religionsunterricht und Kirchlichkeit, als deutliche Kenntniß der Zwangspflichten dringend, hat es sogar bequem gefunden, seine Gesetzgebungsweisheit von einem alten fremden Volke, das andere Sitten, Staatseinrichtungen und Gesinnungen hatte, zu entlehnen, und dessen unlogische Sammlung in einer fremden Sprache geschriebener, zum Theile selbst Gelehrten unverständlicher Gesetze als Hülferecht aufzustellen, die deßwegen verschiedene Auslegungen und eben daher verschiedene Erkenntnisse über eben dieselben Rechtsstreitigkeiten zulassen.

2) Die Erlassung klarer und bestimmter Gesetze durch die gesetzgebende Gewalt des Staats und ihre hinreichende Bekanntmachung sind jedoch nur formelle Erfordernisse der rechtlichen Gültigkeit derselben, und gewähren nur ein formelles Recht, das von der Staatsgewalt gehandhabt wird. Wie viel

mehr es aber den Menschen um die Gültigkeit des wirklichen, des materiellen Rechts zu thun sey, beweisen die Gewohnheitsrechte, welche nicht selten im Widerspruche mit solchen, zum Theil dem Rechtsprincipe entgegen erlassenen Gesetzen sich bilden, und besonders die Auslegungskünste, durch welche selbst verpflichtete Gerichte ihre Anwendung auf einzelne Rechtsfälle, z. B. die Anwendung allzuscharfer Strafgesetze, zu umgehen suchen. Zum leidenden Gehorsam gegen die Staatsgewalt, welche sie vollzieht, oft in der besten Absicht vollziehen mag, erkennt man sich verpflichtet, weil Widerstand gegen dieselbe unmöglich ist, und Unsicherheit aller Rechte zur Folge hätte; zum thätigen Gehorsam aber nur gegen die zum durchgängigen Rechtsschutze für nöthig erkannten, oder mit Zustimmung der Mehrheit der Staatsgenossen erlassenen, willkührlichen Verordnungen, weil man bei der bekannten Macht der Wahrheit über das Gemüth der Menschen sein Privaturtheil dem wohlgeprüften Urtheile, der Mehrheit zu unterwerfen kein Bedenken trägt.

3) In materieller Hinsicht darf ein willkührliches Gesetz nichts dem Rechtsgesetze zuwiderlaufendes, noch offenbar Unsittliches anordnen, weil es nur als Vertrag Aller mit einander Gültigkeit hat, und der Mensch dem Sittengesetze, nicht aber dieses dem menschlichen Willen unterworfen ist. Dem höchsten Rechtsgesetze ist die Verjährung und das gesetzliche und testamentarische Erbrecht nicht entgegen, mithin ist aus diesen Beispielen nicht zu folgern, daß das positive Recht nach der bloßen Willkühr der Menschen bald etwas von dem natürlichen hinwegnehmen, bald etwas zu demselben hinzufügen dürfe; denn die paciscirenden Staatsgenossen verzichten bei jenen Gesetzen auf Rechte, (der Vindication des Eigenthums von dem vieljährigen redlichen Besitzer, wie, beiläufig gesagt, in dem Grundsatz des deutschen Rechts: Hand muß Hand wahren, gleichfalls geschieht, und der Besitzergreifung durch den Tod herrenlos gewordener Dinge), welche zu behaupten und auszuüben sie keine Gewissenspflicht haben, und auf welche sie verzichten

können, ohne einem Dritten Unrecht zu thun, um den Vorthail zu gewinnen, daß das Eigenthum nicht zu lange ungewiß bleibt, und die Unordnung zu vermeiden, welche bei jedem Todesfalle entstände, wenn Jeder sich des Nachlasses des Verstorbenen zu bemächtigen suchte. Verordnen positive Gesetze die Erziehung elternloser Waisen auf Kosten der Gemeinde, der sie angehören, die Verpflegung gebrechlicher Armen, die vormundschaftliche Verwaltung des Vermögens der Minderjährigen und Abwesenden, so fügen sie zu den natürlichen Rechtspflichten noch Pflichten der Menschlichkeit hinzu, und entziehen den Staatsbürgern das natürliche Recht, Waisen durch die Schuld der Natur umkommen zu lassen u. s. w. Sprechen sie hingegen den allgemeinen und den Privatunterpfändern die Wirkung eines dinglichen Rechts zu, so ordnen sie etwas physisch Unmögliches, die Sicherung eines persönlichen Rechts durch ein dingliches Recht an eine ungewisse Sache, an. Räumen sie gewissen Gläubigern gesetzliche Vorzugs- und Pfandrechte, oder den Eheweibern das Recht ein, Freiheit von Bezahlung gewisser mit ihrem Ehemanne contrahirter Schulden anzusprechen, so veranlassen sie zu Gunsten der Bevorzugten einen mit keiner Vorsicht zu vermeidenden Verlust dritter Personen (der hinlänglich gesicherten Gläubiger). Gestatten sie die Sklaverei auch in andern Fällen, als zur Strafe wegen begangener Verbrechen, oder verleihen sie dem Eheverbote der Diener einer Kirche die Kraft eines Zwangsgesetzes, so genehmigen sie die Veräußerung unveräußerlicher Menschenrechte, welchen zu entsagen eine dringende Gewissenspflicht Jedem verbietet, und öffnen hiedurch der Unsittlichkeit und Unrechtlichkeit Thür und Thor. Nur der Willkühr der Menschen unterworfenen Rechte dürfen in positiven Gesetzen von den Staatsgliedern aufgegeben, nur Sitten- und Klugheitsregeln für Zwangsgesetze erklärt werden, und wenn auf der einen Seite das Rechtsprincip das Verbot eines jeden Unrechts, und das Wohl der Staatsgenossen das Verbot jeder Aergerniß erregenden Unsittlichkeit fordert, damit der Richter nicht in der Mangelhaf-

tigkeit der positiven Gesetze einen Grund finde, solche Handlungen ungerügt zu lassen, so wird auf der andern Seite die Verwandlung von Gewissenspflichten in Zwangspflichten durch den Werth freier Tugendübung auf die Fälle beschränkt, wo sie zur Beförderung der Rechtssicherheit und des Wohls der Staatsgenossen von Diesen für nothwendig erkannt wird.

Uebersicht der Erwerbungsarten von Rechten.

§. 182.

Dem bisher Gesagten zufolge gibt es nur Eine Art, ein dingliches, ausschließliches Recht an eine Sache (ein jus in re) zu erwerben, die Handlung der Besitznahme derselben in der Absicht, sie zu behalten. Das Recht zu dieser Handlung hat aber ein Mensch unmittelbar vermöge des Rechtsprinzips nur bei herrenlosen Dingen, weil durch deren Besitznahme Niemand beleidigt wird. Das Recht zur Besitznahme Andern gehöriger Sachen, so wie zur Nöthigung Anderer, gewisse Handlungen zu verrichten, und solche, die sie vermöge des Rechtsprinzips verrichten dürfen, zu unterlassen, muß erst erworben werden, und es wird erlangt durch Erduldung von Andern zugefügter unverschuldeter Uebel, durch Vertrag mit ihnen und durch ein willkührliches Gesetz, dem sie sich nebst dem Erwerber unterworfen haben. Dieses letztere Recht ist nur ein persönliches Recht gegen einzelne Andere, sie zur Uebergabe der Sache oder Verrichtung der Handlung zu zwingen (ein jus ad rem), und es entsteht daraus erst durch die Uebernahme der übergebenen Sache ein dingliches Recht, ein Recht, alle Andere von ihrem Besitze auszuschließen,

1) Des Recht des Besitzes, des Eigenthums, der Dienstbarkeit (z. B. der Nutznießung), des Pfands, und der Erbschaft sind dingliche Rechte, und stehen einem Menschen nur von der Zeit an in einer Sache zu, da er sie zum Behuf des Besitzes, der willkührlichen Verfügung darüber, des Gebrauchs und Bezugs ihrer Früchte, ihres Verkaufs und des Bezugs seiner Forderung aus dem Erlöse, oder nach dem Tode seines Erblassers in Besitz genommen hat. Es setzt aber das Recht, sie in Besitz zu nehmen, voraus, das, wenn sie nicht herrenlos ist, der Einzelne vorerst vom Besitzer, im letztern Falle von der Obrigkeit, welche über die nachgelassenen Rechte und rechtliche Verbindlichkeiten des Erblassers und die rechtlichen Ansprüche des Erben vermöge willkührlicher Gesetze erkennt, erlangen muß.

2) Die ausschließlichen Rechte eines Menschen an bewegliche Sachen können an deren Innehabung durch ihn oder ihrer Vereinigung mit seinem bezeichneten Eigenthume von allen Andern erkannt werden; bei unbeweglichen Sachen aber, die nur durch Zeichen übergeben und übernommen werden, ist die deutliche Bezeichnung, woran Jeder erkennen kann, daß sie einer gewissen Person gehören, meist nicht möglich. Solche dingliche Rechte, und zwar die des Besitzes, der Dienstbarkeit und des Unterpfands eben sowohl, als die des durch Erbschaft oder auf andere Art erworbenen Eigenthums liegender Güter müssen deßwegen durch Eintragung in öffentlichen Büchern Jedermann erkennbar gemacht, und erst von der Zeit dieser Eintragung an die rechtlichen Wirkungen ihrer dinglichen Eigenschaft durch positive Gesetze, wie es in dem österreichischen Gesetzbuche geschehen ist, damit verknüpft werden.

§. 183.

Die Beleidigung, der Vertrag und das positive Gesetz sind nur deßwegen Erwerbungsarten persönlicher Rechte an eine fremde Sache, weil das Rechts-

princip, Jemand zu beleidigen, verbietet. Die erste Erwerbungsart folgt unmittelbar aus demselben, beide Letztere mittelbar, weil aus dem Causalzusammenhange des Zustands und der Entschliessungen eines Menschen mit den willkührlichen Handlungen Anderer erkannt wird, daß die Nichterfüllung des Vertrags und des Gesetzes für den Andern ein unverschuldetes Uebel zur unmittelbaren Folge hätte, mithin das Rechtsprincip dadurch verletzt würde. Das dingliche Recht des Einen kann zwar als die nächste Ursache, und das persönliche Recht als die nächste Wirkung der rechtlichen Verbindlichkeit Anderer angesehen werden, insofern das erstere, einmal durch rechtmäßige Besitznahme gegründet, stets fort dauert, und gegen Alle, die es angreifen wollen, geschützt werden darf, das persönliche Recht aber ohne die Beschädigung oder die von dem Berechtigten angenommene Willenserklärung des Verpflichteten, ein selbst auferlegtes oder ein von dem Staatsoberhaupte erlassenes Gesetz zu beobachten, nicht Statt fände. Beide Arten von Rechten müssen jedoch erst durch eine Handlung des Berechtigten oder des Verpflichteten oder Beider erlangt werden, deren Uebereinstimmung oder (im Falle der Beleidigung) Disharmonie mit dem Rechtsprincipe die Ursache der Erwerbung des Rechts ist und von dem Augenblicke seiner Erwerbung an bezieht sich das Recht des Einen auf die Rechtspflicht Aller oder einer gewissen andern Person so unzertrennlich, daß Diese ohne Jenes, und Jenes ohne Diese gar nicht gedacht werden kann. Das Recht, alle Andere von einer Sache auszuschließen, entspringt nebst der Pflicht der Andern, sie nicht anzutasten, im Augenblicke ihrer Erwerbung aus dem

rechtlichen Verbote, Andere zu beleidigen, und die Berechtigung des Einen, einen gewissen Andern zur Schadloshaltung oder zur Erfüllung eines Vertrags oder positiven Gesetzes zu nöthigen, entsteht zugleich mit der Pflicht des Andern zu dieser Leistung im Augenblicke der Beleidigung, der Annahme des Versprechens und der Erlassung des Gesetzes aus ebendemselben Rechtsprincipe.

VIERTES KAPITEL.
VON DEM WIDERSTREITE DER RECHTE UND
RECHTSPFLICHTEN.

§. 184.

Ein Widerstreit (Collision) von Rechten entsteht, wenn mehrere Personen Rechte auf ebendenselben Gegenstand auf rechtsgültige Weise erwerben, die nicht von ihnen zu gleicher Zeit ausgeübt werden können, ohne daß das Recht des Einen durch die Ausübung des Rechts des Andern aufgehoben oder seine Ausübung gehindert wird.

1) Die Rechte Einer Person können nicht in Widerstreit mit einander seyn. Wenn durch Vertrag oder ein positives Gesetz die Bedingung ausgedrückt wird, unter welcher Jemand das Eine oder das Andere thun oder fordern dürfe, so sind demselben nicht zwei einander aufhebende Rechte, sondern nur Ein Recht, das Recht, zwischen zwei Handlungen oder Forderungen zu wählen, eingeräumt.

2) Unter ursprünglichen, unmittelbar vermöge des Rechtsprinzips Jedem von Natur zustehenden Rechten kann kein Widerstreit Statt finden, weil das Eine Rechtsprincip nicht verschiedenen Menschen verschiedene Pflichten auflegt, mithin vermöge desselben auch nicht dem Einen zu thun erlaubt seyn kann, was zu verhindern dem Andern erlaubt ist.

3) Unter dem Gegenstande eines Rechts wird hier nicht die Handlung, zu welcher man berechtigt ist (§. 2 und 107.), sondern eine äußere Sache, welche man nach Belieben oder auf eine gewisse Art zu gebrauchen, oder die Leistung eines Andern verstanden, die man zu fordern berechtigt ist (§. 132.). Wenn nun Jeder von Mehreren ein Recht auf verschiedene äußere Dinge hat, so ist Keiner von ihnen an der Ausübung seines Rechts auf seine Sache durch die Ausübung des Rechts eines Andern an die seinige gehindert, wofern beide Sachen nicht in einer unzertrennlichen Verbindung mit einander stehen, wie ein Gemälde mit der Sache, auf die es aufgetragen ist, die Theile einer Maschine oder eines Gemisches, und wenn Mehrere ein Recht haben, verschiedene Leistungen von einem Andern zu fordern, so kann Jeder von ihnen, wiewohl zu verschiedenen Zeiten, zum Gegenstande seiner Forderung gelangen, wofern der Verpflichtete nicht durch die eine Leistung, z. B. die Bezahlung einer Schuld, außer Stand gesetzt wird, die andere Leistung gegen den Andern zu erfüllen.

§. 185.

Die Rechte Mehrerer auf einen Gegenstand müssen wirklich gegründet seyn, wenn ein Widerstreit zwischen ihnen soll Statt finden können. Ein Widerstreit von Rechten findet daher nicht Statt, wenn der Eine sein Recht auf einen Gegenstand aus einer allgemeinen, der Andere aus einer besondern Vorschrift herleitet; der Letztere hat in diesem Falle allein ein Recht auf denselben, der Erstere nicht; denn das allgemeine Recht wird durch das besondere Gesetz aufgehoben (§. 11. 170. und 179), das zwei Personen durch Vertrag sich auferlegt haben, oder welches in der bürgerlichen Gesellschaft eingeführt ist, und ein besonderes Gesetz kann für einzelne Menschenklassen und Handlungen durch andere Gesetze, worin eine

Ausnahme von jenem in Ansehung derselben festgesetzt wird, aufgehoben werden.

1) Beispiele. Wer fremdes Eigenthum gebraucht, begeht nach der allgemeinen Rechtsregel ein Unrecht an dem Eigenthümer, nicht aber, wenn er durch Vertrag mit ihm das Recht des Gebrauchs der Sache erworben, oder vermöge eines willkürlichen Gesetzes der bürgerlichen Gesellschaft, in welcher er lebt, z. B. durch Verjährung es erlangt hat. Er hat jedoch das Recht des Besitzes durch Vertrag mit einem Unmündigen nicht erlangen können, weil die Willensäußerungen desselben wegen seiner Unfähigkeit, die rechtlichen Wirkungen derselben zu kennen, ohne die Zustimmung seines Pflegers keine Rechtskraft haben können, und nach positiven Gesetzen keine Rechtskraft haben. (Pupillus nec velle, nec nolle in ea aetate, nisi apposita tutoris auctoritate, creditur. L. 189. D. de regulis juris.)

2) Die Regel: *In toto jure generi per speciem derogatur* (L. 8. D. de Reg. J.), beruht auf dem allgemeinen Rechtsgesetze selbst. Jeder Vertrag ist ein specielles Gesetz, wodurch die sich Vertragen- den sich ihres Rechts auf gewisse Handlungen oder Sachen, und jedes willkührliche Gesetz der bürgerlichen Gesellschaft ist ein Vertrag, durch welchen sich die Mitglieder derselben ihres Rechts an die darin verbotenen, nach dem allgemeinen Rechtsgesetze aber erlaubten Handlungen begeben. Der einzelne Staatsbürger, welcher ein solches Gesetz überträte, würde von einem aufgegebenen Rechte Gebrauch machen, und hiedurch Andern, welche auf dessen für immer erfolgte Aufhebung rechneten, und ihre Handlungen nach dieser Voraussetzung einrichteten, ein unverschuldetes Uebel zufügen. Wenn daher ein positives Gesetz z. B. wie das Römische, Verträge mit Minderjährigen, falls diese dadurch übervorthelt werden, für ungültig erklärt, oder, wie das Oestreichische, zweckmäßiger anordnet, daß der Minderjährige ohne Zustimmung seines Vormunds keine seiner Sachen rechtskräftig veräußern, wohl aber sich zu Dienstleistungen verpflichten könne, so ist hiedurch die Rechtskraft der Verträge in An-

sehung gewisser Verträge mit Minderjährigen aufgehoben, und der Staatsbürger hat auf das Recht verzichtet, durch solche Verträge Rechte zu erwerben, kann mithin durch solche Verträge mit Minderjährigen kein Recht auf eine Sache derselben erwerben. Wie das aus dem allgemeinen Rechtsgesetze fließende Recht durch den speciellen Vertrag in Ansehung des Vertragsgegenstands, so wird wieder das aus dem Verträge fließende Recht durch das Privilegium der Minderjährigen in Ansehung der darin ausgedrückten Verträge aufgehoben. Das allgemeine Recht geht dem speciellen und dieses dem Privilegium Einzelner nicht nach, sondern besteht gar nicht neben Letzterem in Ansehung der in Letzterem ausgedrückten Gegenstände.

3) Unterscheidet man von dem allgemeinen Rechte (*jus universale, commune, genus*), ein specielles Recht (*jus singulare, species, privilegium*), so kann man unter jenem sowohl die Gesetze des sogenannten natürlichen, als des für alle Genossen eines Staats gültigen bürgerlichen Rechts (welches nichts anders enthalten soll, als mit Rücksicht auf das Wohl Aller gegebene nähere Bestimmungen über die Befolgung der natürlichen Rechtsgesetze), unter diesem aber besondere, theils für nothwendig erkannte, theils willkürlich gegebene, bürgerliche Gesetze verstehen, in welchen für einzelne Menschenklassen und Personen, wie Minderjährige, Weiber, das Staatsoberhaupt, Gemeinden etc. oder gewisse Handlungen derselben Ausnahmen von den allgemeinen Gesetzen festgesetzt werden. Besondere Rechte (*jura singularia*) können also Einzelne sowohl durch Vertrag mit Andern nach einem allgemeinen Rechtsgesetze, als auch durch positive Ausnahmgesezte (Privilegien) sowohl allein, als zugleich mit Andern ihrer Klasse erhalten. Da aber die Gleichheit der Rechte und Rechtspflichten Aller die Grundlage der gesammten Rechtsgesetzgebung ist, so kann die gesetzliche Ertheilung besonderer Rechte nur durch überwiegende, in dem Zwecke der Rechtssicherheit selbst liegende Gründe, z. B. durch die Ueberzeugung des Gesetzgebers von der Unmöglichkeit, die Rechte Aller oder der Begünstigten auf andere

Weise zu sichern, gerechtfertigt werden, und sollen einzelnen Personen, durch den Ausspruch des Regenten nur solche Privilegien ertheilt werden, die ihnen nützen, ohne Andern zu schaden, oder in Erlassung verdienter Strafen bestehen; daher auch die römischen Kaiser, ihre Unterwerfung unter das höchste Rechtsgesetz: *neminem laede*, anerkennend, allen Gerichten befohlen haben, die gegen das (allgemeine bürgerliche) Recht erschlichenen begünstigenden Rescripte zu widerlegen. (L. 7. C. de prec. Imp. offer.).

§. 186.

Deswegen entsteht auch kein Widerstreit von Rechten aus Verträgen, welche zwei zu Schließung gültiger Verträge unfähige Personen mit einander oder mit solchen Personen eingehen, welche die bürgerlichen Gesetze von Erfüllung gewisser von ihnen übernommener Verbindlichkeiten freisprechen, noch aus Verträgen, durch welche einer von beiden Contrahenten oder Jeder den Andern zu betrügen suchte. In diesen Fällen erlangt kein Contrahent weder ein persönliches, noch durch die Uebergabe ein dingliches Recht an den Gegenstand des Vertrags, sondern behält, des Vertrags und seiner Vollziehung unerachtet, sein Recht an die vor demselben ihm zugehörige Sache. In beiden Erstern verliert er es ohne Ersatz nur dann, wenn er sie dem andern gleich begünstigten Contrahenten übergeben, und dieser sie verbraucht oder verloren hat, wofern die bürgerlichen Gesetze nicht ausdrücklich unter den verschiedenen Klassen von Begünstigten nach der Wichtigkeit der Gründe, aus denen sie ihnen die Begünstigung einräumten, die von der einen Klasse gegen die andere übernommene Verbindlichkeit für gültig erklären, in

welchem Falle Ersterer dem Letztern Ersatz leisten muß.

1) Hiemit stimmen die Bestimmungen des römischen Rechts vollkommen überein. Hat ein Minderjähriger einem Minderjährigen Geld geliehen, so erhält er so viel davon zurück, um was man bei Anstellung der Klage auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, denselben reicher findet, als vorher (L. 11. §. 6 u. l. 34 D. de min.). Hat er also eine Sache an ihn verkauft, so erhält der Verkäufer auf seine Klage sie wieder zurück, wenn sie noch bei dem Käufer sich vorfindet, und zugleich dieser von dem bezahlten Kaufschillinge soviel, als der Verkäufer noch nicht verschleudert hat. Das Recht des Darleihers und des Käufers an die ganze bezahlte Summe ist nicht verloren gegangen, wohl aber kann die Summe selbst ganz oder zum Theile verloren gegangen seyn, so lange sie in den Händen des minderjährigen Entlehnens und Verkäufers war, und da dieser sich nicht rechtsgültig verpflichten kann, so ist er nicht schuldig, Ersatz dafür zu leisten, sondern jener verliert seine Sache wegen deren Verbrauchs durch Letztern, wie wenn er sie selbst verbraucht hätte, weil Letzterer unfähig erklärt ist, sich zu verschulden. Der Bevorrechtete benutzt mithin sein Vorrecht gegen den gleich Bevorrechteten, wenn und so weit der Gegenstand desselben noch vorhanden ist.

2) *Privilegia non ex tempore aestimantur, sed ex causa, et si ejusdem tituli fuerint, concurrunt, licet diversitates temporis in his fuerint.* (L. 32. D. de reb. auct. jud. poss.). Contrahirt daher ein Minderjähriger mit einem volljährigen Haussohne oder leiht er einem Manne unter Bürgschaft eines Weibes Geld, so hat der volljährige Haussohn, und im Falle der Insolvenz des Manns die Bürgin mit ihrem Vermögen dem Minderjährigen, ihrer durch Senatusconsulte erhaltenen Privilegien unerachtet, den etwa aus dem Darlehensvertrage ihm zugehenden Schaden zu ersetzen, weil die ihnen durch Senatusconsulte ertheilten Vorrechte auf willkührlichen bürgerlichen Einrichtungen, das Vorrecht des Minderjährigen

aber auf seiner natürlichen Unfähigkeit, sich rechtlich zu verpflichten, beruht. (L. 11. §. 7. u. l. 12. D. de min.). — Welche Klasse von Vorrechten vor der andern ausgeübt werden dürfe, ist indeß nicht immer von selbst klar, zumal wenn sie auf willkürlichen Einrichtungen und der Ansicht des Gesetzgebers von den Beförderungsmitteln des allgemeinen Wohls beruhen, wie z. B. in dem Falle, wenn ein volljähriger Haussohn auf Intercession eines Weibs Jemanden Geld leiht. Enthalten die bürgerlichen Gesetze keine Bestimmungen darüber, so werden die Urtheile der Gerichte über solche Fälle sehr verschieden ausfallen, wesswegen Privilegien nur, wo eine natürliche Nothwendigkeit einleuchtet, zu ertheilen sind. — Die Concurrenz von Forderungen gleich Beyorrechteter an einen Dritten begründet, unerachtet der verschiedenen Zeiten ihrer Entstehung, im Falle seiner Insolvenz eine Theilung ihrer Verluste im Verhältnisse mit der Gröfse ihrer Forderungen, wofern sie nicht mit einem gesetzlichen Pfandrechte auf dem Vermögen des Verpflichteten verbunden sind, in welchem Falle das früher erworbene vorrechtliche Unterpfand dem später erworbenen vorgeht (nov. 91. C. 1.).

3) Durch eine rechtswidrige Handlung kann Niemand ein Recht erwerben, mithin erlangt man durch einen betrügerischen Vertrag das Recht nicht, den bedungenen Gegenstand zu fordern, und wenn er schon übergeben worden ist, zu behalten. Mit Recht stellte daher der römische Prätor den Betrogenen in den vorigen Stand her. Hatte er sich aber gleichfalls in dem Vertrage eines Betrugs schuldig gemacht, so wurde er nicht wieder hergestellt, weil die Römer die Wiederherstellung als eine Wohlthat betrachteten, der man sich durch eigene Verschuldung unwürdig mache (L. 36. D. de dolo malo). Ein Kauf galt daher nach römischem Rechte (L. 34. §. 3. u. 57. D. de contr. emt.) nicht, wenn sowohl der Käufer als der Verkäufer zur Zeit des Kaufes wufste, daß die erkaufte Sache gestohlen oder ganz oder zum Theile zerstört sey. Wufste es nur der Verkäufer, so galt zwar der Kauf; er hatte aber dem Käufer allen Schaden nach der Schätzung recht-

licher Männer zu ersetzen. Wusste es nur der Käufer, so mußte er dem Verkäufer, wenn sie zu Grund gegangen war, den ganzen Kaufschilling ersetzen, und wenn es eine gestohlene Sache war, das Bezahlte ohne Ersatz lassen. Wussten Beide nicht, daß die Sache zerstört sey, so galt der Kauf nur dann, wenn die Hälfte derselben noch unverseht war, weil nur Verletzungen über die Hälfte einen Kaufvertrag ungültig machten, und der Käufer zahlte einen, nach der Schätzung rechtlicher Männer verringerten Preis. Nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen wäre der Kauf einer gestohlenen Sache als rechtlich unmöglich, der einer ganz oder theilweise zerstörten, als über eine andere Sache geschlossen, ungültig, und der unschuldige Theil in beiden Fällen berechtigt, den Schuldigen auf Schadenersatz zu belangen, oder einen neuen Kaufvertrag zu schließen. Haben Beide sich durch Betrug verschuldet, so hat Keiner ein Recht an die bedungene Sache erworben, und Jeder nach dem Grade seiner Verschuldung Strafe verdient.

4) Wenn nach römischem Rechte Niemand zwei nothwendige Erben einsetzen (L. 42, 43, D. de her. inst.), noch blos über einen Theil seines Vermögens testiren durfte, so stand nicht das Recht des einen nothwendigen Erben mit dem Rechte des andern Eingesetzten, noch das Recht des Testamentserben mit dem Rechte des Intestaterben im Widerstreite. Keiner hatte ein Recht zur Erbschaft durch das Testament erhalten, und der Nachlaß des Testirers wurde nach der gesetzlichen Erbfolge getheilt. Auch hier fand mithin kein Widerstreit von Rechten statt.

§. 287.

Zwischen ungleichartigen Rechten Mehrerer an eine Sache, z. B. zwischen dem dinglichen Rechte des Einen und dem persönlichen des Andern, so wie zwischen dem Eigenthumsrechte des Einen und dem Nutznießungs- oder Pfandrechte des Andern kann

kein Widerstreit statt finden; denn das dingliche Recht in einer Sache wird erst durch deren (wirkliche oder symbolische) Uebergabe und Besitznahme erworben, und schließt das persönliche Recht jedes Andern an die Sache, das nicht mit dem Willen des Eigenthumsherrn erworben wurde, aus. Die verschiedenen dinglichen Rechte in einer Sache, als des Eigenthums, der Nutznießung, des Pfands, aber können von den verschiedenen Besitzern dieser Rechte ausgeübt werden, ohne daß das Recht des Einen durch die Ausübung des Rechts des Andern geschmälert würde.

Hat z. B. Jemand durch einen Kauf- oder Schenkungsvertrag seine Sache an einen Andern veräußert, so hat er das Recht nicht mehr, ihm die Uebergabe derselben zu verweigern, wenn Letzterer im erstern Falle den Kaufschilling bezahlt. Durch die Uebergabe wird aus dem persönlichen Rechte des Käufers, den Verkäufer zu solcher zu nöthigen, ein dingliches Recht in der Sache, und wenn er nach der Uebergabe sie noch in den Händen des Käufers läßt, und dieser sie an einen Dritten verkauft, so erwirbt dieser die Sache nicht, weil der Verkäufer das Recht nicht hatte, sie an ihn zu veräußern. Dem Dritten bleibt nur ein persönliches Recht gegen den Verkäufer auf Entschädigung, sie mag ihm nach der Uebergabe an den ersten Käufer übergeben worden seyn, oder nicht, wenn er auch die Sache vor demselben erkauft, aber nicht in Empfang genommen hat. Dieß ist auch in L. 15. C. de rei vind. ausgesprochen.

§. 188.

Dingliche Rechte gleicher oder verschiedener Art, welche von Mehreren zu verschiedenen Zeiten an eine Sache erworben werden, können nicht mit einander im Widerstreit stehen. Denn Jeder kann und darf nur diejenigen Rechte an eine Sache auf ei-

nen Andern übertragen, welche er selbst besitzt, und der Andere kann nicht mehrere Rechte durch Vertrag und Uebergabe von ihm erwerben. Der Eigenthümer einer Sache kann daher ihre bereits veräußerte Nutznießung nicht ohne den Willen des Nutznießers an einen Andern veräußern, kann nur die Sache, nicht ihre veräußerte Nutznießung an einen Andern verpfänden, und wenn er sie einmal für eine Schuld verpfändet hat, kann er nur noch ihren Ueberwerth über diese Schuld an einen Dritten verpfänden und veräußern.

Da die Verpfändung eines Guts, wenn sie nicht durch Uebergabe an den Pfandgläubiger erfolgt, von Andern nicht erkannt werden kann, mithin Jeder auf diese Art seine Sachen, so oft er will, an Mehrere nach einander verpfänden, und sie mit vermeintlicher Sicherheit betrügen könnte, so müssen im Staate, welcher allein dem Pfandvertrage Sicherheit gewähren kann, Anstalten zur öffentlichen Verpfändung unbeweglicher Güter getroffen, und in den bürgerlichen Gesetzen nur den Besitzern von Faustpfändern und öffentlichen Unterpfändern Pfandrechte zugestanden werden.

§. 189.

Ein Widerstreit zwischen dinglichen Rechten Mehrerer an eine Sache kann daher nur durch gleichzeitige Erwerbung derselben entstehen. Wenn z. B. Mehrere durch zumalige Ergreifung einer herrenlosen Sache, Antritt einer Erbschaft oder Vertrag ein gemeinschaftliches Eigenthum erwerben, so kann kein einzelner Miteigenthümer wider den Willen aller andern Miteigenthümer darüber verfügen, ohne deren gleiches Verfügungsrecht zu verletzen. Das Verfügungsrecht eines Jeden darüber steht mithin im Widerstreite mit dem Verfügungsrechte aller andern Mit-

eigenthümer und seiner eigenen Rechtspflicht, dieses Recht der Andern nicht zu verletzen, und darf, weil die Beobachtung von Rechtspflichten der Erfüllung von Rechten vorgeht, von keinem Einzelnen ohne die Zustimmung aller Andern, wohl aber von Allen gemeinschaftlich ausgeübt werden.

1) Da keine Verfügung über die Sache getroffen werden kann, wenn auch nur Ein Miteigenthümer nicht darin einwilligt, so gilt hier die Regel: *potior est causa prohibentis*.

2) Gleichzeitig kann gewöhnlich ein dingliches Recht an ebendieselbe Sache von Mehreren nicht aus verschiedenen Rechtstiteln erlangt werden, weil diese nicht zu gleicher Zeit Statt finden können, sondern wie die Herrenlosigkeit, der Vertrag, das Gesetz, die Verjährung und die Beerbung, jedes in der Regel das andere ausschließt. Indefs geschieht es doch zuweilen vermöge positiver Gesetze, z. B. wenn solches von einem aufgefundenen Schatze $\frac{1}{3}$ dem Staate, $\frac{1}{3}$ dem Eigenthümer des Bodens, auf dem er gefunden wird, und nur $\frac{1}{3}$ dem Finder zum Eigenthume zuspricht, wo dann des Letzteren Recht an die ganze herrenlose Sache durch das positive Gesetz auf $\frac{1}{3}$ beschränkt, und das Uebrige dem Staate und dem Grundbesitzer erworben wird.

§. 190.

Der Widerstreit zwischen dinglichen Rechten, welche Mehrere gemeinschaftlich besitzen, kann in allen Fällen dadurch aufgehoben werden, daß sie entweder mit einander darüber sich vertragen, wie Einer von ihnen zum gemeinschaftlichen Besten über die Sache verfügen soll, oder wie und in welcher Zeit sie Jeder von ihnen nach dem Andern benutzen dürfe, oder daß sie dieselbe und ihre Früchte, oder, falls sie nicht theilbar ist, den Erlös daraus unter sich in dem Verhältnisse des Anthells, den ein Jeder

an der Sache hat, und, wenn dieses nicht ausgemittelt werden kann, zu gleichen Theilen, oder nach dem Ausspruche eines Nichtbetheiligten vertheilen.

§. 191.

Dies ist auch die Auflösungsart des Widerstreits zwischen den persönlichen Rechten Mehrerer an Vermögenstheile eines Andern, welcher wirklich Statt findet, sobald sein Vermögen nicht mehr zur Befriedigung aller Berechtigten zureicht, jedoch erst dann an den Tag kommt, wenn mehrere Gläubiger zugleich Befriedigung fordern, und der Schuldner sie ihnen nicht verschaffen kann. Dadurch, daß ein Gläubiger den Schuldner zur Bezahlung seiner Forderung nöthigt, werden zwar die Andern nicht gehindert, ihn gleichfalls zur Berichtigung ihrer Forderungen zu zwingen; sobald aber sein Vermögen geringer ist, als seine Schulden, wird er durch die vollständige Befriedigung des Einen noch unfähiger, die Andern zu befriedigen, mithin der Nutzen ihrer Rechte verringert, wo nicht deren Ausübung ganz erfolglos gemacht. Von dieser Zeit an stehen die Rechte der concurrirenden Gläubiger im Widerstreite mit einander, sofern sie ihn nicht Alle zwingen können, Jeden sogleich vollständig zu befriedigen, und dieser Widerstreit kann nur dadurch gerecht gehoben werden, daß seine sämtliche Güter unter sie im Verhältnisse ihrer Forderungen getheilt werden.

§. 192.

Zwar begeht kein einzelner Gläubiger ein Unrecht gegen Andere, wenn er seinen Schuldner nöthigt, ihn vollständig zu befriedigen, und ist deswe-

gen der Gläubiger berechtigt, das von ihm Bezogene, sofern es seine rechtmäßige Forderung nicht übersteigt, zu behalten, wenn gleich unmittelbar nach ihm andere Gläubiger nicht mehr vollständige Befriedigung von dem Schuldner erhalten können. Denn Keiner ist rechtlich verpflichtet, sich darnach zu erkundigen, ob sein Schuldner auch Andern, wem und wie viel er ihnen schuldig sey, noch weniger, wenn er solches weiß, dafür zu sorgen, daß auch sie zu ihrer Befriedigung gelangen, am wenigsten, einen Theil seiner Forderung zu ihrem Besten aufzuopfern. Sie haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie nicht vorsichtig genug sind, von dem Schuldner vor seiner Insolvenz Befriedigung zu fordern. Dieser aber ist rechtlich verpflichtet, den Einen seiner Gläubiger, wie den Andern, ganz zu befriedigen, mithin sobald seine Schulden seinem Vermögen gleich kommen, keine weitem Verbindlichkeiten gegen Andere einzugehen, und wenn es durch Unglücksfälle so weit herabsinkt, daß es nicht mehr zu Bezahlung aller seiner Schulden zureicht, sobald ein Gläubiger Befriedigung fordert, seinen sämtlichen Gläubigern seinen Vermögensstand zu eröffnen, sie zu Ertheilung von Borgfristen oder verhältnismäßigen Nachlässen zu veranlassen, und Jedem das zu seiner Befriedigung Fehlende durch seinen künftigen Erwerb oder Dienstleistungen zu ersetzen.

1) Auch nach römischem Rechte durfte der vor der Einsetzung der Gläubiger in die Güter des Gemeinschuldners befriedigte Gläubiger das Bezogene behalten, weil das bürgerliche Recht Vorsichtigen gegeben sey (L. 6 §. 7 und L. 24 D. quae in frand. cred.). Weil Jeder selbst für die Erhaltung seiner Rechte sorgen soll, so würde ein bürgerliches Gesetz, das dem Wachsamem den Lohn seiner Vor-

sicht entzöge, dem allgemeinen, einzig wahren Rechte entgegen seyn.

2) Da Jeder rechtlich verpflichtet ist, sein Vermögen zu Bezahlung seiner Schulden, wenn er solche hat, zu verwenden, so hat Keiner ein Recht, einem Andern so viel zu schenken, daß er mit seinem übrigen Vermögen seine Schulden nicht mehr bezahlen kann (L. 12. D. de donat). Insofern nun ein überschuldeter Mensch seine Gläubiger dadurch betrügen könnte, daß er sich vor der Insolvenzerklärung Andere durch Schenkungen verpflichtete, haben die positiven Gesetze den Verkehr dadurch zu schützen, daß sie die Gültigkeit beträchtlicher Schenkungen von der Genehmigung der Obrigkeit abhängig machen, und Schenkungen, welche ein Gemeinschuldner von der Zeit seiner wirklichen Insolvenz an machte, widerrufen.

§. 193.

Bei der Concurrenz der Gläubiger kommt die Rechtspflicht des Gemeinschuldners gegen den Einen derselben in Widerstreit mit seiner Rechtspflicht gegen den Andern, nicht aber mit seinen eigenen Rechten gegen sie, wie bei der eigentlichen Collision der Rechte der Fall ist. Seine einander widerstreitende Rechtspflichten kommen überdies in Widerstreit mit seinen dringendsten blosen Gewissenspflichten, z. B. der Erhaltung seiner Selbst und der Seinigen, und zur Erfüllung jener Rechtspflichten wird er sich gegen den einen Gläubiger wegen seiner natürlichen und Freundschaftsverhältnisse, der eidlich bekräftigten Zusage vollständiger Befriedigung, dessen sichtbar größeren Bedürfnisses oder aus andern subjectiven und objectiven Gründen stärker verpflichtet finden, als gegen den andern Gläubiger. Zudem ist die zeitige Entdeckung der Vermögensunzulänglichkeit wegen der Hoffnung künftiger Herstellung desselben durch Thä-

tigkeit und glückliche Ereignisse selbst von gewissenhaften Menschen eben so wenig immer zu erwarten, als die gerechte Vertheilung des ganzen Vermögens des Schuldners unter seine Gläubiger, oder eine Uebereinkunft derselben über längeres Anborgen oder Nachlassen von Schuldforderungen, wenn sie nicht durch einen unbefangenen Richter dazu veranlaßt, nöthigenfalls von ihm mit Gewalt zur Befolgung seines gegebenen Gesetzen gemäßen Erkenntnisses genöthigt werden. Die gerechte Lösung des Widerstreits concurrirender Forderungen ist daher nur im Staate gewiß, welcher allein Rechtssicherheit gewähren kann.

§. 194.

Die Gesetzgebung der bürgerlichen Gesellschaft muß jedoch aus objectiven Gründen, insbesondere aus Rücksicht auf unbedingte bloße Gewissenspflichten und das dringende Bedürfnis der Betheiligten Einzelnen Vorrechte in der Befriedigung zusprechen, mithin in der Befriedigungsordnung Abweichungen vom allgemeinen Rechte festsetzen. Diejenigen, welche an Vermögenstheile des Gemeinschuldners Eigenthums- oder andere dingliche Rechte, namentlich öffentliche, allgemein erkennbare Pfandrechte haben, muß sie zwar in den Genuß derselben (durch Absonderung) vor allen Dingen einsetzen, weil sie ihnen sonst ein erworbenes Recht an bestimmte Dinge entzöge. Unter den übrigen Gläubigern aber wird sie denen, die einen Schaden abzuwenden, z. B. dem Schuldner Geld geliehen oder Schadenersatz von ihm zu fordern haben, einen unbedingten Vorzug vor denen einräumen, welche nur gewinnen würden, z. B. Schenkungen, Straf-gelder, Spielgewinnste fordern, und unter beiden Klas-

sen den Minderjährigen und allen zur Vorsicht in Erhaltung ihrer Rechte Unfähigen vor den selbstständigen Gläubigern; auch nur dasjenige Vermögen des Gemeinschuldners zu ihrer Befriedigung in jener Ordnung anweisen, das nach Abzug des dringendsten Bedarfs zu seiner und der Seinigen Erhaltung und zur künftigen Erwerbung desselben, (wie Kleider und Handwerkszeug,) übrig bleibt.

Diese Grundsätze spricht auch das römische Recht aus. Wenn es aber überdies (L. 8 de pactis) dem Richter vorschreibt, einen Nachlaß nöthigenfalls nach der Entschliessung derer, welche das Meiste zu fordern haben, bei der Gleichheit der Summen nach dem Wunsche der meisten Gläubiger, sofort nach dem Urtheile der Angesehenen, und endlich nach der menschenfreundlichen Ansicht Allen zu befehlen, so macht zwar die Insolvenz des Schuldners ein längeres Anborgen eines Theils der Schulden, einen Nachlaß desselben aber um so weniger nöthig, als Geldforderungen durch Arbeiten ersetzt werden können, und der Nachlaß der Angesehenen und derer, welche mehr zu fordern haben, verpflichtet Andere, vielleicht Bedürftigere, nicht zu einem gleichen Nachlasse.

§. 195.

Ein unauflöslicher Widerstreit von Rechten und Rechtspflichten kann hienach nur durch positive Gesetze eingeführt werden, wenn sie Einzelnen oder Allen physisch oder rechtlich unmögliche Handlungen erlauben, wovon die Gültigkeit allgemeiner Unterpfänder ein Beispiel ist, oder über die Lösung des möglichen Widerstreits zwischen positiven Vorrechten keine genaue Bestimmungen geben. Der Bürger, welcher zu Beobachtung der positiven Gesetze eidlich sich verpflichtet hat, und die Gesetze des allgemeinen Rechts aus Achtung vor dem höchsten Gesetz-

geber nicht verletzen will, kommt hiedurch mit seinem Gewissen in Zwiespalt, bis die positiven Gesetze nach den Grundsätzen des allgemeinen Rechts und der Sittenlehre verbessert werden.

DRUCKFEHLER.

- Seite 95 L. 16 statt: Verbotenen lies; nicht Verbotenen.
— 99 — 3 — kein lies: ein.
— 112 — 29 — Opferer lies: Opfer.
— 177 letzte L. statt: ihres Nothstands lies: seines Nothstands.
— 255 L. 20 vor: Unrecht lies: ein.
— 278 — 24 — jeder Vater lies: jeden Vater.
— 289 — 30 nach unrechtliche lies: Handlungen oder.

Gaupp, Carl Christian,

Das allgemeine Recht im Verhältnisse zu der Sittenlehre

Stuttgart 1829

Ph.pr. 489 t

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10040583-2